

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich
XIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 13. Dezember 1971

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Militärische Angelegenheiten

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 769)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 769)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (80 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatter: Steininger (S.770)

Redner: Tödling (S. 772), Zeillinger (S. 779), Troll (S. 791), Dipl.-Ing. Doktor Schleinzer (S. 796), Peter (S. 803), Blecha (S. 808), Dr. Prader (S. 815), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 828), Mondl (S. 832), Bundesminister Lütgendörfer (S. 838), Marwan-Schlosser (S. 840), Suppan (S. 844), Wodica (S. 848), Doktor Eduard Moser (S. 852) und Dr. Erma-cora (S. 856)

Entschließungsanträge Tödling betreffend Landesverteidigungsbericht (S. 779) und Dr. Prader betreffend Taggeld erhöhung (S. 821)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 858)

Eingebracht wurden

Bericht

über die innere Sicherheit Österreichs, Bundesregierung (III-10) (S. 770)

Anfragen der Abgeordneten

Koller, Anton Schlager, Schrotter, Tödling und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Erhöhung der Tabakwarenpreise (94/J)

Suppan, Deutschmann, Dkfm. Gorton und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Auflösung von Gendarmerieposten (95/J)

Suppan, Dkfm. Gorton, Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Vorlage von Beförderungsanträgen (96/J)

Huber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die Änderung der Normen für Schulmöbel (97/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Zeillinger und Genossen (3/A.B. zu 10/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Wedenig und Genossen (4/A.B. zu 25/J)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 10. Sitzung vom 9. Dezember und der 11. Sitzung vom 10. Dezember 1971 sind in der Kanzlei aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Hauser, Frau Dr. Johanna Bayer und Zankl.

Die seit der letzten Haussitzung eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Anfragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich wie folgt zu:

Bundesgesetz, mit dem das Strafregistergesetz 1968 geändert wird (Strafregistergesetznovelle 1971) (32 der Beilagen), dem Verfassungsausschuss, und

Präsident

Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) vom 7. Februar 1970,

Internationales Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 7. Februar 1970,

Zusatzprotokoll zu den am 7. Februar 1970 in Bern unterzeichneten Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) und

Protokoll über die Beiträge, welche die an den Internationalen Übereinkommen vom 25. Februar 1961 über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) beteiligten Staaten an die Kosten des Zentralamtes zu leisten haben, vom 7. Februar 1970 (77 der Beilagen),

dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft.

Den Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit Österreichs (III-10 der Beilagen) weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 und Zu 2 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (80 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe XII****Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten**

Präsident: Wir gehen nun in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 und Zu 2 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (80 der Beilagen).

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Steininger. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Steininger: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zur Beratungsgruppe XII, Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 40 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1972 am 29. November 1971 der Vorberatung unterzogen.

In der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1972 sind für die Landesverteidi-

gung bei den Ausgaben Kredite der ordentlichen Gebarung in der Höhe von 3.861,201.000 S und Kredite in der außerordentlichen Gebarung von 587,869.000 S vorgesehen.

An Einnahmen sind im Jahre 1972 121,094.000 S veranschlagt.

Gegenüber der Voranschlagsziffer der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung des Jahres 1971 von insgesamt 4.140,438.000 S hat sich der Gesamtaufwand bei Kapitel 40 in der ordentlichen Gebarung um 274,295.000 S und in der außerordentlichen Gebarung um 34,337.000 S erhöht. Diese Erhöhung betrifft in der ordentlichen Gebarung hauptsächlich die Ausgaben für den laufenden Bedarf wie Personalaufwand und Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen). Die Erhöhung in der außerordentlichen Gebarung betrifft die Bedeckung der Vorbelastungen von Rüstungskäufen, welche sich erfahrungsgemäß auf mehrere Jahre erstrecken.

Die Einnahmen sind im Bundesvoranschlag 1972 gegenüber der Voranschlagsziffer des Jahres 1971 um 2,225.000 S höher veranschlagt.

Der Voranschlag gliedert sich:

Titel 1/400: Bei diesem Titel ist der Aufwand für das Bundesministerium für Landesverteidigung veranschlagt:

Personalaufwand: 174,328.000 S, Verwaltungsaufwand: 20,336.000 S, Anlagen: 1,970.000 S, Bezugsvorschüsse: 18,139.000 S, Förderungsausgaben: 1,473.000 S, Aufwandskredite: 12.000 S.

Der Personalaufwand mußte im Jahre 1972 gegenüber dem Voranschlag 1971 um 13,894.000 S erhöht werden.

Der Verwaltungsaufwand mußte im Jahre 1972 gegenüber dem Voranschlag 1971 um 2,359.000 S erhöht werden.

Die Erhöhung beim finanzgesetzlichen Ansatz „Anlagen“ um 1,704.000 S ist im wesentlichen auf die Neueinrichtung und Ergänzung der Einrichtung von Amtsgebäuden zurückzuführen.

Titel 1/401: Dieser Titel beinhaltet den Aufwand für das Heer und die Heeresverwaltung:

Personalaufwand: 1.602,368.000 S, Verwaltungsaufwand: 250,669.000 S, Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen): 492,016.000 S, Aufwandskredite (Ansatz 1/40108): 1.269,955.000 S.

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1972 gegenüber dem Jahre 1971 in der Höhe von 16,539.000 S ist auf die vorgenannten Bezugserhöhungen sowie auf die Er-

Nationalrat XIII. GP — 12. Sitzung — 13. Dezember 1971

771

Steininger

höhung der Dienstgeberbeiträge zurückzuführen.

Der Verwaltungsaufwand für das Jahr 1972 mußte gegenüber dem Voranschlag 1971 bei den Posten „Brennstoffe“, „Inlandreisen“, „Auslandreisen“ und „Aufwandsentschädigungen“ erhöht werden. Auch die neueröffnete Post „Fahrtkostenzuschuß gemäß BGBI. Nr. 73/1971“ belastet erstmals diesen Ansatz.

Bei dem Ansatz 1/40107 sind insbesondere die Ausgaben für Krankenfürsorge (Wehrpflichtige und Angehörige von Wehrpflichtigen), Familienunterhalt, Taggeld, Entschädigungen für Waffenübungen, Inspektionen und Instruktionen, die Ausgaben für die Tapferkeitsmedaillenzulagen und die Zulagen für Träger des Kärntner-Kreuzes vorgesehen. Diese Ausgaben im Betrage von 492,016.000 S wurden gegenüber dem Jahre 1971 um 102,156.000 S erhöht.

Bei den Posten „Krankenfürsorge für Wehrpflichtige“, „Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe“ und „Überbrückungshilfe“ ergibt sich auf Grund des Art. X des Bundesgesetzes vom 15. Juli 1971, mit dem wehrrechtliche Bestimmungen neuerlich geändert wurden (BGBI. Nr. 272), ein Minderaufwand infolge Herabsetzung der Dienstzeit von 9 auf 6 Monate.

Demgegenüber mußte die Post „Taggeld“ im Jahre 1972 gegenüber 1971 um 109,613.000 S erhöht werden, weil nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 15. Juli 1971, BGBI. Nr. 272, Wehrpflichtigen, die einen außerordentlichen Präsenzdienst leisten, ein Taggeld von 60 S sowie eine monatliche Prämie von 1400 S gebührt.

Für die neueröffnete Post „Fahrtkostenvergütung“ wurde im Jahre 1972 erstmalig ein Betrag von 12,600.000 S veranschlagt.

Die Post „Entschädigungen; Waffenübungen, Inspektionen und Instruktionen“ mußte im Jahre 1972 gegenüber 1971 um 12,546.000 S erhöht werden, weil im Jahre 1972 eine höhere Anzahl von Reservisten einberufen werden soll.

Ansatz 1/40108 Aufwandskredite: Die hier veranschlagten Mittel dienen vor allem der Neuanschaffung von Waffen und Gerät, der Bereitstellung der Verpflegung für die Wehrpflichtigen, der Bereitstellung der Bekleidung, Mannesausrüstung und Bettensorten, der Anschaffung von Munition, der Sicherstellung von Betriebs- und Ausbildungsmitteln, der Vorsorge für Transportkosten, der Ausgestaltung von militärischen Objekten, der Instandhaltung von Hochbauten durch Dritte und schließlich der Bereitstellung von Mitteln für

die Instandhaltung und Instandsetzung von Waffen und Gerät.

Gegenüber dem Voranschlag des Jahres 1971 wurden bei diesem Ansatz um 110,832.000 S mehr veranschlagt.

Trotz der Erhöhung der Aufwandskredite mußte der Investitionsaufwand insbesondere bei den Posten „Luftzeuggerät“, „Waffen“ und „Fernmeldegerät“ erheblich reduziert werden.

Titel 5/403: Beim Ansatz „Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung)“ sind im Jahre 1972 587,869.000 S veranschlagt. Im Jahre 1971 waren bei diesem Ansatz 553,532.000 S budgetiert.

Ansatz 5/4030: Im Jahre 1972 sollen weitere Lieferungen von Waffen und Gerät aus dem in den USA im Jahre 1962 aufgenommenen Kredit im Betrage von rund 14,400.000 S erfolgen. Damit ist der im Jahre 1962 abgeschlossene Kreditvertrag mit Ausnahme der Abrechnung für den Zinsendienst erfüllt.

Ansatz 5/4031: Beim Ausgabeansatz 5/40318 sind im Jahre 1972 559,486.000 S veranschlagt. Im Jahre 1971 waren hier 531,203.000 S budgetiert. Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1971 beträgt 28,283.000 S.

Ansatz 5/4032: Bei diesem Ansatz sind im Jahre 1972 14,000.000 S veranschlagt. Diese Mittel sollen zur Erneuerung von Geräten, welche für den Katastropheneinsatz in Betracht kommen, verwendet werden.

Titel 1/404: Beim Titel 404 wird der Bedarf des Heeresgeschichtlichen Museums; Militärwissenschaftliches Institut wie folgt veranschlagt:

Personalaufwand (Ansatz 1/40400): 8,970.000 S, Verwaltungsaufwand: 1,060.000 S, Anlagen: 160.000 S, Aufwandskredite: 441.000 S.

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1972 gegenüber dem Jahre 1971 in der Höhe von 748.000 S ist auf die vorgenannten Bezugserhöhungen sowie auf die Erhöhung der Dienstgeberbeiträge zurückzuführen.

Titel 1/405: Die Ansätze des Titels 405 sind für die Verrechnung der Gebarung des auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig eingerichteten betriebsähnlichen Verwaltungszweiges vorgesehen.

An der Debatte über das Kapitel 40 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Tödling, Zeillinger, Mondl, Scherrer, Suppan, Dkfm. Gorton, Kinzl, Doktor Bauer, Dr. Prader, Breiteneder, Marwan-Schlosser und Schieder.

Steininger

Der Bundesminister für Landesverteidigung Lütgendorf nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Problemen Stellung und beantwortete die gestellten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 1. Dezember 1971 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XII mit Mehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt so mit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1972 (2 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tödling. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Tödling (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte eingangs feststellen, daß auch der Herr Bundeskanzler hier im Plenum anwesend ist und wir somit die Gewähr haben, daß wenigstens einer der Angesprochenen auch hier bleibt. Wir freuen uns darüber, Herr Bundeskanzler.

Bevor ich aber, meine Damen und Herren, als „Nicht-Generalstäbler“ mir erlaube, mit dem „General-Minister“ ins Gespräch zu kommen, möchte ich versuchen, eine Standortbestimmung der heutigen österreichischen Sicherheitspolitik vorzunehmen. Würden wir unverantwortlich sein, so könnten wir jetzt Schadenfreude empfinden, Schadenfreude über das, was seit der Beratung der Wehrgesetznovelle geschehen ist: es ist alles so gekommen, wie wir es vorausgesagt haben. Wir sind aber — ich möchte das eindeutig feststellen — nicht schadenfroh, sondern bestürzt über die Sicherheitspolitik des Herrn Bundeskanzlers.

Herr Bundeskanzler! Ein Regierungschef sollte Ordnungsfaktor sein. Und was tun Sie, Herr Bundeskanzler? Sie produzieren Unordnung.

In der Wehrfrage hat die SPÖ ja nie eine Orientierung besessen. Ich möchte Sie nicht an Ihre Aussprüche erinnern: Wir wollen kein stehendes Heer! Ich will Sie, Herr Bundeskanzler, nicht an Ihre Aussprüche erinnern: Ein Ausbildungsheer tut's auch!, und alle diese Dinge, die Sie im Zuge etwa der Parteienberatungen von sich gegeben haben. Herr Bundeskanzler! Wenn Sie sich eine solche

Politik vielleicht noch als Parteivorsitzender erlauben könnten, als Regierungschef können Sie das nicht mehr! (Beifall bei der ÖVP.)

Durch Ihr leichtfertiges Wahlversprechen haben Sie dem Heer, aber auch der Bevölkerung jede Orientierungsmöglichkeit genommen; außer wortreichen Deklarationen bieten Sie nichts, was gerade in dieser Zeit eine Orientierung in der Sicherheitspolitik ermöglichen würde. Sie reden viel und gerne über die Frage der umfassenden Landesverteidigung, aber gerade mit diesem Gerede über die zugegebenermaßen wichtigen Fragen der Landesverteidigung wollen Sie kaschieren, daß der Kern jeglicher Verteidigungsmöglichkeit, nämlich das Heer, „zerbröselt“ wird.

Dieser Vorgang erfolgt noch dazu unter fachmännischer Anleitung und Assistenz des Herrn Bundesministers Lütgendorf. Herr Bundesminister, bezeichnen Sie sich nicht mehr als Fachminister! Herr Brigadier, Sie sind Politiker! Ich hoffe, daß gerade die letzte Zeit Ihnen diesen Umstand ins Gedächtnis gerufen hat. Es gibt keine umfassende Landesverteidigung ohne die militärische Möglichkeit; so bildet das Militär, das Heer, den harten Kern jeglicher Landesverteidigung.

Herr Bundeskanzler! (Ruf bei der ÖVP: Er ist ja nicht da!) Doch, er sitzt nur nicht in der ersten Reihe! (Heiterkeit.) Herr Bundeskanzler, ich frage Sie: Gilt noch, daß die österreichische Neutralität verteidigt werden muß? Sie werden beifällig nicken, daß sie verteidigt werden muß, aber ich möchte Sie fragen: Womit wollen Sie diese österreichische Neutralität verteidigen? Mit den nach dem 15. Dezember vorhandenen rund 27.000 Mann, von denen rund 14.000 im dritten Monat der Ausbildung stehen? Gilt noch der Auftrag an das Bundesheer vom 11. Mai 1965?

Eigentlich erübrigkt sich diese Frage nach der Diskussion mit den Chefredakteuren. Sie haben damals gemeint, daß dieser Ministerratsbeschuß nichts anderes als Banalitäten enthalte, aber immerhin, dieser Ministerratsbeschuß war für die zurückliegenden Regierungen die Richtschnur ihres Verhaltens. Sie aber, Herr Bundeskanzler, bezeichnen diesen Beschuß als eine Sammlung von Banalitäten.

Herr Bundeskanzler! Sie gaukeln der österreichischen Bevölkerung — das ist hier in diesem Saal schon gesagt worden — eine heile Welt vor, Sie wollen den Eindruck erwecken, daß wir eine Gesellschaft ohne Sorgen seien. Dem Österreicher soll nicht ins Bewußtsein gerufen werden, daß es ein Vietnam, ein Pakistan, ein Israel, daß es die Berliner Mauer und auch den Stacheldraht und die Minenfelder an unserer östlichen Grenze gibt.

Tödling

Herr Bundeskanzler! Noch einige kurze Bemerkungen zu Ihrem Gespräch mit den Chefredakteuren — das ist sozusagen das Brandneue um die ganze Frage der Sicherheitspolitik —, zu Ihrer Pressekonferenz oder Diskussion vom 10. Dezember.

Herr Bundeskanzler! Auf den Herrn Verteidigungsminister angesprochen, sagten Sie: Ich brauche einen, der sich auskennt. — Das haben Sie doch dort gesagt.

Über das Verteidigungskonzept der Regierung, sozusagen das, was man unter der viel diskutierten oder schon vom Herrn Bundesminister erwähnten Doktrin versteht, befragt, sagten Sie: „Ich bin anspruchsvoll und suche mir die Leute aus. Gespräche hierüber müssen mit Leuten geführt werden, die Bescheid wissen. Mit diesen kann man auch den Standort bestimmen.“ — Ich gebe hier einigermaßen wortgetreu Ihre Aussage wieder.

Herr Bundeskanzler! Ich schließe aus dieser Ihrer Aussage, daß Sie bei der Wahl des Verteidigungsministers nicht anspruchsvoll waren. Bescheid weiß er Ihrer Auffassung nach auch nicht, sonst hätten Sie über die Standortbestimmung und über Ihre Verteidigungsdoktrin längst mit dem Herrn Bundesminister reden können.

Herr Bundeskanzler! 20 Monate haben Sie schon Zeit gehabt, die sozialistische Verteidigungsdoktrin zu erfinden. Nichts haben Sie gemacht, außer lauthals zu verkünden, daß Sie ein Wahlversprechen erfüllt haben.

An anderer Stelle — ich bin noch bei der Diskussion mit den Chefredakteuren —, Herr Bundeskanzler, haben Sie erklärt, Sie hätten es nicht so eilig mit diesem Verteidigungskonzept, Sie hätten auch was anderes zu tun. — Geraade diese Aussage, meine Damen und Herren, zeigt, daß es Ihnen, Herr Bundeskanzler, am nötigen Ernst in Fragen der Sicherheitspolitik fehlt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Auf eine weitere Frage eines Redakteurs sagten Sie, Sie wüßten nicht, in welchem Kreis ein Gesamtverteidigungskonzept beraten werden soll. Es sollen nicht nur Fachleute dabei sein. — Hier, muß ich sagen, gebe ich Ihnen eigentlich recht: nicht nur Fachleute. Aber daß Sie nach 20 Monaten nicht wissen, in welchem Kreis Sie Ihr Verteidigungskonzept beraten sollen, Herr Bundeskanzler, das ist für Ihre Regierung ein Armutszeugnis! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Mir ist im Zuge dieser Diskussion mit den Chefredakteuren klar geworden, daß Sie in der Endkonsequenz Ihrem Verteidigungsminister doch mißtrauen. Sie geben damit indirekt zu, daß das, was der Verteidigungsminister als

eine Art Klassenlotterie so — ich möchte fast sagen — kleinweise aus dem Panzerschrank holt, von Ihnen selbst nicht ernst genommen wird. Und von uns verlangen Sie, etwa hier oder im Verteidigungsrat, daß wir das alles ernst nehmen sollen.

Vermerkt habe ich auch Ihre Aussage, daß die Politik sagen muß, was sie will. Hier sind wir einer Auffassung, Herr Bundeskanzler. Sagen Sie, was die Regierung will, dann haben die Beratungen im Verteidigungsrat auch einen echten Sinn! (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Ich muß hier sagen, daß Sie eine Vorgangsweise wählen, die nicht in Ordnung ist, wenn Sie sagen: Wir haben auch etwas anderes zu tun. Wir haben Zeit, um zu beraten, was in der Verteidigungsfrage geschehen soll. — Ich möchte noch hinzufügen, daß Sie anscheinend so viel Zeit haben, daß unsere südlichen und westlichen Nachbarn unruhig werden und dabei sind, ihre Verteidigungskonzepte zu überdenken. Das läßt darauf schließen, Herr Bundeskanzler, daß man, während Sie mit Ihrer Regierung Zeit haben, dort sehr wohl schon festgestellt hat, daß es künftig nicht nur offene Städte, wie wir auf einer Pressekonferenz erfahren haben, sondern bereits ein offenes Österreich gibt.

Und nun, Herr Bundeskanzler, möchte ich mich doch mit den Panzerschrankkonzepten des Herrn Verteidigungsministers beschäftigen oder — man könnte es auch anders ausdrücken — mit dem „Konzept der Konzeptlosigkeit“.

Von Plänen und Konzepten war noch nie so viel die Rede wie in letzter Zeit. Als erstes, Hohes Haus, kam der ominöse Rösch-Plan. Ich möchte bewußt dieses Thema hier anschneiden, um jegliche Legendenbildung zu zerstören.

Keiner kennt diesen Rösch-Plan, keiner hat ihn gesehen. Herr Dr. Fischer! Sie haben vorige Woche hier erklärt, daß dieser Rösch-Plan allen Offizieren zugeschickt wurde. (Abg. Dr. Fischer: Darüber hat sich doch Minister Schleinzer beschwert!) Sie sollen nicht zu früh beifällig nicken, denn, Herr Dr. Fischer, das (der Redner zeigt eine Zeitschrift vor) ist er, der Rösch-Plan, ein Sonderdruck der „Zukunft“. Diesen Sonderdruck der „Zukunft“ hat man versendet. Aber auch nicht alle Offiziere haben ihn erhalten. Anscheinend ist man im Zuge des Versandes draufgekommen, daß die Dürftigkeit dieses Papiers es doch nicht lohnt, es zu versenden.

Hohes Haus! Ich möchte es Ihnen natürlich ersparen, etwa diesen Aufsatz vorzulesen. Ich möchte aber doch die markantesten Sätze hervorheben.

Tödling

Auf der ersten Seite meint in diesem Absatz der damalige Staatssekretär Rösch, daß er sich zur bewaffneten Neutralität bekennt. Vielleicht ist das der Grund, Herr Bundeskanzler, daß der heutige Innenminister Rösch es in Kenntnis Ihrer Absichten abgelehnt hat, Verteidigungsminister zu werden.

Auf der ersten Seite ist noch die Rede vom Verbot des Tragens deutscher Orden und Ehrenzeichen und von den „zornigen jungen Majoren“ des Herrn Dr. Schleinzer.

Auf der zweiten Seite setzt sich Rösch auseinander mit dem Mangel an Kaderpersonal, mit dem immer zu kleinen Wehrbudget und natürlich mit dem Leerlauf.

Auf der dritten und vierten Seite, Hohes Haus, kommt nun der „große Plan“.

Hier heißt es unter Punkt 1: „Verkürzen wir die ordentliche Präsenzdienstzeit von derzeit achtseinhalb Monaten auf sechseinhalb Monate.“

Unter Punkt 2 ist vielleicht das Wesentlichste ausgesagt:

„Ofters kann man in den Zeitungen lesen und manchmal auch im Bundesheer hören: „Ja, das ist schlecht, deshalb muß man das Wehrgesetz ändern und eben Pflichtwaffenübungen einführen.“ Alle, die diese Forderung vertreten, vergessen aber zu sagen, wo hin man die Waffenübenden einberufen soll, mit welchen Ausbildnern man sie schulen und wo man das Geld dafür hernehmen soll.“

Also diese Aussage ist ja nicht gerade ermutigend, aber bitte, Sie sind ja weitgehend in Ihrer Auffassung damit ident, Herr Bundeskanzler.

Im dritten Punkt — ich weiß nicht, ob das der Mühe wert war — folgt eine Auseinandersetzung mit den Tauglichkeitsgraden.

Unter Punkt 4 kommt er auf einen Vorschlag unseres früheren Kollegen Dr. Weißmann zu sprechen, indem er die Einführung einer Wehrersatzsteuer als begrüßenswert bezeichnet.

Punkt 5: „Lösen wir die Trennung zwischen Ausbildungs- und Einsatzeinheiten wieder auf.“

Im vorletzten Absatz kommt er auf die Feuerwehr zu sprechen, die vielleicht ein Kupplungsstück vergessen hat und dann nicht zum Einsatz kommen kann.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das ist der vielzitierte und zum „Plan“ aufgewertete Rösch-Aufsatz.

Nun, Herr Bundeskanzler, noch einmal zu Ihnen ein paar Worte betreffend das SPÖ-

Papier, das auch fälschlicherweise als „Plan“ bezeichnet wurde. Dieses Papier hat von Ihnen ja schon Klassifikationen erfahren, einmal in den Parteiengesprächen, als Sie meinten: „Da haben a paar von uns was zamgschrieb'n.“ — Vor wenigen Wochen immer wieder von den Journalisten auf dieses Papier angesprochen, meinten Sie, es sei „konventionell, zu teuer und im übrigen keine Offenbarung“.

Für Sie, Herr Bundeskanzler, ist anscheinend alles keine Offenbarung, was über das Sechs-Monate-Denken etwa hinausgeht. Ich möchte Ihnen diese Gedankenskizze — als solche könnte man sie bezeichnen — nicht vorlesen, möchte aber doch feststellen, daß sich die, die das „zamgschrieb'n haben“, doch was gedacht haben, wenn sie, sicher in Ihrem Sinne, meinen: „Die Zeit des ordentlichen Präsenzdienstes ist auf sechs Monate herabzusetzen.“ „An den ordentlichen Präsenzdienst schließen in angemessenen Zeitintervallen Pflicht-Wiederholungsübungen an, deren Gesamtdauer nicht mehr als drei Monate betragen soll.“

Ich weiß schon, diese Wiederholungsübungen waren für Sie zu konventionell und nicht annehmbar. Ich möchte mir ersparen, weiter aus diesem Papier zu zitieren.

Meine Damen und Herren! Sie werden gerade auf Grund dieser einen Aussage zu diesem SPÖ-Papier festgestellt haben, warum dieses Papier, das ich als Gedankenskizze bezeichnen möchte, dem Herrn Bundeskanzler nicht annehmbar, weil zu konventionell, erschien ist.

Doch nun zur jüngsten Vergangenheit, zum Panzerschrank des Herrn Verteidigungsministers.

Herr Bundesminister! Im Vortrag an den Ministerrat reden Sie viel von der Bundesheer-Reformkommission, um den Eindruck zu erwecken, als ob in Ihren Absichten, in Ihren Plänen, auch nur irgendwo Beschlüsse der Bundesheer-Reformkommission Berücksichtigung finden würden. Herr Bundesminister! Mit diesen Festlegungen und dem Sichberufen auf die Bundesheer-Reformkommission bewegen Sie sich ausgesprochen im luftleeren Raum. Ich habe Ihr Panzerschrankgeheimnis als Wunschkatalog bezeichnet und mir damit Ihre Klassifikation meiner Person zugezogen.

Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht nur um mich oder um den Kollegen Zeillinger, der sich wahrlich selbst seiner Haut wehren kann, aber hier geht es um eine Ungeheuerlichkeit gegenüber den gewählten Mandataren und um eine Mißachtung der demokratischen Einrichtungen.

Tödling

Herr Bundesminister! Ich gehöre 16 Jahre diesem Hause an und habe erlebt, daß auch Entgleisungen hier vorgekommen sind. Aber in einer derartigen Weise hat noch kein Minister mit den Abgeordneten gesprochen! (Zustimmung bei der ÖVP.) Aber ich komme auf Ihre Pressekonferenz noch zurück.

In Ihrer Pressekonferenz vom 1. Dezember gaben Sie es schon billiger und sprachen von einem Kalender. Herr Bundesminister! Nach einem richtigen Kalender weiß ich oder wissen wir, wann welcher Tag kommt. Nach Ihrem Kalender wissen Sie nicht, wann Sie was bekommen. Ich möchte hier feststellen, daß das doch von Dr. Kreisky und nicht von Ihnen bestimmt wird.

Herr Bundesminister! Wenn ich dem Herrn Bundeskanzler den Vorwurf mache, daß er der Bevölkerung eine heile Welt vorgaukelt, so muß ich hier auch feststellen, daß Sie ihm behilflich sind.

Sie tragen erstens Ihren Teil dazu bei, daß die Öffentlichkeit von den Konsequenzen des Bundesgesetzes vom 15. Juli 1971 — der Wehrgesetznovelle — abgelenkt wird. Im Verteidigungsausschuß — ich erinnere mich daran — hatten Sie während der Beratung zu dieser Wehrgesetznovelle überhaupt keine Meinung. Sie waren anscheinend — das ist meine sehr persönliche Feststellung — damals als junger Minister von Ihrem Ministeramt so geblendet, daß es Ihnen einerlei war, was diese Abgeordneten beschließen.

Zweitens: Sie lassen den Herrn Bundeskanzler offensichtlich im Glauben, daß die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Landesverteidigung im Licht einer scheinbaren internationalen Entspannung in Zweifel gestellt werden kann.

Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen voraussagen, daß Sie es mit dem Fixieren einer Verteidigungsdoktrin bei der SPÖ noch sehr, sehr schwer haben werden.

Und zum dritten: Sie tragen Ihren Teil dazu bei, daß das Ansehen des Bundesheeres und seiner Unteroffiziere und Offiziere herabgesetzt wird. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich möchte an Ihre Aussage im Finanzausschuß erinnern. Ich habe dort dieses sozialistische Flugblatt zur Hand genommen und Sie gefragt: Herr Bundesminister, ist das auch Ihre Auffassung, daß mit diesem Schreiben der Sozialistischen Jugend die Wehrdienstpflichtigen zur Bespitzelung ihrer Vorgesetzten aufgefordert werden? — Sie haben erklärt: Jawohl, ich erkläre mich einverstanden mit dieser Vorgangsweise. (Abg. Kern: Unwahrscheinlich! — Abg. Haas: Das stimmt

doch gar nicht! — Abg. Fachleutner: Der beste Schüler Kreiskys!)

Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen noch einen Vorwurf machen: Sie tragen Ihren Teil dazu bei, daß Fachleute gehindert werden, in freier Meinungsäußerung zu den Problemen Stellung zu nehmen. Herr Bundesminister, ich möchte hier sagen, daß Sie überall dort, wo Sie die Möglichkeit haben, nach unten zu treten, den Kraftprotz spielen, aber in der Regierung haben Sie anscheinend nichts zu reden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Ihre Stellung in der Regierung ist, so glaube ich, mehr als zweitichtig. Wenn Sie sagen, die Regierung wird „Farbe bekennen müssen“ — das haben Sie wiederholt ausgesagt —, so stehen Sie in Opposition zur Regierung. Andererseits sind Sie aber der willige Vollstrecker der gleichen Regierung.

Herr Bundesminister! Wenn Sie schon der Fachmann sind, umso größer ist die Verantwortung für Sie. Sie können sich als Offizier und Minister nicht dieser Verantwortung entledigen, wenn Sie sich hinter Dr. Kreisky verstecken. Sie sind diese Verantwortung auch nicht los, wenn Sie ein Fünf-Seiten-Papier als Bundesheerreformplan verkaufen.

Nun zu Ihrem Reformplan, Herr Bundesminister. Was an diesem Plan am meisten stört, ist, daß Sie ihn im Alleingang produziert haben. Er sieht auch so aus, Herr Bundesminister. Mir erscheint die Problematik um die Landesverteidigung zu ernst, als daß man sie einem einzigen, noch dazu einem, der sein „Geschick“ — unter Anführungszeichen — schon mehrmals bewiesen hat, überlassen kann. Sie waren doch der Ausbildungschef des Heeres, Herr Bundesminister: Warum ist der Leerlauf nicht abgestellt worden, während Sie Befehlsgewalt in dieser Angelegenheit hatten? Das meine ich mit dem „Geschick“. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Im übrigen, Herr Bundesminister, zu Ihrem Reformplan: Von einem modernen Management haben Sie anscheinend wirklich noch nichts gehört. Auf der Pressekonferenz, auf Ellinger angesprochen, erklärten Sie: Generaldirektor wird er keiner werden.

Herr Bundesminister! Ich bin zwar kein Prophet, aber ich möchte doch sagen: Sie werden auch keiner werden.

Meine Damen und Herren! Was wir hier vorgelegt bekommen haben, ist kein Konzept, sondern eine Stichwortsammlung für eine spätere Behandlung und Prüfung. Dieses Papier zeichnet sich aus durch eine gewählte knappe Form, auf weiten Strecken unverständlich

Tödling

— bitte schön, ich bin kein Generalstabsleiter, Herr Bundesminister — und ohne Hinweis auf die Möglichkeit, wie das geschehen soll. Das ist aber die entscheidende Frage. Es wäre nicht das erste Mal, Herr Bundesminister, daß Sie mir, angesprochen auf die Frage: Wie soll das geschehen?, antworten würden: Da müssen Sie Herrn Dr. Kreisky fragen.

Ihr Plan geht an der augenblicklichen Ausgangslage vollkommen vorbei. Schlagworte mit dazugesetzten Jahreszahlen ergeben noch lange keine durchführbare Vorstellung. Jedem Konzept muß eine umfassende Lagebeurteilung vorangestellt werden. Als Konsequenz aus dieser Beurteilung hat die politische Entscheidung zu erfolgen, und diese ist von der militärischen Führung in die Tat umzusetzen.

Herr Bundesminister, ich frage: Wo ist in Ihrem Reformplan der klare Wille der Bundesregierung ersichtlich, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Landesverteidigung zum allgemeinen Anliegen des gesamten Volkes zu machen? Wenn die Bundesregierung die Landesverteidigung nicht ernst nimmt, ist jedes Konzept wertlos.

Wo ist die klare Festlegung darüber zu finden, welche finanziellen Mittel für die Durchführung dieses Planes erforderlich sind? Sie werfen mit Traumziffern — ich erinnere an die 7 Prozent — um sich. Aber in diesem Plan geben Sie keinerlei Aussage darüber, wie das etwa finanziert werden soll.

Wo ist die klare Festlegung zu finden, nicht nur welche finanziellen Mittel für die Durchführung dieses Planes erforderlich sind, sondern auch auf welche Art die Staatsführung, die Regierung bereit ist, sie zur Verfügung zu stellen?

Das fehlt alles, und das wird als großes „Panzerschrankgeheimnis“ bezeichnet. Die Absichten der Bundesregierung sind aus diesem Plan nicht ersichtlich. Erst wenn diese bekannt wären, könnte es zu einer Auftragsformulierung kommen.

Wo ist die Bestandsaufnahme zur augenblicklichen Lage? Herr Bundesminister! Mit diesem Papier haben Sie erst recht Ihrer Glaubwürdigkeit keinen guten Dienst erwiesen. Man kann Richtlinien erfinden. Das haben Sie getan. Sie geben aber keine Aussage darüber, ob auch die Durchführbarkeit gegeben ist.

Herr Bundesminister! Wie sieht es mit der Einsatzbereitschaft aus? Am 15. Juli haben Sie erklärt, es werde keine Schwächung in der Verteidigungsbereitschaft geben. Im Finanz- und Budgetausschuß habe ich Sie befragt. Sie gaben mir zur Antwort: Nicht

schlechter als im Juli dieses Jahres!, und Sie verwiesen mich auf die Möglichkeit der Mobilmachung.

Herr Bundesminister! Sie und auch der Herr Bundeskanzler reden, so glaube ich, zu viel von der Möglichkeit der Mobilmachung. Ich möchte es dieser Regierung, diesem Parlament und dem österreichischen Volk nicht wünschen, daß die Frage zu klären ist, ob mobilgemacht werden soll oder nicht. Eine verantwortungsbewußte Regierung würde zittern, wenn es um die Entscheidung dieser Frage geht. Aber es wird leichtfertig die Möglichkeit der Mobilmachung in den Raum gestellt. Ich würde ersuchen, mit diesem Begriff doch ein wenig vorsichtiger umzugehen.

Ich habe Sie, wie schon erwähnt, im Verteidigungsausschuß um die Einsatzbereitschaft des Heeres gefragt. Sie haben mich auf die Vertraulichkeit des Verteidigungsrates verwiesen und haben gesagt: Am Vormittag habe ich Ihnen das mitgeteilt! Aber Sie, Herr Bundesminister, haben die 60prozentige Einsatzbereitschaft wie im Verteidigungsamt auch in Ihrer Pressekonferenz bekanntgegeben! Sie nehmen sich das Recht heraus, Aussagen zu treffen. Und wir als Oppositionsabgeordnete im Verteidigungsamt? — Sie reden über den Verteidigungsamt in aller Öffentlichkeit, und wir sollen uns vom Herrn Bundeskanzler verbieten lassen, zu sagen, daß wir von der Mehrheit im Verteidigungsamt niedergestimmt wurden, als wir die Beziehung der Befehlshaber zu den Beratungen verlangt haben!

Herr Bundesminister! Wir werden die Beziehung der Befehlshaber wieder verlangen, weil wir von Ihren Alleingängen nichts halten. Herr Bundesminister! Reden Sie sich aber nicht auf die mangelnde Belastbarkeit der älteren Offiziere aus, wie Sie es im Finanz- und Budgetausschuß, allerdings in einem anderen Zusammenhang, getan haben.

Ich frage mich überhaupt, warum Abstimmungsergebnisse aus dem Verteidigungsamt nicht bekannt werden sollen. Es ist ja unehrlich gegenüber der Bevölkerung. Das möchte ich in aller Eindeutigkeit feststellen.

Herr Bundesminister! Ich möchte darüber hinaus feststellen und Ihnen zum Vorwurf machen, daß Sie die Funktion des Verteidigungsamtes anscheinend nicht erkannt haben. Wenn Sie wollten — dort hätten Sie uns Ihre Idee von den Offenen Städten präsentieren müssen, aber nicht in einer Pressekonferenz! Ich glaube, daß gerade diese Frage der Offenen Städte einer politischen Entscheidung bedarf, und ich frage Sie, Herr Bundesminister: Hat-

Tödling

ten Sie zu dieser Aussage eine Ermächtigung? Geben Sie uns Antwort auf diese Frage! Wo wurde das beraten? Oder haben Sie schon internationale Kontakte gepflogen? — Das sind Fragen, die in den Verteidigungsamt gehören, Herr Bundesminister! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber zurück zur Einsatzbereitschaft. Mit 15. November haben die letzten Wehrpflichtigen, welche noch nach den Richtlinien für den Neun-Monate-Präsenzdienst ausgebildet wurden, vorzeitig abgerüstet. Mit diesem Tag hat das System des Einsatzheeres sein Ende gefunden. Sie verfügen über rund 12.800 Mann an Offizieren, Unteroffizieren, Chargen und Beamten. Dazu kommen die rund 7000 Wehrpflichtigen vom 15. Juni 1971 mit sechs Monaten Grundwehrdienst und zirka 14.000 Wehrpflichtige des Einberufungstermins 1. Oktober 1971. Das ergibt für mich die Summe von 33.800 Mann. Sie, Herr Bundesminister, haben auf der Pressekonferenz von 36.000 Mann gesprochen.

Nun rüstet übermorgen der Einberufungsturnus vom 15. Juni 1971 in der Stärke von rund 7000 Mann ab. So verbleiben Ihnen ab übermorgen rund 26.800 Mann.

Anmerken möchte ich noch — ich habe die Zahl schon genannt —, daß von diesem Personalstand rund 14.000 Mann im dritten Monat der Grundausbildung stehen und praktisch bis zu ihrer Abrüstung für eine ernst zu nehmende Aufgabe, so glaube ich zumindest, kaum in Frage kommen. Im Ernstfall — Herr Minister, ich mache Sie darauf aufmerksam, und möge uns dieser Ernstfall erspart bleiben; ich möchte das uns und dem österreichischen Volk wünschen — sind diese Leute Kanonenfutter, und das verantworten Sie als Fachminister!

Ab übermorgen haben wir keine voll einsatzbereiten Verbände im Bundesheer.

Herr Bundesminister! Ihre Vorhersage, daß sich noch im Jahre 1971 rund 3000 Mann für einen verlängerten Grundwehrdienst melden werden, hat sich als Illusion erwiesen. Sowohl im Finanz- und Budgetausschuß als auch in der Pressekonferenz vom 1. Dezember haben Sie bekanntgegeben, daß sich 446 Soldaten zum Durchdienen gemeldet haben, daß Sie aber insgesamt über 1245 Mann Längerdienende verfügen. Sie haben die rund 500 Einjährigfreiwilligen auch hinzugerechnet. Übrigens ist die Zahl der Einjährigfreiwilligen um 45 Prozent niedriger als vor 1971. Und doch komme ich nicht auf die Zahl von 1245 Mann, sondern nur auf 941. Ich kann mir vorstellen, Herr Minister, daß Sie, um zumindest eine

Zahl über 1000 präsentieren zu können, alles zusammengekratzt haben, was eine einigermaßen praktikable Ziffer ergibt, wahrscheinlich auch die sage und schreibe 28 Akademiker im 1. Jahrgang der MilAk. und ganze 9 Offiziersanwärter.

Herr Bundesminister! Sie können nicht mit positiven Zahlen allein operieren, sondern Sie müssen auch die negativen Zahlen, die Abwanderungen aus dem Bundesheer, erwähnen. Wir haben innerhalb eines Jahres an zvS und Beamten in UO-Funktion über 1000 Mann verloren. Leider ist zu befürchten, Herr Minister, daß die Kaderflucht weiter anhält.

Nun noch ein paar Worte zum Mob-Heer. Ich möchte nicht die einschlägigen Paragraphen der Wehrgesetznovelle zitieren, etwa den § 33a oder den § 28. Tatsache ist, daß die Existenzkurve des Mob-Heeres sinkt. Dazu, woher Sie, Herr Bundesminister, für einen Mob-Rahmen, der etwa in einer Vorstellung von 120.000 bis 150.000 Mann liegt, die notwendigen etwa 20.000 bis 25.000 Unterführer hernehmen, würden wir auch gerne Ihre Meinung hören.

Feststeht, daß es ab 1971 auch mit dem Mob-Heer bergab geht, daß Sie aber nicht in der Lage sein werden, seine Neuformierung zeitgerecht durchzuführen. Wir haben daher die berechtigte Sorge, daß es dann weder eine Neutralitätsschutztruppe, also sofort einsatzbereite mobile Streitkräfte, noch ein Mob-Heer geben wird.

Die Zerschlagung der bisherigen Landwehrorganisation — ich möchte auch das festhalten — wird praktisch von Gesetzes wegen vollzogen. Damit, und ich bitte sich das zu merken, Herr Bundesminister, sind Sie bei der sozialistischen Verteidigungsdoktrin angelangt.

Abschließend, Herr Bundesminister, nun ein persönliches Wort eines Volksvertreters an Sie. In Ihrer Pressekonferenz am 1. 12. haben Sie Abgeordnete, welche keine Generalstabsausbildung haben, disqualifiziert. (Abg. Dr. Fiedler: Hat Dr. Kreisky eine?) Er hat auch keine. Es geht hier nicht um meine Person oder um die des Kollegen Zeillinger, sondern ich glaube, daß Sie alle Abgeordneten mit einem Werturteil belegt haben, das Ihnen nicht zusteht. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen: Auf die verschiedenen Fragen der Journalisten haben Sie die absonderlichsten Antworten gegeben, aber ich möchte nur das herausgreifen, was etwa auf die Disqualifizierung Bezug nimmt. Sie sagten:

Tödling

„Und wenn zuviel Neues in einer Idee liegt, so bringt es natürlich zwangsläufig auch das menschliche Beharrungsvermögen und die Bequemlichkeit mit sich, das möglichst einer sehr harten Kritik zu unterziehen, um ja nicht sich bemühen zu müssen, die Gehirnganglien in neue Bahnen zu lenken.“

Herr Bundesminister! Eine solche Qualifikation lehnen wir hier ab! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Bezogen auf die Aussage, die wir nach dem Verteidigungsamt getroffen haben, meinten Sie:

„Wenn vor kurzem Kommentatoren zum Bundesheerreformplan diesen mit einem symbolischen Achselzucken“ — was meinen Sie mit symbolischem Achselzucken? — „als Wunschprogramm oder als Pleite bezeichneten, so kann ich das vollkommen verstehen, weil den betreffenden Herren die fachlichen Voraussetzungen fehlen, um beurteilen zu können, wieviel Arbeit und welch tiefer sachlicher Gehalt mit jedem einzelnen Punkt dieses Planes verbunden ist.“

Nun, Herr Bundesminister, Sie wurden dann von Journalisten in dieser Sache weiter gefragt und Sie gaben zur Antwort: „Mir ist nicht bekannt, daß jene Herren, denen man diese Aussage in den Mund gelegt hat, eine Generalstabsausbildung haben.“ Herr Bundesminister! Mir braucht niemand etwas in den Mund zu legen. Ich weiß schon selber, was ich zu sagen habe.

Sie wurden auch auf den Verteidigungsamt angesprochen und erklärten: „Zum ersten Punkt darf ich sagen, daß, soweit ich teilgenommen“ — dort sind Sie ja nicht davon gegangen — „habe an den bisherigen Beratungen des Landesverteidigungsrates, dort eine sachliche und objektive Diskussion geführt wird.“

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Wer hat denn dort geredet? Die beiden Generalstäbler nicht, geredet haben wir, also die, die Sie etwa als militärische Halbtrottel hier abqualifizieren. Wir haben geredet. Das bezeichnen Sie in der Pressekonferenz als eine sachliche, objektive Diskussion, und in der Öffentlichkeit treffen Sie solche Aussagen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber, Herr Bundesminister, Sie haben ja vom 1. auf den 2. Dezember nichts gelernt. Hier in der Fragestunde haben Sie mir zur Antwort gegeben: „Sie haben in Ihrer Stellungnahme zum Bundesheerreformplan von Wunschdenken und Dilettantismus gesprochen. Ich verstehe vollkommen, daß man zu einem derartigen Werturteil kommt, wenn

man eben nicht die nötigen fachlichen Voraussetzungen mitbringt.“ Darüber hinaus haben Sie gemeint, ich solle mit meinem Kollegen Marwan reden, er würde mir schon Aufklärung geben. Herr Bundesminister! Ich weise eine solche Behandlung zurück, und ich bitte Sie, suchen Sie einen Verhandlungs- und Gesprächsstil, der es überhaupt ermöglicht, daß wir mit Ihnen im Verteidigungsamt noch reden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie waren in Ihrer Pressekonferenz, Herr Bundesminister, stolz darauf, etwas im Alleingang produziert zu haben. Ich möchte Ihnen, Herr Bundesminister, ganz offen sagen: Wir haben etwas gegen „größte Feldherren aller Zeiten“. Dieses Ihr Verhalten erweckt in höchstem Maße unser Mißtrauen, und wir werden, wie ich schon angekündigt habe, die Beziehung der Befehlshaber zu den Beratungen wieder verlangen. Wir sind für eine Teamarbeit, und es scheint uns auch demokratischer zu sein, wenn man diese Frage nicht einer einzigen Person überläßt.

Die Haltung des Herrn Bundeskanzlers Ihnen gegenüber erscheint uns unverständlich. Ausgerechnet die Probleme um die staatliche Sicherheit überläßt er einem Mann, einem einzigen. Dahinter steht, so vermute ich, ein System. Der Herr Bundeskanzler läßt Sie gewähren, Sie haben, gestatten Sie mir den Ausdruck, scheinbar Narrenfreiheit, weil er besser weiß als Sie, was letztlich tatsächlich geschieht, nämlich — meine Unterstellung —: Nichts!

In der Verteidigungsfrage sind Sie, Herr Bundesminister, der Schild des Bundeskanzlers. Sie können, so vermute ich, für die nächste Zukunft unbesorgt sein und sich weiter im Porzellanladen bewegen, Sie können weiter das Parlament und die einzelnen Abgeordneten nach Ihrem eigenen Ermessen klassifizieren und beleidigen. Sie werden weiter Minister bleiben, ich bin überzeugt davon. Der Herr Bundeskanzler wird Sie schützen, weil er Sie braucht. Wie lange, ist eine andere Frage. Er wird Sie vermutlich dann aus der Regierung entlassen, wenn die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes endgültig den Nullpunkt erreicht hat.

Herr Bundesminister! Mit Ihrem Verhalten den Abgeordneten gegenüber sprechen Sie auch dem Staatsbürger die Berechtigung ab, in Verteidigungsfragen mitzureden und mitzuentscheiden. Sie haben mit Ihrer Haltung alle Staatsbürger beleidigt. Das möchte ich hier eindeutig sagen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn Sie meinen, Herr Bundesminister, daß nur Generalstäbler Ihren Intentionen folgen können, so reißen Sie auch eine Kluft

Tödling

zwischen Truppenoffizieren und Generalstäbfern auf.

Abschließend, Herr Bundesminister, erkläre ich Ihnen, daß wir Sie nicht unbedingt brauchen, Sie aber brauchen uns. Erkennen Sie das, dann legen Sie Ihre anmaßende Haltung ab. Sie wurden geholt, wir wurden gewählt. Das ist der Unterschied. Ich bitte, nehmen Sie ihn zur Kenntnis. Finden Sie keine Gesprächsbasis, dann tun Sie, was Sie als Fachmann schon hätten tun sollen — denn bei dieser Art sozialistischer Verteidigungsdoktrin könnten Sie ja nicht mitspielen —: nämlich zurücktreten. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich darf, Hohes Haus, zum Schluß einen Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Tödling, Dr. Prader, Marwan-Schlosser, Suppan und Genossen betreffend Vorlage eines Berichtes über den Stand der militärischen Landesverteidigung Österreichs.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat zu Beginn der Frühjahrsession mit Stichtag 15. April 1972 einen Bericht über den Stand der militärischen Landesverteidigung in personeller, materieller und finanzieller Hinsicht vorzulegen.

Insbesondere hat dieser Bericht zu beinhalten:

Den oftmals angekündigten neuen Verteidigungsauftrag der Bundesregierung an das Bundesheer,

eine Fünfjahresvorschau über die benötigten Budgetmittel für die Landesverteidigung,

die Zahl der sofort einsatzbereiten Verbände beziehungsweise den Grad der Einsatzbereitschaft der übrigen Verbände einschließlich der Reserveverbände,

die Zahl der „Durchdiener“, ZVS und Kaderpersonalstärke,

die Vorsorgen für den Mob-Fall,

das tatsächliche Ausmaß der militärischen Ausbildung im Rahmen der 6-Monats-Dienstzeit sowie die Reduzierung des bei der neunmonatigen Ausbildung kritisier-ten Leerlaufes.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß sich für diesen Antrag eine Mehrheit in diesem Haus findet, denn dann können wir die Problematik der Landesverteidigung richtig weiter diskutieren. Ich glaube, wir haben alle das Gefühl, daß wir

momentan mit dem, was wir vom Herrn Bundesminister aus dem Panzerschrank bekommen, nichts anfangen können. Ich hoffe, daß dieser Bericht den Auftakt für eine neue Möglichkeit gibt — und wir schließen uns von der Mitarbeit nicht aus —, sinnvoll im Interesse der Landesverteidigung tätig zu sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der von den Abgeordneten Tödling und Genossen zur Beratungsgruppe XII eingebrochene Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht daher mit zur Verhandlung.

Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Zeillinger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Nicht nur in diesem Hohen Haus, sondern weit darüber hinaus geht die Diskussion um die Landesverteidigung in Österreich. Die Massenmedien beschäftigen sich damit, die Zeitungen, das Fernsehen, der Rundfunk; Meinung steht gegen Meinung, und wenn wir eine Zwischenbilanz ziehen, so müssen wir feststellen, daß die österreichische Bevölkerung kaum beruhigt, eher beunruhigt und das Ausland erstaunt ist.

Die Frage nach dem Sinn einer Landesverteidigung wird immer lauter gestellt. Wir Freiheitlichen werden uns daher in unserem ersten Debattenbeitrag zum Kapitel Landesverteidigung auch mit dem Sinn der Landesverteidigung deswegen beschäftigen, weil wir glauben, daß der österreichischen Bevölkerung wieder einmal gesagt werden muß, daß neben der vielen Kritik, die nicht nur die Opposition, sondern weite Kreise darüber hinaus vorgebracht haben, eine Landesverteidigung in diesem Staate notwendig und sinnvoll ist, und daß eine Landesverteidigung letzten Endes zur Verteidigung eines der höchsten Güter dient, nämlich der Erhaltung des Friedens.

Der Gegensatz zum Frieden muß nicht in jedem Falle ein Krieg sein. Zwischen dem Frieden, den wir alle erhalten wollen, und dem Krieg, den wir alle nicht wollen, liegen viele Möglichkeiten. Auf diese vielen Möglichkeiten müssen wir uns vorbereiten, diese Möglichkeiten müssen wir abwenden. Dazu aber braucht man, meine Herren von der Bundesregierung, nicht nur einen Index eines Konzeptes, dazu braucht man erstens einmal ein politisches Konzept und zweitens ein militärisches Konzept.

Die Lage Österreichs ist nicht einfach. Wir liegen zwischen zwei großen militärischen Blöcken, und wir liegen zwischen zwei wirtschaftlichen Bündnissystemen. Österreich ist an der Grenze des südöstlichen Spannungs-

Zeillinger

feldes. Die außenpolitische Lage Österreichs und die Außenpolitik — hier stimmen wir mit der Regierung weitgehend überein, und ich werde darauf noch zurückkommen — stehen natürlich in engem Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik. Die außenpolitische Lage Österreichs ist durchaus als stabil zu bezeichnen. Wir haben das Vertrauen anderer Staaten, vor allem auch unserer Nachbarn, und wir können ruhig sagen, wir sind geachtet im Kreise der Völker.

Dieses Österreich liegt aber in einer Schlüsselstellung zum Donau-, zum Alpen- und zum Adriaraum. Es deckt einerseits die 200 km lange Südgrenze des Nachbarstaates Tschechoslowakei, es deckt die Westgrenze Ungarns und die Nordwestflanke Jugoslawiens.

Alle vorausschauenden Maßnahmen zur Erhaltung des Staates, des Friedens in Österreich sollen und müssen erreichen, daß unser Vaterland nicht in ein Spannungsfeld hineingezogen, sondern dessen Grenze bildet. Was wir Freiheitlichen bisher an der Regierung missen und was wir damit nicht nur beim Verteidigungsminister, sondern bei der gesamten Regierung urgieren, ist die Vorlage jener politischen Diskussionsgrundlagen, jener politischen Konzepte, auf denen überhaupt erst ein militärisches Konzept aufgebaut werden kann. Es wird daher bei der Sitzung des Verteidigungsrates, die am 16. Dezember stattfinden soll, kaum möglich sein, auch wenn wir die noch benötigten Unterlagen nachgeliefert bekommen sollten, über die Zweckmäßigkeit der Vorschläge — sofern Vorschläge vorhanden und erkennbar sind — mit der Bundesregierung zu diskutieren, wenn wir überhaupt noch kein Wort verloren haben über die politischen Aufgaben, die unserer Landesverteidigung gestellt sind.

Ich darf die Bundesregierung darauf aufmerksam machen, daß diese Diskussion ja keineswegs neu ist. Sie ist wiederholt begonnen worden. Wir haben in der Vergangenheit Teilresultate erzielt, aber niemand ist augenblicklich in Österreich imstande zu sagen: Was gilt noch von früheren Jahren, was wird übernommen, was wird geändert, wo sind die neuen Vorschläge. Und niemand — das möchte ich hier gleich mit aller Deutlichkeit feststellen — denkt daran, wenn etwa heute eine Großmacht — wir liegen ja im Spannungsfeld zwischen zwei großen Blöcken — es in ihrem Konzept plötzlich für notwendig befindet, Österreich den Krieg zu erklären — Kriegserklärungen sind ja nicht mehr üblich —, Kriegshandlungen gegen Österreich zu eröffnen, in der Absicht, diesen Staat zu besetzen, niemand wird erwarten,

daß wir ein brauchbares Konzept finden, um einen Großangriff eines militärischen Blocks auf diesen Staat abzuhalten.

Daher haben scheinbar im Moment jene Oberwasser bekommen, die sagen: Wozu brauchen wir dann überhaupt ein Bundesheer? Aber wäre es nicht, Herr Bundesminister, meine Herren von der Regierung, notwendig, dem österreichischen Volk zu sagen, daß das ein Fall ist, mit dem man Gott sei Dank nur im Äußersten rechnen muß, daß es daneben aber eine Unzahl, Dutzende von möglichen Fällen gibt, von denen wir in einigen schon sehr hart am Rande waren, von Fällen, die jeden Tag, jede Stunde, jeden Monat, jedes Jahr eintreten können. Und darauf nicht vorbereitet zu sein, ist die Gefahr.

Wir kennen die Konzepte, aber wir haben bisher noch keine Vorschläge dazu bekommen. Ja soll, Herr Bundeskanzler oder Herr Minister, die Opposition im nächsten Verteidigungsrat ihrerseits eine neue Tagesordnung erstellen? Wir können es wahrscheinlich gar nicht, weil wir auch dort keine Mehrheit haben, da ja die anwesenden Mitglieder des Verteidigungsressorts ebenfalls stimmberechtigt sind. Wir müssen uns also im Rahmen der von Ihnen gesteckten Tagesordnung bewegen und werden daher — das möchte ich heute schon sagen — auch am 16. Dezember infolge fehlender Konzeption zu keinem Ergebnis kommen können, weil wir noch immer nicht wissen, auf welchen der Fälle wir uns überhaupt — wenn ich sage „wir“, meine ich Österreich und die Landesverteidigung — hier vorbereiten sollen und vorbereiten müssen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, weil in der letzten Fernsehdiskussion in der vergangenen Woche die Meinung entstehen konnte, es gebe überhaupt noch keine Voraussetzung, es gab überhaupt keine Diskussion in der Vergangenheit.

Ich bin überzeugt, daß bei allen der anwesenden politischen Parteien darüber Diskussionen stattgefunden haben und Arbeitsunterlagen vorhanden sind. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir Freiheitlichen in unserem Wehrausschuß seit langem die Vorbereitung dazu getroffen haben, daß wir die Papiere oben liegen haben, weil wir natürlich erwarten, eines Tages aufgefordert zu werden, dazu Stellung zu nehmen, dazu zu diskutieren. Aber bisher ist dazu noch keine Einladung ergangen, und bisher vermissen wir jede notwendige Initiative der Regierung auf diesem Gebiet.

Darf ich nur aus dieser Mappe einige der möglichen Fälle — um es real darzustellen — herausgreifen und Ihnen vor Augen führen.

Zeillinger

Es ist ohne weiteres möglich — wir leben ja eingebettet zwischen Staaten verschiedener politischer Systeme —, daß sich in einem Staat einmal eine Untergrundbewegung bildet, die es für notwendig findet, ihre Operationen von unserem österreichischen Gebiet aus zu leiten. Ich habe eine der einfachsten Aufgaben herausgegriffen. Das ist doch eine Aufgabe, auf die wir uns zweifellos im Rahmen einer Landesverteidigung noch vorbereiten können.

Oder nehmen wir eine andere Möglichkeit. Es gab schon, sogar in nicht allzu ferner Vergangenheit, Beispiele dafür: Unruhe in einem der nachbarlichen Systeme, eine Unruhe innerhalb des Systems, es drohen bewaffnete Auseinandersetzungen in diesem System, die Spannungen nehmen zu, es kann zu Zusammenstößen kommen. Es gab in den letzten Jahren solche Zusammenstöße. Es können Einheiten auf Österreich abgedrängt werden. Das ist doch zweifellos eine Aufgabe, die wir im Rahmen der Landesverteidigung lösen können.

Oder es können Einheiten eines Nachbarstaates die Absicht haben, im Zuge ihrer Operationen das österreichische Bundesgebiet zu überqueren. Da würde uns doch eine Aufgabe gestellt sein, die wir ebenfalls lösen können. Wo ist dazu die politische Konzeption? Wo ist dazu die militärische Konzeption? — Wenn sie im Panzerschrank liegt, dann müssen wir sagen, gehört sie ja vorher dem Landesverteidigungsrat übergeben, bevor wir jenen Index, der überhaupt nichts aussagt, in die Hände bekommen.

Oder es kann sich eine der Gruppen in einem Nachbarstaat vor die Notwendigkeit gestellt sehen, ihrerseits nach Österreich auszuweichen, um von Österreich aus zu operieren. Das kann, wenn wir es nicht rechtzeitig abfangen, zu sehr ernsten Auseinandersetzungen führen.

Ich darf Ihnen, Herr Verteidigungsminister, versichern: Bis zur Stunde — wir halten eine solche Aufgabe für lösbar — hat diese Regierung, das gilt auch für die in der Vergangenheit, kein Konzept für die Lösung dieser Aufgaben vorgelegt und diskutiert.

Nehmen wir einen anderen Fall: Es kann eine Krise in einem der benachbarten Blocks geben, es schickt der Staat A Truppen zur Hilfe für die Regierung im Staat B über österreichisches Gebiet. Dieser Gedanke liegt nicht fernab. Wir haben uns mit diesem Gedanken beschäftigt, wir wissen seit Jahren, daß diese Möglichkeit existiert, wir glauben auch, daß eine solche Aufgabe lösbar ist. Denn wenn wir sie nicht lösen, dann ist das geradezu eine zwingende Einladung an irgend-

eine andere Macht, in Österreich zugunsten der einen oder der anderen Seite zu intervenieren.

Das ist ein Fall der Landesverteidigung, ein Fall, den wir seit Jahren kennen, der aber in keinem der vorgelegten Papiere berücksichtigt ist, für den kein politischer Auftrag vorliegt, für den bisher keine Unterlagen ausgeführt wurden.

Ein anderer Fall: Wir wissen, daß heute die Kriege nicht nur von Großmächten geführt werden, daß heute in vielen Fällen die Kriege von Stellvertretern geführt werden. Es ist ohneweiters möglich, daß es zu einem solchen „Krieg der Stellvertreter“ im Nachbarraum kommt. Österreich ist gar nicht das Ziel einer solchen Aggression, eines Angriffes. Aber es werden da und dort österreichische Gebiete in lokale Operationen einbezogen. Das ist doch ein Verteidigungsauftrag, den wir unbedingt erfüllen, erfolgreich erfüllen können. Wo ist hierfür die politische Konzeption? Wo liegen hierfür die Vorschläge, wo liegen die Vorschläge für die militärischen Voraussetzungen der Lösung dieser Aufgabe?

Nehmen wir jetzt einen schwierigeren Fall: Ein Block kann — auch dieser Fall erscheint gar nicht so unaktuell, wenn wir bedenken, daß beispielsweise Österreich durch seine geographische Lage einen militärischen Block auseinanderschneidet — die Absicht haben, durch österreichisches Gebiet lediglich durchzugehen, um seine Truppen von einem Blockland in das verbündete andere Blockland zu bringen. Das kann aber auf der anderen Seite die andere Großmacht dazu veranlassen, in Österreich zu intervenieren, wenn wir nicht die Grenzen schließen und mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir nicht bereit sind, Österreich zu einem Durchzugsland werden zu lassen.

Ja, meine Damen und Herren, hier kann eine kleine Ursache eine große Wirkung haben. Niemand hat die Absicht, Österreich zu besetzen, aber die Nichtlösung einer solchen Detailaufgabe kann eine andere Großmacht geradezu zwingen, in Österreich militärisch zu intervenieren.

Das sind lösbar Aufgaben, lösbar Aufgaben für alle Fälle, die zwischen dem Krieg und dem Frieden liegen, Aufgaben, die eine österreichische Landesverteidigung meistern kann, wenn sie dazu a) ein politisches Konzept und b) ein militärisches Konzept hat.

Ich glaube, meine Damen und Herren von der Bundesregierung und Herr Verteidigungsminister, Sie wissen selbst, daß es neben den Varianten, die ich hier angeführt habe, noch

Zeillinger

viele ähnliche Varianten und Möglichkeiten gibt.

Sie dürfen doch nicht in der österreichischen Bevölkerung den Eindruck erwecken, daß es aussichtslos wäre, dieses Österreich zu schützen, daß eine Landesverteidigung keinen Sinn hätte. Die Landesverteidigung hat in Österreich viel Sinn, wenn wir den Mut haben, einmal in Erfahrung zu bringen, welche Aufgaben wir im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel in diesem Staate lösen können.

Noch einmal darf ich sagen: Ein Großangriff irgend einer Macht mit dem Ziele, dieses Österreich zu besetzen, wird wahrscheinlich auch nach einer Umstrukturierung beziehungsweise einer Umorganisation des Heeres nicht mit Erfolg abgewehrt werden können.

Nun erfuhren wir — ich muß noch einmal sagen: lediglich aus Pressemeldungen —, es solle einen Bundesverteidigungsplan geben. Meine Herren von der Regierungspartei, vielleicht wissen Sie mehr! Ich gehöre seit vielen Jahren dem Landesverteidigungsrat an, aber mir ist der Bundesverteidigungsplan, von dem der Herr Verteidigungsminister in der Pressekonferenz gesprochen hat, bis zur Stunde nicht bekannt.

Es soll laut Presse, laut Zeitungsmeldungen, eine politische Verteidigungstheorie geben. Ich darf wieder die Herren der Regierungspartei einladen, dann, wenn sie sie kennen — ich bin dagegen, daß wir in aller Öffentlichkeit hier bis zum Verrat militärischer Geheimnisse gehen —, zu sagen, ob sie als Abgeordnete beziehungsweise als Mitglieder des Landesverteidigungsrates die politische Verteidigungstheorie der Bundesregierung kennen, die laut einer Feststellung des Verteidigungsministers in der Pressekonferenz vorhanden sein soll.

Es soll Psychopläne geben. Das ist durchaus möglich. Aber wenn es diese gibt, dann liegen sie noch in dem Panzerschrank, aus dem bedauerlicherweise nur ein Inhaltsverzeichnis an den Landesverteidigungsrat, aber nicht eine einzige brauchbare Diskussionsgrundlage, nicht ein einziger brauchbarer Plan herausgekommen ist.

Nun, Herr Kollege Tödling, darf ich gleich namens der Freiheitlichen zu jenem Antrag Stellung nehmen, den Sie hier gestellt haben und den wir Freiheitlichen erst im Lauf der Debatte prüfen müssen.

Ich muß Ihnen hier, nach erster „Überlesung“, sagen, daß ich Bedenken habe, daß man öffentlich in diesem Hause beispielsweise über die Vorsorgen für den Mob-Fall dies-

kutiert, um nur diesen einen Fall herauszunehmen.

Wir haben bisher unter der vergangenen Regierung — auch unter der ÖVP-Regierung — gewisse Bereiche der Landesverteidigung selbstverständlich geheim und streng vertraulich behandelt. Dazu gehören etwa die Vorsorgen für den Mob-Fall.

Wenn nun, wie Sie es verlangen, die Regierung aufgefordert wird, dem Nationalrat einen Bericht unter anderem über die Vorsorgen für den Mob-Fall vorzulegen, dann ist natürlich eine geheime Beratung im Landesverteidigungsrat nicht mehr sinnvoll. Ich darf hier gleich den Vorschlag machen: Wenn wir die Aufforderung aussprechen, diesen von Ihnen verlangten Bericht zuerst dem Landesverteidigungsrat vorzulegen, und der Landesverteidigungsrat dann bestimmen soll, was davon veröffentlicht wird und damit dem Parlament zugeleitet werden kann, sind wir Freiheitlichen durchaus in der Lage, einen solchen Antrag zu unterstützen.

Aber wir dürfen nie vergessen, daß es doch gewisse Geheimnisse auch in einem Kleinstaat, auch in Österreich, im Rahmen der Landesverteidigung gibt. Ich bitte die Volkspartei, diesen Vorschlag noch zu prüfen.

Nun aber noch zu einem weiteren Punkt im Zusammenhang mit der Landesverteidigung. Wir haben am 16. eine Sitzung, auf deren Tagesordnung wir einen Punkt missen, über den wir unbedingt jetzt sprechen müssen, da bereits im Rahmen einer Pressekonferenz Pläne oder Vorschläge, Ideen — ich weiß nicht konkret, was es war — in die Öffentlichkeit getragen worden sind und wir Abgeordnete ununterbrochen den Fragen der Wählerschaft und der Öffentlichkeit ausgesetzt sind: Das ist die Erklärung gewisser Orte Österreichs zu Offenen Städten.

Ich darf hier gleich ankündigen, daß ich als Mitglied des Verteidigungsrates an den Herrn Bundeskanzler heute einen Brief absenden werde, einen Brief betreffend Erweiterung der Tagesordnung für den Verteidigungsrat, Bericht des Verteidigungsministers zum Tagesordnungspunkt „Pläne der Bundesregierung über die Erklärung österreichischer Orte zu Offenen Städten“.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß ich mit einer Unterschrift keine Erweiterung der Tagesordnung nach der Geschäftsordnung des Verteidigungsrates erreichen kann. Ich bitte daher die anderen Mitglieder des Landesverteidigungsrates, mir ihrerseits eine zweite Unterschrift zur Verfügung zu stellen, damit dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung des

Zeillinger

Landesverteidigungsrates behandelt werden kann.

Wir Freiheitlichen stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß das, Herr Minister, ein Punkt ist, der im Panzerschrank hätte noch bleiben sollen. Sie haben herausgegeben, was nicht unbedingt herauszugeben war, und Sie haben offenbar drinnen gelassen, was hätte herausgegeben werden sollen.

Die Frage der Offenen Städte ist nicht neu, aber was mich so erstaunt, ist, daß in dem Verteidigungsamt plötzlich eine Bruchlinie eingetreten ist: so, als ob es vorher nie einen Verteidigungsamt gegeben hätte, obwohl doch sehr viele Mitglieder des Verteidigungsamtes auch schon in früheren Jahren diesem Gremium angehört haben.

Bei der Angelegenheit der Offenen Städte — hier darf ich als Jurist eine Frage aufwerfen; das hat mit einem Geheimnis gar nichts zu tun — handelt es sich darum, ob man diese Frage überhaupt nicht erst im Konfliktfalle stellen sollte. Denn wir müssen uns darüber im klaren sein, was es völkerrechtlich bedeutet, diese Frage schon jetzt zu stellen. Das ist der Grund, warum wir unbedingt darüber im Verteidigungsamt diskutieren müssen. Natürlich wird es hier nicht bei den zwei vom Minister genannten Städten bleiben, sondern noch andere Städte werden jetzt fragen: Und warum wir nicht? Nun kommen natürlich die Interventionen aller Städte, die ihrerseits zu Offenen Städten erklärt werden sollen.

Sie haben einen ungeheuren politischen Zündstoff gelegt, mit dem nicht das Verteidigungsministerium fertig werden muß, sondern mit dem wir, die Mandatare, die politischen Parteien fertig werden müssen.

Herr Bundesminister! Die Erklärung einer Stadt oder eines Ortes zu einem Offenen Ort, zu einer Offenen Stadt ist — da stimme ich ja überein; das haben Sie ebenfalls in der Pressekonferenz gesagt — ja keineswegs eine einseitige Angelegenheit, ist nicht an eine einseitige Erklärung gebunden, sondern das bedarf ja auch der Anerkennung durch einen potentiellen Aggressor. Das heißt also — und das ist die Frage, und diese können wir nicht etwa in einer Pressekonferenz entscheiden, sondern die muß in einem Verteidigungsamt entschieden werden —: Soll man jetzt schon dazu übergehen, jene Orte festzulegen, die im Konfliktfalle zu Offenen Städten erklärt werden? Das ist eine mögliche Theorie. Es gibt Gegner dieser Theorie. Ich kann auch gleich die Begründung sagen. Die Verfechter dieser Theorie sagen: Der moderne Krieg ist ein Blitzkrieg. Er beginnt etwa damit, daß eine

Luftlandedivision in Schwechat landet und eine Stunde später in der Bundeshauptstadt ist, um gewisse Schlüsselstellungen zu besetzen. Man hat also nicht mehr die Zeit, die Vorbereitungen zur Offenen Stadt zu treffen und die Erklärung zu übermitteln. Das ist ein ernstes Problem. Das sind die Argumente dafür.

Darf ich aber gleich die Argumente dagegen sagen. Wir machen uns schuldhaft, wenn wir eine Erklärung zur Offenen Stadt geben und die Bedingungen nicht erfüllen. Und hier sind natürlich sehr strenge Bedingungen zu erfüllen.

Ich darf Sie also hier einladen — ich möchte die Budgetdebatte damit nicht zu lange aufhalten —, einmal hier nachzulesen, was also alles erfüllt werden muß. Natürlich müssen die Kasernen aus Wien weg. Darüber zu reden, Wien zu einer Offenen Stadt zu machen, wenn wir gleichzeitig wissen, daß wir wahrscheinlich noch Jahre brauchen werden, bis wir die Kasernen aus Wien wegbringen, das ist für mich unvorstellbar! Natürlich muß in einem solchen Fall das Bundesministerium aus der Bundeshauptstadt weg, denn das ist eine neue Voraussetzung für die Erklärung zur Offenen Stadt.

Herr Minister! Der Verbleib der Regierung ist einer der strittigen Punkte. Es gibt verschiedene Entwürfe, von denen jener des Roten Kreuzes aus dem Jahre 1957, der, ich möchte sagen, am greifbarsten ist und bei dem am ehesten die Wahrscheinlichkeit besteht, daß er von einem möglichen Aggressor auch akzeptiert wird. Hier heißt es also, daß alle Verteidigungseinrichtungen — das sind also Kasernen — beseitigt werden müssen. Darf ich nebenbei aufmerksam machen: Sie stehen dabei vor dem schwierigen technischen Problem, auch die Flaktürme entfernen zu müssen. Bevor Sie dieses technische Problem nicht gelöst haben, können Sie nicht darüber diskutieren, Wien zur Offenen Stadt zu erklären. Denn die Flaktürme sind eine Verteidigungseinrichtung, und die Beseitigung aller Verteidigungseinrichtungen, wie Kasernen und so weiter, ist Voraussetzung für die Abgabe der Erklärung, und erst dann kann ein möglicher Aggressor eine solche Erklärung akzeptieren.

Weiters ist der gesamte militärische Durchgangsverkehr in Offenen Städten untersagt. Es sind die Beziehungen zu den eigenen Streitkräften aus Offenen Städten untersagt; das heißt, daß alle Führungsorgane — und jetzt, Herr Minister Schleinzer, komme ich auf Sie zurück —, alle jene Ministerien, die mit der Landesverteidigung — das sind bei der umfassenden Landesverteidigung einige — in Beziehung stehen, natürlich Wien so-

Zeillinger

fort zu verlassen haben. Eine Erklärung: Wien wird Offene Stadt, und erst dann, im Konflikt-falle, zu beginnen, die Vorbereitungen zu treffen — Herr Minister, das ist ein nicht ernst zu nehmendes Angebot. Das ist ein juristisches Unding, und das nimmt auch keiner der möglichen Aggressoren oder der anderen europäischen Mächte irgendwie ernst. Das könnte von einem Politiker stammen, der irgendwo den Wienern — Salzburg wurde auch genannt — oder den Salzburgern einen Blumenstraß reichen wollte, und damit gerechnet hat, daß man in dieser Gegend dumm genug ist, um nicht zu erkennen, daß hier überhaupt nichts dahinter steckt. Das ist doch eine Frage! Das hätte aus dem Panzerschrank herausgehört. Das hätte in einen Verteidigungsrat hineingehört.

Darüber hätte man diskutieren müssen: Erstens einmal, ob man jetzt zu Offenen Städten erklärt oder erst im Krisenfalle. Zweitens: Welche Orte zu Offenen Städten erklärt werden. Es kann natürlich nicht im Belieben eines Ministers liegen, dann in seinem Wahlkreis irgendwelche Orte, die bei ihm besonders intervenieren, zu Offenen Städten zu erklären. Das wäre ein militärisches Chaos. Damit wird die Landesverteidigung nämlich unmöglich gemacht.

Wir stehen augenblicklich in folgender Situation: Wenn man das Angebot macht, Wien und Salzburg jetzt zu Offenen Städten zu erklären — Salzburg ist ja bekanntlich jener Ort, in dem die größte Kaserne, ich glaube, von ganz Österreich liegt —, so stehen wir praktisch vor einem Debakel der Landesverteidigung. Das ist der richtige Moment. Darf ich meine Kollegen der Volkspartei und der Sozialistischen Partei einladen, mir die zweite Unterschrift zu geben, damit der Verteidigungsrat sich hier mit jener Erklärung beschäftigen kann, die der Herr Bundesminister der Presse und der Öffentlichkeit übergeben hat.

Es ist auch — vielleicht darf ich auch das noch sagen — nach weitester Auslegung des Begriffes Offene Stadt, die ich gefunden habe, so, daß man zu Offenen Städten nur Orte erklären kann, die nicht wesentlich an Kriegshandlungen beteiligt sind. Auf gar keinen Fall dürfen natürlich militärische Führungsstellen in Offenen Städten stationiert sein.

Herr Bundesminister! Wir sind mit dieser Erklärung in eine überaus schwierige Situation geraten. Ich weiß überhaupt nicht, wie ein Verteidigungskonzept im Augenblick auf Grund solcher Absichten — wenn es Absichten der Regierung sind — erstellt werden kann. Wenn es irgendwelche einzelne Ge-

sprächserklärungen waren, die man als Einzelperson übergeben hat, dann bitte muß das dem Verteidigungsamt mitgeteilt werden. Dann müssen wir die Öffentlichkeit aber auch beruhigen und ihr sagen: Das war nicht ernst zu nehmen, was hier von Seiten des Herrn Verteidigungsministers gesagt worden war.

Wenn es aber solche Pläne gibt, dann muß sich spätestens am 16. Dezember — also in drei Tagen — in der bereits einberufenen Sitzung des Landesverteidigungsrates dieses oberste Beratungsgremium damit befassen. Das ist eine der wichtigsten politischen Entscheidungen, die überhaupt in diesem Staate auf dem Gebiete der Verteidigung getroffen worden sind oder zu treffen sind und die daher auch entsprechend durchberaten werden müssen.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, wie hier oft bei Punkten, über die man sehr leicht diskutiert, sehr, sehr ernste Handlungen dahinterstehen.

Wenn am 16. Dezember der Verteidigungsamt sagt: Wir wollen Wien sofort zur Offenen Stadt machen!, dann muß natürlich im Jänner ein Konzept ausgearbeitet werden, wie jetzt bereits Vorsorge getroffen wird, um vor allem jene Dienststellen der Bundesregierung, vor allem das Verteidigungsministerium und die sonst mit der Landesverteidigung in Zusammenhang stehenden Ministerien, aus Wien zu evakuieren, und zwar so zu evakuieren, daß sie auf jeden Fall — bevor etwa eine Luftlandedivision von Schwechat bis Wien hereinkommt — Wien bereits verlassen haben. Sonst ist nämlich die Erklärung Wiens zur Offenen Stadt hinfällig geworden.

So eng sind also juristische und militärische Probleme miteinander verbunden. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich irgendwo geirrt haben sollte. Ich habe, wie gesagt, keine Generalstabsausbildung, ich habe mich lediglich juristisch etwas mit dem Thema der Offenen Stadt befaßt.

Meine Damen und Herren! Hier nun überhaupt etwas zu dem Thema der öffentlich geführten Diskussion über militärische Angelegenheiten. Ich las hier vom Kollegen Blecha, von einem Sprecher der Regierungsfraktion, in der „Arbeiter-Zeitung“, dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei, den Satz — von Blecha bitte, das ist nicht von mir, vom sozialistischen Abgeordneten Blecha —: „Wir müssen dem Verteidigungsminister klarmachen, daß die Demokratisierung des Heeres mit einem verbesserten Beschwerderecht keineswegs zu Ende gegangen ist, sondern noch nicht einmal begonnen hat“, erklärte Abgeordneter Blecha vor einer Konferenz der

Zeillinger

„Jungen Generation“. „Würde man zulassen, daß die jungen Präsenzdiener, um nicht aufzufallen, den Mund hielten, hätten die Bestrebungen keinen Sinn, schon die Schuljugend zu kritischem Mitdenken und mitentscheidenden Staatsbürgern zu erziehen.“

Ein sehr, sehr ernster politischer Satz. Da kann ich ihm durchaus recht geben. Aber man kann eines auf gar keinen Fall: Den Präsenzdiener auffordern, zu reden, zu kritisieren, Beschwerde zu führen — das Beschwerderecht ist ja gesetzlich verankert —, ihn zu animieren: Sprich! Führ' Kritik! — und dem Unteroffizier und dem Offizier, der kritisiert wird, einen Maulkörberlaß umzuhängen und zu sagen: Du darfst nicht reden!, du darf nicht kritisieren! Das heißt, sprechen darf nur der Verteidigungsminister und der Präsenzdiener; alles, was dazwischen ist zwischen dem Verteidigungsminister und dem einfachen Soldaten, darf zwar kritisiert werden, darüber darf geschimpft werden, aber sie dürfen sich nicht zur Wehr setzen.

Hiezu möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß das eine Politik ist, die wir Freiheitlichen natürlich unter gar keinen Umständen gutheißen oder irgendwie billigen können.

Es muß hier einmal klargestellt werden, wer reden darf — nach dem Standpunkt Blechas, es soll jeder kritisieren —, aber natürlich dürfen dann, Herr Verteidigungsminister, auch die Unteroffiziere und die Offiziere öffentlich kritisieren, etwa, was Sie gesagt haben, und Sie müssen dann nicht nur zu uns ins Parlament kommen und den Politikern stößweise Material bringen, womit Ihre Ankündigungen vom militärischen Standpunkt aus, also von der Generalstabsarbeit her, widerlegt werden sollen.

Ich möchte mich hier übrigens öffentlich bei jenen zahlreichen Militärpersönchen — Unteroffizieren, Beamten und Offizieren, auch aus dem Generalstab — bedanken, die sich innerhalb der letzten 14 Tage freiwillig und unaufgefordert hier gemeldet haben und Material im Interesse der Landesverteidigung zur Widerlegung des Verteidigungsministers zur Verfügung gestellt haben.

Herr Verteidigungsminister! Im Ausschuß fiel der Satz: Wir brauchen junge und mitdenkende Soldaten, nicht bloß ausführende Maschinen. — Ich unterschreibe den Satz hundertprozentig. Aber natürlich, junge und mitdenkende Soldaten können auch — jetzt muß ich dasselbe wie Blecha sagen — nicht nur die Rekruten sein, sondern junge und mitdenkende Soldaten müssen auch die Unteroffiziere und Offiziere sein, die aber noch

immer an der offenen Diskussion gehindert werden.

Nun darf ich einige Worte zum Heer, dessen Budget wir nun beraten, sagen.

Das Bundesheer, meine Damen und Herren, ist ein ohne Liebe gezeugtes und ohne Nestwärme in den letzten 16 Jahren aufgewachsenes Stiefkind der Koalition. Es ist mit seinen 16 Jahren jetzt mitten in der Pubertät. Wir sind mit allen jenen Schwierigkeiten, die halt in der Pubertät auftreten, jetzt offenbar konfrontiert.

Wir haben zweifellos ... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ja, Herr Kollege, ich bin ein freiheitlicher Sprecher hier und habe das kritisier, was in der Vergangenheit war, und ich werde auch das namens der Freiheitlichen anmerken, was jetzt zu sagen notwendig ist.

Was sich bisher nicht geändert hat, ist die Situation im Verteidigungsministerium, auch wenn wir gehört haben, daß eine Umstrukturierung beginnen soll. Klar ist mir und uns Freiheitlichen, daß aus der Umstrukturierung bis zur Stunde nichts geworden ist. Es hat der Verteidigungsminister vor einigen Monaten angekündigt, er werde bis zum Jahresende 50 Generäle in Pension schicken. Ich darf gleich sagen: Ich habe das deswegen nach dem Beamten gesetz nicht ganz ernst genommen und habe es auch nicht geglaubt. Aber man hat es in der Öffentlichkeit geglaubt. Es war ja gerade in der Regierungsfraktion viel Beifall, wenn einige Generäle entfernt werden. Aber es konnte nicht ein einziger mit Gewalt in Pension geschickt werden. Ich weiß nicht, ob überhaupt Versuche gemacht worden sind.

Aber die Situation hat sich ja völlig normal entwickelt. Die 50 Generäle sind nicht in Pension gegangen. Wir hören nun vom Herrn Bundeskanzler, daß er sich geweigert hat, für die vielen Brigadiere und Generäle die Beförderungen zu unterschreiben, die nun der Verteidigungsminister mit kommendem 1. Jänner befördern wollte. Es ist also im Moment auch nicht klar: Soll abgebaut werden, sollen zusätzlich neue „gebaut“ werden, oder sollen nur, weil ein Farbwechsel in der Regierung war, die mit der schlechten Farbe wegkommen und andere mit der guten Farbe hinkommen.

Hier ist die Personalpolitik in der obersten Führung nicht transparent. Transparent ist nur, wenn wir den Bundesvoranschlag, Kapitel 40, Landesverteidigung, anschauen, daß wir nach wie vor im Ministerium 1316 Dienstposten haben. Ich mache Sie aufmerksam, meine Damen und Herren, und bitte Sie, etwas in europäischen Vergleichen zu sehen: Wir sind seit Jahren eine ministerielle Großmacht, und wir sollen es nach dem Vor-

Zeillinger

schlag dieser Regierung auch in Zukunft bleiben. Aber mit diesen 1316 findet man gar nicht das Auslangen. Es waren bisher und es werden in Zukunft 1630 sein — jetzt waren es 1633, und in Zukunft sollen es 1630 sein —, und zwar mit den Dienstzugeteilten.

Es ist also ohnehin ein Dienstpostenplan, der alles Vergleichbare übersteigt. Dazu kommen noch die Dienstzugeteilten. Das kostet ja nichts, denn man hat ja die Leute irgendwo bei der Truppe, man nimmt sie bei der Truppe weg und ruft sie hinein in den Stab. Das haben wir unter Verteidigungsminister Dr. Prader kritisiert, und das werden wir Freiheitlichen selbstverständlich auch jetzt kritisieren, wenn es ein Fachmann mit Generalstabsausbildung macht, wobei ich, weil übrigens mein Kollege Tödling etwas von der Generalstabsausbildung gesagt hat, gleich dazu erkläre: Kollege Tödling! Sie können sich trösten. Man kann auch über militärische Dinge sprechen, wenn man keine Generalstabsausbildung hat. Ich habe beim Studium dieser Frage festgestellt, daß einige Leute, die möglicherweise vom Heer mehr verstanden haben als wir, keine Generalstabsausbildung hatten, etwa Prinz Eugen, Radetzky und Montecuccoli. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. — Abg. Wodica: Vota Radetzky, schau oba!)

Was wir hier also haben, ist ein aufgeblähtes, riesiges Ministerium, und das soll weiter beibehalten bleiben. Es wird zwar eine Umgliederung angekündigt, aber die Zahl der Leute im Ministerium und der Dienstzugeteilten bleibt. Da werden die Schreibtische nur von einer Dienststelle in die andere geschoben. — Das ist keine Umstrukturierung! Es ist dann überhaupt keine Änderung, wenn die Umstrukturierung darin besteht, daß die Zahl erhalten bleibt, und wenn nur innerhalb der Abteilungen umstrukturiert wird. Das, was vom Rechnungshof angefangen bis zu diesem Parlament hier immer kritisiert worden ist, ist ja der aufgeblähte Personalstand dieses Heeres mit Stäben, die einfach nicht der Größe unseres Bundesheeres angepaßt sind. Ein Heer mit vielen Stäben ist ein schlechtes Heer. Das ist nicht von mir, das ist von Napoleon.

Aber ich muß sagen: Ich halte es für gut und halte es für gescheit. Napoleon hatte sicher ein wesentlich kleineres Kriegsministerium, als wir heute in der Dominikanerbastei aufzuweisen haben.

Herr Bundesminister! Um in diesem Ministerium umzustrukturieren, die Schreibtische zu verrücken, dazu braucht es — das muß ich ehrlich sagen — keines militärischen Talentes. Das hätte wahrscheinlich jeder andere auch

zusammengebracht. Aber hier gilt es, einmal Ordnung zu machen.

In diesem Ministerium hat sich in dem vergangenen Jahr in höchsten Stellen ein Geheimnisverrat ergeben, ein Geheimnisverrat, auf dessen Aufklärung wir noch immer warten. Denn irgendwo ist dort an höchster Stelle etwas undicht. Hier ist etwas, wo wir ausdrücklich festgelegt haben, daß es nur Generäle behandeln dürfen, in die Öffentlichkeit gespielt worden. Diese Lücke ist — wir haben noch nichts gehört; Sie haben angekündigt, daß wir etwas hören werden — zumindest bis zur Stunde noch immer nicht geschlossen worden. Hier könnte einmal Ordnung gemacht werden. Ich glaube, daß eine Reduzierung dieser Stäbe wesentlich zu einer Verbesserung der Situation in der Landesverteidigung beitragen könnte.

Nun einige Worte zur Vorsorge im Budget und damit zur unmittelbaren Begründung, warum wir Freiheitlichen dieses Verteidigungsbudget für unannehmbar halten.

Es ist — ich möchte das Positive zuerst hervorkehren — in diesem Budget Vorsorge getroffen worden, daß ein Drittel der Wehrpflichtigen Durchdiener sind. Ich darf hier gleich noch einmal sagen: Das ist eine der wesentlichen Voraussetzungen, daß dieses Konzept, sofern es nicht geändert worden ist, erfolgreich gestaltet werden kann. Das heißt also, daß etwa ein Drittel — mindestens ein Drittel; wir Freiheitlichen glauben sogar, daß der Prozentsatz höher sein sollte und höher sein könnte — der Wehrpflichtigen bereit ist, ihre Übungen, ihre 60 Tage Übungen, sofort an die sechs Monate anzuhängen.

Durch jene Diskussionen, die ich eingangs bereits erwähnt habe, ist der Eindruck entstanden, daß man unter Umständen um diese 60 Tage herumkommen könne. Die Zahl der Durchdiener ist erschreckend niedrig geworden. Wir hörten in der Ausschußdebatte — die Ziffer ist bereits genannt worden —, daß es nur 446 Durchdiener sein sollen, also ein Prozentsatz, der etwa — schnell gerechnet — bei 3 Prozent liegen dürfte und auf gar keinen Fall ausreicht, um das Konzept der Wehrdienstzeitverkürzung durchzuführen.

Wir sind also wieder an einem echten Schnittpunkt angelangt. Denn jeder, der das Durchdienen gefährdet, gefährdet die Durchführbarkeit des gesamten Konzeptes. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Aus der Erklärung des Ministers, die allerdings im Gegensatz zur Erklärung des Kanzlers steht, wobei beide nicht genug genau und nicht genug präzise waren, war jedenfalls zu entnehmen, daß er Vorsorge treffen müsse, daß

Zellinger

Durchdiener in genügender Zahl zur Verfügung stehen und die 60 Tage auf jeden Fall geleistet werden müssen.

Das ist auch der Standpunkt der Freiheitlichen. Ich möchte hier mit allem Nachdruck sagen: Die Durchführbarkeit und die Durchführung der 60 Tage Übungen war eine der wesentlichen Voraussetzungen nicht nur des Konzeptes, sondern auch letzten Endes der nur mehr auf zwei Parteien erfolgten Vereinbarung zwischen der heutigen Regierungsfaktion und den Freiheitlichen.

Wir haben weiters im Budget Vorsorge für 3000 freiwillig verlängerte Grundwehrdiener getroffen, eine Zahl, die also vorläufig noch nicht zur Hälfte erreicht werden konnte, wobei im Ausschuß der Oktober-Termin noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Ich darf daher den Herrn Minister fragen, ob bei den Einrückenden zum Oktober-Termin sich eine Abkehr von diesem Trend erkennen läßt. Wenn keine Abkehr vom Trend erkennbar ist, dann müssen natürlich irgendwelche Maßnahmen aus dem Ministerium vorgeschlagen werden. Das ist selbstverständlich. Sie, Herr Minister, wissen auf Grund der ursprünglich auf einer Dreiparteienebene geführten Beratung im Ausschuß und letzten Endes auch aus den Erklärungen der politischen Parteien, daß wir die Verkürzung der Dienstzeit nur als ein Detail einer Reform ansehen und daß damit im Zusammenhang eine Reihe weiterer Maßnahmen steht, für deren Durchführung aber natürlich das Verteidigungsministerium Sorge zu tragen hat. Es hat Sorge dafür zu tragen, sei es nun durch Werbemethoden oder sei es durch andere Anreize. Es hat aber Sorge zu tragen, daß diese Absicht des Parlaments erfüllt wird. Und wenn das Ministerium zur Erkenntnis kommt, daß das nicht durchführbar wäre, dann muß natürlich sofort vom Ministerium ein Bericht an den Landesverteidigungsrat ergehen, und es müssen Vorschläge erstattet werden. Denn dann müssen selbstverständlich neue Termine erstellt werden.

In einem Punkt möchte ich allerdings der Öffentlichkeit auch eine Aufklärung geben, weil durch die letzte Fernsehdiskussion eine falsche Meinung hätte entstehen können. Ich darf damit Ihrem Debattenbeitrag, Herr Kollege Tödling, widersprechen. Natürlich tritt mit Mitte Dezember — und das wußten wir — eine ziffernmäßige Schwächung unseres Heeres ein. Ubrigens möchte ich gleich dazusagen, daß das in der zweiten Dezemberhälfte üblich ist. Sie wird sich aber länger als üblich hinausstrecken. Das ist eine Situation, die wir ja noch im Rahmen der Dreiparteienverhandlun-

gen erkannt und sehr eingehend miteinander beraten haben.

Ich darf aber daran erinnern — ich weiß nicht, warum der Herr Bundeskanzler in der Fernsehdiskussion nicht darauf hingewiesen hat —: Wir haben doch im § 16 Abs. 4 den sogenannten Beurlaubtenstand unter anderem für diesen Zweck neu eingeführt. Das heißt: Der Soldat — damit komme ich zu einem wesentlichen Punkt; wenn das offen sein sollte, dann müssen wir uns auch damit im Verteidigungsrat beschäftigen — rüstet nach sechs Monaten ab, bleibt aber drei Monate im Beurlaubtenstand. Das heißt — hier stehe ich offenbar in Widerspruch zu den Auffassungen anderer Politiker —: Jederzeit kann auf ihn als ausgebildeten Soldaten zurückgegriffen werden.

Es fiel heute auch der Satz: Wir haben dann Rekruten als Kanonenfutter! — Niemand, glaube ich, will das. Die meisten von uns haben das in einem Krieg persönlich erlebt. Daher will es niemand! Aber man wird auf bessere Soldaten, also auf jene, die eine abgeschlossene sechsmonatige Ausbildung hinter sich haben, die am 15. oder 16. Dezember abgerüstet haben und nach Hause gegangen sind, bei einem Krisenfall — nehmen wir an — am 27. Dezember oder 2. Jänner greifen und natürlich als erstes sofort auf jene kommen, die am 15. oder 16. Dezember abgerüstet haben, die im Beurlaubtenstand sind und genau wissen, daß sie zwar als Soldaten ihre Uniform ausgezogen haben, ihr Gewehr, ihr Stahlhelm und ihre Uniform jedoch auf Nummer 447 in der Kaserne hängen und sie einberufen werden können.

Man nimmt an, daß binnen 24 Stunden 80 bis 85 Prozent dieser Leute an Ort und Stelle sein können, denn in das Ausland können sie nur nach entsprechender Verbindung mit dem Militärikommando fahren und jede Adressenänderung haben sie bekanntzugeben. Wir haben gewisse Ausfälle infolge Adressenänderungen, die noch nicht durchgeführt werden konnten. Auch da glaube ich, daß der Betreffende, wenn er die Aufforderung über Rundfunk, Fernsehen und Tageszeitungen hört, einer solchen Einberufung Folge leisten wird.

Wir sind hier keinesfalls so schwach. Wir Freiheitlichen sehen überhaupt eine Gefahr darin, daß jetzt geradezu hinunterlizitisiert wird und jeder nachweist, was noch schlechter war. Wir Freiheitlichen wollen uns nicht an der Debatte beteiligen, ob es früher schlechter war (Abg. Wodica: Das ist Demontage!), oder ob es jetzt noch schlechter ist, sondern wir wollen jene positiven Elemente, die von

Zeillinger

früher oder jetzt vorhanden sind, herausgreifen und darauf aufbauen. Wir wollen vor allem der Öffentlichkeit sagen, daß die Situation durchaus ernst ist, daß sie aber keinesfalls so katastrophal ist, daß wir, wenn am 17. Dezember irgend jemand Lust hat, durch Österreich durchzumarschieren, keine verfügbaren Soldaten haben. Darum haben wir ja den Beurlaubtenstand geschaffen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei, gegen den Beurlaubtenstand gestimmt haben, so wurde er doch beschlossen und steht im Gesetz. Es weiß daher jeder Soldat, wenn er auch abrüstet, daß er zur Verfügung zu stehen hat.

Nun, glaube ich, ist es umgekehrt an der Zeit — ich darf jetzt schon sagen, daß wir spätestens unter „Allfälliges“ diese Frage im Landesverteidigungsamt in drei Tagen behandeln müssen; ob das Ministerium im Sinne des Parlaments die entsprechenden Anweisungen an die untergeordneten Dienststellen gegeben hat, das kann ich nicht beurteilen, und wahrscheinlich können das die Kollegen der beiden anderen Fraktionen auch nicht beurteilen —, daß von Seiten des Ministers zuerst im Verteidigungsamt — einverstanden! —, aber später auch in der Öffentlichkeit die Beruhigung gegeben werden soll — denn der Grundgedanke, ich darf noch einmal wiederholen, war —: Der Mann darf um drei Monate früher abrüsten, aber er muß sich dessen bewußt sein, daß er in diesen drei Monaten bei jedem Krisenfall sofort zur Verfügung stehen muß und daß seine Uniform, seine Waffe, sein Helm und alles andere in der Kaserne für ihn in diesen drei Monaten bereit ist.

Ich hoffe, Herr Verteidigungsminister, daß das eine echte Aufgabe des Ministeriums ist. Da genügend Generäle und Offiziere im Verteidigungsministerium sind, könnte es eigentlich keine Schwierigkeit gegeben haben, denn der Zeitraum war lang genug, die entsprechenden Verfügungen zu erlassen.

Ich darf gleich sagen, daß ich auf Grund der Fernsehdiskussion am vergangenen Freitag selbstverständlich dem nachgehen werde, ob das, was der Gesetzgeber bei einem Beschuß über den Beurlaubtenstand beabsichtigt hat, nun auch tatsächlich im militärischen Bereich in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Denn — das möchte ich gleich sagen — die Situation wird dann ernst, wenn wir feststellen, daß wir noch dazu in einer Kampfabstimmung hier im Hause zur Erhöhung der Sicherheit etwas beschließen und es dann von der Verwaltung im Ministerium nicht in die Praxis umgesetzt wird.

Ich darf auch noch daran erinnern, daß nach § 28 a Abs. 4 des Wehrgesetzes bei außergewöhnlichen Verhältnissen — hat ein noch heute unbekannter Aggressor am 17. oder 27. Dezember die Absicht, mit einzelnen Einheiten durch Österreich zu marschieren, um eine Aufgabe in seinem Bereich rascher lösen zu können — der Bundesminister für Landesverteidigung auf Grund einer Ermächtigung durch die Regierung, nach Einholung einer Empfehlung des Verteidigungsrates, als vorrangige Maßnahme zur Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft die Einberufung der Wehrpflichtigen zu außerordentlichen Übungen über die normierte Gesamtdauer hinaus verfügen kann.

Das heißt also: Wir haben nicht nur — weil hier immer das Wort „Mobilisierung“ gefallen ist — die Möglichkeit des Durchdienens, sondern wir haben auch die Möglichkeit der Mobilisierung zu außerordentlichen Übungen. Das war eine ungeheure Vollmacht, die wir Freiheitlichen als Oppositionspartei schlechthin der Regierung — das kann nächstes Jahr oder in vier Jahren eine Regierung mit anderer politischer Farbe sein — gegeben haben. Warum? Weil wir natürlich im Jahre 1968 erkannt haben, wie schwer es ist, eine Mobilisierung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Damals hat alles von der Mobilisierung gesprochen. Alle waren davon überzeugt, daß eine Teilmobilisierung das einzige Mögliche gewesen wäre. Ebenso haben uns die Politiker davon überzeugt, daß es außenpolitisch gesehen eine Anheizung einer Situation gewesen wäre, eine Anheizung, die von einem neutralen Staat aus nicht vertretbar ist.

Wir wissen also zumindest seit dem 21. August 1968, daß es im Rahmen zwischen Frieden und Krieg Möglichkeiten gibt, wo eine Mobilisierung, also eine Verstärkung des Heeres notwendig wäre, wir sie aber aus außenpolitischen Gründen nicht durchführen können. Dafür sind diese Sonderfälle getroffen worden.

Ich kann Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch die Öffentlichkeit daher beruhigen: Würde am 17. Dezember oder 10. Jänner eine Krisensituation eintreten, dann könnte der Beurlaubtenstand, das sind also jene Bestausgebildeten, die jetzt vor Weihnachten abrüsten, sofort wieder zur Lösung dieser Aufgabe im Rahmen des dreimonatigen Beurlaubtenstandes herangezogen werden. Und dann kann nach § 28 a Abs. 4 des Wehrgesetzes der Verteidigungsminister mit Ermächtigung der Regierung und Empfehlung des Verteidigungsrates sofort noch zu

Zeillinger

unbegrenzten Übungen einberufen. Das heißt: Würde die Krise länger dauern, könnte diese Zeit verlängert werden.

Ich glaube, damit ist Vorsorge getroffen worden, daß wir auf jeden Fall ohne Mobilisierung, ohne Anheizung einer politischen Situation mehr Leute unter Waffen bringen können, als wir im Augenblick Waffen zur Verfügung haben. Ich glaube daher, wir können der Öffentlichkeit gerade jetzt zu den Weihnachtstagen die beruhigende Mitteilung geben: Es ist das in Uniform stehende Heer ab 15. Dezember infolge des Einberufungsrhythmus ziffernmäßig geschwächt — unbestritten! —, es ist aber von diesem Hause Vorsorge getroffen worden, daß durch den Beurlaubtenstand und durch die Einberufung zu außerordentlichen Übungen ohne zeitliche Beschränkung jederzeit in einem Krisenfall eine entsprechende Einberufung von genügend Soldaten — soweit überhaupt die materiellen Voraussetzungen gegeben sind — gewährleistet werden kann.

Im nächsten Jahr, im Jahre 1972, ist beabsichtigt — so wurde uns hier mitgeteilt —, 50.000 Reservisten zu Inspektions- und Instruktionsübungen einzuberufen. Das sind Leute, die noch nach dem alten Wehrgesetz ihre Inspektions- und Instruktionsübungen nun in der neuen Zeit zu leisten haben, also Neunmonatediener. Es sollen zu Übungen Sechsmonatediener, die die Zahl 3000 nicht überschreiten — so war die Formulierung des Ministers —, nur für einzelne Modelfälle einberufen werden.

Ich bin nicht in der Lage festzustellen, ob auch eine andere Lösung möglich gewesen wäre. Auf gar keinen Fall darf man aber daraus ableiten, daß durch die Verlängerung der Modelfälle etwa jener Schwebezustand weiter hinausgezögert wird. Ich darf hier in aller Öffentlichkeit erklären, daß die vorjährige sozialistische Minderheitsregierung ausdrücklich gesagt hat, der Bundeskanzler und der Finanzminister werden selbstverständlich — und das war eine Voraussetzung zur Zustimmung der Freiheitlichen, ich darf das dem Herrn Minister mit auf die Adresse geben; Sie wissen es, weil wir es ja unzählige Male in Parteienverhandlungen zu dritt, zu zweit, im Ausschuß wiederholt haben — die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführbarkeit des Wehrgesetzes schaffen. Also an den finanziellen Voraussetzungen, Herr Bundesminister, kann es nicht liegen.

Es ist daher die Frage, warum nur eine 3000 nicht überschreitende Zahl — 100 ist auch eine 3000 nicht überschreitende Zahl — zu Übungen im nächsten Jahr herangezogen werden kann. Wir Freiheitlichen würden es

begrüßen, wenn Sie, wenn es möglich ist, dem Hause, wenn das aus Geheimhaltungsgründen nicht geht, am 16. Dezember dem Landesverteidigungsamt Aufklärung geben würden, warum diese Ziffer der sechs Monate Übungsleistenden so niedrig gehalten ist. Das ist mit einer der Voraussetzungen, daß sich bei den Durchdienern die falsche Meinung verbreitet hat, sie brauchten nur die sechs Monate zu machen, die kommenden 60 Tage sind ohnehin noch in Frage gestellt. Wir waren uns alle darüber im klaren, daß die 60 Tage möglichst rasch verwirklicht werden müssen. Die Durchführung liegt nach der Verwendungszusage des Kanzlers und des Finanzministers ausschließlich beim Verteidigungsminister.

Ein weiterer Punkt ist die Diskrepanz, die in der Öffentlichkeit viel diskutiert wird und die dadurch entstanden ist, daß man dem, der den verlängerten ordentlichen Präsenzdienst leistet, eine Prämie von 1400 S im Monat bietet, um eine genügende Zahl von solchen Präsenzdienstern zu bekommen, und daß dieser Präsenzdienst durch die Prämie, die zurückbehalten wird und die ihm erst am Ende der Dienstzeit ausbezahlt wird, und durch das Taggeld von 60 S mit der Verpflegung höher kommt als Berufsunteroffiziere, ja unter Umständen auch höher als Offiziere kommt.

Es war die übereinstimmende Meinung der Parteien, daß diese Diskrepanz ausgeräumt werden muß. Der Regierung wurde eine dreimonatige Frist für Verhandlungen mit der Gewerkschaft gesetzt. Wir haben akzeptiert, daß die Gewerkschaft eingeschaltet wird. Allerdings hören wir nun, daß alle bisherigen Varianten abgelehnt worden sind. Nun beginnt eine gewisse Unruhe um sich zu greifen. Ich darf daran erinnern, daß ehestens eine Regelung getroffen werden muß, bevor der Landesverteidigung weitere wertvolle Kräfte verlorengehen.

Da wir also nun vor der Öffnung des Panzerschrankes stehen, darf ich daran erinnern, daß über die zivile Landesverteidigung bisher noch sehr wenig Konzeption von Seiten der Bundesregierung erkennbar ist, obwohl hier eine Fülle von Fragen heransteht.

Was die Öffentlichkeit weiß, ist nur die Tatsache, daß das österreichische UNO-Kontingent — was wir allerdings rückerstellt bekommen — ziffernmäßig mehr kostet, als die Bundesregierung bereit ist, für den gesamten Zivilschutz auszugeben.

Nun kann man ein Land wie Österreich nicht nur verteidigen, indem man ein Bundesheer hat, sondern man muß auch die Zivilbevölkerung darauf vorbereiten. Die Frauen

Zeillinger

und Männer, Kinder und alten Leute dieses Staates haben ein Recht darauf, einen Konflikt zu überleben, auch wenn es ein lokaler Konflikt ist. Wo sind hier die Pläne, um die wir nicht erst seit gestern, sondern um die wir seit Jahren ringen? Bisher sind keine Vorschläge gemacht worden. Auch bei der Vorlage ist außer einigen Überschriften nichts Brauchbares herausgekommen

Wir haben Beispiele in anderen Staaten, Beispiele, die uns zeigen, daß man sehr viel durch reine Organisation erreichen kann. Ich darf vielleicht gleich das Beispiel Schweden nehmen, das die derzeitige Regierungspartei sehr gern als Beispiel nimmt. Wenn Sie nach Schweden fahren, werden Sie finden, daß jede Frau weiß, wenn ein bestimmtes Alarmzeichen geblasen wird, wohin sie zu gehen hat. Jedes Schulkind weiß, wenn es in der Schule ist, wohin es zu gehen hat, wenn die Sirene heult, und wo der Autobus steht. Jeder Mann weiß, ob er entweder als Autobusfahrer den Autobus holen muß, um Frauen oder Kinder zu evakuieren, oder aber wohin er zu gehen hat, um beim Objektschutz eingesetzt zu werden.

Das ist eine Frage der Organisation, aber immerhin ist man in den anderen Staaten so weit, daß man mit gutem Gewissen sagen kann, man hat das Möglichste getan, damit auch die Zivilbevölkerung überleben kann. Nicht nur die Soldaten unseres Landes sollen einen Konflikt überleben — man spricht von Kanonenfutter —, sondern auch die Zivilbevölkerung.

Darf ich, aus Salzburg kommend, daran erinnern, daß vor kurzem ein Film über den Stausee Kaprun gezeigt wurde, ein gigantisches technisches Werk. Aber wir wissen, daß eine glücklich angebrachte Bombe genügt, um viereinhalb Stunden später in der Landeshauptstadt Salzburg das Wasser um 12 Meter über den Normalstand steigen zu lassen. Welche Vorsorge ist für diesen Fall getroffen worden? Andere Länder haben solche Vorsorgen bereits getroffen. Wir wissen, daß es solche Stauseen in den meisten Staaten mit gebirgigem Gelände gibt. Aber wo sind hier Evakuierungspläne? Hier geht es um die Ausarbeitung von Plänen. 1630 Leute sind im Ministerium, aber wir haben bis heute noch nichts von Evakuierungsplänen gehört. Wenn die im Tresor liegen, Herr Minister, dann ist es falsch. Denn die Bevölkerung, die in den gefährdeten Gebieten wohnt, muß wissen, daß sie sich im Alarmfalle dort und dort hinzu begeben hat. Bis heute ist aber noch immer nichts darüber bekannt geworden.

Die zivile Landesverteidigung, ein gleichrangiger Bestandteil der Landesverteidigung,

ist bis zur Stunde noch nicht ernsthaft in Angriff genommen worden. Es wird Zeit, daß die Regierung Initiativen ergreift, damit auch die Kinder und die zivile Bevölkerung einen Konflikt, den wir nicht verhindern können, wenn er herangetragen wird, überleben können. Die Zeiten sind vorbei, in der die männliche Bevölkerung allein vor die Städte getreten ist und gegenseitig die Waffen gemessen hat. In der modernen Kriegsführung wird die Zivilbevölkerung, werden Frauen und Kinder in keiner Weise mehr geschont. Deswegen müssen wir eine entsprechende Vorsorge im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung treffen.

Darf ich zum Abschluß, Herr Minister und meine Damen und Herren, an etwas erinnern und eine Grundsatzklärung der Freiheitlichen wiederholen: Wir Freiheitlichen haben das in der Vergangenheit getan und bieten auch dieser Regierung eine Zusammenarbeit in den Fragen der Landesverteidigung an. Wir schlagen vor, in gewissen Bereichen eine gemeinsame Politik zu betreiben. Zu diesen Bereichen gehört die Landesverteidigung, aber auch die Außenpolitik als ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigung eines neutralen Staates. Wir haben diesen Vorschlag in der Koalitionszeit und in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung erfolglos erhoben. Wir stellen heute fest, daß dieser Vorschlag auch bei der absoluten SPO-Mehrheit nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Trotzdem sind wir der Ansicht, daß in Fragen der Landesverteidigung der öffentlichen Diskussion Grenzen gesetzt sind und sich auch die Parteien gewisse Beschränkungen auferlegen müssen. Wir Freiheitlichen sind nach wie vor bereit, wenn sich die Regierung und die andere Oppositionspartei an den Verhandlungstisch setzen wollen, um die Fragen der Landesverteidigung gemeinsam zu beraten, einer solchen Einladung Folge zu leisten.

Wir brauchen die Landesverteidigung, weil wir überleben wollen. Wir brauchen das Bundesheer als einen wesentlichen Bestandteil der Landesverteidigung. Die Zeiten haben sich geändert, das heutige Bundesheer hat sich — soweit es nicht geschehen ist, muß es noch geschehen — den modernen Auffassungen der Landesverteidigung und der Heeresführung anzupassen. Der Mensch steht heute stärker im Mittelpunkt auch in der Landesverteidigung, als das vielleicht in früheren Jahren der Fall war. Man sollte über die Kasernen eine Überschrift setzen: Vergeßt über den Soldaten den Menschen nicht!

Man sollte vielleicht in diesem Hause über die Diskussion um die Landesverteidigung

Zeillinger

schreiben: Vergeßt über die Diskussion um die Landesverteidigung Österreich und seine Verteidigung nicht!

Wir Freiheitlichen sagen ein Ja zur Landesverteidigung, wir sagen ja zum Bundesheer. Weil wir ja zur Landesverteidigung und ja zum Bundesheer sagen, stimmen wir gegen das Budgetkapitel Landesverteidigung. (Beifall bei der FPO.)

Präsident: Als nächster Redner kommt der Herr Abgeordnete Troll zum Wort.

Abgeordneter **Troll** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich war an und für sich voller Zuversicht, daß bei der heutigen Budgetdebatte zum Kapitel Landesverteidigung von Seiten der großen Oppositionspartei offensiv vorgegangen werden wird und konstruktive Vorschläge gemacht werden. Das ist aber nicht so!

Ich war auch der Meinung, daß man vielleicht heute über die Relikte der Schuldigen aus der Vergangenheit hinwegsehen kann. Aber es ist nicht so! Das, was der Heckschütze Tödling an den Tag gelegt hat (Widerspruch bei der ÖVP), war ein offensives Heckenschützenfeuer, persönlich gegen den Minister, persönlich gegen den Kanzler, aber unsachlich zur Debatte zum Wehrbudget. (Beifall bei der SPO. — Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz.)

Oder glauben Sie, meine Damen und Herren, daß eventuell die Einleitung: „Der Kanzler ist endlich da“ oder: „ist heute mit bei der Budgetberatung!“ der Sache dient? Ich erinnere mich an viele Budgetdebatten im Zusammenhang mit dem Bundesheer. Der Kanzler Klaus war auch nicht immer da, wenn sein Verteidigungsminister hier oben saß. Also so kann man, glaube ich, nicht einleiten. Da beginnt schon der Unterschied, wenn Ihr Abgeordneter Tödling nun meint: Wenn man über die Standortbestimmung des Bundesheeres redet, wäre man fast verhalten, schadenfroh zu sein.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Uns haben jahrelang die Sorgen dieser Verteidigungspolitik unter der ÖVP-Führung bewegt, aber wir waren nicht schadenfroh, sondern von Sorge erfüllt. Denn das, was Sie heute an Kritik üben und was Sie heute in der kurzen Amtszeit des Ministers Lütgendorf diesem vorwerfen, ist doch in Wirklichkeit nichts anderes als das Versagen einer 15jährigen ÖVP-Politik auf dem Boden der Landesverteidigung! (Beifall bei der SPO.)

Wenn der Abgeordnete Tödling meint, die SPO besaß keine Orientierung, dann darf ich hier anschließen: Wonach hätte man sich in der Vergangenheit orientieren sollen? Denn

zerbröselt ist das Heer nicht jetzt unter Kreisky und Lütgendorf, da wäre die Zeit zum Zerbröseln sogar zu kurz gewesen, zerbröselt wurde es unter der Vergangenheitsära Ihrer Minister. (Zwischenrufe.)

Es ist typisch, daß Tödling keine aktiven Akzente setzen und keine positiven Vorschläge machen kann und daß mein Freund Tödling wieder versucht hat, die Bevölkerung zu verunsichern. Ich brauche das jetzt nicht mehr zu korrigieren, der Abgeordnete Zeillinger hat es bereits getan. Denn so ist das nicht, wie du es hier dargestellt hast.

Meine Damen und Herren! Wenn man von einem Konzept der Konzeptlosigkeit heute, nach 15 Jahren Verteidigungspolitik, reden muß, dann ist das an die Märchen des seinerzeitigen Ministers Dr. Prader anzuschließen. Dazu ein paar Fragen.

Im Jahr 1968 hat Verteidigungsminister Dr. Prader seinem damaligen Kanzler beteuert — vor Versammlungszuhörern hat er ebenfalls diese Beteuerung abgegeben —, „daß die Konzeption für die Ausrüstung des Heeres durch die Ereignisse in der ČSSR bestätigt worden sei. Man müsse also nur auf vorhandene Pläne zurückgreifen und diese ausgiebig finanzieren; sie lägen seit Jahren in den Schubladen bereit.“

Herr Minister Lütgendorf! Ich frage: Wo liegen die Pläne von Dr. Schleinzer, von Doktor Prader, nach denen man jetzt greifen könnte? Es ist also nicht so, wie man versucht, es der Öffentlichkeit immer wieder darzulegen.

Oder Dr. Prader im April 1969: „Wehrpläne der Regierung bleiben vorerst in der Lade.“ „Über das modifizierte Wehrkonzept“ — Herr Präsident, gestatten Sie, daß ich kurz zitiere —, „in langen Monaten von einem Sonderkomitee des obersten Gremiums der ÖVP auf Betreiben vor allem des Vizekanzlers Withalm endlich doch ausgebrütet, wird das große Schweigen gebreitet. Das mag für diesen oder jenen Punkt der Materie richtig sein, die Geheimhaltung aber so zu praktizieren, daß auch die parlamentarische Opposition keine Detailinformationen erhält, ist verwunderlich.“

Damals war das richtig, und heute verlangen Sie öffentliche Erklärungen über die diversen Detailpläne? (Abg. Dr. Prader: Was zitieren Sie da?) „Schweigen über das Konzept“, einen Artikel aus der „Presse“! Nicht aus der „Neuen Zeit“, sondern aus der „Presse“, Herr Dr. Prader! Man hat Sie da nicht geschont. Ich will mir nur aus Zeitgründen ersparen, alles zu lesen, Ihre Äußerungen, Ihre Reden, Herr Dr. Prader! (Abg. Dr. Prader: Solche Äußerungen habe ich nicht gemacht!) Das hät-

Troll

ten Sie damals korrigieren sollen im Jahre 1969! Sie blieben unbestritten. (Abg. Doktor Prader: Ein Kommentar in der „Presse“ ist keine Äußerung des Ministers!)

Dr. Prader zu integrierenden Fragen der Landesverteidigung. Damals, im Dezember 1968, haben Sie auch der Öffentlichkeit nur vorgeschlagen, die Dauer des verlängerten ordentlichen Präsenzdienstes von 15 auf 24 Monate hinaufzusetzen. Das wäre Ihrer Überlegung nach damals richtig gewesen — ein Widerspruch zu unseren sechs Monaten und zur Meinung der Generäle und Stabsoffiziere.

Ich habe eine ganze Mappe, Herr Dr. Prader, wollte mir aber diese Zitate ersparen, denn das ist heute für die österreichische Bevölkerung nicht mehr von so entscheidender Bedeutung. Es muß aber der Wahrheit die Ehre gegeben werden, denn man kann nicht jetzt die schuldig sprechen, die vor kurzem erst die Verantwortung für die Fehler übernehmen mußten, die Sie gemacht haben. (Zustimmung bei der SPO.)

Ich darf nur noch die Realität, die Sie seinerzeit vertreten haben, zitieren. Herr Minister Dr. Prader! Sie haben damals vor Studenten in der Öffentlichkeit erklärt: „30.000 Reservisten in 200 Mob-Einheiten“, die stehen! Sie haben damals in diesem Vortrag den Studenten gesagt: „Wir brauchen die geistige Standfestigkeit, das Eigenvertrauen und den Willen, uns zu bewähren, wir brauchen die wirtschaftliche Bereitschaft und Vorsorge, wir brauchen Schutzbereitschaft für unsere Bevölkerung, und wir brauchen die Überzeugung aller Staaten, daß geschossen wird, wenn österreichisches Territorium von wem immer verletzt werden sollte. Diese Aufgaben müssen wir erfüllen, und wir müssen auch fähig sein, sie zu erfüllen. Dann wird Österreich kein labiler Unsicherheitsfaktor in der Politik werden.“

Das war im Jahre 1967, Herr Dr. Prader. Heute dürfen wir feststellen: Sie waren nicht fähig, diese Voraussetzungen zu erfüllen, sonst bräuchte man heute über die Struktur dieses Heeres und die Umorganisation nicht zu reden.

Damit komme ich schon zum Entschließungsantrag des Kollegen Tödling. Mein lieber Freund Tödling! Wenn ich das lese, finde ich, daß tatsächlich etwas Wahres dran sein müßte, ein bißchen eine vorbereitende Ausbildung im Generalstab zu haben. Denn das, was du hier vorschlägst, hat der Oberst Redl den Russen seinerzeit mitgeteilt, und dann hat er sich erschossen! So kann man das doch nicht machen. (Heiterkeit und Beifall bei der

SPO.) Oder willst du vielleicht den zum Pressereferenten machen? (Zwischenrufe.) Ist er ja! Es sind ja zwei steirische Nahkämpfer. (Weitere Zwischenrufe. — Präsident Doktor Malleta gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! Zum Abgeordneten Zeillinger darf ich sagen, daß mich grundsätzlich die sachliche Diskussion gefreut hat und daß man sieht, daß dort etwas mehr Verantwortung in den Fragen der Verteidigung an den Tag gelegt wird. Ich bin mit ihm einer Meinung, daß die Frage der Offenen Städte kein konkreter Vorschlag war. Ich habe es gar nicht so aufgefaßt. Ich war der Meinung, wenn es das System der Durchlöcherung, das sogenannte Käsesystem, geben kann, könnte man Offene Städte erklären. Nichts anderes habe ich mir vorgestellt. Denn alles andere wäre ja, da es keinen Krisenfall gibt, wirklich nicht zu akzeptieren. Ich glaube, hier sind wir einer Meinung. (Zwischenrufe.) Das sind unter Umständen Interpretationen zum leichteren Verstehen für den Zuhörer.

Ich darf aber hier im Zusammenhang mit der Diskussion des Abgeordneten Zeillinger sagen, daß wir selbstverständlich grundsätzlich in den Fragen der Landesverteidigung für die Zusammenarbeit mit allen Parteien sind. Wir haben das immer so gehalten, auch zur Zeit, als wir selbst Opposition waren. Ich glaube, daß das gar nicht anders möglich ist, denn die Fragen der Landesverteidigung gehen tatsächlich die gesamte Bevölkerung an.

An den Herrn Abgeordneten Zeillinger noch eine Frage; ich habe hier einen Artikel vom Juli 1968: FPO arbeitet an einem Wehrkonzept. — Ich gehe jetzt nicht auf Detailfragen ein, sondern hätte nur die Bitte, ob man auch das vielleicht in nächster Zeit zur Mitberatung, zur Mitbegutachtung, zur Diskussion um die allgemeinen Fragen der neuen Reform verwenden könnte. (Abg. Zeillinger: Arbeitspapier Nr. 1!) Nein, da steht mehr drinnen, aber vielleicht können wir uns darüber im Verteidigungsrat unterhalten.

Meine Damen und Herren! Ich darf — das muß der Wahrheit halber festgestellt werden — zur Unzufriedenheit, die sich in der Truppe selbst und auch bei den Offizieren entwickelt hat, einiges sagen. Wir haben schon seinerzeit, als die erste Reform unter Doktor Schleinzer durchgeführt wurde — nämlich das System der Rotation —, die größten Widerstände und Schwierigkeiten bekommen. Wir haben damals einen sehr starken Abgang an Unteroffizieren vom Kaderpersonal gehabt. Das geschah nicht aus böser Absicht, aber die Systematisierung hat ergeben, daß das nicht funktioniert und das System also nicht gepaßt hat. Das hat sich von 1963 weiter entwickelt,

Troll

und die zweite von Dr. Prader vorgenommene Reform war dann der Rest des Mißverständnisses im österreichischen Bundesheer, und das hat jene Unsicherheit gefördert, aber auch unter den Offizieren und der Truppe Mißbehagen entwickelt.

Natürlich ist es nicht leicht, jetzt wieder zu einem festen, geschlossenen Konzept zu finden, aber auch nicht leicht, den Leuten klarzumachen, daß das, was jetzt kommt, richtig ist, sachlich fundiert ist, denn sie sind ja einige Male vielleicht sogar vom guten Willen, möchte ich sagen, enttäuscht worden. Aber ich darf daran erinnern, daß gerade damals die Truppenbefehlshaber im Führungsstab des Heeres sich sehr gegen die erste Reformabsicht gewehrt haben. Aber sie wurde gemacht. Und dann kam Dr. Prader mit den diversen Kommissionen. Und, Herr Dr. Prader, auch da ein offenes Wort.

Sie haben solche Gremien geschaffen, aber sie selten respektiert. Das haben uns verschiedene inzwischen durchgeföhrte Verhandlungen auf anderen Ebenen auch gezeigt. Es gab Empfehlungen in Fragen der Ausbildung, der Organisation, der Rüstung, aber diese Empfehlungen haben Sie nur akzeptiert, wenn sie in Ihr Konzept gepaßt haben. Ich denke dabei an die Waffen- und Gerätekommision, an die Kommission für Luftverteidigung. Dieser Kommission haben vier Luftwaffengeneräle angehört. Damals wurde mit 10 zu 3 Stimmen beschlossen, 10 SAAB 105, das heißumstrittene Flugzeugmuster, als Trainer anzukaufen, später sollten 2 Staffeln Draken als echte Interzeptoren, als brauchbare Abfangjäger, nachgekauft werden. Dieses mit 10 zu 3 beschlossene Konzept hat Sie überhaupt nicht interessiert, es hat Ihnen nicht gepaßt, Sie haben 20 SAAB gekauft und später noch im Vorbeigehen noch 20 SAAB, ohne irgendwelche kompetenten Stellen dazu zu konsultieren, Sie haben ganz einfach gekauft. Dabei haben wir von den Experten gehört, daß die SAAB 105 ein brauchbarer Trainer ist, daß sie als Aufklärer verwendet werden kann, aber sie kann nicht zum Jagdbomber umkonstruiert werden, weil sie keine gepanzerte Kanzel hat und kein Abfangjäger sein kann; denn wenn wir sie so ausgerüstet hätten, wie wir es uns oft vorgestellt haben, nämlich meinetwegen mit vier Raketen, dann hätte sie eine Maximaleinsatzgeschwindigkeit von 600 bis 900 km/h je nach Zuladung gehabt, und jeder Interzeptor, jeder echte Einsatzverband eines anderen Staates, wäre an ihr vorbeigeflogen und hätte dem Piloten durch Funk zugerufen, er soll ihm die Jause nachbringen, wenn es dazu nicht zu spät wird.

Daß ein solches Flugzeug gegen die Meinung der Experten in dieser Zahl — nämlich 40 Stück — angekauft wurde, ist vielleicht damals von der Überlegung aus geschehen, daß man es uns mit 15 Millionen Schilling, also verhältnismäßig billig, angeboten hat, während der Draken 27 Millionen gekostet hätte. Ja, Herr Minister, als wir die ersten Lieferungen bekamen und feststellen mußten, daß eine SAAB 105 mit den von den Offizieren und Experten geäußerten Wünschen nicht mehr 15 Millionen, sondern 20, 22, 24, ja in der letzten Ausführung sogar 26 Millionen kostet, dann müssen wir sagen, daß die Überlegung, die man bezüglich des Preises angestellt hatte, völlig falsch war und ein Gerät gekauft wurde, das für den ihm zugesetzten Zweck keinesfalls geeignet ist.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Piloten sofort ihre Bedenken angemeldet haben und sich gefürchtet haben, sie könnten in Österreich mit der SAAB 105 das gleiche Schicksal der Starfighter in Deutschland erleiden, die auch durch Überladung und Zusatzausrüstungen in einen gefährlichen Manövrierzustand gekommen sind und vielen Piloten das Leben gekostet haben.

Aber sie wurden gekauft. Nicht nur, daß sie jetzt da sind und nicht dem entsprechen, was wir uns vorgestellt haben, sondern daß auch das Budget durch diesen Kauf mit 2,4 Milliarden vorbelastet ist und daß man deshalb jetzt nicht imstande ist, mehr Mittel für eine echte Reorganisation, zum Beispiel für die Aufstockung der Mob-Einheiten freizumachen, das ist das Kardinalproblem. Und die Schuld an dieser Verschuldung trägt nicht der gegenwärtige Minister, Herr Bundesminister a. D. Dr. Prader, sondern die tragen Sie. Das muß man, glaube ich, vor der Öffentlichkeit klar feststellen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch zu dem Budgetkapitel Stellung nehmen, weil uns immer wieder vorgehalten wird, daß wir dem Bundesheer die notwendige Aufstockung des Budgets, die ihm zugesetzt wäre, nicht zulassen. Ich darf hier sagen: Der Budgetanteil für das Bundesheer ist schon unter der Ära Dr. Prader ständig abgesunken. Im Jahre 1966 nämlich war der Anteil des Heeresbudgets am Gesamtbudget 4,49 Prozent, 1967 nur mehr 4,47 Prozent und 1968 nur noch 4,2 Prozent. Das wird nicht Ihre Schuld sein, sondern Ihr Finanzminister hat eben nicht mehr zugelassen, denn er hat andere Überlegungen im Zusammenhang mit der übrigen österreichischen Wirtschaft gehabt. Aber daraus darf man nicht schließen und sagen: Wir waren so lange an der Regierung und haben dem Bundesheer alles Gute zugesetzt, aber die bösen

Troll

Sozis tun es nicht. Die hätten jetzt das Geld. Wir haben nämlich finanziell jetzt keine andere Situation als Sie seinerzeit, nur noch eine kompliziertere, nämlich durch die Vorbelastung Ihrer damaligen Politik. Daher sind wir nicht imstande, jetzt eine wesentliche Ausweitung vorzunehmen. Außerdem müssen, wie wir glauben, vorerst konkrete Pläne über Organisationsumgestaltungen vorliegen, um zu wissen, was das kostet, und dann kann man erst die entsprechende Zuteilung, falls sie notwendig ist, machen.

Zur Bestätigung meiner Behauptung führe ich an, daß im Jahre 1968 auch Herr Walter Urbanek geschrieben hat: „Den Weg für die Landesverteidigung also weiter zu beschreiten, der bisher aus Beharrungsvermögen, ja vielleicht aus Betriebsblindheit gegangen wurde, wäre ein schlechter Dienst an Staat und Volk.“ Das hat also damals dem Dr. Prader gegolten.

Das Budget war stets umstritten, denn hierüber gehen die Meinungen eben auseinander. Aber außerhalb des finanziellen Rahmens ist es notwendig, Ordnung zu machen. Es soll nicht mehr vorkommen wie einst, und dafür kann man vorsorgen, daß aus der Maria Theresien-Kaserne 10.000 Schuß Munition aus dem Mob-Verband gestohlen werden. Das waren Dinge, Herr Dr. Prader, die an und für sich in der Öffentlichkeit zur Abwertung des Militärs führten. Wenn damals auch eine Zeitung schrieb: „Eine Armee, der man die Patronen stiehlt, verliert den Anspruch ernst genommen zu werden“ — das hat damals Reinald Hübl im „Kurier“ geschrieben, wenn Sie sich noch erinnern —, so hat das weniger jetzt mit dem zu tun. Es ist bedauerlich, daß es vorgekommen ist, aber man wußte vorher schon, daß in der Maria Theresien-Kaserne schon einmal Munition entwendet wurde, und man hat nicht das Notwendige unternommen, um ein zweites Mal einen solchen Diebstahl zu vermeiden. Wenn dann die Staatspolizei eine ganze Menge Unschuldiger einvernehmen und verhören mußte, nur weil es dort eine Schlamperei gegeben hat, so ist das nicht zum Prestige und zum Wohle des Staates geschehen.

Ich glaube also, daß es notwendig ist, hier in aller Öffentlichkeit klarzustellen, daß die jetzt geübte scharfe Kritik in die Vergangenheit zurückreicht, in die Zeit unter der Führung der ÖVP-Minister, und kein Geringerer als der vor kurzem verstorbene Landeshauptmann Krainer, den alle sehr geschätzt und geachtet haben, also Ihr Parteimann, hat damals in einer scharfen Kritik vor dem Bauernbund erklärt, es müsse den Verantwortlichen des Bundesheeres — das waren damals Sie, Herr Dr. Prader — und den Mili-

tärs halt mehr einfallen, als daß man die Soldaten drei Monate ausbildet und dann sechs Monate herumlungern läßt. Das waren nicht wir, die das festgestellt haben, sondern das waren Ihre eigenen Parteifreunde. Kein Wunder, wenn dann die Öffentlichkeit, die Jugend, die es angeht, zu der Auffassung kommt: Na ja, es muß da wirklich einiges nicht in Ordnung sein, und es ist vielleicht doch möglich, die Präsenzdienstzeit zu reduzieren.

So komme ich zu der uns bewegenden Situation hinsichtlich der Wehrgesetznovelle und des ersten Schrittes zur Herabsetzung der Präsenzdienstzeit. Wir Sozialisten haben immer erklärt — ich habe das in jeder Verteidigungsrede getan —, daß die Verteidigung Sache des ganzen Volkes sein muß und von allen Österreichern getragen werden muß.

So erklärt sich auch unsere Erklärung vom 5. November, wo es heißt:

„Die freiwillige Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität verlangt vom einzelnen Staatsbürger und vom Staat ein gewisses Maß an Opfern, die einfach erbracht werden müssen.“

Ja aber, meine Damen und Herren, wenn man das Volk zu Opfern aufruft, dann doch nur nach der möglichen Situation, wenn das Volk auch Vertrauen zu denen hat, die es zu Opfern aufrufen.

Und so haben wir mit der Wehrgesetznovelle begonnen, die erste Etappe, den ersten Schritt zu tun. Sie war für uns der erste Schritt für ein den österreichischen Verhältnissen entsprechendes Wehrsystem und für die Einleitung einer tiefgreifenden Reform des Bundesheeres.

Wir Sozialisten haben es uns aber nicht leicht gemacht, wir haben auch die Konfrontation mit denen gesucht, die einmal unser Land verteidigen und verwalten müssen, nämlich mit der Jugend. Es ist uns vielfach sehr krumm genommen worden, daß wir die Jugend auch zu Wort kommen lassen, weil es dabei Revolutionäre gibt, die eben anders denken. Aber wir waren der Meinung, daß die Menschen, die später einmal ihren Kopf für unsere Heimat hinhalten müssen, auch gefragt werden müssen, wenn man über sie Gesetze macht und Beschlüsse faßt.

Von dieser Jugend, Hohes Haus, kamen die Wünsche nach der sechsmonatigen ordentlichen Präsenzdienstzeit. Von ihr kam der Wunsch zur Einführung eines Wehrersatzdienstes. Auch das wurde heftig kritisiert. Aber, meine Damen und Herren, die Jugend selbst erklärte, dieser Wehrersatzdienst soll kein Fluchtweg sein, sondern sie ist bereit, in allen

Troll

Fragen, die dem Frieden, dem Land, der Republik dienen, in sozialpolitischen Fragen Belastungen auf sich zu nehmen, um ihren Ersatzdienst in der Richtung abzuleisten.

Wir haben uns die Jugend angehört, wir haben uns mit der Jugend konfrontiert. Ich darf hier aufzählen: Am 27. Mai 1970 hat ein allgemeines Gespräch mit der Jugend stattgefunden, am 4. Juli eines über die Schulreform, am 17. November 1970 eines über Probleme der Landesverteidigung, am 24. März ein Gespräch mit den Jugendfunktionären und Jugendverbänden über Fragen des Alternativdienstes und am 7. Mai über die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters und auch wieder über Wehrmachtsfragen und zuletzt jetzt am 10. Dezember eines über die Fragen, die die Jugend allgemein betreffen und auch über die Landesverteidigung.

Hohes Haus! Ich darf hier feststellen: Soviel Beachtung der Jugend und soviel Transparenz hat es vorher nie gegeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben die Vorschläge der jungen Menschen gewissenhaft geprüft. So kam es auch zu den sechs Monaten. Die Jugendvertreter haben sachlich zum Wehrersatzdienst festgestellt, daß sie sich vorstellen könnten: Umweltschutzdienste, Katastrophenhilfe-, Rettungs-, Spitals- und Sozialhilfendienste als Ersatzdienst zu leisten, wobei keiner daran denkt, weniger Dienstzeit zu leisten als der Präsenzdiener.

Wir glauben, Hohes Haus, daß auf die erste Wehrgesetznovelle eine weitgehende Reform erfolgen muß und ein unserer strategischen und wirtschaftlichen Lage angepaßtes Verteidigungskonzept Platz greifen wird müssen.

Wir begrüßen daher die geplante und begonnene ministerielle Umgliederung. Der bisherige unbrauchbare Zustand, meine Damen und Herren, wuchs ja aus den Anfängen 1955. Ich habe schon erklärt, Minister Dr. Prader richtete sich leider keine sachbezogenen Abteilungen ein, sondern Abteilungen zur Versorgung von ihm Wohlgesinnten und zweckmäßigigerweise für ihn funktionierende Abteilungen. Er verhinderte aber damit die klaren Führungskompetenzen und konnte so natürlich auch verschiedentlich die Sektionschefs ausmanövrieren. Das ist immer wieder bei anderen Fragen zutage getreten. Die Kommissionsbildung haben die aktiven Offiziere schon damals als verwerflich abgelehnt, aber Doktor Prader hat sich damit eine bessere Position bei Entscheidungen nach Koordinierungsgesprächen gesichert.

Ich glaube, daß dieser Weg falsch war und daß vor allen Dingen durch die Schaffung

von so vielen Sektionen die Kompaniekommandanten später nur mit Papier überflutet wurden — mit Erlässen, mit Verwaltungsformularen — und ihre eigentliche militärische Führungsaufgabe nicht erfüllen konnten.

Wir begrüßen daher auch die Initiative Minister Lütgendorfs zur Neugliederung der Zentralleitung, glauben nur, daß das exakt gemacht werden muß und glauben, daß die militärische Führungslinie klar abgesteckt werden muß. Mit dem Wunsche der Installation eines Oberkommandierenden dürfte hier eine Lösung gefunden werden, denn wir wissen ja, daß sich gerade bei den Verwaltungsaufwänden und den Verwaltungsaufgaben bei so großen Liegenschaften — wir haben immerhin einen Wert von zirka 30 Milliarden an Liegenschaften zu verwalten — die militärische Führung widersprüchlich in Kompetenzen verwickelt, daß man hier also eine klare Trennung zwischen Verwaltung und militärischer Führung finden muß.

Wir glauben, daß die Reduzierung der Zentralleitung vorgenommen und das Zuviel der bestehenden Abteilungen aufgelöst werden muß. Die Kopflastigkeit im Ministerium zu beheben, ist die Voraussetzung für ein künftiges Funktionieren und eine mögliche Verwaltungsvereinfachung. Damit ist die Schaffung eines Armeekommandos für den militärischen Bereich notwendig geworden. Erst bei einer solchen klaren Instanzenabgrenzung läßt sich eine weitere, straffere Gliederung verwirklichen.

Ich kenne noch nicht die Überlegung, aber ich meine, daß das Ministerium sich auf ein Pressebüro, auf den Adjutanten, auf die Kontrollabteilung — die ich schon einmal gefordert habe — verlagern könnte. Eine Kontrollabteilung ist, glaube ich, gerade beim Bundesheer enorm wichtig; mit der Neugliederung eines Beschaffungsamtes muß hier mehr Übersicht geboten werden, denn hier ist auch in der Vergangenheit nicht immer klare Durchsicht möglich gewesen. Bisher hat es bezüglich eines Beschaffungsamtes keine Kompetenz gegeben, sondern es wurde durcheinander funktionell verwaltet.

Ich kann mir vorstellen, daß im Armeekommando der Chef des Generalstabes — oder wie er dann heißen soll — sitzt, und daß man die vier Sektionen mit der Attachéabteilung dort eingliedert. Das wäre eine vorstellbare Lösung, wobei die erste und die zweite Sektion, den Verwaltungsbereich betreffend, dem Ministerium unterstellt bleiben könnten und die dritte und die vierte Sektion reine militärische Führungsaufgaben zu erfüllen hätten.

Troll

Eine solche Gliederung würde eine wesentlich bessere sach- und leistungsbezogene Personalpolitik gestatten. Dennoch möchte ich vor einer spontanen oder gar hektischen Umorganisation warnen, denn man muß, glaube ich, bei einer solchen Überlegung die Erfahrungen der letzten 15 Jahre und die Empfehlungen der Reformkommission gewissenhaft prüfen und mitverarbeiten.

Eine echte Reform, welche im Endziel eine maximale Einsatzbereitschaft des Bundesheeres mit gesteigerter militärischer Abwehrkraft bringt, muß angestrebt werden. Hiefür ist sicher eine längerfristige terminmäßige Abwicklung notwendig. Aber sie ist im Rahmen des zu beschließenden Budgets — und deshalb stimmen wir dem auch gerne zu —, glaube ich, möglich. Und darauf kommt es an.

Es sollen daher, so meine ich, alle Militärs und Experten sich rasch dieser Aufgabe der Umorganisation zuwenden und die oft hektisch geführten Debatten in der Öffentlichkeit unter Militärs vermeiden. Denn ich glaube, daß das Bundesheer für die Neugestaltung alle Kräfte, die wohlgesinnt sind, braucht und weniger Kräfte, die negativ eingestellt sind und immer wieder Unruhe ins Bundesheer tragen wollen.

Wir Politiker haben die innen- und außenpolitischen Aufgaben und Ziele abzustecken, die Verteidigungspolitik zu konzeptuieren, und die Militärs und Experten das österreichische Bundesheer dieser politischen Verteidigungsdoktrin entsprechend zu organisieren und auszubauen.

Eine brauchbare rasche Reform ist also meiner Meinung nach nur möglich, wenn alle zusammenarbeiten, alle Kräfte, die in dieser Frage guten Willens sind. Dann wird es uns gelingen, das bisher stark ramponierte Ansehen des Bundesheeres wiederherzustellen, die Bereitschaft des Volkes, auch alles für die Landesverteidigung zu tun, wieder aufzumöbeln. Wir werden diese Bereitschaft eher finden, wenn wir selbst in der Sache Ordnung machen.

Ich glaube aber auch, daß eine sachliche, breitere Öffentlichkeitsarbeit mithelfen wird, die Unsicherheit im Volke zu beseitigen, und damit auch die Freude am Mitgestalten heben wird. Denn, meine Damen und Herren, über Fragen einer vom Ausland unabhängigen Vorratspolitik, über Energieversorgung, über Verpflegungsbevorratung, zu der man also die Bevölkerung braucht, wird man allerdings auch mit der Bevölkerung in dem möglichen, militärisch-strategischen Rahmen reden müssen. Erst recht muß man mit den Frauen und Männern unseres Landes über die Möglichkeiten eines eventuellen gewaltlosen Wider-

standes durch unser Volk reden. Ja selbst im Mobilmachungsfall muß die neue Heeresstruktur, Herr Minister, die Koordinierung zum Beispiel zwischen Bundesheer, Parlament, Regierung und Wirtschaft gut organisiert sein, sonst hat man zu Fragen dieser Organisation kein Vertrauen.

Es ist daher meiner Meinung nach notwendig, einen neuen Mob-Plan zu erstellen, der den gegenwärtigen Verhältnissen in Wirtschaft, Währung und Politik entspricht. Voraussetzung ist natürlich ein einsatzfähiger Mob-Verband und ein brauchbares Mobilmachungssystem. Sicherlich muß auch die Kontinuität eines stärkeren Gesamtstandes im Rahmen der Gesamtreform angestrebt werden.

So muß, meine Damen und Herren, für die vor uns stehende schwierige Umstrukturierung und Reform des Bundesheeres die Struktur des Heeres auf längere Sicht betrachtet werden und Beachtung finden. Es muß ein Prioritätenkalender gefunden werden, der die Schwerpunkte festlegt, denn wir glauben, daß auch diese Frage mit der wirtschaftlichen Kraft unseres Landes abzustimmen ist.

Ich möchte unserem Volke wünschen, daß wir unser Bundesheer nur zur Erfüllung von friedlichen Aufgaben brauchen. Aber sollte es einmal in einer uns aufgezwungenen Situation zur Landesverteidigung kommen, so soll durch größte Effektivität des Heeres unserer Bevölkerung ein gutes Gefühl der Sicherheit ermöglicht werden. Wir glauben, daß nun der Verteidigungsminister mit der sozialistischen Regierung an die Arbeit gegangen ist, die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen, das Bundesheer so umzukonstruieren und umzuorganisieren, daß es die größte Effektivität erzielt, und daß damit dem Wunsche des Volkes nach mehr Sicherheit auch Rechnung getragen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maletz: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schleinzer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (OVP): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Troll hat seinen Diskussionsbeitrag mit einer rhetorischen Floskel abgeschlossen, die im krassen Widerspruch zu der Politik steht, die Sie in den letzten eineinhalb Jahren betrieben haben.

Sie haben insbesondere, Herr Abgeordneter, auch gemeint, es wäre unnötig gewesen vom Abgeordneten Tödler, die Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers bei diesem Budgetkapitel besonders zu betonen.

Ich glaube nicht, daß das überflüssig war, denn der Herr Bundeskanzler hat durch

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Monate hindurch in einer entscheidenden Phase der Verteidigungspolitik nach dem 1. März 1970 den damals erkrankten Verteidigungsminister als Ressortminister vertreten, und er hat sich auch bis in die jüngste Zeit zum Sprecher der Verteidigungspolitik dieser Regierung gemacht. Eigentlich sollte der Herr Bundeskanzler gar nicht auf der Abgeordnetenbank, sondern auf der Regierungsbank sitzen. Das würde der Mitverantwortung für die Verteidigungspolitik entsprechen, die er durch sein Eingreifen in die Verteidigungspolitik nach dem 1. März 1970 übernommen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Am Freitag hat im ORF eine Diskussion über die Verteidigungspolitik stattgefunden. Mir ist aufgefallen, daß sich der zuständige Ressortminister an dieser Diskussion nicht beteiligt hat. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß wir in unserer Bundesverfassung das klare Prinzip der Ministerverantwortlichkeit haben, und offen gestanden: Ich würde mich als Verteidigungsminister in einer solchen Situation völlig desavouiert fühlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich stelle daher an den Herrn Verteidigungsminister die Frage, ob er zu dieser Fernsehdiskussion mit dem Herrn Bundeskanzler über die Verteidigungspolitik eingeladen wurde. Wenn ja, ob er abgelehnt hat, wenn nein, ob er von dieser Veranstaltung überhaupt Kenntnis hatte und ob er um Teilnahme an dieser Veranstaltung ersucht wurde. Es wäre jedenfalls für die Öffentlichkeit von Interesse, zu wissen, warum sich der zuständige Ressortminister an dieser Verteidigungsdebatte in der Öffentlichkeit nicht beteiligt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Troll hat von Transparenz und von besonderer Hinneigung zur Jugend gesprochen. Darüber läßt sich diskutieren.

Aber, Herr Abgeordneter, die Behauptung aufzustellen, daß es die Jugend gewesen sei, die die sechs Monate Wehrdienstzeit verlangt hat, ist reichlich kühn. (Abg. Wodica: Warum?) Diese sechs Monate sind zeitweilig immer wieder verlangt worden, zwar nicht von der Jugend, sondern vom damaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, der es nachher allerdings abgelehnt hat, die Verantwortung für dieses Ressort zu übernehmen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wodica: Wer hat Ihnen das erzählt?)

Die Demontage des österreichischen Bundesheeres hat nach dem 1. März 1970 in Österreich begonnen. (Abg. Wodica: Vorher schon!) Man hat vor den Wahlen erklärt, daß man ein Konzept habe, und hat hinterher zugeben

müssen, daß ein solches Konzept nicht vorliegt.

Und dann wurde die Bundesheer-Reformkommission ins Leben gerufen. Wir kennen den Leidensweg der Beratungen in dieser Kommission.

Aber auch damals hat diese Reformkommission einige wesentliche Dinge festgestellt, die sie als Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Heeresorganisation betrachtet hat.

Die Bundesheer-Reformkommission hat zunächst von mindestens 20.000 Mann Bereitschaftstruppe gesprochen. Sie hat über strikten Auftrag des damaligen Verteidigungsministers Freihsler die Mindeststärke der Bereitschaftstruppe auf 15.000 Mann begrenzt. Die Bundesheer-Reformkommission hat 75 Tage Pflichtwaffenübung für unbedingt notwendig gehalten. Sie hat damals bereits ihre Sorge darüber geäußert, ob die notwendige Anzahl von Durchdienern und Freiwilligen tatsächlich gefunden werden kann, hat aber selbst auf dieses Problem keine abschließende und schlüssige Antwort gegeben.

Dann kamen die Verhandlungen über die Wehrgesetznovelle. Ich habe schon einmal von diesem Rednerpult aus erklärt, daß ich mich persönlich und bis zuletzt um eine mögliche Einigung in der Frage einer Beschußfassung über die Wehrgesetznovelle bemüht habe.

Ich erklärte damals, daß ich den Standpunkt vertrete, eine Einigung müßte möglich sein, und zwar auf der Grundlage, daß man die notwendigsten flankierenden Maßnahmen als Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Systems sicherstellt. Ich habe damals den Standpunkt vertreten, diese ohnehin schon reduzierte Stärke der Bereitschaftstruppe auf 15.000 Mann müsse im Gesetz verankert werden. Und ich habe es, um es der damaligen Minderheitsregierung zu erleichtern, sogar gegen besorgte Stimmen in der eigenen Partei übernommen zu erklären, daß wir uns allenfalls bereit finden würden, bei den Pflichtwaffenübungen unter der Voraussetzung auf 50 Tage zurückzugehen, daß die 15.000 Mann Bereitschaftstruppe im Gesetz verankert werden. — Sie aber waren damals dazu nicht bereit.

Das zweite war, daß ich in diesen Besprechungen auf die unerträgliche Diskrepanz aufmerksam machte, die sich im Besoldungsschema zwischen Präsenzdienern, Durchdienern und dem längerdienden Kaderpersonal ergibt. Ich mußte den Eindruck gewinnen, daß den Verantwortlichen bis zum damaligen Zeitpunkt diese Diskrepanz offenbar noch gar nicht richtig klar gewesen ist. Jedenfalls bestand damals keine Bereitschaft,

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

eine echte Diskussion über diese Probleme zu führen.

Hohes Haus! Was sind die Folgen dieser Politik, die Sie nach dem 1. März 1970 — im Grunde genommen, um ein nicht überlegtes Wahlversprechen halbwegs zu erfüllen — herbeigeführt haben?

Zunächst einmal stelle ich fest, daß wir heute nicht annähernd die ausreichende Anzahl von Durchdienern haben, um die Bereitschaftstruppe aufzufüllen.

Meine Damen und Herren! Das längerdienende Kaderpersonal nimmt in besorgnis-erregender Weise ab. Ich möchte dem Abgeordneten Troll empfehlen, einmal die Entwicklung des Kaderpersonals der Reserveoffiziere, aber auch der Stände an der Militärakademie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre zu verfolgen, um die heutige Situation völlig nüchtern beurteilen zu können. Wir müssen nämlich feststellen, daß seit Jänner 1970 der Stand an Kaderpersonal, Unteroffizieren, zeitverpflichteten Soldaten und Beamten in Unteroffiziersfunktion bis Mitte dieses Jahres anähernd um 1000 Mann zurückgegangen ist. Wir haben die Besorgnis, daß diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Aber auch in der Offiziersausbildung haben wir eine Situation, wie es sie noch nie gegeben hat. Ich erinnere mich noch an die Ausmustierungen in Wiener Neustadt! Und heute haben wir eine Nachwuchsstärke von 23 Mann! Wohin soll diese Entwicklung letzten Endes führen?

Wenn ich die Lage bei den Reserveoffizieren ansehe, ist das Bild nicht weniger unerfreulich.

Meine Damen und Herren! Es wundert mich nicht, denn in einem solden Klima, wie es in den letzten eineinhalb Jahren in Österreich geschaffen wurde, kann eine vernünftige und echte Wehrgesinnung eines neutralen Staates nicht gedeihen (*Beifall bei der ÖVP*), und die Ergebnisse liegen nun vor.

Mit der Parole des „Leerlaufes“ haben Sie dialektisch die Verkürzung der Grundwehrdienstzeit auf sechs Monate vorbereitet. Ich frage Sie: Wie steht es heute mit dem Leerlauf im österreichischen Bundesheer? Herr Bundesminister! Wie viele Zivilbedienstete haben Sie in der Zwischenzeit eingestellt, um die Soldaten von den Arbeiten zu befreien, die sie so lange machen müssen, als Zivilbedienstete für diese Aufgaben nicht zur Verfügung stehen? Wie hat sich die Situation des Leerlaufes in den letzten eineinhalb Jahren verändert?

Sie erklärten, Sie wollen mit einer kürzeren Grundwehrdienstzeit, mit weniger Kaderpersonal und mit weniger Geld letzten Endes weniger Leerlauf und einen besseren Ausbildungserfolg erzielen. Machen Sie uns das einmal vor, wie Sie die Quadratur des Kreises unter solchen Begleitumständen tatsächlich lösen wollen!

Sie lösen nicht das Problem, sondern seit dem 1. März 1970 betreiben wir eine Demobilisierung des österreichischen Bundesheeres. Damit es die Öffentlichkeit nicht merkt, dürfen diejenigen, die Einblick haben, nicht reden. Ihre stärkste Waffe in der Landesverteidigung ist Ihr Maulkorberlaß, Herr Bundesminister! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP*) Wir werden uns mit dieser Politik nicht abfinden.

Ich stelle an den Herrn Bundeskanzler eine sehr konkrete Frage: Herr Bundeskanzler! Sie haben vor den Wahlen eine sechsmonatige Wehrdienstzeit versprochen. Sie haben erklärt: Sechs Monate sind genug!

Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie heute und hier: Welches Konzept lag diesem Ihrem Wahlversprechen zugrunde? (*Heiterkeit bei der ÖVP*) War es das sozialistische Wehrkonzept, das Sie angeblich seit Mai 1969, Herr Abgeordneter Mondl, besitzen und das Sie jetzt als „unausgereift“, „konventionell“, „zu teuer“ und als „keine Offenbarung“ dem Papierkorb überantwortet haben? Ich darf den Herrn Abgeordneten Mondl dazu beglückwünschen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Aber, Herr Bundeskanzler, vor den Wahlen hieß es: Sechs Monate sind genug! Ich frage Sie noch einmal, Herr Bundeskanzler: Welches Wehrkonzept lag diesem Wahlversprechen zugrunde?

Ich habe eine zweite Frage, die ich gern an Sie richten möchte. Sie werden gestatten, daß ich an unsere Fernsehdiskussion anknüpfen, bei der die Frage der Dauer der Waffenübungen eine erhebliche Rolle spielte. Sie haben damals mit für Sie großer Überzeugungskraft erklärt, daß es sich bei den 60 Tagen Pflichtwaffenübungen um eine Obergrenze handle, daß es aber wahrscheinlich bei 30 Tagen allein schon aus technischen Gründen bleiben werde.

Am 11. November — das war also nach den Nationalratswahlen — haben Sie erklärt, daß Ihre Rechtsauffassung von der Obergrenze möglicherweise eine irrtümliche sein könnte. (*Ruf bei der ÖVP: Nichts Neues!*) Ich darf Sie daher fragen: Haben Sie diese Frage in der Zwischenzeit geklärt? Welche Rechtsauffassung ist nun richtig?

Wenn die Rechtsauffassung, daß die 60 Tage Pflichtwaffenübungen tatsächlich obligatorisch

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

sein sollten, richtig ist, dann darf ich die weitere Frage an Sie richten, wie Sie es mit der technischen Durchführbarkeit dieser 60 Tage Waffenübungen wirklich meinen. Halten Sie diese 60 Tage für durchführbar? Wenn nein, dann frage ich Sie, wie man offenbar gegen besseres Wissen ein Gesetz beschließen kann, das obligatorisch 60 Tage Pflichtwaffenübungen vorsieht.

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, berufen Sie sich bei Ihrer Meinung, daß offenbar nur 30 Tage technisch durchführbar seien, auf Äußerungen maßgeblicher Offiziere. Offenbar stehen aber diese Offiziere im Widerspruch zur Auffassung Ihres Verteidigungsministers. Daher wäre die Beantwortung der Frage wünschenswerterweise noch dahin zu ergänzen, wer für Sie maßgeblich ist: Ihr zuständiger Minister im Kabinett oder sonstige Offiziere, die Sie beraten haben? (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf jetzt noch eine Frage an den Herrn Verteidigungsminister richten. Ich habe geradezu mit Bestürzung festgestellt, Herr Bundesminister, daß Sie das Fehlen einer Verteidigungsdoktrin beklagen, daß Sie beklagen, daß offenbar ein politischer Auftrag für das Bundesheer von seiten der Bundesregierung nicht vorliege. So wenigstens Ihre Erklärungen, die Sie bei der Pressekonferenz am 1. Dezember dieses Jahres abgegeben haben. Ich muß an den zuständigen Ressortminister, der solches beklagt, die Frage richten, wie ernst er sich im Grunde genommen selber in dieser seiner Aufgabe noch nimmt.

Meine Damen und Herren! Was heißt denn das? Der Bundesminister beklagt das Fehlen einer Verteidigungsdoktrin und macht der Regierung insgeheim den Vorwurf, daß sie einen politischen Auftrag an das Bundesheer nicht formuliert habe. Ja was bedeutet denn das? Heißt das, Herr Bundesminister, daß Sie die Wehrgesetznovelle 1971 eingebracht und schließlich als zuständiger Ressortminister auch vertreten, wenn auch nicht verhandelt haben, daß Sie ohne Vorstellung von dem politischen Auftrag des Bundesheeres sind?

Herr Bundesminister! Ich frage Sie daher: Welches Wehrkonzept, welcher politische Auftrag an das Bundesheer liegt Ihrer Wehrgesetznovelle zugrunde? Ist die Wehrgesetznovelle auf dem sozialistischen Wehrkonzept aufgebaut, das aber inzwischen, wie der Herr Bundeskanzler berichtete, im Papierkorb gelandet ist? Ist die Wehrgesetznovelle daher mit den gleichen Mängeln behaftet wie das sozialistische Wehrkonzept, von dem Sie sich zwischenzeitlich selber distanziert haben? — Eine Antwort auf diese Frage ist doch unerlässlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das zweite, Herr Bundesminister: Ich könnte noch verstehen, daß Sie von der Wehrgesetznovelle ein bißchen überrundet worden sind, daß es gewissermaßen ein Produkt wider Willen sein kann. Ich hätte sogar ein gewisses Verständnis dafür, wenn ich die kurze Zeit berücksichtige, die Ihnen damals für die Einarbeitung als Ressortminister zur Verfügung stand. Aber in der Zwischenzeit haben Sie ja Ihren Panzerschrank geöffnet, und zutage gefördert wurde ein fünfseitiges Wehrkonzept, mit dem sich die Öffentlichkeit schon so eingehend beschäftigt hat, daß ich mir einen Kommentar dazu jetzt und hier ersparen kann.

Aber, Herr Bundesminister, wäre es, wenn Sie heute den fehlenden politischen Auftrag an das Bundesheer beklagen, dann nicht richtig gewesen, sich zuerst um einen solchen Auftrag zu bemühen, ehe man ein Fünfseitenkonzept für die Wehrpolitik in Österreich vorlegt?

Herr Bundesminister! Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie ohne hinreichende Einschätzung eines politischen Auftrages an die Ausarbeitung eines solchen von Ihnen hier in der Disposition konzipierten Konzeptes geschritten sind. Jedenfalls befinden Sie sich dabei selbst in einem eher unangenehmen Widerspruch.

Aber lassen Sie mich doch ein paar Bemerkungen zur Frage der Verteidigungsdoktrin machen. Es macht mir so den Anschein, als ob Sie nach einem Feigenblatt Ausschau halten, um gewissermaßen sichtbar zu machen, warum Sie heute in der SPÖ in der Frage der Verteidigungspolitik noch auf keinen grünen Zweig gekommen sind.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat im ORF-Gespräch, ich glaube, unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er sich über den politischen Auftrag der österreichischen Landesverteidigung nicht im klaren sei. Für den Regierungschef eines neutralen Staates ist eine solche Erklärung geradezu eine Katastrophe. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber abgesehen davon, Hohes Haus: Im November 1968 erklärte der Herr Bundeskanzler, damals als Oppositionsführer: Eine große Partei, die sich anschickt, die Verantwortung im Staat zu übernehmen, muß zur Landesverteidigung ein klares Konzept erarbeiten. — Im Mai 1969 erklärte der Herr Abgeordnete Mondl: Wir haben ein Verteidigungskonzept! — Im Februar 1970 sagte der Herr Bundeskanzler: Sechs Monate sind genug! — Und im November 1971 hat er das sozialistische Wehrkonzept als unausgereift verworfen. — Und im Dezember 1971 ist sich

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

der Herr Bundeskanzler nicht einmal über den politischen Auftrag der Landesverteidigung im klaren. Ja er weiß nicht einmal, mit wem er darüber reden soll.

Hohes Haus! Das ist politisch unerträglich. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich fühle mich daher um des Staates willen ... (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ihr habt in den 15 Jahren nichts gemacht!*) Ich werde zu den 15 Jahren noch Stellung nehmen, Herr Bundeskanzler. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Verpolitisiert habt ihr die Armee!*) Sie können sicher sein, Herr Bundeskanzler, ich werde mich dazu äußern.

Ich erkläre Ihnen hier eines: Ich lege in Vier-Augen-Gesprächen keinen Wert darauf, Anerkennung oder Wertschätzung über meine Tätigkeit als Verteidigungsminister zu bekommen, wenn das gleichzeitig mit Haltungen kompensiert wird, auf die ich nicht im Detail eingehen möchte; aber ich werde in der Sache selber noch dazu Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren! An der Frage der Verteidigungsdoktrin und an dem politischen Auftrag der Landesverteidigung eines neutralen Staates darf es im Grundsatz überhaupt keinen Zweifel geben. Was natürlich auch in anderen neutralen Staaten und immer wieder zur Debatte steht, ist die zweckmäßigste Methode der Durchführung dieses Auftrages. Sie hängt mit machtpolitischen Konstellationen in der Umwelt ebenso zusammen wie mit technischen und organisatorischen Entwicklungen. Aber in jedem neutralen Staat lautet der politische Auftrag an die Landesverteidigung letzten Endes: die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß es in einem Krisenfall für jeden potentiellen Angreifer militärisch zweckmäßig ist, die Integrität des neutralen Staates zu respektieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Zeillinger! Sie haben gemeint, es sei heute nicht klar, was gegenwärtig überhaupt noch gelte, ob ein solcher politischer Auftrag vorliege und wie weit er heute noch verbindlich wäre. Ich glaube, Sie kennen die Dinge so gut und so genau, daß Ihnen die Entwicklung in den sechziger Jahren, auch was die Frage der Verteidigungsdoktrin oder des politischen Auftrages an das Bundesheer betrifft, die Zusammenhänge durchaus bekannt sind. Ich glaube auch nicht, daß Sie der Wehrgesetznovelle ohne eine grundsätzliche Vorstellung von diesem politischen Auftrag Ihre Zustimmung gegeben haben würden.

Aber vielleicht darf ich diese Gelegenheit benutzen, um noch, was Verteidigungsdoktrin und politischen Auftrag betrifft, auf eine Zeit zurückzugreifen, in der wir in Österreich eine große Koalition und die Mitverantwortung

beider Parteien in den Fragen der Verteidigungspolitik gehabt haben.

Als wir seinerzeit im Jahre 1962 die Einsatzverbände geschaffen und die Zahl der Brigaden von neun auf sieben reduziert haben, hat es darüber keine einsamen Beschlüsse, sondern eingehende und gründliche Diskussionen innerhalb des Bundesheeres, in der Bundesregierung und im Landesverteidigungsrat gegeben. Der Landesverteidigungsrat hat zu einer Zeit, zu der ich Verteidigungsminister und der heutige Herr Bundeskanzler Außenminister war, Beschlüsse in der Richtung gefaßt, der Bundesregierung zu empfehlen, den Anträgen, wie ich sie seinerzeit dem Verteidigungsrat am 30. Juni 1962 vorgelegt habe, die Zustimmung zu geben. Dort hat es sich nicht nur darum gehandelt, eine Umgliederung des Bundesheeres zu begründen und antragsgemäß zu beschließen, sondern in dem damaligen Bericht an den Verteidigungsrat ist die Frage der Verteidigungsdoktrin und die Frage des politischen Auftrages an das Bundesheer ein sehr ernstes Anliegen gewesen.

Dieser Bericht hat nicht nur im Verteidigungsrat, sondern in der weiteren Folge auch von der Bundesregierung die Zustimmung bekommen. Das war 1962 unter der gemeinsamen Regierung der beiden großen Parteien in Österreich.

Was die Frage des politischen Auftrags beziehungsweise der Verteidigungsdoktrin betrifft, hieß es damals in diesem von beiden Gremien genehmigten Bericht — ich zitiere hier mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Mit dem Bundes-Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 hat Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität erklärt und sich verpflichtet, diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Weiters hat Österreich die Verpflichtung übernommen, in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beizutreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Territorium nicht zuzulassen.“

Dieser Verpflichtung kann die Republik Österreich als souveräner und neutraler Staat nur durch eine eigene wirksame Landesverteidigung gerecht werden. Während einem Paktsystem angehörige Staaten sich unter Umständen auf die Stärke ihrer Verbündeten verlassen können, ist der neutrale Staat völlig auf sich allein gestellt.

Darüber hinaus ergibt sich die Notwendigkeit einer wirksamen Landesverteidigung und einer möglichst großen Abwehrbereitschaft des

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Bundesheeres aus der exponierten wehrgeographischen Lage Österreichs. Die Republik Österreich liegt zwischen den beiden großen Machtblöcken des Westens und des Ostens und ist der einzige Staat in Europa, der gemeinsame Grenzen sowohl mit Staaten der NATO als auch mit solchen des Warschauer Paktes besitzt. Durch seine zentrale Lage hat Österreich eine besondere militärische Bedeutung als Schnittpunkt der wichtigsten europäischen Verkehrslinien zwischen Nord und Süd und zwischen West und Ost.

Im Zuge einer Konfliktsituation kann es zufolge seiner wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung zum Durchzugs- oder Operationsgebiet werden. Diese Gefahr ist vor allem dann gegeben, wenn Österreich ein militärisches Vakuum darstellen würde. In diesem Falle wären Kriegsführende geradezu gezwungen, österreichisches Territorium in ihre militärischen Operationen einzubeziehen. Um diese Gefahr hintanzuhalten, muß das Vertrauen des Auslandes in die Abwehrbereitschaft Österreichs gefestigt werden. Das Bundesheer muß in der Lage sein, eine blitzartige Aktion, insbesondere einen schnellen Durchmarsch durch unser Staatsgebiet zu verhindern.

Wenn ein Aggressor mit der sofortigen möglichst starken Abwehr seines Angriffes rechnen muß, dann muß er befürchten, daß er mit seiner Aktion genau das erreicht, was er verhindern wollte: Gelingt es ihm nämlich nicht, sich in der für ihn erforderlichen kurzen Zeit in den Besitz eines militärisch wichtigen Teiles unseres Staatsgebietes zu setzen, dann gibt er durch diese Aktion seinem Gegner die Möglichkeit, sich dieses Gebietes zu bemächtigen.

Abgesehen von Konflikten zwischen den großen Machtblöcken, muß an die Möglichkeit lokaler Konflikte, wie sie zur Zeit immer häufiger auftreten, gedacht werden.“ — Bitte denken Sie an das Jahr 1962, meine Damen und Herren! — „Wenn auch die derzeitige außenpolitische Lage für direkte Angriffe gegen Österreich im Rahmen lokaler Konflikte keine Anhaltspunkte bietet, dürfen die sich aus solchen Konflikten ergebenden Gefahren nicht außer acht gelassen werden.“

In einem lokalen Konflikt kann Österreich kaum damit rechnen, daß es Hilfe von anderer Seite erhält, denn niemand wird bereit sein, das Risiko einzugehen, durch sein Eingreifen die Ausweitung eines lokalen Konfliktes auf sich zu nehmen. Ein solcher Konflikt kann aber durch die bloße Erklärung des neutralen Staates, er sei zu einer entsprechenden Abwehr stark genug, ohne ausreichende militärische Vorsorgen getroffen zu haben, nicht

vermieden werden, denn es gibt heute kaum etwas, was so wenig geheim bleibt, wie die wirkliche Verteidigungskraft eines Staates. Das Bundesheer muß daher auch in einem lokalen Konfliktsfalle tatsächlich in der Lage sein, eine möglichst starke und rasche Abwehr durchzuführen.

Aus allen diesen Gründen ist es erforderlich, die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres in dem höchstmöglichen Ausmaß sicherzustellen. Es müssen daher stets einsatzbereite, rasch bewegliche möglichst starke Verbände des Bundesheeres vorhanden sein, die jedem Angriff sofort wirksam entgegentreten können. Einem überraschenden Angriff können nur solche Verbände wirksam entgegentreten, die für die Herstellung ihrer Einsatzbereitschaft keiner Mobilmachung bedürfen. Um jedoch das übrige Staatsgebiet militärisch nicht zu entblößen, um den Einsatzverbänden den Rücken zu decken und um die Durchführung der Mobilmachung sicherzustellen, ist der Aufbau einer tief gestaffelten territorialen Verteidigung — Grenzschutz inbegriffen — notwendig.“

Und schließlich heißt es:

„Sohin ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Die Nachbarstaaten Österreichs und die österreichische Bevölkerung müssen Vertrauen in die Bereitschaft und in die Fähigkeit der Republik besitzen, ihre Neutralität im Ernstfalle sofort und wirksam zu verteidigen. Eine nur symbolische Landesverteidigung wäre zwecklos.

2. Zur wirksamen Sicherung der Neutralität ist es erforderlich, einen Angriff auf unser Staatsgebiet sofort abwehren zu können. Hierzu ist eine rasche Einsatzbereitschaft des Bundesheeres notwendig. Diese Notwendigkeit hat Vorrang vor Erwägungen über die mögliche Dauer der Abwehr.

3. Eine Heeresorganisation, die unter allen Umständen und von Anbeginn auf die Mobilmachung angewiesen ist, entspricht weder der exponierten wehrgeographischen Lage Österreichs noch seiner Stellung als neutraler Staat.“

Diese Überlegungen, Hohes Haus, lagen damals zugrunde, und sie waren Gemeingut einer Regierung, die von den beiden großen Parteien gestellt worden ist.

Herr Abgeordneter Zeillinger! Wenn ich die Dinge richtig sehe, gelten Regierungsbeschlüsse so lange, solange sie nicht annulliert werden. Ich glaube daher, daß es falsch ist zu sagen, daß vom politischen Auftrag des Bundesheeres keine Vorstellungen bestehen

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

und daß von der Verteidigungsdoktrin keine Vorstellungen entwickelt wurden.

Man kann sagen: Sie sind nicht mehr geeignet, sie müssen geändert werden. — Aber dann, Herr Bundeskanzler, wäre das notwendig gewesen, ehe man Wahlversprechen gemacht, Wehrgesetznovellen beschlossen und fünfseitige Reorganisationskonzepte aus dem Panzerschrank hervorgeholt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann es daher, wenn ich mir die jüngste Entwicklung noch einmal vor Augen halte, nur bedauern, daß der Herr Bundeskanzler über alle diese Fragen entweder so unwissend oder so oberflächlich hinwegredet und damit eine solche Verteidigungspolitik für die Neutralität unseres Landes zu einer ernsten Gefahr wird.

Der Bundeskanzler ist sich über den politischen Auftrag, wie er sagte, nicht im klaren, er weiß nicht, mit wem er darüber reden soll, und er hat die Dauer der Waffenübungen bis heute noch nicht zweifelsfrei geklärt. Welches Verteidigungskonzept soll auf einer solchen Grundlage überhaupt funktionieren?

Der Herr Verteidigungsminister beklagt, daß sich die Bundesregierung noch zu keiner Verteidigungsdoktrin bekannt habe, aber gleichzeitig macht er ein Reformkonzept von fünf Seiten und erklärt in einer Pressekonferenz für den Kriegsfall Wien und Salzburg zu offenen Städten.

Herr Bundesminister! Sind Sie sich überhaupt über die Auswirkungen solcher Äußerungen im klaren? Wohin soll denn das führen? Was ist das für eine Verteidigungspolitik? Was ist mit den Städten Linz, Graz, Klagenfurt oder anderen? Ich bedauere, daß solche Äußerungen in der Öffentlichkeit gemacht worden sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Gleichzeitig werden im Verteidigungsrat außerordentlich karge Auskünfte gegeben, aber an die Presse Informationen weitergegeben, die den Mitgliedern des Verteidigungsrates wohl bekannt sind, aber unter Vertraulichkeit gestellt worden sind.

Daher, Herr Bundesminister, frage ich mich, was vertrauliche Beratungen im Landesverteidigungsrat letzten Endes noch für einen Sinn haben. Und ich frage mich, wie eine solche Regierung mit einer solchen Verteidigungspolitik Krisensituationen, wie sie im Jahre 1956 genauso wie 1968 gemeistert wurden, überhaupt bewältigen will? Niemand gibt uns eine Garantie dafür, daß uns Krisensituationen dieser Art in Zukunft erspart bleiben.

Das Vertrauen in die Verteidigungspolitik Österreichs hat in den letzten eineinhalb Jahren empfindlichen Schaden gelitten. Das stellen nicht nur wir fest, das haben selbst diejenigen, die im Ausland Interesse an einer starken Landesverteidigung Österreichs haben, geäußert. Ich habe mich damals auch von der Opposition her gegen diese Stimmen des Auslandes gewendet und habe gesagt: Die Kritik an dieser Regierung ist Aufgabe der Opposition!

Und wir haben es uns mit dieser Kritik nicht leicht gemacht. Wir haben Ihnen und dem Verteidigungsminister hinreichend Zeit gelassen, einen Weg aus der Sackgasse der heutigen Verteidigungspolitik zu finden. Aber wir sehen diesen Weg noch nicht. Ich spreche das hier ganz offen und ganz deutlich aus.

Herr Bundesminister! Sie haben am 17. Februar 1971 im Parlament bei Ihrer Antrittsrede auch einige Bemerkungen zu Ihrem Arbeitsstil gemacht. Das wurde sehr positiv aufgenommen, und das war auch Ihr legitimes Recht. Sie haben damals gesagt: Mein Arbeitsstil, den ich mir vorgenommen habe, ist: Weniger reden, gründlich nachdenken und dann handeln.

Herr Bundesminister! Ich muß es Ihrer eigenen selbstkritischen Beurteilung überlassen, wieweit Sie sich nach diesen Maximen orientiert haben. Ich habe auf der Regierungsbank gesehen, daß der Herr Bundeskanzler schon damals nicht übertrieben glücklich über diesen hier dargelegten Arbeitsstil gewesen ist, weil er dem seinen offensichtlich ein bißchen zuwiderläuft. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Die tatsächliche Maxime, von der sich diese Regierung leiten läßt, lautet ja umgekehrt: Zuerst ankündigen, ausgiebig reden, so lange, daß man zum Nachdenken erst gar nicht kommt und hinterher feststellt, daß ein Konzept nicht vorliegt, mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Herr Bundeskanzler! Das gilt ja im Grunde genommen nicht allein für die Frage der Verteidigungspolitik. Wenn ich mir die Genesis über den Humanplan bis zur Frage des Gesundheitsministeriums und des kleinen Kompetenzgesetzes vergegenwärtige, bewege ich mich auf der völlig analogen Spur. Das ist der Stil der heutigen Politik, meine Damen und Herren, aber ich frage mich nur, wer diesen Stil dieser Politik und dieses Regierens einmal bezahlen wird müssen. Ich fürchte, daß diese Rechnung der österreichischen Bevölkerung präsentiert werden könnte.

Zum Schluß möchte ich an das anknüpfen, was der Abgeordnete Troll gesagt hat. Er hat

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

in seinen Schlußbemerkungen auch die Zusammenarbeit in der Verteidigungsfrage ange- sprochen.

Hohes Haus! Ich bin ernstlich in Zweifel, ob es für eine vernünftige Politik in Sache Landesverteidigung, wenn es bei dieser Prozedur bleibt, Ansatzpunkte auch für die Bereitschaft der großen Oppositionspartei zu einer solchen Verteidigungspolitik gibt.

Der Herr Abgeordnete Troll hat nicht nur von der Jugendfreundlichkeit, sondern auch von der „ungeheuren Transparenz“ gesprochen, die es jetzt in allen Bereichen, auch in der Frage der Verteidigungspolitik, gibt.

Herr Abgeordneter Troll! Das wird es Ihnen sicherlich erleichtern, dem mit Entschließungs- antrag von uns begehrten Bericht an das Parlament Ihre Zustimmung zu geben.

Ich bin der Auffassung, daß Ihre Verteidigungspolitik in eine Sackgasse geführt hat und daß nicht nur das Bundesheer selbst, sondern auch der Verteidigungswille der Bevölkerung in einem Umfang demoliert wurde, daß man vom Fundament auf neu aufbauen muß.

Ich glaube, das Parlament sollte sich daher in einer ehrlichen Diskussion mit diesen Grundfragen der Verteidigungspolitik auseinandersetzen, und ich möchte Sie daher bitten, dem Entschließungsantrag als Grundlage für eine weitere Kooperation im Interesse der Landesverteidigung Ihre Zustimmung zu geben. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn allen drei Fraktionen in diesem Hohen Hause die geistige, militärische, zivile und wirtschaftliche, also die umfassende Landesverteidigung ein echtes, ein patriotisches Anliegen ist, müßten wir uns dann nicht alle zu dem Eingeständnis durchringen, daß wir hier im offenen Haus zu viel und zu lange über Probleme debattieren, die längst der Beratung des Landesverteidigungsrates überantwortet gehörten? Ich bitte, die Gesamtproblematik „Landesverteidigung“ auch einmal von diesem Standpunkt beurteilen zu wollen.

Ich habe — da pflichte ich dem Herrn Abgeordneten Schleinzer bei — den Eindruck, daß die Bundesregierung, mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Landesverteidigungsminister an der Spitze, mit dem schlechtesten Beispiel vorangeht.

Mich hat ebenso Bestürzung erfaßt, als ich am Freitag abend die Fernsehdiskussion des Herrn Bundeskanzlers mit den Chefredakteu-

ren und Redakteuren verfolgte. Harter Kern des Gedankenaustausches war, daß es keinen politischen Auftrag an die militärische Landesverteidigung gibt. In diesem Punkte hat es Übereinstimmung zwischen allen Gesprächspartnern gegeben, Übereinstimmung des Herrn Bundeskanzlers auf der einen Seite und Übereinstimmung des Herrn Chefredakteurs Doktor Portisch auf der anderen Seite. Kein Widerspruch kam aus dem Kreis der übrigen mitdiskutierenden Journalisten. Gerade das war für mich der Anlaß, mir während des Wochenendes die Zeit zu nehmen, um zu prüfen, ob es den Tatsachen entspricht, daß kein politischer Auftrag an die militärische Landesverteidigung vorliegt.

Eine sachliche Überprüfung dieses Themenkreises ergab, daß es sehr wohl politische Aufträge an die militärische Landesverteidigung in verschiedenen Zeiträumen seit dem Jahre 1955 gegeben hat. Die Frage ist nur die: Was von diesen politischen Aufträgen an die militärische Landesverteidigung hat heute noch Gültigkeit?

Bevor ich mich damit eingehender auseinandersetze, darf ich noch auf eine Meinungsäußerung eingehen, die ebenfalls von Chefredakteur Dr. Portisch bei der Fernsehdiskussion stammt. Er meinte: Ist nicht ein General als Landesverteidigungsminister überfordert, wenn man von ihm das verlangt, was eine große Partei nicht kann? Hier wurde Bezug genommen auf das von der Sozialistischen Partei verworfene Landesverteidigungskonzept mit dem Hinweis, die Sozialisten verfügen derzeit über kein Landesverteidigungskonzept.

Meine Damen und Herren! Ich bin persönlich der Meinung, daß man die Sache Bundesheer von der Person des jeweiligen Landesverteidigungsministers einfach nicht trennen kann. Sache Bundesheer und Person des jeweiligen Landesverteidigungsministers sind untrennbar für jenen Zeitraum miteinander verbunden, solange der jeweilige Verteidigungsminister im Amt ist. Aber das gilt meines Erachtens nicht nur für den derzeitigen Landesverteidigungsminister Lütgendorf, sondern ebenso rückschauend für die Landesverteidigungsminister Prader, Schleinzer und Graf.

Ich pflichte Ihnen, Herr Abgeordneter Doktor Schleinzer, in vielem bei, was Sie als mein Vorrredner sagten. In einem Punkt ist es ausgeschlossen, Ihnen ad personam und Ihrer Partei eine Entlastung zu erteilen, nämlich hinsichtlich der Mitverantwortung, ja der Hauptverantwortung der Österreichischen Volkspartei auf dem Gebiete der Landesverteidigungspolitik bis zum Jahre 1970. Daher geht

Peter

vieles von dem, was Sie zuvor sehr nachdrücklich dargelegt haben, an den Tatsachen vorbei, denn es gilt hier nicht nur zu prüfen, was die Sozialistische Partei Österreichs auf dem Gebiet der Landesverteidigungspolitik seit dem 1. März 1970 unterlassen hat, sondern es steht heute ebenso mit zu Buch, was die Österreichische Volkspartei auf dem Gebiete der Landesverteidigungspolitik hauptverantwortlich von 1956 bis zum Jahre 1970 nicht getan hat. Genau diese Bilanz ergibt ebenso ein gerüttelt Maß an negativen Hypothesen, das allerdings der Österreichischen Volkspartei angelastet werden muß.

Eines ist bei der bisherigen Diskussion weder von der Österreichischen Volkspartei noch von der Sozialistischen Partei Österreichs berührt worden. Herr Abgeordneter Doktor Schleinzer, ich pflichte Ihnen ebenso bei, wenn Sie feststellten, daß in den letzten eineinhalb Jahren kein Klima einer echten Wehrgesinnung entstehen konnte. Das Bundesheer im permanenten Wahlkampf war das Schlechteste, was der Landesverteidigung widerfahren konnte.

Aber gab es bis zum Jahre 1970, solange die ÖVP die Hauptlast der Verantwortung für die Landesverteidigung getragen hat, eine echte Wehrgesinnung in diesem Lande? Sie bejahren das, Herr Dr. Schleinzer. Gestatten Sie, daß ich eine gestrige Wiener Tageszeitung zitiere, die unter der Überschrift „Eine kleine Ergänzung“ zur Freitag-Fernsehdiskussion folgende notwendige Ergänzung vornahm:

„Da wurde vom fehlenden Wehrkonzept geredet, von den vielen Milliarden, die für das Bundesheer verpulvert worden sind, vom Leerlauf in der Ausbildung und der Schwierigkeit, Längerdienende zu finden. Von Generalen war die Rede, insbesondere von Verteidigungsminister Lütgendorf. Viele Sündenböcke wurden aufgeboten, um die mangelnde Wehrbereitschaft der Österreicher zu begründen.“

Aber niemand sagte, daß ein Volk, dessen Jugend zweimal hintereinander in Weltkriegen geopfert worden ist, kaum noch besondere Neigungen zum Soldatischen entwickeln kann. Aus zwei Weltkriegen kehrten die Reste der jungen Generationen in die Trümmer zerschlagener Ideale heim.“

Das ist die Gesamthypothek, die über der gesamten Landesverteidigungsproblematik Österreichs lastet. Darin haben wir eine der entscheidenden unbewältigten Tatsachen der Vergangenheit zu sehen und auch eine der wesentlichen Ursachen dafür, warum ein Teil der älteren Generation an eine echte Vertei-

digungsmöglichkeit kraft vorliegender Erfahrungen nicht mehr glaubt, und warum Teile der jungen Generation von Haus aus mißtrauisch gegenüber der Landesverteidigung sind.

Wir sollten — das ist nicht so sehr Sache des Hohen Hauses und des Plenums — vor allem im Landesverteidigungsrat Überlegungen anstellen, wie wir aus dem Dilemma der verpolitisierten Landesverteidigung herauskommen und wie wir die Wehrgesinnung und vor allem die Wehrbereitschaft breiter Bevölkerungskreise, im besonderen der Jugend unseres Landes, verbessern können.

Überprüft man nun den politischen Auftrag an die militärische Landesverteidigung, dann zeigt sich, daß die Bundesregierung am 18. Juli 1961 dazu einen sehr wesentlichen Beschuß gefaßt hat und daß dabei zum ersten Mal das Bekenntnis zu einer umfassenden Landesverteidigung in einem Ministerratsbeschuß fest- und niedergelegt wurde. Dieser Ministerratsbeschuß vom 18. Juli 1961 hat dann auch eine entsprechende Erhärting durch einen entscheidenden Niederschlag in der Wehrgesetznovelle des Jahres 1962 gefunden.

An diesen Tatsachen, Herr Bundeskanzler, kann man nicht vorübergehen, wenn man eine Fernsehdiskussion — das taten allerdings nicht Sie — von der Causa Lütgendorf zur gesamten Verteidigungsproblematik umfunktioniert. Aber darauf hätten Sie als Regierungschef Bezug nehmen müssen, weil Sie es kraft Ihres Wissens als Angehöriger des damaligen Kabinetts ja hätten tun können. Denn zu dem Zeitpunkt, zu dem die entscheidenden Beschlüsse jeweils im Ministerrat gefällt worden sind, waren Sie stets Mitglied der Bundesregierung.

Einer der Niederschläge aus dem Beschuß des Ministerrates vom 18. Juli 1961 und der Wehrgesetznovelle 1962 gipfelte darin, daß der Landesverteidigungsrat nicht nur für Empfehlungen in militärischen Angelegenheiten, sondern auch für Empfehlungen in Angelegenheiten der umfassenden Landesverteidigung zuständig ist. Der jeweilige freiheitliche Vertreter im Landesverteidigungsrat hat in diesen vielen Jahren des öfteren sein Ceterum censeo erhoben; sein Ceterum censeo erhoben, Herr Abgeordneter Schleinzer, zu einem Zeitpunkt, da kein Sozialist dieses Ressort betreute, sondern da ÖVP-Minister die Verantwortung für die Landesverteidigung getragen haben.

Herr Dr. Schleinzer! Ihnen ordnet man als Verteidigungsminister eine verdienstvolle Tat zu: die Bundesheerreform des Jahres 1962, wenn ich von einem Fachmann richtig infor-

Peter

miert worden bin. Er sprach sogar von einer „Schleinzer-Doktrin“ und vertrat die Meinung, daß das Schleinzer-Konzept von damals richtig war, daß aber der Fehler darin bestand, daß es bis heute nicht durchgeführt und damit auch nicht zu einem konkreten Abschluß gebracht wurde.

Das Konzept des Jahres 1962 folgte zunächst dem Grundsatz, daß es vor allem auf eine rasche Reaktion des Bundesheeres im Krisenfall ankomme. Das war einer der entscheidenden Beweggründe für Ihre Maßnahme, wurde mir gesagt.

Der Verteidigungsdoktrin des Jahres 1962 liegt die Überlegung zugrunde, daß der Grenzschutz die Mobilmachung sichern müßte. Bis also das Ersatzheer steht, wäre es nach diesem Konzept Aufgabe des Grenzschutzes gewesen, die Sicherungsaufgaben zu übernehmen.

Eine weitere Vertiefung haben diese Überlegungen durch den Ministerratsbeschuß vom 26. September 1962 gefunden. Dann gibt es eine Lücke hinsichtlich konkreter Meinungsäußerungen des Ministerrates bis zum Jahre 1965. Also bis zu jenem Beschuß, den Sie, Herr Dr. Schleinzer, heute ebenfalls zitierten und der noch zur Zeit der großen Koalition herbeigeführt wurde. Damals mitbeschließende Regierungsmitglieder waren der damalige Außenminister Dr. Kreisky und der damalige Verteidigungsminister Dr. Schleinzer, die heute beide dem Nationalrat angehören.

In der Doktrin des Ministerratsbeschlusses aus dem Jahre 1965 taucht zum erstenmal der Begriff „Erhöhung des militärischen Eintrittspreises“ im Falle einer Aggression auf.

Der Ministerratsbeschuß des Jahres 1965 fixierte die Zielsetzung einer „umfassenden Landesverteidigung“ präziser als der von 1962 und ebenso die Aufträge an die einzelnen Bereiche des Bundesheeres. Er stellte eine Weiterentwicklung des operativen Konzeptes der Landesverteidigung zur Erhöhung des „militärischen Eintrittspreises“ dar.

Von verschiedenen Fachleuten wird die Formulierung „Erhöhung des militärischen Eintrittspreises“ als Unsinn, manchmal als Blödsinn bezeichnet.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang: Wie stehen die militärischen Fachleute zum Terminus technicus der „Erhöhung des militärischen Eintrittspreises“ im Falle einer Aggression? Hierüber muß meines Erachtens Klarheit geschaffen werden.

1962 war das Ziel der Bundesheerreform die rasche Reaktion des Bundesheeres im Krisenfall und die Feststellung, daß der Grenzschutz die Mobilmachung zu sichern hat.

In der Landesverteidigungsdoktrin von 1965 ist die Grenzsicherung auf die Einsatztruppen übergegangen: Sie sollten nach der Mobilmachung der Landwehr von dieser abgelöst werden.

Herr Bundeskanzler! Die erste Frage, die durch Sie und Ihr Kabinett geklärt werden muß, lautet: Ist die Verteidigungsdoktrin, die der Ministerrat 1962 beschlossen hat, noch aufrecht? Wenn nicht, ist die des Jahres 1965 noch in Gültigkeit?

Mir ist von keiner Seite, weder von Seite der Österreichischen Volkspartei noch von Seite der Sozialistischen Partei noch von Seite der Freiheitlichen Partei bekannt, daß der in der Öffentlichkeit bekannte und schon diskutierte Ministerratsbeschuß aus dem Jahre 1965, also die bisherige Landesverteidigungsdoktrin, in Frage gestellt sei. Die Bundesregierung schaffe bitte Klarheit darüber, was gültig und was überholt ist.

Es könnte ja auch sein, daß es eine Weiterentwicklung der Vorstellungen innerhalb der Bundesregierung seit diesem Zeitpunkt gegeben hat. Zumindest gab es aber Nutzanwendungen aus der Verteidigungsdoktrin des Jahres 1965, und zwar in der Wehrgesetznovelle 1966, und damit eine wesentliche Verbesserung durch verschiedene Neuerungen, unter anderem der Bestimmungen über die Instruktionen und Inspektionen der Landwehr.

Die Wehrgesetznovelle 1966 war ein entscheidender Impuls für die Aufnahme der eigentlichen Tätigkeit des Arbeitsausschusses „Militärische Landesverteidigung“.

Die Groteske, meine Damen und Herren, besteht darin, daß ein Vertreter einer Oppositionspartei, die niemals in einem Kabinett vertreten war, die Verteidigungsdoktrin österreichischer Bundesregierungen zu vertreten hat.

Herr Dr. Schleinzer, wissen Sie nichts mehr von diesen Beschlüssen, die seinerzeit mit Ihrer und Dr. Kreiskys Stimme gefaßt worden sind?

Herr Bundeskanzler! Haben Sie die Beschlüsse des Ministerrates, die ich eben zitiert habe, vergessen? Sie können in der Fernsehdiskussion nur so reagiert haben, wie Sie es taten, wenn Sie diese Beschlüsse des Ministerrates vergessen haben, was ich bei Ihnen sicher ausschließen kann. Daher war es meines Erachtens eine nicht vollständige und daher auch nicht richtige Information, die Sie der Öffentlichkeit zum Gegenstand des politischen Auftrages an die militärische Landesverteidigung erteilt haben.

Peter

Nun beziehe ich mich in meinen weiteren Ausführungen konkret nur auf das, was Fachleute zu dieser Thematik gesagt haben. Das November-Dezember-Heft der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ gibt in zwei interessanten Abhandlungen darüber in umfassender Weise Aufschluß: die Abhandlung „Zehn Jahre Wehrgesetzgebung“ von Oskar Kopf und der Beitrag „Zehn Jahre Arbeitsausschuß „Militärische Landesverteidigung“ von Brigadier Otto Heller.

Beide Abhandlungen führen uns mißverständlich im Zeitablauf vor Augen, welche Maßnahmen wann von wem beschlossen worden sind ... (Abg. *Minkowitzsch: Unmißverständlich!*) Unmißverständlich! Ich danke für die Berichtigung dieses Lapsus linguae. — Sie führen uns unmißverständlich vor Augen, welche Maßnahmen beschlossen wurden, und zeigen, daß sich Fachleute schriftlich gelegentlich ganz anders äußern, als sie es mündlich Parlamentariern gegenüber tun. In diesen beiden Aufsätzen klingen die Dinge weitaus weniger kritisch, als wenn sie von hohen Offizieren der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

1967/1968, führt Brigadier Heller aus, fanden die entscheidenden Beratungen des Arbeitsausschusses „Militärische Landesverteidigung“ mit folgendem Arbeitsergebnis statt:

Verbesserung der Mobilmachung durch Vorbereitung des Leistungsgesetzes.

Erarbeitung des Konzeptes für die territoriale Landesverteidigung. Zur Definition des Begriffes „Landesverteidigungsplan“ traf der Arbeitsausschuß „Militärische Landesverteidigung“ folgende Abklärung:

„Der Landesverteidigungsplan ist die Gesamtheit aller Vorsorgen auf militärischem, zivilem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet, die darauf abzielen, die Republik Österreich in die Lage zu versetzen, einer Bedrohung erfolgreich standzuhalten.“

Die Definition reicht meines Erachtens heute noch aus. Daher die Frage an die Bundesregierung: Hat diese Definition noch Gültigkeit? Scheint sie der heutigen Bundesregierung tauglich zu sein, ja oder nein? Wenn nein, durch welche Definition glaubt die Bundesregierung diese Formulierung ersetzen zu sollen?

Offen ist — schreibt Brigadier Heller — die Schaffung von verschiedenen Alarmstufen in den nichtmilitärischen Bereichen der umfassenden Landesverteidigung entsprechend den militärischen Alarmmaßnahmen, und zwar:

Vorausmaßnahmen,

Bereitschaftszustand = Alarmierung der Exekutive und aller Zivilschutzeinrichtungen und

Mobilmachung der nichtmilitärischen Bereiche.

In diesem Bereich klappt die Lücke, die meines Erachtens unverzüglich geschlossen werden muß!

Auf diesem Gebiet fehlen nach Ansicht des Brigadiers Heller Verteidigungsvorsorgen, oder es fehlt, wenn man Dr. Portisch folgt, der „politische Auftrag“ an die militärische Landesverteidigung. — Gerade das stimmt nicht! Das war, Herr Bundeskanzler, die Fehlinterpretation des vergangenen Freitags, die sowohl Sie als auch Chefredakteur Dr. Portisch vornahmen.

Ich bin der Meinung, daß es Ihre Aufgabe wäre, diese Fehlinterpretation gegenüber der Öffentlichkeit richtigzustellen, weil Sie ja diese Erklärungen immerhin vor jenem Personenkreis abgegeben haben, der am Freitag abend vor dem Bildschirm saß.

Offen ist nach Brigadier Heller die Verbesserung der Mobilmachung. Weiter klagt Heller: „Nur wenige Impulse vermochte der Arbeitsausschuß“ — „Militärische Landesverteidigung“ — „bisher den Bemühungen um eine Verbesserung der Vorsorgen für einen raschen und reibungslosen Ablauf der Mobilmachung zu geben.“ — Herr Dr. Schleinzer hat darauf bereits verwiesen.

Herr Bundesminister! Es ist keine Unhöflichkeit, wenn ich vorschlage: Bitte weniger reden, mehr sachliche Impulse setzen. Damit wäre der Landesverteidigung gedient.

Gerade seit dem Jahre 1965 arbeiten die Stellen der Landesverteidigung auf Grund des Ministerratsbeschlusses sehr stark und intensiv mit dem Terminus *technicus* der „umfassenden Landesverteidigung“. Brigadier Heller beklagt, daß in diesem Zusammenhang der § 2 des Wehrgesetzes noch immer nicht novelliert wurde, und er beklagt — meines Erachtens zu Recht —, daß die Verankerung des Begriffes der „umfassenden Landesverteidigung“ in der Bundesverfassung noch immer nicht erfolgt ist. Ohne Verankerung des Begriffes der „umfassenden Landesverteidigung“ werden wir nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung derselben beschließen können.

Darum geht der Appell, meine Damen und Herren, wieder an die Sozialistische Partei und an die Österreichische Volkspartei zurück: Holen Sie doch wenigstens im Jahre 1971 jene Versäumnisse nach, die Sie auf dem Gebiet der Landesverteidigungspolitik gemeinsam von 1956 bis 1970 begangen haben.

Peter

In diesem Punkt hinkt die Argumentation der Österreichischen Volkspartei. In diesem Punkte hinken jene Beschuldigungen, die die Österreichische Volkspartei gegenüber der Sozialistischen Partei erhebt.

Ja, im Gegenteil: Das Jahr 1968 wird geflissentlich von der Österreichischen Volkspartei zugedeckt, vergessen und rasch übersprungen.

Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer! Es gab seit der Errichtung einer Armee in der Zweiten Republik keine so große, echte und — wenn Sie wollen — erstmalige Opferbereitschaft der gesamten österreichischen Bevölkerung zugunsten der Landesverteidigung als zur Zeit der ČSSR-Krise des Jahres 1968. Ich habe das im Nationalrat einmal als die Sternstunde der österreichischen Landesverteidigung bezeichnet, die eben von der Österreichischen Volkspartei damals nicht genutzt werden konnte oder die nicht genutzt wurde.

Eine Kritik müssen Sie uns zubilligen, wenn Sie in den ÖVP-Bänken eine objektive Bewertung meiner Ausführungen vornehmen: Die Kritik der FPÖ an der damaligen Verfassung des österreichischen Bundesheeres unter der Ministerschaft des Herrn Dr. Georg Prader ist mit einer Handbewegung der absoluten Mehrheit von 85 ÖVP-Mandaten abgetan worden. Das bedauere ich im Interesse der Wirksamkeit der Landesverteidigung heute noch zutiefst.

Gestatten Sie, daß ich die Frage „Gibt es einen politischen Auftrag an die militärische Landesverteidigung Österreichs?“ so wiederhole, wie Brigadier Otto Heller in seinem schon zitierten Beitrag diese sieht:

„Der von der Bundesregierung im Jahre 1965 formulierte Auftrag an das Bundesheer muß, wenn auch mit Abänderungen und Ergänzungen, im grundsätzlichen auch weiterhin bestehen bleiben. Die operative Konzeption zur Erfüllung dieses Auftrages wird aber abzuändern sein!“

Herr Bundesminister! Ist es richtig, was der Brigadier Heller sagt, oder muß man Veränderungen vornehmen? Können Sie dem beipflichten, was Otto Heller dazu zum Ausdruck bringt? Otto Heller führt weiter aus:

„An einer neuen Verteidigungskonzeption wird schon lange gearbeitet. ... das neue System einer Gesamtraumverteidigung basiert auf der Zusammenfassung starker beweglicher Verbände ... in operativ entscheidenden Räumen unter gleichzeitiger starker und wirkungsvoller Sicherung des gesamten Staatsgebietes an taktisch wichtigen Abschnitten durch raumgebundene Landwehrkräfte ... Die

Gesamtraumverteidigung ist eine operative Form der Verteidigung zu dem Zweck, einem Eindringling so viel Zeit und Kräfte abzufordern, daß dieser sein operatives Ziel von vornherein in Frage gestellt sieht.“

Ist Otto Hellers Ansicht richtig? Können wir bei dieser Auffassung bleiben? Wenn ja — was glauben Sie, Herr Minister, als zuständiger Ressortchef dem Nationalrat an Maßnahmen vorschlagen zu sollen, daß wir im Ernstfall diesem Auftrag gerecht zu werden vermögen?

Weiters heißt es bei Otto Heller: „Weit mehr als bisher muß das neue Konzept der Gesamtraumverteidigung auf die umfassende Landesverteidigung abgestützt sein. Nur in der Gesamtheit aller Verteidigungsanstrenzungen des Staates kann die Grundlage für einen Erfolg der militärischen Landesverteidigung gegeben sein. Hierher zählt als neue Komponente auch die Einbeziehung der österreichischen Bevölkerung zur Aktion des waffenlosen Widerstandes.“

Herr Bundesminister! Bekennen Sie sich zur Einbeziehung der österreichischen Zivilbevölkerung in Aktionen des waffenlosen Widerstandes? Wenn ja — welche Vorstellungen liegen konkret dazu vor?

Bitte, fassen Sie meine Fragen nicht so auf, daß Sie mir dieselben heute im Plenum des Nationalrates beantworten müssen. Mir genügt es, wenn Sie diese Fragen dem Landesverteidigungsamt bald beantworten. Denn persönlich vertrete ich die Auffassung, daß ich und andere Redner im Nationalrat Fragen angeschnitten haben, auf die man besser im Landesverteidigungsamt als im Plenum des Nationalrates eine Antwort gibt.

Und nun muß ich mich mit einer Auffassung des Brigadiers Heller kritisch auseinandersetzen. Er meint: Ohne die entsprechenden Gesetze und ohne ausreichende Mittel kann eine Landesverteidigung nicht aufgebaut werden.

Dem Grundsatz nach hat er recht. Ich muß aber auf Grund der gegebenen Verhältnisse von meinem persönlichen Standpunkt aus eine entscheidende Einschränkung machen. Ich bitte Verständnis dafür zu haben, Herr Bundesminister, wenn ich der Meinung bin: Zuerst muß das neue, wenn Sie wollen, das modifizierte Verteidigungskonzept vom Einbau der umfassenden Landesverteidigung in die Bundesverfassung bis zur Einbeziehung der Zivilbevölkerung in die Aktion des waffenlosen Widerstandes dem Landesverteidigungsamt — ich unterstreiche: dem Landesverteidigungsamt — vorliegen, ehe Sie guten Grundes die Forderung nach mehr und zusätzlichen

Peter

Budgetmitteln gegenüber dem Nationalrat erheben können.

Ich bin dann weiter der Meinung, daß jetzt eine nochmalige Chance gegeben ist, all das zu bewältigen, was das Bundesheer aus seiner leidvollen Entwicklungsperiode von 1956 bis 1970 an Ballast und Hypotheken mitschleppt.

Ich möchte die Dinge nicht mehr beschwören, die in diesem Hause schon oftmals beschoren wurden. Von der Proporzarmee der großen Koalition über — ich weiß, die ÖVP hört es nicht gerne — die Parteiarmee des Arbeiter- und Angestelltenbundes der ÖVP sollen wir nun endlich zu jenem Bundesheer kommen, das dem tagespolitischen Streit und dem Parteieneinfluß entzogen ist.

Und wie kann, Herr Bundesminister, ein realistisches Grundgefüge des österreichischen Bundesheeres ausschauen? Ich bin der Meinung, daß es auf drei Pfeilern ruhen sollte:

Erstens auf der infanteristischen Kleinkampftruppe. Ich bin nach wie vor ein überzeugter Anhänger des Sechs-Monate-Konzeptes, weil ich der Ansicht bin, daß man in sechs Monaten, so man exzellente Offiziere und Unteroffiziere hat, eine vorzügliche Kleinkampfausbildung vornehmen kann.

Wir brauchen dann als zweiten Pfeiler ein kleines, aber schlagkräftiges mechanisiertes Korps mit dem Kern einer Pioniertruppe, die wir auch im zivilen Katastrophenfall wirkungsvoll und nutzbringend einsetzen können.

Und wir brauchen als dritten Pfeiler einer intakten Armee eine Luftkavallerie in Form einer tauglichen Hubschrauberflotte, aus zweierlei Gründen: um einmal in zivilen Katastrophenfällen aus Versorgungsgründen und zum Abtransport von Verletzten wirksam werden zu können, und um zum anderen Sperrverbände dann, wenn sie ihre Stellung nicht mehr halten können, zurückfliegen zu können, um sie neuen Einsätzen zuzuführen.

Ist das eine realistische militärische Überlegung, oder ist eine solche Überlegung eine Utopie? Österreich braucht eine realistische Armee auf der Grundlage eines realistischen Verteidigungsplanes. Eine realistische Armee auf der Grundlage einer sinnvollen Gesetzgebung, von der ich der Meinung bin, daß die Wehrgesetznovelle erst der Anfang war. Österreich braucht ein realistisches Verteidigungsbudget, das rationeller werden muß, als es bisher der Fall war.

Der Appell, das Bundesheer dem tagespolitischen und dem Parteienstreit zu entziehen, findet doch bei jeder der drei Fraktionen im Hohen Hause theoretische Zustimmung. Wir sollten uns daher bemühen, aus der neuen

Situation heraus auch neue Wege zur Stärkung der Verteidigungskraft des Bundesheeres zu beschreiten.

Daher ein Ja der Freiheitlichen zu einer gemeinsamen, dem parteipolitischen Tagesstreit entzogenen Landesverteidigung, aber ein Nein, Herr Bundeskanzler, zu einer Politik, die von einem Fernsehexperiment zum anderen führt.

Darf ich dazu noch eines feststellen: Wir haben unsere sozialistischen Verhandlungspartner bei der Debatte über die letzte dringliche Anfrage gebeten, uns Freiheitlichen zu sagen, wie sie es mit den 60 Tagen gemeint haben. Für die sozialistischen Abgeordneten hat der Abgeordnete Blecha eine vollauf befriedigende Antwort erteilt. Von Seiten des Bundesministers für Landesverteidigung liegt hinsichtlich Unverrückbarkeit der 60 Tage auch eine klare Antwort und positive Stellungnahme vor.

Herr Bundeskanzler! Die freiheitlichen Abgeordneten waren Partner der sozialistischen Minderheitsregierung bei der Beschlusfassung über die Wehrgesetznovelle. Und aus dieser Partnerschaft heraus glauben wir ein moralisches Recht zu haben, daß Sie zur Frage der Durchführung der 60 Tage Waffenübungen klarer Stellung nehmen, als Sie es bisher getan haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Blecha. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Blecha (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Angriffe der ÖVP-Opposition richten sich heute im wesentlichen auf drei Punkte: auf die von uns für längst überfällig gehaltene Bundesheer-Reform inklusive des vor kurzer Zeit vorgelegten Konzeptes für eine effektivere Landesverteidigung, auf die als zu gering empfundenen Ansätze des Landesverteidigungsbudgets, und sie richten sich auf die Person des Ressortministers.

Der heftigste, der schärfste Angriff wurde heute vom Herrn Bundesparteiobmann Doktor Schleinzer vorgetragen, von jenem Mann, der 1962 eine nie abgeschlossene Umgliederung des Heeres eingeleitet hat, in der viele Experten eine der Wurzeln für den kläglichen Zustand des österreichischen Bundesheeres erblicken. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Das ist eine Kühnheit!)

Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer hat hier unter Zitierung des Ministerratsbeschlusses vom 11. Mai 1965 jene großen Worte wiederholt, aus denen in dem mehr als einem Jahrzehnt verwalteten Ressort durch die Österreichische Volkspartei nie etwas sehr Kon-

Blecha

kretes, diesen Worten Adäquates entstanden ist. Hinter diesem Nebelvorhang schöner Worte ist eine Politik betrieben worden, die zwar zwei der drei Bünde der Österreichischen Volkspartei zufriedenstellen konnte, nämlich den OAAB und den Wirtschaftsbund, aber zweifellos nicht den Verteidigungsanstren- gungen dieser Republik gedient hat.

Herr Dr. Schleinzer! Sie haben an den Bundeskanzler die Frage gerichtet, welches Konzept wohl der Forderung nach sechs Monaten Grundwehrdienstzeit zugrunde gelegen sein mag. Sie wissen genauso wie wir, daß es ein modifizierter Rösch-Plan war, der damals immer wieder im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden ist und der ja auch die ganze Zeit, während der die Bundesheer-Reformkommission getagt hat, diskutiert worden ist. Die Bundesheer-Reformkommission hatte ja die Aufgabe, auf Grund des Rahmenkonzeptes, das da vorlag, die Meinungen der Betroffenen zu artikulieren.

Sie haben die Frage gestellt, was bei den Truppenübungen gilt. Ich danke dem Herrn Abgeordneten Peter, daß er heute nochmals darauf hingewiesen hat, daß ich diese Frage schon vor einiger Zeit im Hohen Hause beantwortet habe. (Abg. Dr. Schleinzer: Ich habe sie an den Herrn Bundeskanzler gerichtet!) Ich möchte noch eines hinzufügen, Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer: Der Gesetzestext ist vollkommen klar. Es heißt: 60 Tage Truppenübungen sind vom Wehrpflichtigen zu leisten. Da gibt es keine Ausnahmen.

Aber es wäre ja nicht das erste und einzige Mal, daß ein Ressort eine gesetzliche Verpflichtung nicht erfüllen kann. Wir sind der Auffassung, daß noch genug Zeit vorhanden ist, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit die vom Gesetzgeber angegebene Verpflichtung tatsächlich erfüllt werden kann.

Aber ich erinnere Sie daran, daß auch Sie das 9. Mittelschuljahr beschlossen haben, daß Sie eine gesetzliche Verpflichtung eingegangen sind, die bis heute nicht eingehalten wird. Ich erinnere Sie daran, daß es eine Reihe anderer solcher Bestimmungen gibt. (Abg. Dr. Gruber: Das ist ja gesetzlich geändert worden!) Sistiert worden! (Abg. Dr. Gruber: Das wissen Sie doch hoffentlich!) Das weiß ich sehr genau. (Abg. Doktor Gruber: Na alsol) Schauen Sie, Herr Doktor Gruber, Sie haben das 13. Schuljahr auch zurückgestellt, und so wäre es ohne eine Verletzung des bestehenden Gesetzes bei den Waffenübungen ebenfalls denkbar. (Abg. Doktor Gruber: Das ist gesetzlich! Aber Sie haben es ja erst gemacht!) Nur haben wir eben... (Abg. Dr. Withalm: Nach Jahren

ist das festgestellt worden! Und das war ja bereits nach drei Monaten!)

Ja das war das Bundesheer — ich darf es noch einmal sagen, Herr Dr. Withalm —, wie wir es übernommen haben. (Abg. Dr. Gruber: Das Bundesheer, das Sie gemacht haben! Ihr Wehrgesetz können Sie nicht durchführen! Das ist eine ausgesprochene Blamage!) Dieses Bundesheer war nach der Auskunft des ranghöchsten Offiziers, des Generaltruppeninspektors Fussenegger, zum Zeitpunkt der Beschußfassung der Wehrgesetznovelle nur in der Lage, Waffenübungen im Ausmaß von 30 Tagen zu ermöglichen. Das war jenes Bundesheer, welches wir übernommen haben! Es war so heruntergewirtschaftet, daß es nur 30 Tage Pflichtwaffenübungen ermöglichen konnte. (Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)

Der neue Bundesminister hat jetzt die Möglichkeit, in etwa fünf bis sechs Jahren die Voraussetzungen für die Erfüllung der Wünsche des Gesetzgebers zu schaffen.

Sie haben hier auch kritisiert, daß das Konzept des Verteidigungsministers so spät vorgelegt worden ist. Herr Dr. Schleinzer! Sie wissen selbst ganz genau, daß die Verzögerung der Beratungen über die Wehrgesetznovelle — sie konnten ja monatelang gar nicht geführt werden — und dann auch noch die Verzögerung der Beschußfassung selbst dazu geführt haben, daß dieses Konzept so spät dem Landesverteidigungsamt und damit auch der breiten Diskussion der Parteienvertreter zugeführt werden konnte. (Abg. Doktor Withalm: Kollege Blecha! Welches Konzept?) Dann kam es zur Auflösung des Nationalrates, dann kam es zum Wahlkampf, und als die Wahl vom 10. Oktober 1971 geschlagen war, hat der Bundesminister entsprechend den Aufträgen, die er hatte, dem Landesverteidigungsamt über sein Konzept Bericht erstattet.

Aber jetzt wird von Ihnen alles, was vorgelegt wird, als Pleite oder Bluff angesehen. (Abg. Dr. Blenk: Na net!) Wenn Sie, Herr Kollege Blenk, „na net“ sagen — was hat denn die ÖVP in den nahezu 15 Jahren, in denen sie dieses Ressort geführt hat, vorgelegt? (Abg. Dr. Blenk: Wir reden jetzt über Ihre sogenannte Reform!) Was ist denn in dieser Zeit geschehen? Was haben wir denn an wirklich großen Konzepten, was haben wir denn an wirklichen Landesverteidigungsplänen in „Ihrer“ Zeit gesehen? Ein winziger erster Teil eines Landesverteidigungsplanes wurde erst 1968 beschlossen. (Abg. Wending: Sie waren einer der ersten, die Sabotage betrieben haben!)

Blecha

Am 9. Februar 1969 schrieb der heute vom Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer mehrmals zitierte Brigadier Otto Heller als Leiter der Führungsabteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung ... (Abg. Dr. W i t h a l m: *Das war der Peter! Der hat ihn zitiert! Schleinzer hat ihn nicht zitiert!*) Entschuldigung, ja-wohl. Hier wurde von ihm im Februar 1969 unter der Ministerschaft des Dr. Prader in einem Artikel, der bezeichnenderweise den Titel „Das Landesverteidigungskonzept“ trägt, folgendes ausgesagt:

„Der im ersten Teil des Landesverteidigungsplanes aufgenommene Auftrag des Ministerratsbeschlusses vom 11. Mai 1965 konkretisiert hingegen bereits fest umrissene Aufgaben an die militärische Landesverteidigung in den drei Bedrohungsfällen, ohne auf eine nähere Festlegung des politischen Ziels (wie dies schon Clausewitz forderte) weiter einzugehen. Danach hat die militärische Landesverteidigung Vorsorge zu treffen, daß ...“ (Präsident P r o b s t übernimmt den Vorsitz.)

Und das ist in Wirklichkeit jetzt der Auftrag. Wir alle haben feststellen können, wie erfüllt werden konnte.

„... im Krisenfall Einsatzverbände im voraussichtlich wichtigsten Raum konzentriert werden können, die Landwehr aktiviert und eine volle Mobilmachung kurzfristig durchgeführt werden kann.“

Herr Dr. Schleinzer, ich frage Sie: Wie war das bei dem durch die Okkupation der ČSSR entstandenen Spannungszustand im August 1968? War das damalige Bundesheer, das sein damaliges Gesicht wesentlich von zwei der ÖVP angehörenden Minister geprägt bekommen hat, nämlich von Dr. Prader und von Ihnen selbst, in der Lage, tatsächlich in die Einsatzräume sofort und konzentriert Verbände zu entsenden, die Landwehr zu aktivieren und die Voraussetzungen für die volle Mobilmachung kurzfristig zu schaffen? (Abg. Dr. P r a d e r: Keine Ahnung!)

Über die beiden anderen Punkte des Konzeptes, Neutralitätsfall und Verteidigungsfall, brauche ich in diesem Zusammenhang nicht zu reden, da schon im Krisenfall dieses Bundesheer nicht in der Lage war, seinem Auftrag, der ihm nicht zuletzt durch den Ministerratsbeschuß vom 11. Mai 1965 gegeben war, zu erfüllen.

Aber am Ende des zitierten Artikels, meine sehr verehrten Damen und Herren, der in der Zeitschrift „Der Soldat“ erschienen ist, die sich ja immer einer besonderen Förderung des Ministers Dr. Prader erfreut hat, sagt dann der Brigadier Heller etwas Bedeutsames.

Er schreibt, nachdem er noch ausführte, was im Verteidigungsfall zu geschehen hat:

„Eine weitergehende politische Zielsetzung und eine detailliertere Auftragsetzung an das Bundesheer kann von einem Landesverteidigungskonzept“ — wie es also hier beschrieben wurde — „nicht erwartet werden, zumindest sind hier Grenzen ihrer öffentlichen Diskussion eindeutig abgesteckt.“

Das steht in diesem eigenartigen Artikel drinnen: Die Grenzen der öffentlichen Diskussion sind abgesteckt. Aber wenn der Verteidigungsminister Lütgendorf etwas Ähnliches sagt, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, schreien Sie auf, dann ist auf einmal alles Mögliche in Gefahr, auch wenn er nur etwas sagt, was unter Prader von allen Herren dieses Ministeriums, die zum mageren Landesverteidigungskonzept dieser Zeit Stellung genommen haben, gesagt worden ist. (Zustimmung bei der SPO.)

Aber ich darf vielleicht noch einen anderen Herrn, der Ihnen auch bekannt ist, nämlich Oberst Strohschneider, zitieren, der im „Handbuch für die Geistige Landesverteidigung“ schrieb, daß im Juli 1961 der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer, der hier als einer der Haupt- und Mitverantwortlichen für den Zustand der österreichischen Landesverteidigung so großen Mut bewiesen hat, immer wieder Fragen nach dem Konzept zu stellen — 1961, also vor mehr als zehn Jahren (Zwischenruf des Abg. Dr. B l e n k — Abg. S k r i t e k: Hören Sie zu, Herr Kollege!) —, „dem Landesverteidigungsrat einen eingehenden Bericht über den Stand der militärischen Landesverteidigung“ erstattet hat; und er „stellte den konkreten Antrag, den weiteren Aufbau der Landesverteidigung auch auf den zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich auszudehnen. Über Empfehlung des Landesverteidigungsrates beschloß der Ministerrat am 18. 7. 1961:

die österreichische Landesverteidigung unter dem Gesichtspunkt aufzubauen, daß sie sich auf militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Bereiche zu erstrecken hat“ — ich frage: was ist da wirklich seit 1961 geschehen? —, „alle Bundesministerien zu ersuchen, im Rahmen ihrer Wirkungsbereiche am Aufbau einer umfassenden Landesverteidigung mitzuwirken und

den Bundesminister für Landesverteidigung zu ersuchen, nach erfolgter Koordinierung der Bundesregierung einen „Landesverteidigungsplan“ vorzulegen.“

Dieser Landesverteidigungsplan ist bis 1971 nicht vorgelegt worden!

Blecha

Strohschneider führt dann noch aus — und das scheint mir noch zu zitieren bemerkenswert zu sein —:

„Mit der Beschußfassung über die Organisation“ — das alles geschah unter Schleinzer — „der umfassenden Landesverteidigung wurde zwar zum Ausdruck gebracht, wer für welche Sparte zuständig ist und wie die Arbeit vor sich gehen soll — die Bundesregierung gab jedoch keinen konkreten Auftrag, was die einzelnen Arbeitsausschüsse zu tun hätten.“

Dieser Zustand reichte bis ans Ende der ÖVP-Alleinregierungszeit. (Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)

Über die umfassende Landesverteidigung, die sich, wie heute schon oft hier ausgeführt worden ist, auf die militärischen, auf die zivilen, auf die wirtschaftlichen und auf die geistigen Bereiche beziehen soll, wurden Seminare abgehalten, zu ihrer Förderung wurde ein Verein gegründet und wurden Ausschüsse eingesetzt. Aber Sie, Herr Dr. Prader, werden mir nur bestätigen können, daß es niemals eine Schwerpunktbildung gegeben hat, daß es keine konkreten Arbeitsaufträge gegeben hat. Es wurde in manchen Bereichen — etwa im Bereich der geistigen Landesverteidigung — dilettantisch herumgewerkt. Das Ergebnis war, daß das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in die militärische Landesverteidigung 1968, nach den August-Ereignissen, geringer war als je zuvor! (Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)

Die geistige Landesverteidigung, hat es geheißen, sollte die geistige Verteidigungsbereitschaft des Staatsbürgers wecken, fördern und erhalten, sie sollte ihn immunisieren gegen die psychologische Kriegsführung präsumtiver Gegner, die mit Hilfe psychologischer Mittel unsere Vernichtung betreiben könnten.

Gerade auf diesem Gebiet wurden sehr viele Broschüren herausgebracht, und es wurden Seminare abgehalten, die uns stutzig machen. Aber ich darf hinzufügen: Wenn man geprüft hat, was da publiziert worden ist und was da geschehen ist, kann man nur sagen: Gott sei Dank mit geringem Effekt.

Unter der Zeit Praders, in seiner Ära, ist beispielsweise am 22. und 23. Februar 1969 in Feldkirch eine Studentenagung über „Subversive Strategie“ abgehalten worden, die der Bundesminister in einem Schreiben beglückwünscht hat. In diesem Schreiben hat er seiner Zuversicht Ausdruck verliehen, daß ein umfassendes und präzises Bild der aktuellen subversiven Strategie entworfen wird und daß die

Auswertung der Referate und Diskussionsbeiträge zu praktisch verwertbaren Ergebnissen führen wird.

Referenten bei dieser „hervorragenden“ Tagung waren etwa ein Herr Oberst de Oliveira aus Lissabon, der über „Die Subversion in Afrika“ sprach, oder ein Herr General Alfred Tang aus Taiwan, der über die Subversion in Asien zu berichten und uns auf subversive Tätigkeit feindlicher Gruppen vorzubereiten hatte.

Der Herr de Oliveira interpretierte beispielsweise die Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika auf folgende Weise:

„Als Nordafrika mit der Gewährung der Unabhängigkeit für Algerien — letzter Stützpunkt gegen das Vordringen zum Atlantik — der westlichen Welt entrissen wurde, konnte man annehmen, daß alle Idealbedingungen für den Fall Europas nunmehr insofern vereinigt waren, als damit die Umfassung seiner Südflanke vollendet war.“

Und etwas noch Interessanteres aus seinem aufschlußreichen Referat:

„Der Angriff, dem sich Portugal heute ausgesetzt sieht, ist nicht eine bloße Episode und nicht das Ergebnis irgendeiner besonderen, gegen uns Portugiesen gerichteten Antipathie, es handelt sich vielmehr um den Teil einer weltweiten Problematik. Das ist auch der Grund, warum wir in Angola, Mozambique und Guinea Widerstand leisten, warum unsere Jugend dort ihr Blut vergießt, ihr Leben opfert. Wir tun es nicht nur im Interesse nationalen Überlebens, sondern vor allem im Interesse des Überlebens des Abendlandes.“

Das waren Diskussionsbeiträge bei Veranstaltungen, die damals stattgefunden haben.

Und um das Maß vollzumachen, darf ich noch den Herrn Tang aus Taiwan zitieren, der meinte:

„Europa denkt noch immer, Maos Reich sei groß und stark. Nein, es gleicht einem roten Radieschen, außen rot und innen weiß! Die rote Schicht ist nur sehr dünn, verfault sie, leuchtet das Weiß hervor.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wurde damals unter Beiträgen zur umfassenden Landesverteidigung verstanden. Und wenn daher jetzt der Herr Bundesminister Lütgendorf an die Öffentlichkeit getreten ist und unter dem vielleicht etwas zu viel versprechenden Titel seines „Psycho-Planes“ ein moderneres, ein besseres Konzept urgert, das uns helfen soll, die Bereitschaft der österreichischen Bevölkerung zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften dieser Repu-

Blecha

blik zu fördern, dann wird das von Ihnen zum Gegenstand von lächerlichen Polemiken gemacht. Ich hoffe allerdings, daß sich dieser neue Plan nicht unbedingt allein an dem orientieren wird, was auf diesem Gebiet in der Schweiz gemacht wird. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Sie haben gehört, Herr Kollege Blenk, was alles unter einer umfassenden Landesverteidigung verstanden wird, die nicht nur den militärischen Bereich, sondern auch den geistigen, den wirtschaftlichen und den zivilen Bereich erfaßt. Ich möchte nur davor warnen, daß wir uns bei der geistigen Landesverteidigung allzusehr an dem Schweizer Vorbild orientieren mögen.

Rolf R. Bigler, er war lange Zeit Chefredakteur und Mitinhaber der Schweizer Zeitung „Weltwoche“, hat in Wien anlässlich einer Fernsehdiskussion über die Notwendigkeit des Bundesheeres vor etwa fünf Monaten vehement die österreichische militärische Landesverteidigung verteidigt und ihre Notwendigkeit auch für die schweizerischen Verteidigungsanstrengungen hervorgehoben. Er selbst ist Wehrexperte und bekannter Militärschriftsteller. Von ihm ist zum Beispiel das Buch „Der einsame Soldat“. Er ist Offizier der Schweizer Miliz. Und er führt in einem Artikel, der 1970 im Feber-Heft der Zeitschrift „Monat“ erschienen ist, folgendes über „Geistige Landesverteidigung“ aus:

„Damit der Schweizer sich vor Zweifeln am Funktionieren dieser recht vernünftigen Versicherungs-Technik“ — die für ihn die Landesverteidigung bedeutet — „bewahre und behüte, wurde die ‚Geistige Landesverteidigung‘ geschaffen. Sie soll überdies den ‚Versicherungsfall‘ so drohend wie möglich jedem zeigen und das Volk bereits vor dem Angriff für den permanenten Widerstand vorbereiten. Sie ist, wenn man es richtig bedenkt, die Rückversicherung.“

„Falls die Armee ihrer Aufgabe nicht genügen sollte, falls einem Gegner der von der schweizerischen Streitmacht geforderte Eintrittspreis nicht als zu hoch erscheint, falls diese Armee im Kampf unterliegen sollte, ja falls sie die Waffen strecken sollte, falls also das Unheil kumuliert auftritt, macht die Rückversicherung den Widerstand ohne Armee möglich.“

Selbst wenn das Warten auf Befreiung ein ‚Warten auf Godot‘ sein sollte, so soll es zumindest ein schweizerisches Warten sein: Ablehnung, Schweigen, kalte Verachtung, solche tödlichen Emotionen sollen den Besatzer treffen und ab und zu eine Kugel aus dem Widerstand.

Dieses Konzept ist gefährlich — nicht für den Gegner, sondern für die Schweizer — weil es nichts taugt.“

Das ist die Konklusion, zu der ein Schweizer Experte kommt. Und wenn Sie die großen Diskussionen verfolgt haben, die in der „Neuen Zürcher Zeitung“ darüber geführt worden sind, so werden Sie verstehen, daß wir jetzt nicht in den Fehler verfallen sollten, den andere dabei sind eben jetzt zu überwinden. (Abg. H a h n: Reden Sie über das, was der westdeutsche Verteidigungsminister Schmidt gesagt hat!) Er meint nämlich mit Recht, daß diese Lehre, an die hier auch manche glauben, es genüge, an den Patriotismus ein bißchen anzuspielen, es genüge allein, patriotische Gefühle zu wecken, um die gewünschte Verteidigungsbereitschaft zu haben, falsch ist, und er sagt dann:

„Daß diese Lehre vom guten Schweizertum zu Gesinnungsschnüffelei und vaterländischer Bimmelei einlud, focht die auf den Westen umgepolten Geister nicht im geringsten an.“

„Im roten Zivilverteidigungsbuch, das von der schweizerischen Regierung aufgelegt und jedem Haushalt im Lande zu besinnlicher Lektüre zugeschickt wurde, verbirgt sich der Entwurf zu einer stalinistischen Demokratie.“

Er meinte dann, daß die Rechnung für solche längst überholte Formen der geistigen Ausrüstung des Volkes eines Tages die Armee selbst wird bezahlen müssen. „Dieser Tag wird kommen.“ — So meint Bigler. — „Jüngst enthüllte die Hauspostille der ‚Allgemeinen Offiziersgesellschaft Zürich und Umgebung‘, eine durchaus zuverlässige Quelle, daß ungefähr 50 Prozent der Jugendlichen (10 bis 15 Jahrgänge fallen in diese undeutliche Kategorie), eine ablehnende Haltung gegenüber der militärischen Landesverteidigung zeigen.“ (Abg. H a h n: Lesen Sie uns vor, was Helmut Schmidt über die Jusos gesagt hat!) „Dieser Tag wird kommen; er steht vor der Tür.“ — Er steht vor der Tür! (Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.) Schauen Sie, Herr Kollege Hahn, ich weiß schon, daß Ihnen das unangenehm ist, ich weiß schon, daß Sie immer ein falsches Konzept vertreten haben, 14 Jahre lang. Es ist Ihnen unangenehm, wenn man Sie daran erinnert. (Beifall bei der SPO.)

Weil Sie so sehr gegen das Lesen sind, werde ich Ihnen noch den Herrn Otto Schulmeister zitieren, der nämlich 1968 gesagt hat: „und was nützen Vorsichtsmaßnahmen an den Grenzen“ — über die hier der Herr Doktor Schleinzer gesprochen hat; denn er meinte, das, was die ÖVP übergeben hat, wäre ein Heer gewesen, an dem man noch etwas hätte demontieren können —, also: „wenn die kommandierenden Offiziere offen eingestehen, im

Blecha

Ernstfall fehle es ihren Soldaten an Waffen und Munition?"

Und am 31. August 1968, zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, fragt Otto Schulmeister: „Wer ist dafür verantwortlich? Wer macht hier aus der Neutralitätswacht ein Theater?“ — Diese Frage hat man Ihnen bis zum Ende Ihrer Regierungszeit stellen müssen. (Abg. *Ofenböck: Jetzt möchte ich endlich einmal hören, was der Blecha für eine Meinung hat!*) Und am Ende, und da solidarisiere ich mich mit etwas ... (Abg. Dr. *Blenk: Jetzt möchte ich einmal hören, was der Herr Blecha für eine Meinung hat!* — *Gegenrufe bei der SPÖ.*) Und am Ende, Herr Kollege Ofenböck, nach diesen fast eineinhalb Jahrzehnten ÖVP-Ressortverantwortlichkeit, hat dann eben jetzt der Herr Gerhard Neureiter in den „Salzburger Nachrichten“ feststellen müssen:

„Noch ehe Lütgendorf seinen Panzerschrank öffnete, erlebte Österreich“ — gerade dadurch, weil wir die offene Diskussion über diese Fragen geführt haben — „allerdings eine Entschleierung. Es hat seit Bestehen des Heeres rund 45 Milliarden Schilling dafür ausgegeben, ohne ... eine wirksame Verteidigung zu besitzen. Es geht dem Österreicher wie Schillers Jüngling zu Sais: „Er spricht's und hat den Schleier aufgedeckt. Besinnungslos und bleich, so fanden ihn am andern Tag die Priester.“ (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Jawohl, seit 14 Jahren haben Sie, meine Herren von der ÖVP, Illusionen genährt, wurde der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut, wurde die Glaubwürdigkeit einer österreichischen Verteidigungsbereitschaft systematisch untergraben, reihte sich Unterlassung an Unterlassung, Schildbürgerstreich an Schildbürgerstreich, wenn man hier nur an die verschiedensten Waffensysteme, die angeschafft worden sind, oder an in Produktion gegebene Donaukanonenboote erinnern darf. (Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die Methode der ÖVP ist heute allzu durchsichtig. Jetzt, wo die Entschleierung erfolgt ist, wo jeder Österreicher sieht, was in Wirklichkeit geschehen ist, wie man Milliarden österreichischen Volksvermögens verschleudert hat, flüchten Sie sich in den Ruf: Haltet den Dieb!

Aber spekulieren Sie nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, auf die Uninformiertheit der Österreicher. Ich habe schon in der Debatte zur Wehrgesetznovelle in diesem Hohen Haus erklärt: Man wird es Ihnen übelnehmen. Auf der einen Seite reden Sie davon, daß es keine echte Wehrzeitverkürzung gäbe, weil die Wehrdienstzeit ja nur von acht einhalb auf acht Monate verkürzt worden wäre, und im gleichen Atemzug sagen

Sie, die erfolgte Verkürzung auf sechs Monate ist so ungeheuerlich, daß das ganze österreichische Bundesheer zusammenbricht. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Heute gehen Sie sogar noch weiter. Monate lang spricht der Abgeordnete Prader davon, das Bundesheer werde demontiert. Der Abgeordnete Schleinzer sagt heute hier, daß ein militärisches Vakuum entsteht. Aber dann tritt vorige Woche der Abgeordnete König von der ÖVP zu diesem Pult und fragt: Ja was für Denkprozessen ist denn der Herr Lütgendorf unterworfen, daß er plötzlich im nächsten Jahr, im Jahre 1972, 50.000 Reservisten einzieht? — Auf der einen Seite wird Österreich ein militärisches Vakuum, zieht dann aber der Lütgendorf 50.000 Reservisten ein, um das zu verhindern, dann ist Ihnen das auch nicht recht. Wer soll sich da bei solchen Angriffen auskennen?

Ich glaube daher, meine sehr verehrten Damen und Herren: Machen Sie Schlüß mit diesen demagogischen Angriffen! Bekennen Sie sich endlich zu einer von allen demokratischen Parteien dieses Hauses getragenen Verteidigungspolitik und zu einer militärischen Landesverteidigung, die uns als immerwährend neutraler Staat in der derzeitigen Situation noch nicht erspart ist! Wir können die Welt als kleines Österreich allein nicht in dem Sinne umgestalten, wie wir sie als überzeugte Gegner des Krieges gerne hätten. Und daher kann die Verantwortung für die Verteidigung unserer demokratischen Republik niemand außer wir selbst übernehmen.

Wenn von einer neuen Verteidigungsdoktrin gesprochen worden ist, so glaube ich, daß eine künftige österreichische Verteidigungsdoktrin die geänderten Verhältnisse in Europa wird berücksichtigen müssen. Man wird sich mit jenen Veränderungen Europas, wie sie auf einer kommenden europäischen Sicherheitskonferenz Gegenstand der Verhandlungen sein werden, auseinandersetzen müssen. Man wird sich mit einem neuen Europa beschäftigen, welches durch die Außenpolitik der BRD mitgeformt wurde. Man muß die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages durch Österreich ebenso wie die Ergebnisse der laufenden SALT-Gespräche in Wien berücksichtigen. Das alles, Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer, gehört doch auch dazu, wenn wir über eine österreichische Verteidigungsdoktrin, die nicht nur schöne Worte enthält, sondern konkretere Aufträge als die von Ihnen zitierte, diskutieren.

Noch ist es für die Neuordnung unserer Verteidigung nicht zu spät. Die Brigaden sind zu 60 Prozent, wie wir gehört haben, einsatz-

Blecha

bereit. Für ein Mob-Heer im Ausmaß von 120.000 Mann ist derzeit Ausrüstung, Gerät und Munition vorhanden. Wir glauben also . . . (Abg. Dkfm. Gorton: Sind Sie bei den 120.000 Mann dabei?) Schauen Sie, Herr Gorton, ich werde Ihnen jetzt etwas sagen: Bei mir liegt es 13 Jahre zurück, daß ich das letzte Mal einen Napalm-Angriff überlebt und gehört habe, wie Kugeln pfeifen, bei Ihnen 26 Jahre. Das ist doppelt so lange her. Spielen Sie doch nicht immer wieder darauf an, daß ich einem „weißen“ Jahrgang angehöre. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben auch in diesem Budget, das der zweite Punkt der Angriffe der Opposition war, Vorsorge getroffen, daß die Mängel beseitigt werden, die es früher einmal gab. Für Treibstoffe der Luftfahrzeuge werden 25,43 Millionen Schilling, früher waren es zirka 17 Millionen Schilling, bereitgestellt, für Munition und Nahkampfmittel stellen wir jetzt über 100 Millionen zur Verfügung, früher gab es rund 50 Millionen. Für Luftschatz- und Brand- schutzgeräte gab es zum Beispiel nach dem Rechnungsabschluß 1970 zirka 3 Millionen, jetzt 50,6 Millionen.

Sie sehen also, daß in diesem Budget Schwerpunkte auf Grund der Zweckmäßigkeit, die Sie so gern in Frage stellen, gesetzt worden sind. Bei der Erstellung des Landesverteidigungsbudgets ist eindeutig für jedermann sichtbar, ein neuer, ein besserer Weg beschritten worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Daß man sich jetzt auch damit beschäftigen muß, die Stäbe zu reduzieren, die ein Erbe des Abgeordneten Dr. Schleinzer sind, ist ein anderes Problem. Denn Ihre Umgliederung, Herr Dr. Schleinzer, die ja in Wirklichkeit nie — das hat der Herr Abgeordnete Peter schon gesagt — abgeschlossen worden ist, hat zu einer starken Erhöhung der Kosten für Kaderpersonal in den Stäben geführt.

Ich darf hier den Herrn Staatssekretär aus der damaligen Zeit Rösch zitieren, der feststellte, daß allein im Bereich einer Gruppe das Wirtschaftspersonal seit der Umgliederung 1962 verdoppelt worden ist. Diese Personalvermehrung bei den Stäben ist aber auf Kosten der Truppe gegangen, die dadurch wesentlich weniger Ausbildner als zu Grafs Zeiten zur Verfügung hatte. Damit begann jenes Unheil, welches jetzt Lütgendörfer beseitigen will, wenn er davon spricht, Stäbe zu reduzieren.

Im letzten Punkt möchte ich noch auf die Demokratisierungsbestrebungen zu sprechen kommen, die ein besonderes Anliegen von uns sind. Von vielen Österreichern wird das Bundesheer noch immer als ein Fremdkörper empfunden. Sein inneres Klima ist als Erbe

der Zeit, in der vor allem der Herr Dr. Prader verantwortlich war, so schlecht, daß — um Dr. Kunzemann sinngemäß zu zitieren, der eine Untersuchung durchgeführt hat — „die Hälfte jener Jungmänner, die eine positive Einstellung zum Bundesheer vor dem Eintritt in das Bundesheer hatten, nach der Absolvierung ihrer Präsenzdienstzeit eine negative Einstellung aufweisen.“ Das besorgte das „Klima“, das im Bundesheer erzeugt worden ist.

Nun haben wir die Aufgabe, die Integration des Bundesheeres in die demokratische Gesellschaft vorzunehmen, und das ist Sache einer offenen Diskussion. Jahrelang konservativ geführt, haben Leute im Bundesheer Einfluß gewonnen, und zwar manche, die einem vorgestrigen patriarchalisch-hierarchischen Ständedenken huldigen und die es am liebsten gesehen hätten, wenn sich nicht das Bundesheer in die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft in das Bundesheer integriert hätte. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Zeit des aufgeklärten Absolutismus ist lange und endgültig vorbei, und daher lehnen wir auch das Berufsheer, das das typische militärische Instrument des Absolutismus war, für die demokratische Republik ab. Heute im Atomzeitalter haben wir eine Armee, ein Heer, das definiert wird als Friedensarmee, als eine Truppe, deren einzige Aufgabe es ist, durch seine Existenz zu verhindern, daß das neutrale Österreich in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt wird. An die Stelle des kriegerischen Ethos und Pathos muß in diesem österreichischen Bundesheer neuer moderner Prägung die Bildung treten. Dieser Wandel zur Bildung hin setzt voraus, daß wir mündige Staatsbürger in Uniform heranziehen und keine Automaten, die durch die verschiedensten Formen des Drills zu gedankenlosen Befehlsempfängern geworden sind.

Eine Armee darf sich nicht als eine selbst genügende Institution im sozialen Vakuum verstehen. Wir haben alles zu tun, um bestimmte Besonderheiten des Bundesheeres der geänderten Situation unserer modernen Industriegesellschaft anzupassen. Es gilt nicht mehr der Moltkesche Satz — Helmut v. Moltke hat erklärt —: „Autorität von oben und Gehorsam von unten; mit einem Worte, Disziplin ist die ganze Seele der Armee“, sondern es gilt in der heutigen technisierten Zeit, daß ein Partnerschaftsverhältnis auch in der Armee Platz zu greifen hat.

Die Vielzahl der verschiedensten militärischen Funktionen nimmt dem Vorgesetzten heute die Möglichkeit, die Aufgaben und die zu ihrer Bewältigung geforderten Fertigkeiten quantitativ und qualitativ zu beherrschen. Nur

Blecha

wenige Kommandanten — ich habe mich selbst bei sehr vielen Besuchen davon überzeugt — können heute über die technischen Funktionsweisen der Waffen ihrer Einheit Bescheid wissen. Sie sind immer wieder angewiesen auf Informationen der ihnen Untergebenen. Der gesteigerte Technisierungsgrad maximiert den Verlust des traditionellen Sachmonopols des Vorgesetzten und führt zu einer fachlichen Abhängigkeit des Vorgesetzten von dem Untergebenen. Das betrifft in erster Linie die hierarchische Gliederung des Kaderpersonals.

Dem entgegen steht das heute praktizierte Senioritätsprinzip, das in Wirklichkeit der vortechnischen Armee entsprochen hat, das auf den jungen leistungswilligen Offizier leistungshemmend wirkt und das in Wirklichkeit mit den derzeitigen Gegebenheiten nicht fertig wird. Soll diese Veränderung, dieser Wandel auf das ganze Heer ausgedehnt werden, dann setzt dies allerdings voraus, daß der Jungmann nach der Grundausbildung seinen Fertigkeiten und Fähigkeiten entsprechend eingesetzt wird.

Wir haben erst vorige Woche mit jungen Präsenzdienern hier im Haus eine Diskussion gehabt — der Herr Abgeordnete Zeillinger wird es bestätigen können —, und diese Leute haben gesagt: Das ist ja sehr gut, was Sie eigentlich wollen! Aber warum ist das dann bei uns so, daß der Kellner in der Kfz-Werkstätte Dienst tut, der nie etwas mit dem Reparieren eines Autos zu tun hatte, während unsere zwei Kfz-Mechaniker im Wachzug sind und ständig Wache schieben müssen?

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind noch immer Vorkommnisse, die zeigen, daß man sich dagegen wehrt, diesen Veränderungsprozeß zur Kenntnis zu nehmen. Aber wenn wir durchsetzen, daß der junge Mann entsprechend seinen Fähigkeiten eingesetzt wird, dann haben wir durch die Umgestaltung der Armee, des Heeres selbst, einen Verbündeten für die Demokratisierungsbestrebungen.

Die von der gesellschaftlichen Umwelt und von der technischen Ausstattung eines modernen Heeres erzwungene Demokratisierung des interpersonalen Verkehrs erfordert ein ganz anderes Verhältnis zwischen Autorität und Untergebenem. (*Unruhe bei der ÖVP.*) Ich kann nichts dafür, daß Sie das nicht so leicht begreifen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Daß Ihnen das Mitreden der Bevölkerung offensichtlich nur witzig vorkommt, das ist bei Ihnen, der Sie in der ÖVP Funktionär sind, wahrscheinlich kein Zufall. (*Abg. Anton Schläger: Sie reden einen Stuß zusammen!*) Wenn ich hier vom Autoritätsabbau

spreche, dann ist das für Sie ein Stuß. Gott sei Dank ist die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nicht dieser Auffassung (*neuerliche Zustimmung bei der SPÖ*), sondern hat uns die Mehrheit gegeben, um eine dem Entwicklungsstand dieser Gesellschaft entsprechende Mitgestaltung mündiger Staatsbürger in allen Bereichen voranzutreiben. (*Abg. Anton Schläger: Das ist ja furchtbar!*)

Mit der Realisierung unserer Forderungen nach Demokratisierung verbinden sich in diesem Zusammenhang die Forderungen nach einem verbesserten Recht der Soldatenvertreter, nach einem Recht, wie es etwa die Soldatenvertreter in Schweden haben, mit der Möglichkeit, Soldatenvertreter einer Einheit, einer Kaserne zu gemeinsamen zentralen Vertretungskörperschaften zu bilden.

Wir verlangen in diesem Zusammenhang auch die Verbesserung der Wahlordnung für die Soldatenvertretung.

Wir glauben, daß auch das österreichische Bundesheer durch das erzwungene Prinzip der Delegation von Verantwortung nach unten sich immer mehr und mehr wandeln wird und aus dem isolierten Verhältnis zur Gesamtgesellschaft ein integrierender Bestandteil werden wird.

Unsere Verteidigungsdoktrin, Herr Abgeordneter Schleinzer, verlangt einen initiativ handelnden Einzelkämpfer, sie verlangt vor allem in der Landwehr einen Mann, der auf sich selbst gestellt den politischen Auftrag zu erfüllen in der Lage ist. (*Abg. Doktor Schleinzer: Welche Doktrin?*) Die Verteidigungsdoktrin, die wir jetzt diskutieren. Diese verlangt, unser Land zu verteidigen, beginnend an der Grenze. (*Abg. Doktor Schleinzer: Sie haben ja keine!*)

Diese Verteidigungsdoktrin braucht den Einzelkämpfer und nicht den gedrillten, in Kadavergehorsam erzogenen Soldaten, womöglich eines Berufsheeres, wie es die ÖVP durch einige ihrer Sprecher vor kurzem verlangt hat.

Unser neues Bundesheer muß in die Gesellschaft, die zu verteidigen seine Aufgabe ist, integriert werden. Es darf kein Ghetto sein, sondern Volk im Volk und für das Volk. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Anton Schläger: Kollege Blecha! Sie haben schon bessere Reden gehalten! Heiliger Bimbam!*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Prader. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Prader** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ehrlich gestehen, daß ich ob

Dr. Prader

der Schlagwortekanonade, die ich kürzlich über mich ergehen lassen mußte, noch verschüchtert bin. Ich werde mich daher in die Wirklichkeit zurückbegeben und zunächst einmal einiges bezüglich der Rede des Herrn Abgeordneten Troll sagen.

Herr Abgeordneter Troll! Es ist das Wunderrezept Ihrer Partei, um über Schwierigkeiten hinwegzukommen, etwas vorzutäuschen und sich auf andere auszureden. So hat auch der Abgeordnete Troll gemeint, es sei doch gar nicht möglich — wie könnte es möglich sein? — angesichts der nur verhältnismäßig sehr kurzen Amtszeit des jetzigen Verteidigungsministers oder überhaupt des Wirksamwerdens der Sozialisten in der Landesverteidigung auf Grund ihrer kurzen Regierungszeit, daß eine ruinöse Entwicklung nunmehr in so kurzer Zeit zustande gekommen sei. — Nein, sie sei durch die jahrelange Entwicklung bedingt.

Meine Damen und Herren von der Linken! Das ist ja Ihre Leistung, daß Sie diese Demolierung des Heeres in so unerhört kurzer Zeit fertiggebracht haben. Leider ist es eine sehr negative Leistung. (Zustimmung bei der ÖVP.) Ich möchte Ihnen das sehr deutlich und mit aller Klarheit hier gesagt haben.

Sie werden sich auf die Dauer darauf nicht ausreden können. Sie werden um das Dilemma nicht herumschwimmen können, denn es wird jeden Tag deutlicher sichtbar und erkennbar für weiteste Bereiche, und Ihre Verantwortlichkeit dafür steht eindeutig fest.

Kollege Troll — ich weiß nicht, ob er im Hause ist; nach der Rede hat er den Anspruch, etwas zu pausieren, ich möchte ihm das auch absolut konzedieren — hat hier nicht immer sehr sachlich argumentiert. Ich habe bessere Reden von ihm gehört. Allerdings war er damals nicht in einer so schwierigen Aufgabenstellung verhangen, wie ihm das heute auferlegt war.

Es gibt im strafgerichtlichen Verfahren Milderungsgründe. Auch in der Beurteilung parlamentarischer Debattenredner wollen wir das zumindest ebenso gelten lassen.

Er hat gemeint und in Vergleich gestellt, ich hätte 15 Monate auf 24 Monate erhöht, und jetzt würden wir uns — so habe ich das gehört — über sechs Monate beklagen. Ich glaube, daß das wirklich jeder Sachlichkeit entbehrt. Hier hat es sich um Präsenzdiener gehandelt, die den verlängerten ordentlichen Präsenzdienst leisteten. Sie haben ja nicht auf 24 Monate erhöht, sondern auf drei Jahre, wenn ich das in Erinnerung rufen darf. Das hat mit der Präsenzdienstzeit überhaupt nichts zu tun. — Das nur zu Ihrer Anmerkung.

Getto oder nicht — ich weiß es nicht. Der Abgeordnete Blecha hat hier im Gegensatz zu Ihrer geistigen Haltung, die er als neue Auffassung Ihrer Partei proklamiert hat, die Monarchie und den Oberst Redl beschworen und hat gemeint, es sei doch unmöglich, daß nun die Sozialistische Partei unserem Entschließungsantrag zustimmen könne, denn das würde einem Geheimnisverrat gleichkommen.

Das Verlangen unserer Partei besteht nämlich darin, diesem Parlament einen Bericht über den Zustand der österreichischen Landesverteidigung mit Stichtag 15. April nächsten Jahres zu geben. Wir wollen deswegen einen etwas hinausgestreckten Stichtag, weil wir ohne weiteres konzedieren, daß der Umbau einer Armee gewisse Zeit braucht, um wirksam zu werden. Der Herr Verteidigungsminister sagte, daß jetzt ein Schwächemoment des Heeres gegeben ist, es sei allerdings nur eine bedingte Schwäche. Wir hoffen, daß es keine Hongkong-Grippe wird. Wir wollen auch da Entgegenkommen walten lassen, bis diese Schwäche vorbeigeht. Dann wollen wir die neuprämierte Armee uns gegenüber präsentiert sehen, wie sie sich darstellt und wie die tatsächlichen Gegebenheiten sind.

Der Herr Kollege Troll dürfte vergessen haben, daß im Jahre 1964 dem Hohen Hause ein Bericht, ein sehr ausführlicher Bericht über die umfassende Landesverteidigung zugemittelt wurde. Er ist dann leider wegen Ablaufes der Legislaturperiode nicht mehr zur abschließenden Behandlung hier ins Plenum gekommen.

Nichts anderes wollen wir! Nichts anderes! In diesem Entschließungsantrag also sind Wünsche über Dinge enthalten, die wir wissen möchten. Nichts anderes ist damals auch in diesem Bericht drinnen gestanden. Und Sie haben damals gar nicht die Angst gehabt, daß wir im Parlament die Rolle eines Oberst Redl übernehmen würden, wenn nun über diesen Bericht hier debattiert würde.

Die Frage der Landesverteidigung ist nun einmal auch — Herr Minister, ich möchte das Ihnen als unpolitischer Fachminister sagen — Gegenstand der Politik, denn die Politik umfaßt alle Bereiche, und das Sicherheitsbedürfnis unseres Landes und seiner Staatsbürger ist natürlich ein akutes Problem der Politik, mit dem wir uns hier auseinanderzusetzen haben. (Beifall bei der ÖVP.) Sie werden dazu Stellung zu nehmen haben als derzeit regierungsverantwortliche Partei, inwieweit Sie bereit sind, diesem wichtigen Anliegen unserer Staatsbürger zu entsprechen.

Der Herr Abgeordnete Troll hat mich wegen des Ankaufes der 40 Saab kritisiert. Das seien

Dr. Prader

zu viel, hat er gesagt. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Troll an seine Rede in der 83. Sitzung am 18. Dezember 1967 hier im Hohen Hause erinnern. Der Herr Abgeordnete Troll hat damals als Luftfahrtexperte Ihrer Partei ausgeführt:

„Ich bezweifle es, ob wir ernst genommen werden und ob es eine wirksame Luftraumverteidigung gibt, wenn wir uns darauf beschränken, 20 Saab 105 und 12 Draken zu kaufen. Ich bin der Auffassung, daß wir, um ernst genommen zu werden, zumindest 60“ — (Heiterkeit bei der ÖVP) — „Saab 105 brauchen und sie auf fünf Stützpunkte regional verteilen müssen, denn wir wissen ja nicht, woher der Angriff kommt, wir wissen auch nicht, wohin wir operieren können. Wir brauchen ebenso viele Draken, denn zwei Geschwader, wobei ich das Geschwader mit 30 Maschinen beziffere, sind aus taktischen Überlegungen erforderlich. Ich verweise dabei wieder auf die von mir gemachte Feststellung, daß meist etwa ein Drittel der Maschinen nicht einsatzfähig ist.“

Und jetzt bitte mir, das heißt dem Herrn Abgeordneten Troll, gut zuzuhören:

„Die Planung, mehr zu kaufen oder mehr ins Budgetkonzept aufzunehmen, bringt ja auch die Preisvorteile des Händlers. Denn wenn ich 20 Saab 105 XT kaufe, kosten sie 400 Millionen, wenn ich 50 Stück kaufe, 850 Millionen, wenn ich 60 Stück kaufe, 1000 Millionen, also eine Milliarde. Ich verdiene dabei 200 Millionen, die ich anderweitig verwenden und einsetzen kann.“ (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Der Herr Abgeordnete Troll meinte dann weiter: „Ich glaube, hier kann man nicht heute vom Budget 1968 auf das Budget 1969 planen und einkaufen“, sondern langfristig.

Und Troll sagte dann weiter:

„Bei einem ordentlichen Konzept kann man nur eine entsprechende langfristige Finanzplanung vorbereiten. Kleinere Einheiten sind im Ernstfall völlig bedeutungslos, meine Damen und Herren!“

Ich habe mich nicht zu solchen großzügigen Käufen entschließen können, glaube aber, daß das, was wir getan haben, das Richtige war. Ich glaube, ich kann mir angesichts dieser Auffassung einen weiteren Kommentar zu dieser Frage ersparen, auch in bezug auf das, was er noch anhänglich gesagt hat, nämlich auf eine langfristige Budgetkonzeption, und was immer wieder gekommen ist in bezug auf eine angeblich so starke Vorbelastung künftiger Budgets. Das war Ihre Forderung, daß hier langfristig geplant werde; sie ist auch richtig; und es wurde langfristig geplant.

Wenn Troll nun gemeint hat, wir sollten doch hier nicht eine Oppositionsrolle spielen, die nur kritisiert, so möchte ich daran erinnern, daß auch Ihre Auffassung von der Aufgabe der Opposition nicht immer eine solche war, die der Abgeordnete Troll hier heute mitgeteilt hat.

Ich erinnere daran, daß in der Pressekonferenz am 12. Mai 1969 der Vorsitzende der Sozialistischen Partei und jetzige Herr Bundeskanzler als Oppositionsführer damals folgendes erklärt hat: Die Opposition ist nicht verpflichtet, ein Konzept vorzulegen.

Das war auch wieder — ich sage noch einmal — Dr. Kreisky. Es ist ja sehr interessant, wie wandelbar Ihre Meinung die ganze Zeit über war. Ich werde mich bemühen, Ihnen das noch an Hand einiger weiterer Beispiele zu sagen. Der Abgeordnete Troll hat das geringe Verteidigungsbudget des Prader während der ÖVP-Regierung kritisiert.

Herr Verteidigungsminister! Ich würde Sie beglückwünschen, wenn Sie jenen Prozentanteil hätten, den damals unter der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei der Verteidigungsminister hatte, obwohl dieser Anteil ebenso ungenügend war. Er war immerhin 4,13 Prozent im Querschnitt, während Ihr Budget heute 3,6 Prozent Anteil am Gesamtbudget hat. Und das macht bei diesen Größenordnungen einige hundert Millionen aus, die Ihnen, Herr Verteidigungsminister, fehlen.

Es charakterisierte die Sachdebatte abschließend selbst der Abgeordnete Troll mit dem Hinweis: Ja, es seien Zweifel am Bundesheer entstanden wegen eines Munitionsdiebstahls.

Ich darf sagen: Wenn keine bessere Argumentation als Abschlußphase einer Rede zur Verfügung steht, ich hätte Troll freundschaftlich empfohlen, das soll er streichen, das soll er weglassen, das ist nicht sehr wirkungsvoll gewesen. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)

Und nun auch einige Bemerkungen — ich habe das nicht vorgehabt — zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Blecha. (Abg. Blecha spricht mit Abg. Mondl.) Er konspiriert eben mit seinem Kollegen Mondl. Herr Kollege Blecha! Sie haben sonst immer doch die Absicht, sich wissenschaftlich zu betätigen. Das, was Sie heute hier produziert haben, verdient nur ein Prädikat nicht, nämlich „wissenschaftlich“. (Zustimmung bei der ÖVP.) Sie haben hier keine Diskussion geführt, sondern eine Diskutiererei in jener Bedeutung, die nicht konstruktive Mitarbeit, Mitgestaltung, sondern Zerreden — Zerreden um jeden Preis! — bedeutet.

Dr. Prader

Es war die Frage an den Herrn Bundeskanzler nach dem Konzept. Ich weiß nicht, ob Sie autorisiert worden sind, anstelle des Herrn Bundeskanzlers zu antworten. Wir sind der Auffassung — und so anmaßend sind wir —, daß der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, wenn er an den Bundeskanzler eine Frage richtet, auch das Recht hat, vom Bundeskanzler eine Antwort zu erhalten. (Zustimmung bei der ÖVP.) Es gibt zwar die Theorie von Stellvertreterkriegen, aber in dieser Beziehung anerkennen wir keine Stellvertreterfunktion.

Es war nur immer sehr interessant zu hören, auf welche Quellen Sie sich berufen haben. Es wurde heute mehrfach der Herr Generaltruppeninspektor Fussenegger zitiert, wo er Auffassungen ausspricht, die Ihnen momentan günstig scheinen. Ich kann mich aber daran erinnern, welcher harten Kritik derselbe Generaltruppeninspektor in Pension vom Herrn Bundeskanzler unterzogen wurde, wenn er Auffassungen vertreten hat, die nicht Ihren Wunschvorstellungen entsprochen haben. Sie müssen sich daher ein bißchen, glaube ich, auf eine Linie festlegen. Entweder man erkennt jemand als Autorität an, dann immer und überall, oder nicht. Bei Ihnen sind nämlich Fachleute nur die, die das sagen, was Sie hören wollen. Das stimmt aber nicht immer mit Fachleuten und ihrem Auftrag zusammen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Jahr 1968: Ich werde darauf später antworten, und zwar in Replik auf eine Ausführung des Kollegen Czernetz, die er in der außenpolitischen Debatte gemacht hat.

Das, glaube ich, ist alles, was ich an Sachbezogenheit aus Ihrer Rede herausgefunden habe. Ich habe den Schwall Ihrer Fremdwörter, in so kurzer zeitlicher Distanz zusammengedrängt, bewundert. Ich muß sagen, das war eine Meisterleistung. Ich habe mich, wie in einem Zwischenruf charakterisiert, an Reden in einer ZK-Sitzung erinnert und habe so herausgehört: Imperialismus, Faschismus. So ungefähr in diesem Stil. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich glaube, das hat das österreichische Parlament auch nicht notwendig.

Und wenn Sie hier, das möchte ich Ihnen noch sagen, abschließend ein Bild des Heeres entwickeln wollten, so war das eines, das Ihren Wunschvorstellungen entspricht in der Analyse, um es als Don Quichotte dann bekämpfen zu können. Aber diese Wunschvorstellung hat es Gott sei Dank nie gegeben. Sie haben Schnulzen hier verzapft. — Seien Sie mir nicht böse, wenn ich ein hartes Wort gebrauche; Sie wissen, ich meine es nie persönlich, ich möchte nur die Sachlage charakterisieren. Das Bild, das Sie hier gezeichnet

haben — ich muß sagen —, ist etwas, was Gott sei Dank im österreichischen Bundesheer nie bestanden hat. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Sie entwickeln sich zum Parlaments-Liliom! — Heftige Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Oienböck: Überheblicher Tropf!)

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Ja, meine Damen und Herren, das ist halt eine Reaktion, wenn man Ausdrücke verwendet, die den anderen nicht passen. Dann kommen halt Ausdrücke, die den anderen nicht passen. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Präsident Probst gibt erneut das Glockenzeichen.) Aber bitte, das soll gegenseitig verstanden werden. (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Bitte, Herr Abgeordneter, setzen Sie fort.

Abgeordneter Dr. Prader (fortsetzend): Jeder Schauspieler braucht irgendeine Passage für seinen Abtritt. Auch Lanc hat sich die Abtrittspassage hiemit verschafft. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun hat der Herr Bundesparteiobmann — ich möchte sagen, nicht nur heute, sondern bereits am 21. November 1971 — Fragen an den Herrn Bundeskanzler gerichtet, die er heute wiederholt hat. Er hat darauf noch keine Antwort bekommen. Auch der vom Vertriebungsminister Lütgendorf dem Landesverteidigungsamt am 29. 11. vorgelegte sogenannte Bundesheer-Reformplan beantwortet diese Fragen keineswegs, meine Damen und Herren. Er gibt überhaupt keine Antwort auf die Frage geplanter Sachlösungen.

Von Transparenz der Regierungsabsichten in Fragen der Landesverteidigung kann angesichts dieser Situation nicht mehr gesprochen werden, bestenfalls von einer Verdunklungsübung. Und heute war wieder die Tendenz erkennbar: Jetzt ist plötzlich alles geheim, weg von der Öffentlichkeit, hinein in den Vertriebungsminister. Das ist die „Transparenz“, die Sie auf dem Gebiet der Landesverteidigung jetzt praktizieren. Das ist auch das Ergebnis jahrelanger Ankündigungen und Erklärungen.

Auf eines möchte ich nochmals verweisen — es wirkt heute wie ein Hohn —, nämlich auf die Erklärung von Dr. Kreisky vom 20. Juni 1968 — sie ist in der „SK“ in der Nummer 201 wiedergegeben. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Wir müssen vom ersten Tag an wissen, was wir auf einem für die Republik so bedeutenden Gebiet wie dem der Landesverteidigung tun werden, wenn wir die Mehrheit erlangen sollten“, erklärte — so steht es dort — „SPO-Vorsitzender Dr. Kreisky Mittwoch vor Angehörigen der sozialistischen Ge-

Dr. Prader

werkschaftsfaktion der Garnison Wien des Bundesheeres.

Kreisky kündigte eine neue Initiative der Sozialistischen Partei auf dem Gebiet der Landesverteidigung für den kommenden Herbst an: Die SPO — heißt es weiter — „werde ihr bisher bewährtes“ — Zwischenruf: Wo ist es? (Abg. Dr. Koren: Im Papierkorb!) — „Verteidigungskonzept, das die ÖVP im Landesverteidigungsrat bereits zu einer Reihe von Zugeständnissen veranlaßt hat, im Hinblick auf das Jahr 1970 überprüfen und ausbauen. Zur aktuellen Frage der Wehrdienstzeitverkürzung werde von der SPO eine detaillierte Stellungnahme erarbeitet werden.“

Damals war diese Auffassung so. Ich verweise wieder, ohne wiederholen zu wollen, auf die Auffassungen und Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mondl, der sich immer wieder vernehmen ließ und — allerdings noch unter Verschluß — das Wehrkonzept der Sozialistischen Partei anbot. Er hat erklärt: Wir haben so ein Konzept erarbeitet. Sie wissen es besser als ich: Bis heute ist es nicht vorgestellt worden. Sie haben es für die Zeit nach dem 1. März 1970 vorausgesagt. Bis heute ist es nicht vorgestellt worden. Es wurde schubladiert. Der Herr Bundeskanzler als Kronzeuge stellt nun fest, daß alles unbrauchbar war, was die SPO entwickelt hat.

Und daraus folgen doch die außerordentlich ernsten Fragen, die der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei heute an den Regierungschef und an die Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei hier gerichtet hat. Sie verlangen ja immer Konzepte und Sie verlangen immer, daß man vorher wissen sollte, um was es geht, um das folgende dann darauf aufzubauen.

Auch der Herr Verteidigungsminister hat ja in einem Artikel — unser damaliger Bundesparteiobmann Dr. Withalm hat hier sehr ausführlich darauf hingewiesen — erklärt: Zuerst planen, zuerst klare Kenntnis über die Konzeption, dann erst die Folgerungen ableiten. — Sie machen eine Wehrgesetznovelle, haben keine Ahnung, welche Konzeption damit also bewältigt werden soll. (Abg. Blecha: Das steht in den Erläuternden Bemerkungen, Herr Dr. Prader!) Wieso gibt es dann keine? Kreisky hat gesagt, es ist keine da. Man kennt sich ja bei Ihnen nicht aus. Sie sagen wieder, dort steht eine drinnen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich muß feststellen: Keine Konzeption, ein Durcheinander, eine Diffusität auf diesem wichtigen Gebiet, die einfach unübertroffen dasteht und in der Vergangenheit nie, auch auf anderen Gebieten, ein Analogum gefunden

hat. So schaut es aus. Sie haben ein Konzept, nämlich das Konzept der Konzeptlosigkeit. Das darf ich Ihnen mit aller Deutlichkeit hier sagen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich habe erwähnt: Die Konfusion ist eine vollkommene, die Lage der Armee verzweifelt. Generale resignieren, gehen vorzeitig in Pension. Tüchtigste junge Offiziere nehmen ihren Abschied, andere, besonders Generalstabsoffiziere, inskribieren an den Universitäten, um sich dann später absetzen zu können. Die Bewerbungen für den Offiziersberuf sind bis hart an die Nullgrenze gesunken. Pragmatische Bedienstete, Soldaten wie Zivilbedienstete, scheiden trotz aller dienstrechtlichen Folgen, die mit diesem Schritt verbunden sind, aus. Vertragsbedienstete verlassen in zunehmendem Ausmaß die Truppe. Bei Ländern und Gemeinden — auch das ist Ihnen bekannt — liegen zahlreiche Gesuche von Angehörigen des Bundesministeriums für Landesverteidigung um Übernahme auf.

Gleich schlecht ist nach eigener Angabe des Ministers die Situation auf der Heeres-Offiziersschule. Zeitverpflichtete Soldaten sind kaum mehr zu gewinnen, vorhandene lassen sich nicht verlängern. Die Truppenteile erhalten keine oder völlig ungenügende Rekrutekontingente.

Dazu, meine Damen und Herren, kommt die Budgetsituation. Das Mini-Verteidigungsbudget des vorigen Jahres von 3,74 Prozentanteil ist heuer auf 3,6 Prozent des Gesamtbudgets abgesunken. Das alles, Herr Bundesminister, muß auch jemandem auffallen, der keine Generalstabsausbildung hat.

1975 hört nun auch das bestehende Mob-Heer zu bestehen auf. Ein neues Mob-Heer wird bis dorthin, außer in rudimentären Ansätzen, nicht aufbringbar sein, und das nicht nur allein deshalb, weil kein Kader vorhanden ist. Ohne Kadergerüst gibt es aber keine Armee.

Meine Damen und Herren! Zur Frage der Budgetsituation ist ja noch einiges zu sagen. Ich darf mich hier nur auf einige Bemerkungen beschränken.

Die Gesamtausgaben im Budget 1972 für die Landesverteidigung betragen 4.449.070.000 gegenüber einem Betrag von 4.140.438.000 S im Jahr 1971. Das bedeutet einen nominellen Mehraufwand von 308.632.000 S. Allein für Mehraufwendungen auf dem Personalsektor für Taggeld, Waffenübungen, Fahrtkostenvergütungen und -zuschüsse, Verpflegung und so weiter ist ein Mehrerfordernis von 197.488.000 S ausgewiesen, sodaß ein echter Mehrbetrag von rund 111 Millionen Schilling verbleibt. Aber allein die vierte Tranche der

Dr. Prader

Wehrmilliarde beträgt rund 162 Millionen Schilling, wozu noch die höchst beachtlichen Teuerungsraten bei allen Beschaffungen kommen. Von der Effektivität her ergibt sich daher ein beachtliches Budgetminus, das nicht ohne Folgen bleiben kann. Der durch die Wehrmilliarde gedachte zusätzliche Investitionsfaktor oder Investitionseffekt wurde schlechthin wieder „kassiert“. Das ist der Erfolg dieser Budgetpolitik.

Herr Verteidigungsminister! Sie haben — aber nicht hier im Hohen Haus, nicht im Budgetausschuß, sondern in einem anderen Forum, in einer Pressekonferenz — auf das Zehn-Jahres-Investitionsprogramm der Bundesregierung verwiesen und haben gemeint — so erfahren wir es wenigstens aus diesen Ihren Mitteilungen in diesem Forum —, daß daraus für die Verteidigung 13 Milliarden Schilling zur Verfügung stünden, 1,3 also in jedem Jahr.

Herr Verteidigungsminister! Wir müssen das aus der Presse erfahren. Im Budgetausschuß haben wir darüber keine Mitteilung erhalten. In diesem Fernsehinterview vom vergangenen Freitag, das heute schon mehrfach angezogen wurde, wurde auch die Frage ventiliert: Man müsse zuerst wissen, wofür; zuerst müsse die Planung da sein, dann könne man über die Bedeckung reden und ob sie aufbringbar wäre.

Herr Verteidigungsminister! Wo ist die Ausrüstungsplanung? Wo ist die Konzeption im Rahmen dieses Zehn-Jahres-Investitionsprogramms der Bundesregierung? Was planen Sie mit diesen 13 Milliarden Schilling? Liegt überhaupt bereits eine Konzeption diesbezüglich vor? Wenn ja: Wann werden Sie uns dieses Konzept sagen, damit wir es beurteilen können und auch als Opposition in der Lage sind, uns dazu eine Meinung zu bilden?

Im besonderen aber möchte ich auf die Budgetsituation auf dem Personalsektor verweisen. Von 1969 auf 1970 war ein Mehraufwand von 129,521.000 S, von 1970 auf 1971 ein Mehraufwand von 104,976.000 S ausgewiesen, während nunmehr vom Jahre 1971 auf 1972, ohne die Forstverwaltung Allentsteig, nur ein Steigerungsbetrag von 31,171.000 S ausgewiesen ist.

Ich möchte Sie fragen: Wie ist denn das möglich? Woher kommen diese Ziffern? Oder nehmen Sie selber einen so exorbitanten Personalabfall an, daß Sie zu dieser Größenordnung gegenüber den früheren Größenordnungen kommen, wobei Ihnen ja ganz genau bekannt ist, daß im Jahre 1972 die entweder zur Gänze oder zusätzlich wirksam werdenden Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst in ganz gewaltigem Umfang anfallen?

Unser Klubobmann hat bereits in der Generaldebatte darauf verwiesen, daß der Herr Finanzminister bei den Einnahmenansätzen die optimalsten Ziffern der Beiratsstudie in Anspruch genommen hat, bei den Ausgabenansätzen aber nicht. So hat er im Personalbereich nur generell eine Tangente von 9,3 Prozent Mehraufwand angenommen, während die Beiratsstudie sehr genau nachweist, daß es sich um 13 Prozent handelt. Der Steigerungsbetrag betrug voriges Jahr ja bereits 11 Prozent.

Im Verteidigungsressort haben Sie einen Prozentsatz veranschlagt, der geradezu unverständlich ist. Daher fragen wir: Was steckt da dahinter? Das ist eine sehr klare Frage, Herr Bundesminister, auf die wir eine sehr klare Antwort erhalten wollen. Geben Sie uns auch hier einmal Antwort, geben Sie nicht immer nur Antworten in Pressekonferenzen, sondern auch einmal dem österreichischen Parlament und den Abgeordneten! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dazu kommt jetzt noch die Frage der Lösung der Besoldungsdiskrepanz, die Sie mit dem neuen Taggeld- und Prämienschema für freiwillig längerdiene Präsenzdiener aufgerissen haben. Zur Vermeidung jeder Legendenbildung möchte ich wiederholen, was der Herr Bundesparteiobmann diesbezüglich bereits gesagt hat. Dieses Problem wurde als ein entscheidendes Problem von uns schon von Anbeginn an hingestellt, von Anbeginn der Parteienverhandlungen über die Frage des Bundesheeres im Herbst des vergangenen Jahres. Sie haben es vom Tisch gewischt, Sie haben erklärt, das sei kein Problem. Sie waren nicht bereit, es zu behandeln und auf unsere Forderung einzugehen, diese Frage uno actu gleichzeitig mit der Wehrgesetznovelle zu lösen. Jetzt plötzlich sind Sie hier überrascht worden und tun, als hätten Sie das jetzt erst entdeckt.

Mir wurde ja auch eine Aufstellung über die gesamten Personalkosten übermittelt, wobei Personalkosten nicht nur im engeren Sinn, nämlich als die, die gerade als Personalkosten im Budgetgesetz bezeichnet sind, verstanden wurden, sondern im weiteren Sinn zu verstehen sind.

Herr Bundesminister! Sie haben in der Mitteilung, die Sie mir zukommen ließen, ausgeführt, daß die Personalkosten in diesem weiteren Umfang nunmehr auf 2.619,659.000 S gestiegen sind. Bei einem Gesamtbudget von 4.449,070.000 S bleibt ein Rest von 1.829,411.000 S für alles andere übrig.

Welche Kritik wurde hier immer wieder geübt wegen dieser auseinanderklaffenden Schere zwischen Personalkosten und Sach-

Dr. Prader

aufwendungen! Ich bin neugierig, welche Haltung Sie nunmehr zu dieser Schere, die ja nun bis in eine extreme Größe auseinanderklafft, neuerlich einnehmen werden.

Klar beantwortet haben Sie, Herr Minister, hingegen meine Frage im Budgetausschuß, ob Sie auch an eine Erhöhung des Taggeldes für Präsenzdiener denken, das wegen der Preisentwicklung dringend nachgezogen werden müßte. Die letzte Erhöhung — damals um immerhin 50 Prozent — liegt bereits fünf Jahre zurück. Sie wurde mit 1. Jänner 1967 wirksam. Wegen der Besoldungsordnung für die längerdienden Soldaten fällt nun diese Diskrepanz ganz besonders ins Gewicht.

Sie haben festgestellt, Herr Minister, daß für 1972 an eine Erhöhung nicht zu denken ist. Sie haben aber nicht dazugesagt, wann Sie an eine solche Erhöhung denken. Ich lege daher im Namen meiner Fraktion einen diesbezüglichen Entschließungsantrag vor, weil wir glauben, daß diese Frage raschest gelöst werden muß.

Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten diesen Antrag verlesen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Prader, Tödling, Marwan-Schlosser, Suppan und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1972, Kapitel Landesverteidigung.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Novelle zum Heeresgebührengesetz betreffend eine Erhöhung des Taggeldes und des Entgelts für Wasch- und Putzzeug so zeitgerecht vorzulegen, daß eine den gestiegenen Preisverhältnissen entsprechende Erhöhung des Taggeldes nach § 4 Abs. 1 und 2 und des Entgelts für Wasch- und Putzzeug gemäß § 12 Abs. 3 BGBI. Nr. 12/1967 ab 1. 7. 1972 wirksam werden kann.

Ich bitte das Hohe Haus, im Interesse der Wehrpflichtigen diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Herr Bundesminister! Meine Anfrage, ob Sie auch an eine Dynamisierung der Tapferkeitsmedaillen-Zulagen und der Zulagen für Träger des Kärtner Kreuzes denken, wurde negativ beschieden mit der Begründung, daß diese keinen Pensionscharakter hätten. Sie haben das auch in einer schriftlichen Anfragebeantwortung wiederholt, allerdings dabei in bezug auf die Kriegsopferrenten auf nicht ganz passende Beispiele hingewiesen, da diese zumindest, was den Teil der Grundrenten betrifft, absolut nicht einkommensbedingt sind und auch dynamisiert sind.

Aber was gedenken Sie denn sonst zu tun, wenn Sie nicht die Absicht haben, hier so vorzugehen? Auch das darf ich Sie bitten, mir zu beantworten.

Nun noch etwas Grundsätzliches. Wo bleiben die groß angekündigten Pläne? Die mangelnde Transparenz ist es, die eine sachbezogene Diskussion über unsere Sicherheitspolitik — das wurde heute schon ausgeführt — fast unmöglich macht. Welche neuen Vorschläge haben Sie in bezug auf die Neugestaltung der umfassenden Landesverteidigung? Ich möchte nochmals hier unterstreichen: Es geht um neue Vorschläge. Es geht nicht um die Auffüllung eines Vakuums, sondern um Vorschläge, die Sie an die Stelle der bestehenden Bestimmungen, Ordnungen und Doktrinen zu setzen wünschen. Hier wünschen wir eine Gegenüberstellung, damit diese Unterschiede erkennbar sind, damit sie auch diskutiert werden können und damit auch der breitesten Bevölkerung, soweit es sich nicht um ausschließlich geheime Vorlagen handelt, eine Beurteilung Ihrer neuen Vorschläge ermöglicht wird.

Wie steht es mit den Fragen der umfassenden Landesverteidigung? Welche Initiativen werden hier gesetzt? Wir finden im Budget überhaupt nichts.

Und wie steht es mit der Verteidigungsstrategie? Was ist mit dem Großraumverteidigungskonzept? Man hört, daß Übungen durchgeführt wurden mit dem Ziel, gewisse Thesen zu erproben. Die Probe soll gänzlich mißlungen sein. Wann erfahren wir etwas hier oder wenigstens im Landesverteidigungsrat darüber?

Wie stellen Sie sich die weitere militärische Konzeption angesichts der Tatsache vor, daß ein Grundpfeiler des neugefügten Systems, nämlich eine echt einsatzfähige Bereitschaftstruppe, einfach nicht aufbringbar ist? Wir haben nicht erwartet, daß sie von heute auf morgen stehen wird. Nun aber wird immer klarer, daß sie überhaupt nicht zustandegebracht werden kann.

Es mutet, Herr Bundesminister, in diesem Zusammenhang wie ein Hohn an, wenn die „Sozialistische Korrespondenz“ eine Ihrer Erklärungen wiedergibt und in ihrer Ausgabe vom 2. Dezember 1971 mitteilt: „Bemerkenswerte Auskünfte erteilte der Minister auf eine Anfrage eines ÖVP-Abgeordneten. Bisher haben sich 763 Personen zum Längerdienen verpflichtet, die meisten für zusätzliche 6 Monate (355), eine — stolz! — „nicht kleine Gruppe aber (42) sogar für zusätzliche 3 Jahre.“

Das ist wirklich eine bemerkenswerte Auskunft, aber im negativen Sinne. Sie wissen

Dr. Prader

das Kontingent, das man sich erwartet hat und das man braucht, um diese Truppe, aber darüber hinaus auch das erforderliche andere Personal auf die Beine bringen zu können.

In der Pressekonferenz am 1. Dezember dieses Jahres haben Sie aber wieder andere Zahlen angegeben. Dort haben Sie nämlich gesagt, daß sich 1245 für einen verlängerten Grundwehrdienst gemeldet haben. Dieselbe Zahl haben Sie auch im Budgetausschuß genannt. Und jetzt plötzlich sind es nur mehr 763? Es müssen daher in der Zwischenzeit 482 verschwunden sein.

Was stimmt nun eigentlich von dem, was uns hier präsentiert wird? Meint man hier die Durchdiener? Kombiniert man einmal die Verlängerten mit den Durchdienern und sagt man dann wieder jene Zahl, um hier zu verdecken, zu kaschieren oder zu manipulieren? Oder aus welchen Gründen? Wir kennen uns ja nicht mehr aus! Und das ist auch ein Grund für die mangelnde Transparenz, die uns eine sachbezogene Beurteilung langsam fast unmöglich macht und uns, wie der Herr Bundesparteiobmann der Volkspartei gesagt hat, statt Transparenz einen Schleier vorhang umhängen will, um hier auch nicht richtig agieren zu können.

Die Zielvorstellung war aber doch die, Herr Bundesminister, daß die Einsatztruppe möglichst aus lauter Drei-Jahres-Soldaten besteht, oder zumindest, wie die Bundesheer-Reformkommission festgestellt hat, aus Soldaten, die sich mindestens auf 18 Monate verpflichtet haben, weil ja 6 Monate für die Ausbildung wegfallen. Inzwischen verlieren Sie ungleich mehr gute Kadersoldaten durch Abwanderung. Eine gute Ausbildung, noch dazu in einer sehr kurzen Zeit, erfordert einen dichten und ausgezeichneten Ausbildungskader. Den haben Sie ebensowenig wie Bereitschaftssoldaten.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, damit ich nicht zu lang werde, nicht mit einer wörtlichen Wiedergabe Ihres Dokumentes konfrontieren, das Sie uns bei den Parteienverhandlungen zu Beginn des heurigen Jahres betreffend die Erfordernisse der Ausbildung vorgelegt haben. Ich nehme an, daß Sie sich auch heute noch mit diesen Aussagen, die — wie ich zugeben möchte — außerordentlich sachbezogen und fachkundig ausgearbeitet sind, identifizieren. Und da haben Sie darauf hingewiesen, daß alles illusorisch ist, wenn diese Voraussetzungen nicht vorhanden sind, daß es fast unmöglich ist, einen ausreichenden Ausbildungsstandard zustande zu bringen, und daß der Einsatz von Sechs-Monate-Soldaten nur unter Inkaufnahme einer außerordentlich großen Ausfallsrate gewagt werden kann, weil die Ausbildung nicht ausreichend sein kann.

Ich lese Ihnen gerne den wörtlichen Text dieser Unterlage vor. Es wird dann weiter dargelegt, daß selbst dann, wenn man die Truppe von allen sogenannten Nebendiensten befreit, bei günstigster Rechnung — wie Sie damals ausgerechnet und dargestellt haben — höchstens, glaube ich, 370 Ausbildungstage — nein, das kann nicht stimmen; drei Monate; so ist es richtig; drei Monate, glaube ich, haben Sie gesagt — zur Verfügung stehen. Ich werde dann die Ziffer verifizieren und sie Ihnen noch genau sagen.

Das war Ihre Festlegung, die uns als Basis der Gespräche bei den Parteienverhandlungen dient hat und die dazu da war, uns eine Beurteilung der Gegebenheiten zu ermöglichen.

Sie haben immer kritisiert, daß bereits Sechs-Monate-Soldaten, weil es am Ausbildungskader gemangelt hat, als Hilfsausbildner eingesetzt wurden. Das ist zweifellos ein höchst unbefriedigender Zustand. Nunmehr werden aber bereits Vier-Monate-Soldaten als Hilfsausbildner eingesetzt. Von den maximal 42.000 Mann der pro Jahr zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen brauchen Sie nach Ihren Vorstellungen allein für die Unterstützungsdiene 18.000. Das sind nunmehr die hauptamtlichen Leerlaufsoldaten. Was wollen Sie mit diesen Leuten dann in der Mob-Armee? Sie werden sie dort kaum einteilen können.

Und ferner — auch das wissen Sie, Herr Bundesminister —: Die Truppe ist unbeweglich, weil sie keine Kraftfahrer hat. Auch die Hoffnung, wenigstens Acht-Monate-Soldaten, die sogenannten Durchdiener, in ausreichender Zahl zu bekommen, um — ohnedies höchst ungenügend, aber irgendwie — die Bereitschaftsverbände und alle anderen Truppenteile aufzustocken zu können, wurde durch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß 60 Tage Waffenübungen gar nicht möglich sind, zu nichts gemacht. Die Zahl der Meldungen — sie wurde heute schon genannt — beweist dies.

Dazu ist zu sagen, daß auch diese Durchdiener, Herr Bundesminister, für das Mob-Heer ausfallen, weil Sie sie ja nicht mehr zu Reserveübungen und zur Gestaltung der Reserveverbände heranziehen können. Was bleibt Ihnen dann überhaupt noch übrig? Mit welchen Soldaten wollen Sie die Mob-Armee aufstellen?

Den Schwerpunkt der neuen Organisation sollte die Landwehr bilden. Aber für diesen Schwerpunkt bleiben Ihnen fast keine Wehrpflichtigen mehr übrig. Daß Sie keine Kader dafür haben, habe ich bereits ausgeführt. Wie soll denn dieses System nun funktionieren?

Angesichts dieser Gegebenheiten werden hier Erklärungen pauschaliter abgegeben, wie

Dr. Prader

durch den Herrn — ich weiß jetzt nicht — Vizeverteidigungs- oder Oberverteidigungsminister Bundeskanzler Kreisky bei der Wehrdebatte im Fernsehen am Freitag: Es ist alles gar nicht so wild, es ist alles gar nicht so tragisch.

Das sind Erklärungen, die einen angesichts der nüchternen Analysen der Fakten einfach zur Verzweiflung bringen müssen, wenn man weiß, daß diese Erklärungen noch aus dem Munde des österreichischen Bundeskanzlers stammen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Bei der aktiven Truppe wird es eben nur zu Minimalzuteilungen von Rekruten kommen können. Damit aber potenzieren Sie den Leerlauf. Langsam wird allen klar, daß mit einer Dienstzeitverkürzung ein Leerlauf nicht bekämpft werden kann. Im Gegenteil: Wenn die Truppen nicht halbwegs volle Stände haben, können sie auch nicht mehr richtig üben. Das ist eine alte Weisheit. Dann stehen sie herum. Und das ist gerade das, was vermieden werden sollte.

Es ist auch das eingetreten, was wir Ihnen für den Fall vorausgesagt haben — und das stelle ich mit besonderer Betonung fest —, daß nicht gleichzeitig mit dieser Wehrgesetznovelle jene Begleitmaßnahmen gesetzt werden, die eben alle diese Zustände verhindern, die ich jetzt geschildert habe. Das hat daher nichts mit einer Ablehnung von sechs Monaten zu tun, sondern nur damit, daß wir eine funktionsfähige und eine der Aufgabenstellung gerecht werdende Armee wünschen.

Sie, Herr Bundesminister — ich habe es erwähnt —, haben ja diese Erfordernisse klar festgelegt. Ich habe sie mir auch notiert. Die Bedingungen stimmen. Ich glaube, ich kann daher dieses Kapitel, ohne es im Detail zu behandeln, übergehen.

Am 16. November 1971 — das darf ich wiederholen — hat die „Sozialistische Korrespondenz“ so wie immer in ihrem Bemühen um Vorwärtsverteidigung eine Notiz unter der Überschrift gebracht: „Generäle schwiegen unter Prader.“ Diese Darstellung ist genauso falsch wie viele Ihrer anderen. Sie stimmt ja immer wieder mit dem nicht zusammen, was Sie hier sagen. Sie selbst sind Ihr eigener Kronzeuge gegen das, was Sie jetzt schreiben.

Ich habe bei der Behandlung der vorletzten dringlichen Anfrage meiner Partei in diesem Haus extra das Wort genommen, um Ihnen an Hand von Zitaten aus Ihren Reden klarzumachen, wie sehr nach Ihren eigenen Worten die Generäle auch unter Prader gesprochen haben. Und heute wurde das mehrfach wieder, gerade vom Herrn Abgeordneten Blecha, zi-

tiert, der ja Zitate aus dieser Zeit immer unter besonderer Betonung gebracht hat: Unter Prader! — Ein neuer Kronzeuge ist hier aufgetreten. (Zwischenruf des Abg. Peter.)

Damals — das möchte ich in bezug auf den Herrn Abgeordneten Peter sagen — hat es keine Reaktionen dieser Art gegeben. Es war eine freie Diskussion im Gegensatz zu dem, was wir nunmehr hier hören. (Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Ganz anders jetzt beim Fall Ellinger. Wie reimen Sie sich das zusammen? Damals hieß es: Ja, Soldaten sollen tapfer sein, sie müssen doch reden, sie müssen doch gegen den Minister aussagen! (Abg. Seckanina: Wie reimt sich das zusammen?) Wenn heute jemand das tut, behandeln Sie diesen Fall völlig anders. Das ist geradezu ein Schulbeispiel für jene Politik, die Sie nunmehr auf allen Gebieten praktizieren und die, wie es scheint, auch von der Öffentlichkeit immer mehr erkannt wird. Wenn Sie die Macht haben, handeln Sie eben völlig anders, als Sie vorher geredet haben. (Zustimmung bei der ÖVP.) Das stigmatisiert Sie.

Die Flucht vor der Transparenz charakterisiert jetzt Ihre Politik. Ihre Politik im speziellen, Herr Bundesminister, charakterisiert nunmehr der Tresor.

Herr Verteidigungsminister! Hier gibt es noch zwei Fälle zu bereinigen. Mit unserer schriftlichen Anfrage am 16. Juli dieses Jahres haben wir Sie gefragt, nach welchen Kriterien Sie bei der Abgabe von Beförderungsanträgen für den Juli-Termin 1971 vorgegangen sind. Wir haben dann einige konkrete Fälle angeführt, die uns aufklärungsbedürftig erschienen sind.

In Beantwortung dieser Anfrage haben Sie zunächst generell betont, daß Sie sich in erster Linie von den einschlägigen dienstrechtlchen Vorschriften einschließlich der Beförderungsrichtlinien leiten ließen, wobei Sie behaupteten, im besonderen auf das bestehende Ranggefüge Rücksicht genommen zu haben.

Die folgenden Einzeldarlegungen stimmen aber in keiner Weise mit diesen Ihren Feststellungen zusammen. Wir werden Ihnen in einer weiteren Anfrage Anlaß geben, sich dazu zu äußern, und Ihnen im Detail die Unrichtigkeit Ihrer Anfragebeantwortung durtun.

Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen mit aller notwendigen Deutlichkeit sagen, daß wir uns so nicht behandeln lassen!

Der Tonbandaufzeichnung über Ihre Pressekonferenz am 1. Dezember 1971 — das ist der zweite Fall — entnehme ich, daß Sie Redakteur Weissenberger wörtlich gefragt hat:

Dr. Prader

„Sie haben Herrn Chefredakteur Strohal gesagt, Sie hätten die Denkschrift erhalten und auch dem Bundeskanzler und Bundespräsidenten zur Kenntnis gebracht. Soweit ich gehört habe, wurden Sie im Verteidigungsrat ausdrücklich über die Existenz dieser Denkschrift gefragt, Sie sollen — so höre ich — verneint haben, daß sie existiert.“

Ihre Antwort, Herr Bundesminister:

„Ich wurde nicht im Verteidigungsrat nach einer Denkschrift gefragt, ich wurde gefragt, ob ein anderes Organisationsschema mir vorgelegt wurde.“

Hiezu stelle ich fest, Herr Bundesminister, daß Ihre Antwort schlechthin unrichtig ist. Gefragt habe im Verteidigungsrat ich, und zwar nicht einmal, sondern dreimal. Gefragt habe ich Sie nicht, ob Ihnen ein anderes Organisationsschema vorgelegt wurde, sondern gefragt habe ich Sie, ob Ihnen von den Befehlshabern ein Memorandum übergeben wurde, das auch auf das Organisationsschema Bezug nimmt, weil die Kenntnis der Auffassung der Befehlshaber und des Leiters der Sektion III für die Beurteilung des von Ihnen vorgelegten Organisationsschemas wichtig sei. Dreimal haben Sie mir ausdrücklich mit Nein geantwortet. (Abg. Peter: Oder gar nicht!) Sie haben mir lediglich mitgeteilt, daß eine Ausarbeitung von Generalmajor Bach vorliege, aber vom Juni 1971. Sie haben mir daher, Herr Bundesminister, eine falsche Antwort gegeben.

Sie steht auch im Widerspruch zur Beantwortung einer mündlichen Anfrage meines Kollegen Marwan-Schlosser. Ich möchte das eindeutig festhalten. Das ist auch ziemlich ungeheuerlich.

Werden Sie uns nun das Memorandum, das Ihnen am 29. Oktober in der Landesverteidigungssakademie übergeben wurde, zur Verfügung stellen?

Nun komme ich fernerhin zum Grundsätzlichen Ihrer Verhaltensweise, besonders in bezug auf uns als Oppositionspartei.

In den Zeitungen wurde breit über Ihre Pressekonferenz am Montag, dem 6. Dezember berichtet. Ich nehme mir die Zeitung „Die Presse“ vom 7./8. Dezember als Leitfaden; wir haben ja kein anderes Material. Die Überschrift lautet: „Im Ernstfall: Wien eine offene Stadt?“, und einer der Untertitel heißt: „Lütgendörf präzisiert sein Konzept.“

Herr Minister! Alles das, was Sie dort sagen, haben Sie im Verteidigungsrat nicht gesagt. Wie schätzen Sie uns eigentlich ein? Immerhin sind wir im Verteidigungsrat die von den politischen Parteien unserer Demokratie für

die Verteidigungspolitik berufenen höchst mitverantwortlichen Vertreter, und wir müssen unsere Informationen der Presse entnehmen, weil Sie uns nichts sagen!

Ja glauben Sie denn, daß das möglich ist? Ja glauben Sie denn, daß das zumutbar ist und daß wir uns das gefallen lassen? (Ruf: Natürlich!) Sie kritisieren uns unentwegt und machen den Verteidigungsrat zur Farce. Sie konfrontieren uns mit der Frage, ob es nicht besser wäre, künftig an Ihren Pressekonferenzen und nicht an den Sitzungen des Verteidigungsrates teilzunehmen. Wenn Sie so weitermachen, Herr Bundesminister, werden Sie — und ich möchte das mit aller Deutlichkeit sagen — auf uns verzichten müssen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Oder ist das der praktische Ausdruck Ihres Bemühens, die Verteidigungspolitik aus dem Parteienstreit herauszunehmen? — Ich sage Ihnen: Das ist ein schlechtes Rezept!

Ich habe Ihnen hier schon einmal gesagt, daß Sie das Glück haben, in der Österreichischen Volkspartei eine Oppositionspartei gegenüber zu haben, die immer bereit war und nach wie vor bereit ist, in den Fragen der Landesverteidigungspolitik parteiopportunistische Überlegungen zugunsten der Sicherheit unseres Staates zurückzustellen. (Ruf bei der SPÖ: Prader, das lebende Beispiel!) Genau! (Heiterkeit.) So haben wir es gehalten. (Ruf bei der SPÖ: Eingebildet sind Sie nicht!)

Wir erfahren aus der Zeitung: Wien und Salzburg sollen Offene Städte werden (neuerliche Heiterkeit) — Offene Städte werden; mich würde auch das nicht wundern, wenn das noch käme. Wann haben Sie uns über solche Gedanken informiert? Wo ist der Plan, der seit langem fix und fertig ist? Wo liegt er? Wem wurde er präsentiert? Wer hat ihn ausgearbeitet? Und wann werden Sie ihn uns vorlegen?

Ich lese in der „Presse“ weiter:

„Vordringlich sei auch die Erstellung einer Verteidigungsdoktrin.“

Dann heißt es weiter:

„Die Illusion einer totalen Luftraumabwehr könnte man zum Beispiel nicht länger aufrechterhalten.“

Ich frage Sie: Wer hat je die Doktrin einer totalen Luftraumabwehr vertreten? Diese Doktrin hat es nie gegeben! Was meinen Sie daher damit, wenn Sie sagen, daß „diese Illusion nicht länger aufrechterhalten werden könne“? Sie hat nämlich nie bestanden! Das aber, Herr Minister, müßten Sie selbst sehr, sehr genau wissen.

Dr. Prader

An welches „heiße Eisen“ haben sich Ihre Vorgänger nicht herangetraut? — Laufend Andeutungen, Ankündigungen, ohne konkrete Angaben zu machen: Das ist der Stil, der anscheinend jetzt auch auf Sie von der gesamten Regierung übergegriffen hat!

Ich habe Sie im Verteidigungsrat gefragt, was Sie sich unter „Verteidigungsdoktrin“ vorstellen. Sie haben mir darauf keine Antwort gegeben. Meinen Sie etwa eine Vorlage wie die der Aktion Landesverteidigung, die sehr wohlfundierte verfassungsrechtliche Punkte festgelegt hat und sie mit Hilfe der österreichischen Volksvertretung durchsetzen will, um eine für alle Bereiche der Landesverteidigung fundierte verfassungsgesetzliche Grundlage zu schaffen? Wie stehen Sie zu dieser Frage? Werden Sie diese Bemühungen unterstützen? Werden Sie dafür eintreten?

Wir erfahren dann weiter, daß Sie zum Teil aus dem Liefervertrag für die Saab 105 O aussteigen wollten. Dem Parlament gegenüber aber haben Sie erklärt, daß an ein Storno nicht gedacht sei.

Es ist weiters zu lesen, daß nach Ihrer Meinung — und das ist sehr interessant im Zusammenhang auch mit den heutigen Ausführungen des Kollegen Troll — für ein derart schnelles Flugzeug, wie es die Saab 105 O ist, zuerst einmal die Bodeneinrichtungen geschaffen werden müssen. Bisher wurde diese Type kritisiert, weil sie nicht 2 Mach oder mehr fliege, also viel zu langsam sei.

Was gilt nun? Bisher hatten wir die „Fliegenden Tonnen“, die sogar eine höhere Spitzengeschwindigkeit erreichten, allerdings nur auf wenigen Flugplätzen starten und landen konnten. Die Saab 105 O kann aber auf allen zivilen und militärischen Flugplätzen starten und landen. Das wissen Sie ebenfalls genau. Sie wissen auch, daß gleichzeitig mit der Saab-Bestellung sowohl die Pistenreparatur als auch der Ausbau unseres Flugfunknetzes in Angriff genommen wurde. Die führungs- und instandsetzungsmäßigen Voraussetzungen sind zweifellos für ein Allwetterflugzeug etwa der Typen Draken oder Viken nicht gegeben. Hingegen sind sie für dieses Flugzeug gegeben. Daher waren ja diese Gegebenheiten für die Auswahl mitbestimmend; abgesehen von den finanziellen Gegebenheiten, die natürlich auch eine ganz entscheidende Rolle gespielt haben, weil wir immer den Grundsatz vertreten haben, daß man zuerst die Voraussetzungen für den Betrieb eines Gerätes schaffen muß und nicht umgekehrt: Zuerst das Gerät besorgen und dann erst draufkommen, daß man es gar nicht betreiben kann.

Was meinen Sie mit dem Bevorratungsplan? — Er liegt seit langem vor.

Erheiternd war für uns die Feststellung, daß für ein Reservistenheer von 120.000 Mann Ausrüstung und Munition bereit liege. Sie haben dann einige Worte gebraucht für jene, die das bestritten haben. Diejenigen, die das immer in Zweifel gezogen haben, waren die Mitglieder der sozialistischen Fraktion. Dadurch haben sie mitgewirkt, den Glauben an die Einsatzfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Heeres entscheidend zu vermindern und jene psychologischen Gegebenheiten zu schaffen, die uns heute so große Schwierigkeiten machen. Das alles sind Dinge, die wir uns nicht zusammenreimen können.

Herr Bundesminister! Sie verweisen neuerlich auf die finanziellen Verpflichtungen, auf die sogenannten Vorbelastungen, die Sie von Prader übernommen haben. Ich habe Sie im Ausschuß gebeten, mir eine Aufstellung zu übermitteln. Sie haben mir diese Aufstellung übermittelt. Ich habe wundersame Dinge hier erlebt — nämlich das, was Sie unter Vorbelastungen verstehen. Ich darf nur einige besonders signifikante Beispiele zitieren. Sie haben einfach das ganze Budget da hineingeschrieben. Da steht zum Beispiel: Firma Huber, diverse Werkzeuge, 38.700. — Das ist eine Vorbelastung! — Dann: Diverse Werkzeuge von einer Firma, die hier nicht näher angeführt ist. — Firma Gartner, diverse Werkzeuge. — Sie schreiben dann: Spezial-Winterdiesel. — Das ist eine Vorbelastung! — Shell-Spezial-Winterdiesel — Vorbelastung! — Esso-Spezial-Winterdiesel — Vorbelastung! — Flugturbinentreibstoff — auch das ist eine Vorbelastung!

Ja, was ist denn bei Ihnen eigentlich eine Vorbelastung, Herr Bundesminister? Was für einen Schleier versuchen Sie hier wieder auszubreiten! Sie schreiben unter Vorbelastung: Wiltschek, Nitrolack, Martha-Reinigungsbenzin, Nitroverdünnung und so weiter. Es ist unglaublich, was uns hier präsentiert wird. Und das soll eine Vorbelastung sein, die man übernommen hätte? — Das ist der normale Aufwand, den Sie vom Budget aus den Aufwandskrediten abzudecken haben! Sie haben ja hier jede Schraube, die Sie in bezug auf die Bevorratung nachschaffen müssen, als Vorbelastung hineingeschrieben. Und so etwas liefert man uns!

Bei den anderen Positionen, bei denen es sich um echte Vorbelastungen handelt, möchten wir sehr gerne Bescheid wissen über jene, die aus der Zeit nach Prader stammen. Ich habe hier sehr beachtliche Größenordnungen gefunden.

Dr. Prader

Diese Dinge sollte man objektivisiert lassen. Wenn man sie aber dauernd in die Fachdiskussion hineinwirft — nur so mit Namen, ohne Angaben und ohne Detaillierung —, dann, Herr Bundesminister, werden Sie von uns nicht erwarten können, daß wir das zur Kenntnis nehmen. Wir werden in aller Offentlichkeit auf einer genauen und detaillierten Präzisierung bestehen, damit man in der Lage ist, Wahrheit und Dichtung auseinanderzuhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie reden von der Neuheit des Bundesverteidigungsplanes. Ich möchte hier folgendes feststellen: Nicht erst jetzt und nicht erst gestern hat der Herr Bundeskanzler — und haben auch Sie, Herr Bundesminister — durch sehr zweideutige, sehr unklare Aussagen irgendwie den Eindruck hervorgerufen — der Herr Bundeskanzler hat es sogar expressis verbis gesagt —, daß bisher an Konzeptionen, an Vorbereitungen, an Doktrinen und so weiter nichts vorhanden gewesen wäre. Ich habe das schon einmal hier von dieser Stelle aus kritisiert. Der Herr Bundeskanzler hat — damals war er Amtsführender Verteidigungsminister, das dramatisiert die Geschichte natürlich zusätzlich ein bißchen — am 16. 12. 1970, in der 27. Sitzung, stenographisches Protokoll, Seite 2257, ausgeführt: „Und da muß man, glaube ich, auch sagen — ich kann nicht umhin, das hier zu tun“ — hier, von der Regierungsbank aus —, „daß ich bisher nicht in der Lage war festzustellen, ob in der Vergangenheit, ob in den letzten vier Jahren ein politisches Verteidigungskonzept bestanden hat. Darüber“ — das sagt der Bundeskanzler der Republik Österreich — „gibt es keine Unterlagen.“

Ich könnte Ihnen mehrere solche Zitate bringen. Aber nur noch eines. Er hat dann wiederholt:

„Ich möchte weiters sagen, daß es auch kein Konzept der umfassenden Landesverteidigung gibt.“

Dem steht gegenüber, was der Herr Bundesparteiobmann hier mit aller Deutlichkeit gesagt hat. Am 18. 11. 1961: Grundsätzlicher Beschuß der Bundesregierung, eine umfassende Landesverteidigung aufzubauen. — Ich wiederhole absichtlich nicht den Beschuß bezüglich der Umorganisation des Heeres, den Doktor Schleinzer hier dem Hohen Hause bereits vorgetragen hat.

Am 20. 2. 1962: Beschuß der Bundesregierung über das Organisationsschema für den Aufbau der umfassenden Landesverteidigung (geistige, wirtschaftliche, zivile und militärische Landesverteidigung).

Am 11. Mai 1965: Beschuß der Bundesregierung über die konkreten Aufträge an die einzelnen Bereiche der umfassenden Landesverteidigung. Das sind die sehr konkreten politischen Aufträge.

Und, wie ich schon erwähnt habe, der Beschuß der Bundesregierung vom 16. Juli 1968 über den ersten Teil des Landesverteidigungsplanes, in dem festgelegt ist, was in Erfüllung der erteilten Auftragsstellung bereits praktisch geschehen ist. Und das war nicht, wie der Herr Abgeordnete Blecha, der ihn ja nie gesehen hat, ssagte, so ein „Detailplanerl“ — so, glaube ich, hat er sich ausgedrückt —, gesehen hat, sagte, so ein „Detailplanerl“ der dargelegt hat, was auf diesem Gebiet in Österreich bereits geschaffen worden ist. Das möchten wir feststellen.

Und von alledem weiß der Herr Bundeskanzler nichts! Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Der Herr Bundesparteiobmann hat schon darauf hingewiesen, daß das hier angesichts der ganzen Öffentlichkeit im österreichischen Parlament vom Regierungschef gesagt wird. Und da soll die Bevölkerung Vertrauen zur österreichischen Landesverteidigung haben, wenn hier die Dinge so gehandhabt werden?

Es ist das auch deswegen signifikant, weil der erste sozialistische Verteidigungsminister, nämlich Bundesminister Freihsler, der Reformkommission die Aufträge ja auf der Grundlage dieses Auftrages vom 11. Mai 1965 erteilt hat. Und die Reformkommission wurde ja auf Grund dieser Konzeption berufen, ihre Vorschläge zu erstellen. Auch davon hat anscheinend der Bundeskanzler nichts gewußt, obwohl er hier immer wieder diese Bundesheer-Reformkommission im Munde geführt hat und auf sie verwiesen hat, allerdings nicht immer im besten Sinne.

Ich stelle fest — um es nochmals zu wiederholen —: Bis auf den ersten Teil des Landesverteidigungsplanes fallen alle diese grundlegenden Konzeptionen, diese Verteidigungsdoktrinen in die Zeit der Koalitionsregierung. Sie wurden einstimmig — anders war es ja gar nicht möglich — verabschiedet. Und der jetzige Herr Bundeskanzler ist als Außenminister Mitglied dieser Regierung gewesen. Er hat mitgestimmt bei allen diesen Beschlüssen — und jetzt stellt er sich her und erklärt, er wisse von nichts, es sei nichts da.

Ich muß sagen: Es ist für einen Redner schwer, hier an diesem Pult nicht mehr zu dieser Situation zu sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Durch alle diese einstimmigen Beschlüsse ist aber auch Ihre Legende von einem Allein-

Dr. Prader

gang der ÖVP in Fragen der Verteidigungs-
politik ad absurdum geführt.

Nun scheinen Sie aber einen anderen Weg zu gehen. Herr Bundesminister! Sie haben in Ihren Erläuterungen dazu, was Sie sich etwa unter einer Doktrin vorstellen — außer den Offenen Städten — auch noch einen Hinweis gebracht, daß nämlich in der Schweiz gesetzlich verankert sei — das haben wir alles aus der Presse; wir haben ja sonst nichts anderes; wir werden ja nicht von Ihnen informiert; wir sind den Redakteuren sehr dankbar, daß sie uns das weitergeben, damit wir als Höchstverantwortliche für die Verteidigung in Österreich wenigstens irgend etwas erfahren (Abg. *S e k a n i n a: Ihre Informationsfreudigkeit war auch nicht sehr groß, Herr Dr. Prader!*) —, daß verlorenengegangene Gebiete wieder zurückzuerobern seien. Ich weiß nicht, ob das gerade das treffendste Beispiel ist. Aber, Herr Bundesminister, ob nun dieser Weg eines Gesetzes oder der Weg anderer Rechtsnormen für die Festlegung der Verhaltensweise genommen wird, das ist, glaube ich, ziemlich zweitrangig. Es ist das auf die jeweiligen verfassungsrechtlichen Gegebenheiten abzustimmen.

Aber ich erinnere Sie an die Verfügungsermächtigung über das Bundesheer gemäß Artikel 80 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz. Diese Verfügungsermächtigung wurde vom Nationalrat nach Vorberatung im Verfassungsausschuß am 23. 6. 1967 einstimmig genehmigt.

Die Damen und Herren auf der linken Seite dieses Hauses haben also damals dem zugesagt, daher müßten sie auch wissen, daß sie existiert. In dieser Verteidigungsdoktrin heißt es in Punkt 1 Ziffer 1:

„Der Bundesminister für Landesverteidigung hat den Einsatz des Bundesheeres einschließlich der Art und des Umfanges des Einsatzes zum Zwecke der dauernden Behauptung der Unabhängigkeit der Republik Österreich und zum Zwecke der Unverletzlichkeit ihres Gebietes auf Grund von Richtlinien zu verfügen, die die Bundesregierung im Bedarfsfall zu beschließen hat.“

Ich habe das auch hier schon einmal angeführt, weil auch der Herr Bundeskanzler von der Regierungsbank aus, nachdem er Bachtiziert hatte, gemeint hatte: Nicht die Generale könnten die österreichische Verteidigungsdoktrin festlegen, denn das sei eine politische Sache. Hier ist festgelegt, wer sie festzulegen hat, nämlich die Bundesregierung, angepaßt dem jeweilig vorhandenen Fall und daher mit sämtlichen individuellen Steuerungsmöglichkeiten, absolut beweglich. Das muß man hier ebenfalls mit Deutlichkeit sagen.

Ich möchte hier noch auf eines Bezug nehmen. Ich war reichlich schockiert, als ich das gelesen habe. Der Herr Abgeordnete Czernetz hat in seinen Ausführungen beim Kapitel Äußeres folgendes gesagt — ich lese es aus der „SK“ vor —:

„Auf Landesverteidigung und Neutralität eingehend, sagte Czernetz, daß wohl niemand in der Welt an der österreichischen Neutralität zweifle. Daß in letzter Zeit innerhalb Österreichs aber Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Neutralität geäußert worden sind, sei eine eigenartige Form von masochistischem Patriotismus.“

Daß es nicht so ist, daß niemand in der Welt an unserer Neutralität und am Willen, sie zu verteidigen, zweifelt, das weiß der Herr Abgeordnete Czernetz ganz genau. Er kennt die ausländischen Stimmen besser als ich. Daß man in Österreich zweifelt, wundert angesichts aller Gegebenheiten, die wir uns bemüht haben, auch im Laufe der Debatte heute hier darzustellen, auch nicht. Was aber den masochistischen Patriotismus betrifft — und deswegen möchte ich das mit Betonung hier sagen —, so verweise ich auf die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers bei seinem Interview am Freitag. Auch andere Erklärungen in dieser Richtung liegen vor.

Der Herr Bundeskanzler hat bezugnehmend auf das Jahr 1968 in bezug auf die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres gemeint: Es war eine einzige riesige Blamage. Er hat weiter gesagt, er hätte Dossiers zur Verfügung, in denen das sehr klar zum Ausdruck komme.

Ich frage in aller Form den Herrn Bundeskanzler: Welche Dossiers sind es? Ist er bereit, sie uns zur Verfügung zustellen? Von wem stammen sie? Oder stammen sie etwa ... (Abg. *A. Schlageter: Vom Blech!*) Das ist möglich. Aber von einem stammen sie nicht (Abg. *Dr. Tull: Hoffentlich sind sie nicht vom Prader!*) — vom Chef der damaligen Operationen, vom nachmaligen Minister Freihsler! Es ist daher neuerlich diese Frage offen, weil sich der Herr Bundeskanzler auf militärische Experten beruft. Er beruft sich aber nicht auf den Minister, denn der hat gesagt, es geht mit den 60 Tagen, er macht es. Aber seine Experten haben gesagt, das geht nicht. — Das ist halt immer die Schwierigkeit bei dieser Regierung.

Wo sind diese Dossiers? Auf der Beantwortung dieser Frage werden wir beharren. Denn hier wird etwas aufgebaut, das man so gerne hätte, um die heutige Situation und alle ihre bisher missglückten Maßnahmen begründen und motivieren zu können. Nur darum geht es! Und um diesen Preis betreiben Sie, wie Czernetz sich hier ausdrückt, einen masochistischen Patriotismus.

Dr. Prader

Die Konzepte, die ich genannt habe, sind Konzepte mit einem konkreten Inhalt. Demgegenüber hatten Sie, Herr Bundesminister, bisher nur Überschriften zu bieten. Es wird daher die Aufgabe sein, diese Konzepte zu erstellen.

Das Diffuse im Regierungsteam Dr. Kreisky möchte ich doch noch mit einem wohl sehr signifikanten Beispiel darlegen:

Verteidigungsminister Karl Lütgendorf hat am Nationalfeiertag, am 26. Oktober 1971, anlässlich der Fertigstellung der neuen Kaserne in Gratkorn unter anderem erklärt:

„Es gibt wohl keinen stupideren Slogan als ‚Baut Schulen statt Kasernen‘.“

Ich weiß nicht, ob dem Herrn Verteidigungsminister bekannt war, von wem dieser Slogan stammt.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 10. 12. 1969 ist die Überschrift zu finden: „Mehr Institute als Kasernen“, mit dem Untertitel „Kreisky sprach mit Vertretern der Hochschülerschaft“. Was gilt nun eigentlich? (Heiterkeit bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ: Na und? — Abg. Sekanina: Und was haben Sie nun dagegen?) Das ist die ewige Frage, die uns quält. Deswegen ist es so schwierig, eine konstruktive Opposition gegen diese sozialistische Regierung zu machen. Jeder behauptet das Gegenteil vom anderen und sagt dann: Ja, das war nicht meine Auffassung.

Mit welcher Erklärung sollen wir uns nun beschäftigen? Es ist in dieser Kasernen-oder-Schulen-Frage nicht Aufgabe der Opposition, in bezug auf die divergierenden Auffassungen in Ihrem Regierungsteam Schiedsrichter zu spielen. Wir möchten nur gerne wissen — ich habe es schon gesagt —, mit welcher Auffassung wir uns eigentlich auseinandersetzen sollen.

Meine Auffassung sage ich Ihnen sehr deutlich: Schulen oder Kasernen ist keine Alternative. Wir brauchen beides. Auf die richtige Proportion kommt es an, auch bei der Beurteilung des Verteidigungsbudgets, das wir ablehnen müssen, weil es für die gesamte Sicherheitspolitik der Regierung nur einen Abstieg bedeuten kann. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Schon fertig? — Abg. Dr. Prader: Es ist sehr schwierig, bei der Politik, die Sie machen, ein Ende zu finden!)

Präsident Probst: Der vom Herrn Abgeordneten Dr. Prader gestellte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht somit auch in Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich so lang verteidigt, muß einmal Verteidigungsminister gewesen sein und muß es gelernt haben. (Heiterkeit. — Zustimmung bei FPO und bei Abgeordneten der SPÖ. — Abg. O f e n b ö c k: Sie verstehen aber auch nicht viel vom Militär; er hat angegriffen!)

Herr Abgeordneter Prader! Sie haben darauf hingewiesen, daß die Schere zwischen Sachaufwand und Personalaufwand im jetzigen Budget sehr weit auseinanderklafft, daß der Personalaufwand ein Übergewicht hat. Daraus müßte man auch eine Konsequenz ziehen, und diese Konsequenz bedeutet, daß man sich bemüht, mehr geistige Leistung zu aktivieren. Das ist eine Forderung, die wir an den Bundesminister richten müssen: Wenn schon die Personalaufwendungen steigen — und sie müssen auf Grund der beschlossenen Änderung des Wehrgesetzes steigen —, dann muß auch von dem einzelnen eine entsprechende geistige Leistung und ein entsprechender geistiger Einsatz verlangt werden. Ich werde darauf noch im Detail zurückkommen.

Herr Abgeordneter Prader hat eine Klarstellung gefordert. Diese Klarstellung fordern auch wir Freiheitlichen. Der Abgeordnete Blecha hat zwar betont, daß die 60 Tage Waffenübung von ihm an sich unterstützt werden, diese Äußerung jedoch sofort wieder abgeschwächt und noch immer offen im Raum stehen lassen, ob nun 60 oder 30 Tage Waffenübung geleistet werden müssen. (Abg. Mondl: 60!) Ich hoffe, daß es dabei bleibt. (Abg. Anton Schläger: Warum sagt das der Kanzler nicht?) Ja, das wäre sehr günstig, wenn er das sagte.

Es sind aber noch einige andere Bemerkungen meiner Vorredner im Raum stehen geblieben, die nicht unbeantwortet bleiben dürfen.

Der Herr Abgeordnete Prader hat zur Autorität der Fachleute erkärt, daß eine Autorität, wenn sie einmal zu einer bestimmten Aufgabenstellung zitiert worden ist, immer und überall Autorität bleiben müsse. Hierin decken sich unsere Auffassungen nicht! Autorität ist nur mit einer bestimmten Aufgabenstellung gegeben und bleibt nicht als Autorität um ihrer selbst willen bestehen. Das gilt auch für Offiziere, die eben in bestimmten Bereichen eine bessere und in anderen eine weniger differenzierte Ausbildung haben.

Wenn wir schon bei der Aufgabe der Ausbildung der Offiziere sind, dann möchte ich aus meiner eigenen Erfahrung — aus meiner Dienstzeit im Jahre 1962/63 — zum Thema Ausbildung der Offiziere etwas beisteuern.

Dipl.-Ing. Hanreich

Schon damals war es üblich, daß einzelne Offiziere des Bundesheeres an der Hochschule studierten oder Abendkurse besuchten. Herr Abgeordneter Prader, meiner Meinung nach ist dies nichts Negatives, sondern als Positivum zu werten. (Abg. Dr. Prader: *Das ist ganz etwas anderes!*) Damit wird dem Offizier nicht die Möglichkeit gegeben, sich abzusetzen, sondern bessere Voraussetzungen, im zivilen Leben integriert zu werden und sich nicht allmählich einen Generalsposten zu ersitzen, eine Entwicklung, die nicht im Sinne einer schlagkräftigen Armee sein kann. Ich bin daher der Auffassung, daß die Ausbildung der Offiziere, auch wenn sie der Privatinitiative des einzelnen entspringt, ja gerade dann, gefördert werden muß.

Der Herr Abgeordnete Blecha hat erklärt, daß im Zusammenhang mit der Frage der Landesverteidigung bestimmte Dinge nicht einer öffentlichen Diskussion zugeführt werden sollen. Diese Äußerung setzt mich in Erstaunen. Wenn wir gute Informationen über das österreichische Bundesheer bei ausländischen Geheimdienststellen leicht bekommen können, kann man über diese Dinge ruhig auch bei uns im Parlament diskutieren. Es ergibt sich nämlich die Frage, wo grenzen wir denn die Diskussion in der Öffentlichkeit ab? Wo beginnt der Moment, wo vorgeschrieben wird: Darüber darf noch gesprochen werden, und das ist tabu, darüber darf nicht mehr gesprochen werden.

Wenn wir nicht mehr über die für Österreich wesentlichen Probleme diskutieren können, wie wollen Sie dann das Verständnis des einzelnen Staatsbürgers, so weit fördern, daß er imstande ist, die Entscheidungen, die er bei Wahlen trifft, auch wirklich zu begründen?

Der Herr Abgeordnete Blecha hat auch zum Thema subversive Strategie eine Reihe von Äußerungen und Zitaten gebracht, die man nur mit seinem eigenen Wort als lächerliche Polemik und primitive Stimmungsmache charakterisieren kann. Ein so diffiziles Thema, meine Damen und Herren, dem wir unzweifelhaft größtes Augenmerk zu schenken haben, kann nicht mit lächerlicher Polemik vom Tisch gefegt werden.

Ich frage Sie nämlich: Was ist der Psychoplan, von dem wir in den Zeitungen gelesen haben, denn anderes als eine Variante, ein Ausschnitt aus den Möglichkeiten einer subversiven Strategie? Es wäre sehr interessant, über diesen Psychoplan Näheres zu erfahren, und ich bezweifle, daß der Abgeordnete Blecha dann bei seiner Meinung und seinen Äußerungen zu diesem Thema bleiben wird. Ich

glaube auch nicht, daß er mit seinen diesbezüglichen Bemerkungen einer Dreiparteienlösung, wie sie für das Bundesheer unbedingt notwendig ist, einen Dienst erwiesen hat. Bei solch einem Theater ist nicht anzunehmen, daß ein Klima für eine sachlich ernst zu nehmende Lösung geschaffen wird. Meine Damen und Herren! Im österreichischen Volk ist eine Verteidigungsbereitschaft vorhanden! Was fehlt, ist eine genaue Vorstellung bei dem einzelnen, in welcher Form diese Verteidigung vor sich gehen soll, und das zu erfahren, erwarten alle Staatsbürger von uns Politikern, und das erwarten sie auch von den Papieren, die ein Verteidigungsminister aus seinem Panzerschrank zieht. Von den besseren Lösungen, von dem besseren Klima im Heer ist nur die Rede — von Praxis keine Spur. Oder wie vereinbart sich folgendes: Auf der einen Seite ein Maulkorb für die Offiziere, auf der anderen Seite ein Brief an die Angehörigen des Bundesheeres, in dem sie aufgefordert werden, Mißstände an Institutionen zu melden, die außerhalb des Bundesheeres stehen. (Abg. Dr. Bauer: *Meinen Sie den Schieder-Brief?*) Ich meine den Schieder-Brief, Sie haben recht, Herr Kollege. Ich stelle dahin, ob es richtig ist, einen Brief in dieser Form zu schreiben. Aber eines möchte ich klarstellen: Für die Sicherung der Unantastbarkeit des einzelnen innerhalb des österreichischen Bundesheeres genügt das derzeitige Beschwerderecht vollkommen. Es ist niemandem benommen, sich in seiner privaten Meinung einer politischen Partei zuzuwenden, aber ich glaube nicht, daß es die Aufgabe einer politischen Partei ist, innerhalb eines Heeres ein quasi-demokratisches Klima dadurch hervorzurufen, daß sie zur Denunziation von Vorgesetzten aufruft.

Es hat mich gewundert, daß der Abgeordnete Blecha die Doktrin der Landesverteidigung bereits kennt und sehr schön umschreiben kann, daß aber der Herr Bundeskanzler sie noch nicht kennt, daß die Meinungen darüber auseinandergehen — kurz, daß die einen Herren die bisherige Doktrin aus der Ara Prader oder Schleinzer anzweifeln, die anderen die neue bereits kennen, ohne sie bekanntzugeben. Es wundert mich persönlich auch, daß, wenn solche Fragen von der großen Oppositionspartei des Hauses an den Regierungschef gerichtet werden, von diesem keine entsprechende Antwort kommt. Aber das ist nicht das Problem der Freiheitlichen Partei, das ist das Problem der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Dr. König klatscht Beifall. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ich muß allerdings auch eines noch einmal in aller Deutlichkeit unterstreichen: Nie in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war

Dipl.-Ing. Hanreich

in Österreich eine derartige Wehrgesinnung und eine derartige Bereitschaft, für den Staat und für die Landesverteidigung auch Opfer zu bringen vorhanden wie im Jahre 1968, und nie ist eine Chance so schlecht genutzt und vertan worden, wie damals die Chance, die österreichische Landesverteidigung unter Aufbietung aller Kräfte auf neue Beine zu stellen.

Wenn in der Zeit der Österreichischen Volkspartei im Heer alles in Ordnung gewesen ist, warum, meine Damen und Herren, frage ich dann, konnte Bundeskanzler Kreisky mit einem Wahlversprechen, die Wehrdienstzeit auf sechs Monate zu reduzieren, solche Erfolge erringen?

Die Fehler, die heute die ÖVP an der Sozialistischen Partei bekriftelt, hat sie jahrelang bei sich selbst nicht gesehen! Da sind alle Probleme mit derselben Handbewegung vom Tisch gefegt worden, mit der sie heute von den Kollegen von der Sozialistischen Partei vom Tisch gefegt werden.

Die Ähnlichkeit ist verblüffend! Wenn dem Herrn Abgeordneten Prader vorgeworfen wird, er hätte sich über die Kommissionen hinweggesetzt, die er zuvor gegründet hat, dann frage ich mich: Wieso ist es möglich, daß Äußerungen in dieser Form und diesem Umfang von Bundesminister Lütgendorf präsentiert werden, ohne daß vorher im Landesverteidigungsrat darüber gesprochen wird? Wird dieser Landesverteidigungsrat vom Herrn Bundesminister Lütgendorf nicht als kooperatives Organ betrachtet? Müssen die Dinge, die der Öffentlichkeit präsentiert werden, dort nicht vorher besprochen werden?

Wie erklärt sich eine Situation, die sich uns so darbietet? Der eine sagt, kein Geld ohne Pläne, der andere, keine Pläne ohne Geld, und zu guter Letzt sind weder Geld noch Pläne verfügbar! Aber trotz der Tatsache, daß die Pläne, die seinerzeit von Prader oder von Schleinzer oder unter der Ägide der beiden Herren erarbeitet worden sind, in den Schubladen liegen sollen und Bundesminister Lütgendorf sie nach 18 Monaten offensichtlich noch nicht gefunden hat, muß rasch umorganisiert werden. Es muß schnell und ohne Konzept eine gründliche Änderung vorgenommen werden, die mit absoluter Sicherheit einen Mißerfolg zeitigen wird!

Die Sozialistische Partei präsentiert hier immer wieder — und ich muß das noch einmal betonen — eine Rückschau auf die Arbeit der Österreichischen Volkspartei. Die Österreichische Volkspartei verteidigt sich, und damit hat es sein Bewenden. Es ist hoch an der Zeit, daß man sich hier ernsthaft über weitere

Entwicklungen den Kopf zerbricht und einen Anstoß gibt. Nicht rasch und konzeptlos ändern, sondern ein Konzept vorzulegen, ist das Gebot der Stunde!

Zwei unserer Städte zu Offenen Städten zu erklären, kann nur ein Diskussionsvorschlag gewesen sein; vielleicht sogar ein unverantwortlicher! Ein Vorschlag, der nicht in die Diskussion hätte gebracht werden sollen, es sei denn, um die Löcher im Emmentaler Käse unserer Verteidigung zu demonstrieren. In einer Zeit, in der unser Nachbarstaat Jugoslawien ein Manöver der totalen Landesverteidigung abwickelt, dürfen wir nicht die Löcher unseres Verteidigungs-Emmentalers in den Vordergrund stellen.

Der Herr Abgeordnete Czernetz hat bei seiner Rede zum Kapitel Äußeres die Frage der Raketen angeschnitten und auf das Problem hingewiesen, das sich für uns aus dem Artikel 13 des Staatsvertrages ergibt. Nun frage ich Sie, meine Herren, wo sind die Initiativen, um in diesem Bereich einen Vorstoß zu unternehmen? Wo sind die Initiativen, hier einen Schritt nach vorne zu tun? Wo sind die Ansätze dazu, wenigstens den Versuch zu machen, unsere Verteidigung dadurch effektiv zu gestalten, daß wir auf dieses unbedingt notwendige Hilfsmittel einer großräumigen Verteidigung nicht mehr verzichten müssen? Was hilft uns eine Großraum-Radarüberwachung, wenn die Möglichkeit, unseren Luftraum zu verteidigen, nicht gegeben ist, weil uns die Raketen fehlen? Wir dürfen unsere Luftraumhoheit nicht mit der größten Selbstverständlichkeit aufgeben! Durch den Ankauf von Abfangjägern können wir die Luftüberlegenheit sicherlich nicht sichern, weil unser Gebiet zu klein ist und uns Startmöglichkeiten und Landemöglichkeiten im Angriffsfall sehr schnell nicht mehr gegeben sind.

Der Herr Abgeordnete Prader hat den Herrn Abgeordneten Czernetz mit seinen Bemerkungen zur Neutralität und zu der Tatsache, daß niemand an unserer Neutralität zweifle, zitiert! Man zweifelt wirklich nicht an unserer Neutralität. Woran man zweifelt, ist unsere Verteidigungsbereitschaft! Das ist umso bedauerlicher, als ich der Auffassung bin, daß unser österreichisches Volk die Bereitschaft zur Verteidigung hat. Mit aller Deutlichkeit: Wir Österreicher sind bereit, uns zu verteidigen! Daß man diese Tatsache im Ausland nicht zur Kenntnis genommen hat, muß ich Ihnen aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ zitieren:

„In der Nachbarschaft Österreichs scheint man sich auf die aus dieser verhängnisvollen Entwicklung sich ergebenden Eventualitäten

Dipl.-Ing. Hanreich

bereits eingestellt zu haben. So sollen, wie man hier aus Fachkreisen erfährt, Jugoslawien und Italien ihre in der Nähe der österreichischen Grenze liegenden Verteidigungsanlagen verstärkt haben."

Soweit die „Neue Zürcher Zeitung.“

Wenn das kein Beweis dafür ist, daß man unsere Anstrengungen zur Sicherung unserer Neutralität nicht mehr ernst nimmt, dann muß ich Ihnen dazu noch ein Zitat aus der „Weltwoche“ bringen, in dem zum Thema des Bundesministers Lütgendorf folgendes steht:

„Generalständer und Parlamentarier, Politiker und Journalisten, Jusos und Konservative sind sich ausnahmsweise einig in der Hoffnung auf seinen Rücktritt. Wer das österreichische Bundesheer gänzlich demolieren will, fordert zunächst den Kopf Lütgendorfs. Und wer das Heer — genauer: dessen schäbige Reste — retten möchte, verlangt ebenfalls den Kopf Lütgendorfs.“

Ich muß dazu sagen, auch das ist ein trauriges Beispiel dafür, wie man unsere Landesverteidigung im Ausland sieht.

Was ist nun zu tun? Natürlich muß die Politik die Verteidigungsdoktrin beisteuern. Natürlich wird man das, was vor sechs Jahren gesagt worden ist, überdenken müssen. Man wird es immer wieder überdenken müssen. Wenn wir heute das Wehrkonzept, mit dem vor etlichen Jahren gearbeitet worden ist, ansehen, dann wird man sich fragen müssen: Entspricht das noch dem neuesten Stand?

Man wird sich sehr eingehend damit befassten müssen, wo man hier die neuen Schwerpunkte setzt.

Wenn der Herr Abgeordnete Troll einen Plan gefordert hat, der der heutigen Situation entspricht, so muß ich ihm recht geben. Ich muß ihm aber widersprechen, wenn er glaubt, daß damit alles getan ist. Wir müssen sicherstellen, daß ein Plan nicht nur für die heutige Zeit entsteht, sondern daß dieser Plan ohne Friktionen der jeweiligen Situation angepaßt wird.

Es ist unmöglich, daß das Bundesheer seine Schlagkraft behält, wenn von jeder Regierung ein neuer Plan präsentiert wird, dessen Übergang ruckartig und ohne exakte Vorarbeiten erfolgt. Dadurch wird die Kraft unserer Verteidigung geschwächtigt.

Wir sollten uns auch wesentlich intensiver und nicht so, wie es Blecha angedeutet hat, mit der geistigen Landesverteidigung auseinandersetzen.

Es ist eine wirkliche Aufgabe, die Überlegungen zu einem System der passiven

Resistenz einer genauen Kontrolle und genauen Prüfung zu unterziehen. Ein solches System wird auch nie die einzige Lösung sein, aber es ist unbestritten, daß die passive Resistenz in eine umfassende Landesverteidigung klar und deutlich einbezogen werden muß.

Wir müssen das Staatsbewußtsein des einzelnen und seine Erkenntnis des Wertes der Demokratie stärken.

Wir müssen ihm den Wert unserer Staatsform und der Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb dieser Staatsform so deutlich vor Augen führen, daß er bereit ist, dafür einzustehen und daß er die Zusammenhänge gut genug versteht, um es zu begreifen, wenn diese Zusammenhänge mißbraucht werden im Falle einer Aggression, die die Kollaboration der Eroberen wünscht.

Daher wird im weiteren ein Schwerpunkt der Landesverteidigung im Bereich der psychologischen Rüstung liegen müssen. Ich hoffe, daß uns der Psychoplan genaue Vorschläge dafür unterbreiten wird.

Folgendes möchte ich aber hier mit aller Deutlichkeit sagen: Im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung, im Bereich der Bevorratung stehen wir — trotz Bevorratungsplan laut Prader! — in den Anfängen. Wenn in einem anderen Kapitel im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Landesverteidigung ein Ansatz von 8000 S vorgesehen ist, dann spottet das jeder Beschreibung!

Ich hätte vom Herrn Abgeordneten Prader gerne erfahren, wofür denn der Bevorratungsplan ist, von dem er sprach. Ich werde den Verdacht nicht los, daß es sich hiebei um einen Bevorratungsplan für Ersatzteile und nicht um einen Bevorratungsplan für das handelt, was wir als gesamte staatliche Gemeinschaft für die Weitererhaltung unseres staatlichen Lebens und für die Erhaltung des Lebens jedes einzelnen benötigen, wenn uns eine Krise von der Umwelt weitgehend abschneidet. (Zwischenrufe.) Die wirtschaftliche Landesverteidigung ist — das ist mir klar — etwas anderes als die Bevorratung für das Bundesheer; darüber gibt es keinen Zweifel. Allerdings ist der Begriff „Bevorratungsplan“ nicht so präzise, daß man von Anfang an feststellen könnte, worum es sich bei dieser Bevorratung handelt. Ich glaube daher, daß wir uns auch mit den Fragen der wirtschaftlichen Landesverteidigung sehr ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Ich muß ehrlich sagen, daß ich mir auf diesem Gebiete von einer großen Institution unseres sozialen Lebens eine Unterstützung erhoffe. Ich bin der Meinung, daß der Öster-

Dipl.-Ing. Hanreich

reichische Gewerkschaftsbund durchaus in der Lage wäre, hier Anregungen zu bringen. Eine Stimme, die im Volk ein so weites Gehör findet wie der ÖGB, müßte gerade in diesem Bereich eine wirklich erfreuliche Information für den einzelnen Staatsbürger ermöglichen und müßte uns die Sicherheit verschaffen, daß wir den einzelnen zur entsprechenden Vorsorge für Krisenzeiten anregen können.

Natürlich wird man über die Details diskutieren müssen. Man muß nicht nur nach ausländischen Vorbildern, sondern auch nach eigenen Überlegungen zu den Lösungen kommen, die unserem Ziel entsprechen!

Ich bin der Meinung, daß wir unsere Bemühungen um die österreichische Landesverteidigung mehr verstärken müssen, als es aus dem Budget ersichtlich ist.

Ich glaube, daß wir der Improvisation, so tüchtig wir Österreicher beim Improvisieren sind, ein Ende setzen müssen.

Wir müssen das tun, weil wir — ich bringe da ein Wort von Julius Raab — die Neutralität nicht zum Vorwand für ein weltgeschichtliches Pensionistendasein machen dürfen. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Abgeordnete Mondl gemeldet. — Bitte.

Abgeordneter Mondl (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, Herrn Dr. Prader in der Länge seiner Rede zu übertreffen. (Abg. Dr. Bauer: Das wird Ihnen nie gelingen!) Ich habe auch nicht die Absicht, neuerlich Emotionen in die Diskussion zu tragen, weil ich glaube, daß mit Emotionen weder der Diskussion noch der Landesverteidigung selbst gedient ist. (Abg. Dr. Bauer: Herr Mondl, Sie wollen doch nicht schon wieder anhängen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich heute die Reden, vor allen Dingen die der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei angehört hat und festgestellt hat, daß auf der einen Seite immer wieder ins Treffen geführt wurde, der Herr Minister hätte zuerst zu wenig gesprochen, jetzt rede er aber wieder zu viel, wenn man hört, von der Umstellung könne überhaupt keine Rede sein, und wenn dann kritisiert wird, sie werde zu ruckartig durchgeführt werden, wenn zum Ausdruck gebracht wird, man müsse die ständigen Veränderungen berücksichtigen und prüfen, dann müssen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch uns einräumen, daß auch wir ständig geprüft und überlegt und uns den Veränderungen ange-

paßt haben. (Abg. Dr. Bauer: Sie wurden in der Landesverteidigung zu leicht befunden!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dem, was sich in den letzten Wochen, man kann schon sagen, in den letzten Monaten um die Person des Bundesministers für Landesverteidigung und um die Person des Herrn Bundeskanzlers abgespielt hat, kann man ermessen, mit welcher „Sachlichkeit“ die Probleme der Landesverteidigung im Zuge dieser Budgetdebatte diskutiert werden. (Abg. Suppan: Wer sagt denn das? Sagt das der Mondl?)

Das ist deshalb sehr bedauerlich, lieber Kollege Suppan, weil die Auseinandersetzungen just in der Zeit ausgetragen werden, in der es notwendig wäre, mit größter Sachlichkeit und höchstem Verantwortungsbewußtsein jene Maßnahmen zu diskutieren, die nun erforderlich sind, um die von den drei im Parlament vertretenen Parteien grundsätzlich gewünschte Reform einzuleiten und in der weiteren Folge auch durchzuführen. (Abg. Doktor Prader: Das sagen Sie!)

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es völlig unmöglich ist, in der derzeit praktizierten Form — das haben nun auch schon einige Redner während der Debatte eingestanden — dieses heikle Thema so zu behandeln, daß auch nur annähernd ein Gleichklang der Auffassungen erreicht wird.

Ich habe schon im Budgetausschuß, aber auch anlässlich der Debatte im Zusammenhang mit der Regierungserklärung am 27. April 1970 und der Beschußfassung der letzten Wehrgesetznovelle darauf hingewiesen, daß wir sehr bemüht waren, gemeinsame Lösungen zu finden, um damit dem Heer jene Ruhe von außen zu geben, die es notwendig hätte, um die längst fällige Reform in Angriff zu nehmen.

Meine sehr geehrten Abgeordneten der ÖVP! Es ist nicht unsere Schuld — das wurde heute auch schon des öfteren aufgezeigt —, wenn unser Heer in eine Situation geriet, daß eine grundsätzliche Reform unerlässlich wurde. Wir waren nur der Meinung, daß man die Konzeption zu dieser grundsätzlichen Umstrukturierung gemeinsam erarbeiten und dann auch gemeinsam verantworten sollte. (Zustimmung bei der SPO. — Zwischenruf des Abg. Staudinger.)

Aber, meine Herren: Leider gab es Kräfte, die dies verhindern konnten. (Abg. Doktor Mussi: In Ihrer Partei!) Warum, konnten wir heute aus dem Munde des Herrn Doktor Schleinzer und des Herrn Dr. Prader hören. (Abg. Dr. Prader: Der hat immer Walzen!)

Nationalrat XIII. GP — 12. Sitzung — 13. Dezember 1971

833

Mondl

Es ist doch irgendwie verständlich, daß jene Menschen, die die vorige Heeresorganisation schufen, nun krampfhaft bemüht sind, an diesen Formen festzuhalten. Aus diesem Grund findet die nun beginnende Umstellung unter äußerst schwierigen Umständen statt.

Hohes Haus! Im Jahre 1955, als man daran ging, die bereits vorhandene B-Gendarmerie zu einem Bundesheer auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht als Ausbildungsheer zu organisieren, vergaß man im Wehrgesetz jene Vorsorge zu treffen, die es ermöglicht hätte, alle Österreicher nach ihrer Präsenzdienstleistung für einen bestimmten Zeitraum in die Mob-Reserve einzubauen und den nur angelernten Soldaten im Rahmen von Waffenübungen seine Truppe kennenzulernen und in sie hineinwachsen zu lassen. Das ist eine Tatsache. Darüber kann man eben nicht hinwegdiskutieren.

Auch die Umgliederung 1962/63, meine sehr geehrten Herren von der ÖVP, nämlich jene Teilung des aktiven Heeres in Einsatz- und Ausbildungseinheiten, verbesserte die Verteidigungskraft unseres Bundesheeres in keiner Weise. Wenn heute hier so lebhaft vom Herrn Dr. Schleinzer seine Maßnahmen erläutert wurden, dann klingt das sehr einleuchtend, wenn man sich das nur auf dem Papier und in den graphischen Darstellungen ansieht.

Aber ich möchte doch eines feststellen: Bei dieser Umstellung, sosehr sie vielleicht von den besten Gedanken geleitet war (Abg. Doktor Mussi: Von Ihnen nicht!), haben Soll- und Iststand Diskrepanzen aufgewiesen, sodaß ein Bataillon des Einsatzheeres kaum 200 Mann aufwies, obwohl es 800 Mann haben sollte. (Abg. Dr. Bauer: Was hat denn jetzt eine Kompanie? 28 Mann hat eine Kompanie!) Aber Herr Dr. Bauer! Fangen wir doch nicht immer wieder von vorne an. Wir haben das ja Jahre hindurch doch aufgezeigt. Da sind Sie überhaupt noch nicht in diesem Hause gesessen. Es wurde das hier langatmig erläutert, und es wurde immer wieder diese Feststellung getroffen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich habe nicht einmal Herrn Dr. Prader aufgefordert, er möge sich doch einmal um 7 Uhr früh eines x-beliebigen Tages eine Iststand-Meldung hereingeben lassen, damit er endlich einmal sieht, welche Verteidigungskraft auf Grund der Zusammensetzung in diesen sogenannten Einsatzeinheiten steckt. (Abg. Dr. Bauer: Reden Sie über jetzt! — Abg. Marwan-Schlosser: Laß dir doch die Iststand-Meldung jetzt geben!)

Ja im Gegenteil, meine sehr geehrten Damen und Herren: Diese Umgliederung

konnte den Vorstellungen des Jahres 1962 entsprechend überhaupt nie abgeschlossen werden und führte zu jenen konfusen Zuständen in unserem Heer, welche die nun zu beginnende Neugliederung 1972 unabdingbar erforderlich machten.

Auch die Einführung von Inspektions- und Instruktionsübungen löste das Problem der Einsatzfähigkeit (Abg. Dr. Mussi: ... eingehend!) und des Zusammenhaltes des aktiven Heeres und der Reserveeinheiten nicht. Durch die Einführung dieser Art von Übungen, während derer der Übende dem Wortlaut des Wehrgesetzes entsprechend gar kein Soldat war, begann eine ungleiche Behandlung der Wehrpflichtigen, die wesentlich mit dazu beitrug, den Unwillen der wehrpflichtigen Jugend zu schüren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kaum 20 Prozent der präsenzdienenden Soldaten wurden zu diesen Inspektions- und Instruktionsübungen herangezogen. Die Reserveeinheiten bestehen, abgesehen von einigen Grenzschutz- und Territorialeinheiten, ja nur auf dem Papier.

Das müssen doch auch Herr Dr. Schleinzer und Herr Dr. Prader zugeben. Von einer Mobilisierungsfähigkeit dieses sogenannten Reserveheeres in der Größenordnung von 120.000 oder 150.000 Mann, wie es der Organisationsplan vorsieht, kann doch überhaupt keine Rede sein. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Und was hat Lütgendorf im Budgetausschuß gesagt? Genau das! Unglaublich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt ... (Abg. Dr. Bauer: Unsere Söhne dienen!) Herr Dr. Bauer! Beruhigen Sie sich ein bissel. Sie tun sich heute sehr vorschnell aufregen. (Abg. Dr. Bauer: Wenn ich Sie sehe, brauche ich mich nicht aufzuregen!) Ich würde mehr auf den Kreislauf achten und ihn weniger strapazieren. (Zustimmung bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Bauer.)

Aber ich verstehe ja (Abg. Dr. Mussi: Nichts verstehen Sie!), und ich bin überzeugt davon, daß dieser Sachverhalt jedem ÖVP-Abgeordneten bekannt war. Aber trotzdem hörte man bis zum April 1970 keinen darüber sprechen, daß er die Befürchtung hege, die Verteidigungsbereitschaft sei zu gering und unsere Nachbarstaaten zweifelten etwa an der Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung. (Zwischenruf des Abg. Marwan-Schlosser.)

Aus einem ganz einfachen Grund, lieber Kollege Marwan-Schlosser: Wichtig in der

Mondl

Vergangenheit war für die ÖVP im Zusammenhang mit dem Bundesheer nur, daß der Wirtschaftsbund die Versorgung und der ÖAAB die Postenbesetzung im Bundesheer regeln konnte. (Anhaltende Zustimmung bei der SPO. — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Dr. Bauer: Fällt Ihnen nichts Besseres ein? — Abg. Dr. Mussil: Das sind aber wirklich plumpe Unterstellungen!) Aber Herr Dr. Mussil! Das wollen Sie zu mir sagen? Was haben denn Sie für Reden hier von diesem Pult gehalten? (Abg. Graf: Großartige! Bessere als Sie!)

Nachdem nun, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, diese zwei Möglichkeiten unter dem derzeitigen Bundesminister nicht mehr in Anspruch genommen werden können, fühlt sich die Österreichische Volkspartei verpflichtet, über eine „Demontage“ des Bundesheeres und ununterbrochen über eine Sicherheitspolitik zu sprechen, die zu demonstrieren man unter ÖVP-Verteidigungsministern in erster Linie dem Kameradschaftsbund überließ. (Abg. Dr. Bauer: Sogar Lütgendorf gehört ihm an! Vorsicht, Mondl!)

Nun zu unserem Verantwortungszeitraum: Der Abgeordnete Tödling und einige andere Redner kritisierten das TV-Pressegespräch des Herrn Bundeskanzlers. Man verwies auf den Regierungsbeschuß vom 11. Mai 1965. In diesem Regierungsbeschuß wird eine Aussage über eine umfassende Landesverteidigung gemacht. Übrigens die zweite Aussage; die erste wurde schon 1961 gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Welche Konsequenzen hat die ÖVP-Regierung (Abg. Dr. Mussil: Die richtigen natürlich!) aus diesem Gesetz gezogen? (Abg. Dr. Mussil: Die richtigen, habe ich gesagt!) Ich frage den Herrn Dr. Prader oder den Herrn Dr. Schleiner: Was haben Sie auf diesem Gebiete getan? Wurde diese umfassende Landesverteidigung geregelt? — Die militärische wurde in der bereits geschilderten Form geregelt. — Ich möchte jetzt nicht auf all diese Dinge eingehen, die heute schon ins Treffen geführt wurden.

Aber nun sprechen sogar der Herr Doktor Ratzenböck und der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser, seines Zeichens Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses, immerhin eine maßgebliche Persönlichkeit in Sachen Landesverteidigung, von einem Berufsheer in der Größenordnung von 15.000 Mann. — Ja, wollen Sie denn ernst genommen werden, wenn Sie auf der einen Seite feststellen, daß 15.000 Mann Berufsheer ausreichen, eine

glaubwürdige Landesverteidigung zu demonstrieren, und auf der anderen Seite sagen, daß unsere Konzeption völlig danebengeht? (Beifall bei der SPO. — Abg. Marwan-Schlosser: Lesen muß man können, und verstehen muß man, was man liest!)

Auf dem Gebiete der zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung fanden wir doch nur kümmerliche Ansätze vor — trotz des ersten Regierungsbeschlusses vom Jahre 1961.

Ich könnte Ihnen, nachdem ich das Vergnügen habe — da kann ich jetzt schon sagen: das zweifelhafte Vergnügen —, mich nicht nur mit der militärischen Landesverteidigung, sondern auch mit der zivilen und mit der geistigen Landesverteidigung zu beschäftigen, nun einen sehr langen Vortrag halten, wie diese anderen drei Säulen der vier Säulen des Gebäudes der umfassenden Landesverteidigung im argen liegen. Da sind ja nicht einmal die Sockel dazu vorhanden!

Der Herr Abgeordnete Tödling bemängelte das Konzept des Landesverteidigungsministers. Nun, Ihr Landesverteidigungsplan, erster und zweiter Teil, der eineinhalb Jahre hindurch — nicht nur in einer einzigen Sitzung des Landesverteidigungsrates, sondern eineinhalb Jahre hindurch — diskutiert wurde, enthält auch nur eine Fülle von Maßnahmen und Erfordernissen, ohne eine einzige Aussage darüber zu treffen, wie man sich die Durchführung eigentlich vorstellt. (Abg. Dr. Prader: Dann haben Sie ihn nicht gelesen!)

Der Bericht vom Jahre 1968, Herr Doktor Prader, ist ja auch nichts anderes als eine Katalogisierung von Möglichkeiten und enthält sehr wenige Tatsachen. (Abg. Dr. Prader: Nur Fakten! — Abg. Dr. Bauer: Sie haben ihn nicht gelesen! — Abg. Deutscher: Was steht denn drinnen?) Aber erinnern Sie sich doch an die Diskussion im Landesverteidigungsamt, dann müssen Sie doch zugeben, daß ... (Abg. Dr. Mussil: Haben Sie ihn gelesen oder nicht?) Sicherlich habe ich ihn gelesen. Wir haben ihn ja diskutiert. Man muß doch zugeben, daß in diesem Bericht nur sehr spärliche Aussagen gemacht werden. (Abg. Anton Schlageter: Herr Abgeordneter Mondl, was steht denn drinnen?)

Und nun zu dem Landesverteidigungsplan erster und zweiter Teil. Bei den Beratungen, die eineinhalb Jahre dauerten, sperrte sich nicht die Sozialistische Partei, sondern die Österreichische Volkspartei, die damals den Minister stellte und die Regierungsverantwortung trug, gegen eine Substantivierung dieses Planes in der Form, daß gegen das Militärleistungsgesetz und gegen das Bevorratungs-

Mondl

gesetz ununterbrochen Sturm gelaufen wurde, sodaß dann nur ein Kraftfahranforderungsgesetz aus dem Militärleistungsgesetz herauskam, von dem Sie doch kaum behaupten wollen, daß das eine Voraussetzung dafür ist, neben der personellen Mobilmachung auch eine materielle Mobilmachung durchzuführen. (Abg. Dr. Prader: Wenn der Soldat keinen Untersatz hat, kann man ihn nicht transportieren!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ein Jahr lang versucht, eine gemeinsame Konzeption zu erarbeiten. Ich bestreite nicht, daß so mancher gute Wille auch bei den Oppositionsparteien vorhanden war. Ich muß sagen: Ich bin besonders der Freiheitlichen Partei dankbar, daß sie sich auf diesem Gebiet so zugänglich gezeigt hat. (Abg. Graf: Das glaube ich, daß Sie ihr dankbar sind!)

Im Juli 1971 wurde die Wehrgesetznovelle von diesem Parlament beschlossen. Es wurden sofort alle Maßnahmen in Angriff genommen, die erforderlich waren und noch sind, um den Übergang zu einer echten milizartigen Struktur unseres Heeres einzuleiten. Wir sind der Meinung, daß diese Struktur die einzige sinnvolle Heeresorganisation ist, die den österreichischen Verhältnissen entspricht.

Herr Dr. Prader richtete heute an uns die Frage, welche Überlegungen der Wehrgesetznovelle zugrunde lagen. Herr Dr. Prader! Dieses Gesetz wurde von diesem Hohen Haus verabschiedet, und diesem Gesetz waren etliche Seiten Erläuternde Bemerkungen beigegeben. In diesen Erläuternden Bemerkungen sind auch die Überlegungen enthalten, von denen wir uns leiten ließen, als wir das Gesetz in dieser Form dem Hohen Haus zur Beschußfassung vorlegten. (Abg. Doktor Mussil: Das ist enorm, Herr Kollege!) Und damit sich keine Irrtümer in der Richtung ergeben, daß wir eventuell keine Vorstellungen gehabt hätten, gestatten Sie mir mit Zustimmung des Herrn Präsidenten, daß ich Ihnen den wichtigsten Teil dieser Erläuternden Bemerkungen vorlese, denn ich glaube, Sie sind bei der Fülle des Nachdenkens, wie Sie dieses Gesetz obstruieren können, nicht dazu gekommen, die Erläuternden Bemerkungen auch tatsächlich zu lesen (Abg. Dr. Bauer: Wir haben nur die Beurteilung des Herrn Bundeskanzlers gehört!), sonst hätten Sie ja heute nicht diese Frage an uns richten können.

„Die Entwicklung im zentraleuropäischen Raum auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Wirtschaft, der Technik und der Gesellschaft, wie sie in den vergangenen 20 Jahren zu beobachten war, erfordert auch

auf dem Gebiete der militärischen Landesverteidigung eine Neuordnung des gesamten Wehrsystems.“ (Abg. Schrotter: Demontage!) „Die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung eingesetzte Bundesheer-Reformkommission hat in ihren verschiedenen Arbeitskreisen viele Probleme angeschnitten und wertvolle Empfehlungen sowie neue Anregungen für die Lösung dieser Probleme gegeben. Aus dem Endbericht dieser Kommission ist ersichtlich, daß die Reform des Bundesheeres, welches in seiner derzeitigen Form nicht mehr den Vorstellungen einer modernen und den spezifisch-österreichischen Gegebenheiten angepaßten Armee entspricht, eine tiefgreifende, nach einer neuen Konzeption ausgerichtete sein muß. Es wird darauf ankommen, unter strikter Beachtung der verfassungsrechtlichen Grundlagen, insbesondere auch des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs, sowie bei nüchterner Beurteilung der Lage auf dem außenpolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gebiet ein Wehrsystem zu schaffen, das für die junge Generation der Gegenwart jene Basis militärischer Landesverteidigung bildet, welche für die Zukunft die Sicherung der Souveränität unseres Staates gewährleistet.“

Ausgehend vom Ministerratsbeschuß vom 11. Mai 1965, welcher die Zielsetzung für den Aufbau der umfassenden Landesverteidigung zum Inhalt hat“ — (Abg. Dr. Prader: Aber es ist ja nichts da, hat der Herr Bundeskanzler gesagt!) — „gilt es, ein Konzept für eine Gesamtraumverteidigung zu verwirklichen, das dem österreichischen Volke eine Verteidigungschance auch gegen einen technisch überlegenen Feind sichtbar werden läßt.“ (Abg. Schrotter: Wo ist das Konzept?) Hören Sie doch zu! Wenn Sie es schon vorher nicht gelesen haben, dann lassen Sie sich doch das bitte jetzt vorlesen! Denn bei der nächsten Diskussion über Verteidigungsprobleme wissen Sie es wieder nicht!

„Von dieser, das gesamte Bundesgebiet einschließenden und somit auf einer echten umfassenden Landesverteidigung beruhenden Zielsetzung ausgehend, ergibt sich ein Umformen der inneren Struktur der militärischen Streitkräfte. Das Wehrsystem enthält gegenüber der bisherigen Organisation insofern eine Kräfteverlagerung, als das Schwergewicht auf die Bildung der Landwehrverbände verlegt wird, die durch einen harten Kern — der Bereitschaftstruppe in der geplanten Stärke von 15.000 Mann — verstärkt, eine bedeutend höhere Abwehrkraft darstellen wird, als sie die gegenwärtige Organisationsform enthält. Die Reform des Bundesheeres kann sich jedoch nicht auf eine organisatorische Umwandlung

Mondl

allein beschränken. Sie muß auch jene Überlegungen und zu treffenden Maßnahmen einschließen, die sich auf die Überprüfung des Auftrages an das Bundesheer im Zusammenhang mit dem Konzept für die Gesamttraumverteidigung und auf die Wehrdienstzeit beziehen. Hiezu sind Voraussetzungen zu schaffen, welche unter anderem Änderungen auf dem Gebiete des Dienst- und Besoldungsrechtes der Militärpersonen, des Ergänzungswesens, des Ausbildungswesens, der Arbeitszeitregelung und der materiellen Vorsorgen für das Bundesheer erforderlich machen. Allen Reformbestrebungen ist die Beachtung des Grundsatzes einer echten Wehrgerichtigkeit zugrunde zu legen; hiezu gehören unter anderem Maßnahmen, welche auf die Einführung eines Wehrersatzdienstes hinzielen.“ (Abg. Dr. Mussil: Aber, Kollege Mondl, das ist ohnehin schon einmal gedruckt worden!)

Warum muß das noch einmal gedruckt werden? Das ist Vergeudung von Staatsausgaben! Herr Dr. Mussil! Ich kann mir vorstellen, daß Sie das nicht interessiert. (Abg. Doktor Mussil: O ja, mich interessiert das schon!) Denn ich kann Ihnen nur eines sagen: Während Ihre Redner leidenschaftlich für den Wehrgedanken und die Wehrfähigkeit eintreten, sind Sie und einige andere bemüht, möglichst viele Leute vom Präsenzdienst freizubekommen, weil Sie da ganz andere Überlegungen haben. (Abg. Dr. Mussil: Hier und da einen!) Ich könnte Ihnen jetzt eine halbe Stunde lang Memoranden vorlesen, die die einzelnen Kammern — sowohl die Wirtschaftskammer als auch die Bauernkammern — an das Bundesministerium für Landesverteidigung übersandt haben, um dort sehr glaubhaft darzustellen (Abg. Dr. Mussil: Unter unerlässlichen Voraussetzungen, Herr Kollege!), daß alle anderen einrücken sollen, nur ihre Leute nicht, denn die würden daheim gebraucht werden. (Abg. Dr. Mussil: Das sind ganz geringe Einzelfälle!)

Ich frage mich nur, wer dann entsprechend dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht tatsächlich den Wehrdienst in Österreich leisten soll. Nur die Lehrbuben, die von irgend einer Lehre nach Hause gehen, sollen ihren Präsenzdienst leisten — Kaufleute, Wirtschaftstreibende und Bauern bleiben zu Hause. (Abg. Dr. Mussil: Jetzt gehen Sie wieder auf die Gewerbetreibenden los!) Nur ein geringer Teil soll für diese Aufgabe herangezogen werden. Das könnte ich Ihnen sehr eindeutig beweisen. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Nicht übertreiben! — Abg. Anton Schlager: Nennen Sie die Namen! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Kollege Schlager, reg dich nicht schon

wieder auf! Was heißt Namen? (Abg. Anton Schlager: Wir sind anständiger wie Sie! Wir nennen keinen Namen! — Abg. Doktor Bauer: Sonst nennen wir einmal Namen!)

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß ich eine Reihe von Resolutionen beziehungsweise Bittschriften der Kammern in meinem Besitz habe, in denen sie dem Bundesministerium für Landesverteidigung mitteilen, daß sie diesen oder jenen Personenkreis aus der Präsenzdienstleistung ausgeklammert sehen wollen. (Abg. Anton Schlager: Das tut man nicht!)

Ich wiederhole: „Allen Reformbestrebungen ist die Beachtung des Grundsatzes einer echten Wehrgerichtigkeit zugrunde zu legen; hiezu gehören unter anderem Maßnahmen, welche auf die Einführung eines Wehrersatzdienstes hinzielen.“

Das sind die wesentlichsten Überlegungen, von denen wir uns leiten ließen, um diese Wehrgesetznovelle zu verabschieden (Abg. Graf: Sie haben nicht alles vorgelesen!), und zwar in der nun vorliegenden Form.

Die tragenden Elemente unseres Heeres werden also die Bereitschaftstruppe und die Landwehr sein. Wie ich bereits den Erläuternden Bemerkungen entnommen habe, soll die Bereitschaftstruppe eine zahlenmäßig begrenzte, aber hochqualifizierte Truppe sein. Die Landwehr soll ein zahlenmäßig starkes, aber gebietsmäßig verankertes Reserveheer sein, das auch tatsächlich in seinen einzelnen Einheiten funktionell ist, nicht nur auf dem Papier besteht und nicht mit Reserveleuten besetzt ist, die seit zehn beziehungsweise 15 Jahren überhaupt keine Truppe mehr gesehen haben und in keinerlei Beziehungen zu dieser Truppe stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu haben wir alle logistischen Voraussetzungen geschaffen. Ich gebe zu, daß diese Umstrukturierungen ein Jahr dauern werden und zu Beginn einige Schwächemomente mit sich bringen werden. Wir können sie aber deshalb mit einem guten Gefühl beginnen, weil nämlich die letzte Umorganisation, die Sie in Angriff genommen haben, in den Jahren 1962/63 begann und bis zum heutigen Tag nie abgeschlossen wurde.

Das hat Sie niemals gestört. Sie, Herr Doktor Prader, sind immer wieder hier in diesem Hohen Hause aufgestanden und haben erklärt, daß diese Konzeption, an die nicht einmal mehr Ihre eigenen Spitzenfunktionäre der Partei glaubten, goldrichtig sei. (Abg. Doktor Prader: Wann habe ich das gesagt?) Daher verstehen wir umso mehr, Herr Dr. Prader, daß

Mondl

Sie heute in einer eineinhalbstündigen Rede versucht haben, den Beweis zu erbringen, daß das, was wir machen, eben schlecht ist. (*Anhaltende Zustimmung bei der SPÖ*. — *Abg. Dr. Prader*: *Wann habe ich das gesagt?* *Wo steht das?* *Sie erzählen immer Schmäh!* *Erzählen Sie keine Märchen!* *Wo steht das?*) Wenn es einen Meister im Märchenerzählen gibt, dann, Herr Dr. Prader, sind es Sie! (*Abg. Dr. Prader*: *Wo steht das?*) Das haben Sie in der Vergangenheit immer prächtig bewiesen (*Abg. Dr. Prader*: *Wo steht das?* *Wann habe ich das gesagt?*), denn Sie haben mit dem Brushton der Überzeugung hier Behauptungen aufgestellt, die völlig aus der Luft gegriffen waren. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ*. — *Abg. Dr. Prader*: *Wann, wo? Wann, wo?*)

Wir haben am 29. November 1971 im Landesverteidigungsrat mit den Beratungen eines Verteidigungskonzeptes und der Heeresorganisation begonnen. Die nächste Sitzung wird am 16. Dezember 1971 stattfinden. (*Abg. Dr. Prader*: *Er weiß nichts, wenn man ihn fragt! Er behauptet nur!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Jetzt hören Sie gut zu: Die Beratungen im Landesverteidigungsrat wurden von allen Mitgliedern mit großer Sachlichkeit geführt. Ich hoffe, daß diese Beratungen, nach der Ankündigung des Herrn Abgeordneten Tödling, die ÖVP sei nun zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit — der Herr Abgeordnete Zeillinger bekundete dies auch seitens der Freiheitlichen Partei Österreichs, die den guten Willen in letzter Zeit auch tatsächlich demonstriert hat —, in absehbarer Zeit einvernehmlich abgeschlossen werden können.

Ich halte es nicht für sehr zielführend, wenn wir uns jetzt hier über diese Themen im Meinungsstreit zerfleischen und dann im stillen Kämmerlein des Landesverteidigungsrates versuchen, das Einvernehmen herzustellen. (*Abg. Dr. Prader*: *Da erfahren wir ja nichts!* *Da müssen wir in die Pressekonferenz gehen!* *In die Pressekonferenz und nicht in den Landesverteidigungsrat!*) Aber, Herr Doktor Prader, was haben wir denn während Ihrer Ministerzeit erfahren? (*Abg. Dr. Prader*: *Alles, was Sie gefragt haben!* — *Abg. Doktor Wirthalm*: *Alles!*) Alles? Wo denn? Da weist Ihr Gehirn große Erinnerungslücken auf! (*Abg. Dr. Wirthalm*: *Da sind wir stundenlang gesessen!*)

Zu der Höhe des Budgetansatzes sei gesagt, daß der Herr Landesverteidigungsminister darüber keine überschäumende Freude geäußert hat. Jedoch erklärte er, daß er im Jahre

1972 damit sein Auslangen finden werde. Daß dieser Betrag dank Ihrer nicht immer sehr nützlichen Einkaufstransaktion nicht unerheblich vorbelastet ist — das haben wir Ihnen bereits im Budgetausschuß bewiesen —, nämlich mit 1 Milliarde Schilling (*Abg. Doktor Prader*: *Das stimmt aber nicht!*), Herr Dr. Prader, ist leider eine betrübliche Tatsache, und das fehlt uns jetzt sehr bei der Realisierung tatsächlich notwendiger Maßnahmen. (*Zustimmung bei der SPÖ*) Auch ein verständlicher Grund, daß Sie sich bemüht gesehen haben, eineinhalb Stunden lang Ihre Regierungszeit zu verteidigen.

Auch wir sind der Meinung, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Diskrepanz in der Besoldung der Präsenzdienner mit freiwillig verlängerter Wehrdienstzeit und der zeitverpflichteten Soldaten beseitigt werden muß. Wir haben eine dementsprechende Erklärung des Bundeskanzlers bereits bei den Verhandlungen zu der Wehrgesetznovelle angeboten, und — wie Sie hören — es sind Verhandlungen im Gange. Man wird sie sicherlich auch erfolgreich abschließen können.

Auch die Problematik des Wehrersatzdienstes muß in allernächster Zeit gelöst werden. Eine dementsprechende Regierungsvorlage wird dem Hohen Haus in nächster Zeit zugehen.

Weiters werden alle die Landesverteidigung betreffenden gesetzlichen Normen in einem Landesverteidigungsgesetz zusammenzufassen sein, um die umfassende Landesverteidigung tatsächlich in den Griff zu bekommen und nicht immer davon zu reden, sie als gegebene Voraussetzung anzunehmen und dann auf diesem Gebiet nichts zu unternehmen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um diese Vorhaben zu bewältigen, werden ernste Beratungen notwendig sein. (*Abg. Dr. Mussil*: *Das glaube ich!*) Ich hoffe nur, daß die Diskussionen in der Zukunft weniger über Personen, mit unsachlichen Emotionen, sondern aus sachlichen Erwägungen heraus geführt werden.

Die Österreichische Volkspartei möge vor allem in Sachen der Landesverteidigung die parteitaktischen Erwägungen fallen lassen und mit uns in echter Bereitschaft zur Zusammenarbeit die schwierigen Aufgaben der Landesverteidigung lösen. (*Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPÖ*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lütgendorf. Bitte, Herr Minister. (*Abg. Dr. Mussil*: *„Lü“ redet wieder!* — *Abg. Dr. Weihes*: *Mussil, ruhig!* — *Heiterkeit*.)

Bundesminister für Landesverteidigung
Lütgendorf: Hohes Haus! Herr Präsident! Bevor ich die an mich gerichteten Fragen beantworte, möchte ich doch mit Nachdruck feststellen, daß es mir völlig fern lag, wenn sich zwei Herren Abgeordnete durch berufsvergleichende Bemerkungen meinerseits vielleicht gekränkt fühlten oder ich Angehörige des Hohen Hauses anläßlich der Plenarsitzung am 2. Dezember durch kurzfristiges Verlassen des Plenums desavouiert haben sollte. Es liegt mir vollkommen fern, demokratische Einrichtungen zu mißachten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Ich darf jetzt auf einige an mich gestellte Fragen zurückkommen. Mehrere Herren Abgeordnete haben Bezug genommen auf die in der Presse etwas sehr stark herausgestellte Behauptung der Offenen Städte. Ich darf hiezu folgendes erklären: Anläßlich eines Pressegesprächs am 6. Dezember, worin ich über die Notwendigkeit der Festlegung einer Verteidigungsdoktrin gesprochen habe, wurde von einem der Teilnehmer an mich die Frage gerichtet, was man im allgemeinen eigentlich unter Verteidigungsdoktrin zu verstehen habe. Hiebei gab ich zum Ausdruck, daß es notwendig ist, daß sich ein jeder Staat, vor allem ein neutraler Staat, ernsthafte Gedanken zu machen hat, in welcher Form und unter welchen Umständen er sein Staatsgebiet, seine Souveränität verteidigt, um die Integrität des Staates zu erhalten. Dazu gehört genauso die Überlegung über Art, Form und Möglichkeit der Luftraumüberwachung, des Luftschatzes über dem Bundesgebiet, als auch Überlegungen, wann und wie lange ein Kampf zu führen ist, ferner Überlegungen, ob eine verantwortungsvolle Bundesregierung, die doch nur das Interesse haben kann, der Bevölkerung in einem Bedrohungsfalle eine Überlebenschance zu bieten, Maßnahmen und Vorbereitungen zu treffen, um ganz besonders menschliche Ballungszentren einem feindlichen Zugriff möglichst zu entziehen, oder welche anderen Maßnahmen zu ergreifen sind, um allfällige Verluste möglichst gering zu halten.

Hier habe ich als ein Beispiel angeführt, daß sich die neutralen Staaten Schweden und Schweiz entschlossen haben, sehr umfangreiche Zivilschutzmaßnahmen zu treffen, um größten Teilen der Bevölkerung in entsprechenden Zivilschutzzäumen weitgehende Sicherheit zu bieten.

Eine andere Möglichkeit wäre zum Beispiel, wie auch in den Genfer Konventionen vorgesehen ist, die Deklarierung des einen oder anderen Ballungszentrums zu einer Offenen Stadt. Dazu darf ich erklären, daß wir

uns im Jahre 1964 und im Auftrage des damaligen Ministers in der Sektion III sehr ernsthaft über dieses Problem unterhalten haben, Untersuchungen angestellt haben und zur Überzeugung gekommen sind, daß nur unter ganz bestimmten Umständen die Möglichkeit besteht, ein größeres Stadtgebiet zu einem offenen zu erklären, vorausgesetzt natürlich, daß auch ein präsumtiver Gegner überhaupt seine Bereitschaft erklärt, diese Erklärung einer Bundesregierung zu akzeptieren und zu respektieren.

Ich habe also weder in diesem Gespräch bereits diktatorisch behauptet, Wien und Salzburg werden zu einer Offenen Stadt erklärt, sondern ich habe nur darauf hingewiesen, daß bei all diesen Überlegungen über eine solche Verteidigungsdoktrin man unter anderem auch daran denken soll und sich dann eben zu einem Entschluß durchringen wird, ob man diese Möglichkeit überhaupt in Rechnung stellen kann oder nicht.

Der Herr Abgeordnete Tödling hat an mich die Frage nach den genauen Zahlen der Durchdiener beziehungsweise jener Wehrpflichtigen gerichtet, die sich zum verlängerten Grundwehrdienst gemeldet haben. Herr Abgeordneter Prader hat mir in dem Zusammenhang vorgeworfen, ich hätte im Budgetausschuß andere Zahlen als der Presse gegenüber genannt. Ich darf hier eine kleine Korrektur insofern vornehmen, als ich der Presse gegenüber erklärt habe, daß die genannten Zahlen die Einjährig-Freiwilligen mit einschließen. Damit aber im Protokoll dieser Sitzung die klaren Zahlen enthalten sind, darf ich sie jetzt noch einmal wiederholen, ergänzt auch durch die neuen Zahlen mit Stichtag 10. Dezember.

Es haben sich am 10. November insgesamt 446 Wehrpflichtige zu einer Ableistung eines achtmonatigen Grundwehrdienstes verpflichtet. Es haben sich 763 für einen verlängerten Grundwehrdienst verpflichtet, und der Stand der Einjährig-Freiwilligen zu diesem Stichtag betrug 484, also jener, die 12 Monate verlängerten Grundwehrdienst leisten.

Der nächste Stichtag war der 10. Dezember. Es handelt sich hier um denselben Personenkreis, da die Wehrpflichtigen, die mit 1. Oktober eingerückt sind, noch nicht in diesen Zahlen enthalten sein können, weil deren Meldungen zum Durchdienen oder für einen verlängerten Grundwehrdienst erst im vierten Monat ihrer Ausbildungszeit angenommen werden.

Wir können feststellen, daß innerhalb dieses einen Monats eine Steigerung von insgesamt 37 Prozent eingetreten ist. Die neuen Zahlen

Bundesminister Lütgendorf

mit Stichtag vom 10. Dezember betragen: Acht-Monat-Durchdiener: 906, über acht Monate freiwillig verlängerter Grundwehrdienst: 904, währenddem die Einjährig-Freiwilligen auf 434 abgesunken sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß immer nach Abschluß des allgemeinen soldatischen Grundausbildungsabschnittes eine starke Selektion an Einjährig-Freiwilligen erfolgt.

Wir haben also, wenn ich nun alle Zahlen zusammennehme, am 10. November 1963 Wehrpflichtige, die über sechs Monate dienen, und mit Stichtag 10. Dezember eine Gesamtzahl von 2244, somit einen Nettozuwachs von 631. Von einem Rückgang der Personalstärken auf diesem Sektor kann daher nicht gesprochen werden.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger stellte an mich die Frage, ob es für verschiedene angeführte militärische Aufgaben vorbereitende Operationspläne gibt. Diese Operationspläne gab es die ganze Zeit seit Bestehen des Bundesheeres, und diese Operationsfälle, und zwar für leicht lösbarer Aufgaben, wie sich der Herr Abgeordnete auszudrücken pflegte, wurden immer im Zuge des Fortschritts der Einsatzbereitschaft beziehungsweise der strukturellen Veränderung des Bundesheeres den jeweiligen neuen Verhältnissen angepaßt.

Hiezu darf ich auch ganz unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß für uns bis heute der Ministerratsbeschuß des 11. Mai 1965, also für den Teil der militärischen Landesverteidigung, natürlich bindend ist genauso wie der darin enthaltene Auftrag.

Ich darf aber nur eines sagen: Am 11. Mai 1965 wurden für die vier Bereiche der umfassenden Landesverteidigung nicht nur der Arbeitsumfang festgelegt, die Kompetenzteilung angeordnet, sondern es wurden auch die Aufträge erteilt. Die einzelnen Bereiche haben die Aufträge erhalten, Mittel hiezu hatten sie bei den vorangegangenen Regierungen nie erhalten. Es wurde auch keine Andeutung gemacht, wie die nun mit den Aufträgen versehenen Ressorts diese Aufträge ohne weitere Unterstützung erfüllen sollten.

Ich darf Ihnen ferner sagen, daß es keinen Bundesverteidigungsplan gibt. Ich habe ja in meinem Bundesheer-Reformplan zum Ausdruck gebracht, daß die Notwendigkeit der Erstellung eines solchen gegeben ist, wobei meinem Ressort lediglich ein Recht der Mitwirkung zufällt und vor allem die ganze Vorbereitung der Unterlagen für den rein militärischen Teil.

Herr Abgeordneter Zeillinger hat außerdem die Frage an mich gerichtet, warum im Jahre 1972 im Rahmen der Inspektionen und In-

struktionen nur 3000 Mann Kaderpersonal vorgesehen ist. Dazu darf ich sagen, daß wir nach unserer Planung rund 45.000 Reservisten im Jahre 1972 zu Inspektionen und Instruktionen einberufen werden und davon 3000 Mann Kader gesonderte Schulung, weil wir hier neue Ausbildungsrichtlinien für die Kaderschulung erproben wollen, um auch für künftige Kaderübungen Erfahrungen sammeln zu können.

Herr Abgeordneter Schleinzer hat im Zusammenhang mit der letzten ORF-Diskussion die Frage an mich gerichtet, ob ich dazu eingeladen war beziehungsweise von derselben Kenntnis erhielt oder ob ich um eine Teilnahme ansuchte. Ich bin nicht hiezu eingeladen gewesen. Es hat mich der Herr Chefredakteur Kreutzer verständigt, daß eine solche Diskussion stattfand. Da es sich aber überhaupt im angesagten Thema um „Lütgendorf“ handelte, hatte ich auch volles Verständnis, daß ich nicht bei einer derartig breiten Diskussion in eigener Sache sprechen soll. (Abg. Doktor W i t h a l m: Herr Minister, Sie wurden nachher verständigt?) Nein, ich wurde zwei Tage vor Abhaltung dieser Diskussion ... (Abg. Dr. W i t h a l m: Sie sagten „stattfand“!) Nein, nein. Zwei Tage vorher wurde ich orientiert, daß diese stattfinden wird. (Abg. Dr. W i t h a l m: Das ist ein großer Unterschied: „stattfindet“ oder „stattfand“!) Zwei Tage vor Abhaltung der Diskussion.

Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer, Sie haben außerdem noch die Frage an mich gerichtet, welcher Auftrag der Wehrgesetznovelle zugrunde liegt. Ich nehme wohl an, daß Sie sich darauf bezogen haben, nachdem Sie vorher gesagt haben, ich hätte mich über eine fehlende Verteidigungsdoktrin beklagt. Es liegt selbstverständlich, solange kein anderer Ministerratsbeschuß vorliegt, jener des 11. Mai 1965 zugrunde, auch für die Wehrgesetznovelle 1971.

Ich gehe vollkommen mit Ihnen konform, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wenn Sie sagen, daß der Bundesheer-Reformplan kein Wehrkonzept darstellt. Das ist richtig, denn der Bundesheer-Reformplan, der sich von dem Ergebnis der Bundesheer-Reformkommission ableitet, bezieht sich dem Inhalt nach in erster Linie auf die Verbesserung der Infrastruktur des Bundesheeres, während man ja unter einem Wehrkonzept die strategische Konzeption versteht. Ich glaube, wir gehen hier in unseren Ansichten vollkommen konform.

Zu meiner vorigen Bemerkung, ob der im Ministerratsbeschuß von 1965 gegebene Auftrag an das Bundesheer weiterhin Gültigkeit hat — der Herr Abgeordneter Peter richtete die Frage an mich —, darf ich hier wieder-

Bundesminister Lütgendorf

holen, daß ich mit meiner vorangegangenen Beantwortung das bereits bestätigte.

Sie haben ferner, sehr geehrter Herr Abgeordneter, mich hinsichtlich einer Neukonzeption operativer Überlegungen in einer sogenannten Gesamtraumverteidigung unter Einbau des gewaltlosen Widerstandes angesprochen und dabei die Frage an mich gerichtet, ob ich damit einverstanden bin. Ich darf Ihnen hiezu sagen, daß ich nach eingehender Beratung mit den zuständigen Organen der Gruppe Operation den Auftrag gegeben habe, die Bedeutung des gewaltlosen Widerstandes in eine Gesamtraumverteidigung mit einzubauen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Doktor Prader! Sie haben hier auf die Diskrepanz beim Personalaufwand und auf den geringen Steigerungsbetrag im Budget 1972 gegenüber dem Budget 1971 hingewiesen. Dazu darf ich sagen, daß die jetzige Bundesregierung bemüht ist, auch im Kapitel Landesverteidigung reale Zahlen darzustellen. Früher fand die Budgetierung des Personalaufwandes auf Grund des Dienstpostenplanes statt, wie Ihnen bekannt ist, während wir jetzt nach der echten Ist-Stärke vorgehen, darüber hinaus aber auch auf Grund der beginnenden Umstrukturierung der Ämter, Stäbe und der Truppe insgesamt eine Reduzierung der Dienstpostengesamtsumme um 600 für das Jahr 1972 vorgenommen haben. Daraus ergibt sich der geringere Steigerungsbetrag.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie werden verstehen, daß mir das Ansuchen des Verbandes der Tapferkeitsmedaillenbesitzer um eine weitere Erhöhung der Zulagen, auch im Zusammenhang stehend mit einer Dynamisierung, selbstverständlich auch am Herzen liegt. Aber da gerade diese Zulagen innerhalb der letzten zehn Jahre um das Vierfache angestiegen sind und damit doch eine ganz bedeutende Belastung des Heeresbudgets darstellen, sehe ich mich für die nächste Zeit außerstande, in positiver Hinsicht hier antragstellend und initiativ zu werden.

Ich muß noch einmal zurückkommen, Herr Abgeordneter Prader, auf Ihre Bemerkung im Zusammenhang mit der mir überreichten Denkschrift, wo Sie behauptet haben, ich hätte Ihnen in der letzten Sitzung des Landesverteidigungsrates eine falsche Auskunft erteilt. Es mag sein, daß wir beide etwas aneinander vorbeigesprochen haben, denn wir haben gerade den Tagesordnungspunkt 4 behandelt, das war nämlich die Heeresgliederung 1972. Bei dieser Gelegenheit stellten Sie an mich die Frage, ob mir vom Generaltruppeninspektor und den Befehlshabern in der letzten Zeit eine Unterlage überreicht worden wäre.

Ich muß noch einmal zum Ausdruck bringen, es wurde mir keine auf die Organisation bezugnehmende Denkschrift übergeben. Diese Denkschrift, welche Sie meinen, ist ein Lagebericht, der nichts mit der Organisation, sondern mit dem gesamten Zustand des Bundesheeres zu tun hat, ein Lagebericht, der mir tatsächlich am 29. Oktober von dem genannten Personenkreis übergeben wurde und den ich auch dann dem Herrn Bundespräsidenten und dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnisnahme weiterreichte. Auf Ersuchen des Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser habe ich eine Ablichtung dieses Situationsberichtes — wenn ich mich nicht ganz irre — am 18. oder am 19. zugeleitet. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser gemeldet. Ich gebe ihm das Wort.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Minister Lütgendorf hat jetzt zwar einige Fragen beantwortet, wenn auch nur sehr oberflächlich. Er hat es so gehalten wie etwa im Budgetausschuß bei der Beratung des Kapitels Landesverteidigung, daß er eine ganze Reihe von konkreten Fragen überhaupt nicht beantwortet und damit gegenüber den Abgeordneten zum Ausdruck gebracht hat, wie unwichtig Fragen sind, die Abgeordnete an den Minister stellen.

Jetzt, bei dieser Beantwortung, hat der Herr Minister viele Themen, die angeklungen sind, überhaupt nicht berührt. Er wurde von unserem Bundesparteiobmann ganz klar gefragt, auf welcher Basis er die Wehrgesetzesnovelle eingebracht hat. Wir haben auf konkrete Fragen, die unser Bundesparteiobmann gestellt hat, keine Antwort erhalten. Ich hoffe, daß sich der Herr Minister heute noch einmal zum Wort meldet und dann klarere Antworten gibt.

So aber, Herr Abgeordneter Mondl, wie Sie gemeint haben, geht es nicht. Der Herr Abgeordnete Mondl stellt sich hier an dieses Rednerpult, verlangt von hier aus eine Zusammenarbeit der Parteien und appelliert am Schluß seiner Rede an uns, wir mögen endlich einmal parteipolitische Überlegungen beiseite stellen und in eine sachliche Diskussion eingehen. Seine eigene Rede aber strotzte vom Anfang bis zum Ende von demagogischen Äußerungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist doch sehr merkwürdig, wenn ein sozialistischer Sprecher heute verlangt, man möge sachlich diskutieren, in dem Augenblick oder nach jener Zeit, wo niemand anderer als Dr. Kreisky drei Mal das Bundesheer in die Wahlkämpfe entscheidend hineingezogen hat:

Marwan-Schlosser

Vor dem 1. März 1970: Sechs Monate sind vollkommen genug; Fachleute haben mir das gesagt.

Vor der Nachwahl am 4. Oktober 1970: Ich höre, Fachleute haben mir gesagt, ein Ausbildungsheer genügt vollkommen für Österreich. — Er stellt damit so unterschwellig in den Vordergrund, sechs Monate und keine Tage darnach, denn ein reines Ausbildungsheer genügt vollkommen. Wir brauchen auch sonst nichts, wir brauchen keine Freiwilligentruppe und nichts.

Und zur Wahl am 10. Oktober 1971 stellt er so einige Tage vor einer Diskussion mit unserem Bundesparteiobermann vor der Jugend hin: Na, ihr Jungen ihr braucht doch 60 Tage nicht zu machen, im besten Fall 30, und vielleicht geht nicht einmal das. — Das konnte man so unterschwellig durchhören.

Und in dieser Situation, wo man das Bundesheer so zerschlägt, stellt sich Mondl her und verlangt, daß man nur sachlich darüber spricht, wo wir ununterbrochen nur die sachlichen Argumente in den Vordergrund stellen und er in seiner Rede nur Demagogik hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun zur Fernsehdiskussion mit den Chefredakteuren: Ich bedauere, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky nicht im Saale ist. Diese Diskussion hat mir eine ganze Kette von Möglichkeiten gegeben, die Person unseres jetzigen Bundeskanzlers zu studieren. Ich gewann den Eindruck, daß sich der Vorsitzende der Diskussionsrunde gegenüber dem Bundeskanzler überhaupt nicht durchsetzen konnte. Dr. Kreisky mißachtete ihn einfach gänzlich.

Ich habe mich oftmals, Hohes Haus, gefragt, wieso seinerzeit die 70 oder 90 Offiziere, als sie von Dr. Kreisky zu einer Aussprache geladen waren, dem Bundeskanzler nicht ganz gehörig ihre Meinung gesagt haben. Ich habe mich auch oft gefragt, warum nicht zumindest einige Generale mit der Faust auf den Tisch geschlagen haben, wenn Dr. Kreisky seine glorreiche „Eisenbahnstrategie für Österreich“ dozierte.

Seit Freitag abend frage ich mich, warum sich selbst Chefredakteure so oft von Doktor Kreisky unterbrechen ließen.

Herr Dr. Kreisky hat offenbar die Fähigkeit der Selbsthypnose. Er lädt Fachleute zur Diskussion, läßt diese nicht reden, er redet sie nieder, und weil sie ihm höflich zuhören, glaubt Dr. Kreisky, daß seine Meinung doch die richtige sei, weil doch die anderen geschwiegen, also zugestimmt haben.

Hohes Haus! Einige Worte zu Nationalrat Czernetz, zu seiner Ausführung vom 9. Dezember.

Erstens zur Aufklärung: Die allgemeine Bundesdienstpflicht wurde am 1. April 1936 in Österreich eingeführt.

Zum zweiten: Herr Abgeordneter Czernetz hat wieder gesagt: Na ja, das Bundesheer hat ja 1938 nicht gekämpft. Ich habe schon voriges Jahr bei der Budgetdebatte erklärt, das Bundesheer hätte gekämpft, wenn der politische Auftrag erteilt worden wäre.

Aber es geht dem Herrn Abgeordneten Czernetz und der Sozialistischen Partei gar nicht darum, nur zu sagen, sie haben nicht gekämpft, denn man sagt ja unterschwellig wieder: Wenn das Bundesheer damals nicht gekämpft hat, wozu brauchen wir heute das Bundesheer, es wird ja auch wieder nicht kämpfen. Das muß man leider solchen Aufführungen entnehmen. (Abg. Gratz: Das ist eine vorsätzlich falsche Interpretation!)

Ich muß so interpretieren, wie ich die Worte zu verstehen in der Lage bin, wenn sie ein Czernetz ausspricht und die Sozialistische Partei sie ununterbrochen in dieser Form sagt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Wenn es vorsätzlich wäre, wäre es ja beleidigend!)

Und dann behauptete Abgeordneter Czernetz, daß heute die aktiven Truppen plus die Reservetruppen nicht mehr, aber auch nicht weniger einsatzfähig sind als vor zwei Jahren. Das stimmt nicht!

Es ist richtig, Herr Minister, daß Sie mir dieses Memorandum der vier Befehlshaber und des Generaltruppeninspektors zugemittelt haben, mit Datum vom 6. Dezember, abgestempelt bei der Post am 9. Dezember, eingegangen bei mir am Freitag, dem 10. Dezember. Ich habe es erst nach Rückkehr aus dem Parlament erhalten.

Herr Minister Lütgendorf! Sie haben damals auf meine Frage, ob es vorliegt, gesagt: Ja, aber in diesem Memorandum seien Ihrer Beurteilung nach keine neuen Aspekte enthalten. So Sie wörtlich.

Herr Minister! Ich habe dieses Memorandum gelesen. Im Begleitschreiben steht der Satz, „daß die politischen Mandatare einer Information über die Lage bedürfen“.

Herr Minister! Zwei Sätze möchte ich hier nur zitieren. Das ganze Schreiben werden wir, ich hoffe, einer Behandlung unterziehen können. Aber zwei Sätze glaube ich dem Hohen Haus heute bereits verlesen zu müssen.

Der erste Satz lautet: „Die bisherige Einsatzbereitschaft ging weitgehend verloren.“

Marwan-Schlosser

Schon jetzt könnte das Heer im Falle einer Krise nicht mehr in der Weise aufgeboten werden, wie das im Jahre 1968 noch der Fall war."

Zweitens: „Es scheint daher dringend geboten, daß sich die Staatsführung mit dieser schwierigen Lage eingehend befaßt und sehr bald wirksame Maßnahmen zur Verbesserung dieser Lage durchführt.“

Hohes Haus! Ich bin mir dessen bewußt, daß ich als Obmann des Verteidigungsausschusses dieses Schreiben nicht in Behandlung ziehen kann. Ich darf aber den Herrn Minister auffordern, dieses Memorandum als Bericht der Bundesregierung dem Hohen Haus vorzulegen, sodaß sich der Verteidigungsausschuß mit diesem Memorandum befassen kann.

Herr Minister! Ich möchte dieses Memorandum nicht so bagatellisieren, wie Sie es getan haben. Immerhin stehen die Unterschriften von vier Befehlshabern, nämlich der Generale Mader, Bach, Reichel, Obermeier und des Generaltruppeninspektors Seitz auf diesem Dokument.

Herr Minister! Ich habe Sie mit meinen Kollegen auch gefragt, wie Sie zu dem Brief der 1700 Stellung nehmen. Sie haben uns eine Antwort gegeben, sie war völlig ungenügend. Ich glaube, Sie haben auch den Wert dieses Papiers, in dem 1700 — hat es ursprünglich geheißen, zum Schluß waren es rund 2000 — Offiziere an Sie appelliert haben, weitgehend bagatellisiert.

Sie haben dann, Herr Minister, ungeschicktweise das Wort vom Nichtgeneralstäbler in die Diskussion geworfen. Ich erinnere Sie an einen Lehrsatz: Ein Generalstäbler hat mehr zu sein als zu scheinen. Sie werden verstehen, daß ich damit zu einer Stellungnahme aufgefordert worden bin.

Herr Minister! Ich habe damals vor Vertretern der Garnison in Wiener Neustadt, dem Kameradschaftsbund gegenüber, auch vor Vertretern der Offiziersgesellschaft, als Sie die Vorlage 350 der Beilagen ins Haus gebracht haben, die öffentliche Aufforderung an Sie gerichtet, Sie mögen zurücktreten. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, daß ein Generalstabsoffizier beziehungsweise ein Brigadier in Ministerfunktion eine solche Vorlage in das Haus bringen konnte. Ich habe Ihnen damals bereits gesagt, daß diese Vorlage nichts anderes ist als die Einbegleitung der Demontage des Bundesheeres.

Und wenn auch Sie, Herr Minister, heute während der ganzen Diskussion gehört haben, wie die SPÖ immer wieder erklärt hat, es

wäre nicht so weit, so ist es doch von Ihren eigenen Kameraden festgelegt und festgehalten, wie das Bundesheer nach wenigen Monaten des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits aussieht.

Der Herr Abgeordnete Mondl kommt heute und sagt, wir sollen doch mitarbeiten, wir hätten mitarbeiten müssen.

Ja, wir haben mitgearbeitet! Aber diese Gesetzesvorlage, Mondl, noch mit zu verantworten, das war unmöglich — es hat unser Bundesparteibeamte die Gründe heute noch einmal dargelegt —, weil wir die Forderung gestellt haben: Mindestens 15.000 Mann Bereitschaftstruppe und darüber hinaus das Einschleifen der Gehälter. (Abg. Mondl: Kollege Marwan! Es sind doch 90 Prozent eurer Abänderungsanträge in der Wehrgesetzesnovelle sozusagen eingebaut!) Aber die wichtigsten Punkte, Herr Abgeordneter Mondl, nicht. Wir sind nicht dafür zu haben, daß ein verteidigungsmäßiges Vakuum in Österreich entsteht, wie es jetzt entstanden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun ein offenes Wort zu diesem Konzept mit den 43 Punkten, das uns vorgelegt wurde. Herr Minister! Es wurde Ihnen ja bereits mehrfach gesagt, daß das lediglich eine Überschriftensammlung ist. Das hätte man wirklich nicht so lange geheimzuhalten brauchen, und es ist ja jetzt der Phantasie eines jeden einzelnen überlassen, was er sich unter der einen oder anderen Überschrift vorstellt, von nichts bis zu allem. Es wird jetzt daher notwendig sein, daß nach dieser Veröffentlichung der Überschriften auch das Fleisch, nämlich ein lebendiger Text, dazukommt, damit wir endlich erfahren können, wie Sie sich das Ganze vorstellen.

Herr Minister! Ich frage Sie: Werden Sie die Ausarbeitung der Texte für diese 43 Punkte Ihres sogenannten Konzepts auch wieder im Alleingang machen, oder haben Sie bereits jetzt den Generalstab beauftragt, in Arbeitsgruppen diese Texte, die Zielvorstellungen, die Grundlagenforschungen auszuarbeiten?

Ich habe noch etwas gehört, Herr Minister — vielleicht ist es so nicht ganz richtig, wie man es mir dargestellt hat —: Sie hätten auch den Organisationsplan im Alleingang skizziert, und Sie hätten diesen Organisationsplan den Befehlshabern mit dem Hinweis vorgelegt: So ist er, so sieht er aus, und daran hat niemand mehr etwas zu rühren, das ist von mir aus so erledigt.

Herr Minister! Ich kann es mir nicht vorstellen, daß man nicht einmal die Befehlshaber befragt hätte, die dann nach dieser Umorganisation in Bereitschaftstruppen und in Aus-

Marwan-Schlosser

bildungstruppen die eigentliche Verantwortung tragen müssen. Daß man nicht einmal diese Befehlshaber befragt hätte, kann ich mir einfach nicht vorstellen.

Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen; es werden sich wahrscheinlich noch einige Redner melden. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß wir zur Formulierung des Auftrages an das Bundesheer schon mehrfach Anträge gestellt haben.

Unsere Bundesregierung hat bereits am 5. Oktober 1966 mit 203 der Beilagen die Neufassung des Artikels 79 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz vorgeschlagen. Der damalige Zentralsekretär der SPO Probst erklärte jedoch hier im Parlament: Einer Änderung der Verfassung stimmen wir Sozialisten in diesem Punkt nicht zu, denn wer weiß, welcher Vorteil für die Österreichische Volkspartei hier dahintersteckt.

Wir haben von unserer Seite aus am 1. März 1970 mit Dr. Prader noch einmal einen Initiativantrag eingebracht und gefordert, daß diese Auftragerteilung klar formuliert wird, denn die alte Fassung: Verteidigung der Republik an den Grenzen, ist überholt. Wir haben beantragt, man möge sie abändern und sagen: Dem Bundesheer obliegt der militärische Schutz der Unverletzlichkeit des Bundesgebietes, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität der Republik.

Auch in dieser Sache ist die sozialistische Fraktion nicht bereit gewesen, eine Gesetzesänderung vorzunehmen und damit Klarheit zu schaffen für die Auftragerteilung an unser Bundesheer.

Nun einige Worte zu der Frage Einsatztruppen, Bereitschaftstruppen, warum wir so darauf bestehen. Herr Minister! Sie wissen ganz genau: Eine Mobilmachung ist völlig unmöglich, wenn nicht ein „Druckknopfheer“ bereitsteht, wenn nicht Bereitschaftsverbände dastehen, die diese Mobilmachung sichern. Ohne Bereitschaftsverbände ist eine Mobilmachung so gut wie unmöglich. Wenn die sozialistische Fraktion jetzt darauf besteht, mit Schwerpunkt auf die Landwehr zu gehen, also auf das Mobheer, dann muß ich fragen: Wie soll diese Mobilmachung vor sich gehen, wenn nicht eine Einsatztruppe da ist, die diese Mobilmachung sichern kann?

Hohes Haus! Da mich Mondl angesprochen hat, möchte ich zur Frage Berufsheer kurz Stellung nehmen. Ich habe immer von einer Freiwilligenarmee gesprochen und niemals von einem Berufsheer. Dieses Freiwilligenheer haben wir jetzt bereits gesetzlich mit der Bereitschaftstruppe von 15.000 Mann.

Minister Freihsler hat allerdings in seinem Kapitel „Grundlagen für die zu schaffende Neutralitätsschutztruppe“ wörtlich schriftlich befohlen: „Der Begriff Berufsheer darf nicht erwähnt werden“. Er sagte aber, daß die Soldaten in der Neutralitätsschutztruppe drei Jahre dienen sollen.

Es ist nun Überlegungs- und Geschmacksache, ob man solche Soldaten „Freiwillige“ oder „Berufssoldaten“ nennen mag.

Man kann ein Berufsheer ablehnen, aber die Diskussion darüber kann man nicht verbieten. Es ist Tatsache, daß es in England ein Berufsheer gibt, daß die USA ihre Streitkräfte zu einem Berufsheer reformieren, daß in der Deutschen Bundesrepublik an einer Berufsheerstudie gearbeitet wird.

Ich mache also keinem Österreicher daraus einen Vorwurf, wenn er sich angesichts des Dilemmas, in das unser Bundesheer als Folge der Wehrgesetznovelle, welche von der SPO und der FPO beschlossen worden ist, geraten ist, besorgte Gedanken macht.

Natürlich spannt sich der Diskussionsbogen, der aufgerissen wurde, von „Löst das Bundesheer auf!“ bis zur Forderung „Macht ein Berufsheer daraus!“

Ich habe mich persönlich so geäußert, daß ich eine Bereitschaftstruppe in der Stärke von 30.000 Mann mit dreijähriger freiwilliger Dienstverpflichtung für richtig halte. Die Zahl von 15.000 Mann ist nur auf Befehl Minister Freihslers entstanden. Die Arbeitsausschüsse der Bundesheer-Reformkommission Operation und Organisation haben vorher 25.000 bis 30.000 Mann als notwendig erarbeitet.

Meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei! Das jetzt gültige Dualsystem von Freiwilligenheer und Ausbildungsheer hat jene Mängel, die Sie einst kritisiert haben, in verstärktem Ausmaß. Der Leerlauf ist, auf die Dienstzeit umgelegt, größer, die Zahl der unnötig ausgebildeten Reservisten bleibt die gleiche, die meisten Reservisten werden ebenso nicht für ihre Mob-Verwendung ausgebildet wie vordem, nur ihre Ausbildung ist schlechter.

Und wenn hier das Wort vom Kanonenfutter mehrfach gefallen ist, dann erinnere ich daran, daß dieses einem Papier entstammt, das Herr Generaltruppeninspektor Fussenegger im Auftrage der mitberatenden Offiziere am letzten Tag der Bundesheer-Reformkommission der Bundesregierung und dem Parlament vorgelegt hat, und dort wortwörtlich drinnensteht: Bei nur sechsmonatiger Dienstzeit ohne flankierende Maßnahmen ist das ein Kanonenfutter.

Marwan-Schlosser

Es wird daher im Zusammenhang mit dem Aufbau und dem Ausbau des Freiwilligenheeres, der Bereitschaftstruppe also, der Tag kommen, an dem man sich wird überlegen müssen, ob und wie die allgemeine Wehrpflicht zu einer allgemeinen Dienstpflicht umzustrukturen ist, um die bisher fehlenden Hilfspolizisten, Sicherungssoldaten, technischen Helfer, Zivilschutzmänner, Sanitäter, Kriegsfeuerwehren und vieles andere auszubilden und aufzustellen.

Hohes Haus! Ich darf, zum Schlusse kommand, allen unseren Jungen, die trotz des sicher oftmals mißzuverstehenden Ringens vor der Öffentlichkeit ihre soldatischen Pflichten erfüllen, recht herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Anläßlich der Kontaktgespräche, die während jeder Sitzung hier im Hause zwischen Abgeordneten und Soldaten geführt werden, kann ich immer wieder feststellen, daß der Geist, der in unserer Jugend lebt, außerordentlich gut ist.

Ich danke auch dem Kaderpersonal des Bundesheeres für seine pflichtbewußte Haltung. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir eines Tages doch noch dazu kommen, daß nach dem Aufbau einer klaren geistigen Landesverteidigung auch die militärische Landesverteidigung wieder jenes Ansehen genießen wird, das sie benötigt, um ihre Aufgaben für Österreich erfüllen zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Suppan.

Abgeordneter **Suppan** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Sie setzen die Taktik des Schweigens fort. Sie nehmen zwar nach einer sechseinhalbständigen Debatte für sich in Anspruch, 22 Minuten auf wesentliche Fragen der Abgeordneten zu antworten, sagen in diesen 22 Minuten aber nichts aus. Ich verstehe schon, Herr Bundesminister, daß Sie sich vielleicht im Kreise von Journalisten wohlfühlen (Ruf bei der ÖVP: Auch nicht!) als hier im Parlament, daß Sie dort mehr reden als hier im Parlament. Aber, Herr Bundesminister, nehmen Sie zur Kenntnis — ich habe Ihnen das schon einmal gesagt, Ihr Grundsatz ist, Sie geben nicht auf —: Unser Grundsatz ist ebenfalls: Wir geben nicht auf!, und wenn es heute auch eine militärische Nachtübung wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Ich möchte mich zuerst mit den Ausführungen der Redner der Regierungspartei kurz beschäftigen. Ich glaube, würde es nicht einen Georg Prader geben, dann hätte heute ein Kollege Troll, ein Kollege Mondl

und ein Kollege Blecha hier viel weniger auszusagen gehabt. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Für einen Nichtgeneralstäbler und für einen, der mit den militärischen Dingen vielleicht nicht so verhaftet ist, der nur ein einfacher Abgeordneter, ein vom Volk gewählter Abgeordneter ist, hätte sich heute die Möglichkeit eröffnet, hier im Hohen Haus aus dem Munde der Regierungspartei zu erfahren, wie das Konzept aussieht, wie es weiter geht.

Aber man blickt zurück. Der Herr Abgeordnete Mondl hat sogar die Erläuternden Bemerkungen der Regierungsvorlage zur Wehrgesetznovelle 1971 hier des langen und breiten verlesen. Der Herr Abgeordnete Mondl hat sich hier auch zur Behauptung verstiegen, die Umgliederung des Jahres 1962, die, wie wir gehört haben, einstimmig erfolgt ist, hätte die Verteidigungskraft des österreichischen Bundesheeres nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Es erhebt sich nun für uns, die wir damals im Jahre 1962 diesem Hause als Abgeordnete noch nicht angehört haben, die Frage, warum denn eigentlich die sozialistischen Regierungsmitglieder und warum die sozialistischen Abgeordneten der damaligen Zeit dieser Umgliederung zugestimmt haben.

Der Herr Abgeordnete Blecha dürfte bei seiner Konzeption einen Konzeptionsfehler gehabt haben. Er hat nämlich erklärt, das Konzept für die Landesverteidigung konnte durch Verzögerung nicht vorgelegt werden.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Blecha in Erinnerung rufen, daß anläßlich der Nationalratswahl 1970 elf junge sozialistische Abgeordnete feierlich vor der Öffentlichkeit und vor den jungen Österreichern erklärt haben, wenn sie in dieses Parlament gewählt würden, dann würde es ihre erste Aufgabe sein, dafür einzutreten, daß die Wehrdienstzeit auf sechs Monate verkürzt wird. (Zwischenrufe.)

Anläßlich einer Sitzung des Landesverteidigungsausschusses mußten wir dem Abgeordneten Blecha in Erinnerung rufen, was mit seinem Antrag ist. Als dieser Antrag endlich auf der Tagesordnung des Landesverteidigungsausschusses landete, hat der Herr Abgeordnete Blecha diesen Antrag in Ruhestellung versetzt, das heißt, er hat beantragt, ihn nicht zu behandeln. Also da ist ein bissel ein Konzeptionsfehler vorhanden.

Ich möchte dem Abgeordneten Blecha, wenn er vielleicht unterschwellig behauptet, eine Verzögerung sei eingetreten, doch in Erinnerung rufen, daß die Regierungsvorlage — ich glaube, sie hatte die Nummer 350 der Beilagen — schon im März des Jahres 1971 ins

Suppan

Haus gekommen ist und daß wir erst am 15. Mai 1971 mit diesen Verhandlungen begonnen haben. Man müßte eigentlich annehmen, daß zu diesem Zeitpunkt bereits das sozialistische Wehrkonzept vorhanden gewesen wäre, aber nach den Ausführungen des Kollegen Blecha hat es dieses Konzept anscheinend noch nicht gegeben.

Dann noch eine Feststellung zu den Ausführungen des Kollegen Blecha. Mich würde es interessieren, wer den Herrn Bundeskanzler nun wirklich informiert hat, daß die 60 Tage nicht zu machen sind. Der Abgeordnete Blecha hat von dieser Stelle aus erklärt, daß es der Generaltruppeninspektor Fussenegger gewesen sei. Ich kann das nicht überprüfen.

Ich stelle nur fest: Zum Zeitpunkt, als wir über die 60 Tage Truppenübungen gesprochen haben, hat sich der Generaltruppeninspektor Fussenegger schon fast ein halbes Jahr im Ruhestand befunden. Ich möchte nun wirklich geklärt haben, von wem dieser Ausspruch stammt.

Da der Abgeordnete Blecha sehr viel zitiert hat, darf ich mit Einverständnis des Herrn Präsidenten ebenfalls etwas zitieren, nämlich ein Rundfunk-Interview vom 20. Februar 1971. Es ist nicht sehr alten Ursprungs, sondern aus der Zeit unmittelbar vor der Nationalratswahl, gemacht vom Herrn Jürgen Jungwirth mit dem Verteidigungsminister der Deutschen Bundesrepublik Helmut Schmidt; Sie wissen, er hat sich damals anlässlich der Nationalratswahl in Österreich aufgehalten.

Ich werde das ganze Interview sicherlich nicht verlesen; aber auf die Frage, wie es mit der Wehrdienstzeitverkürzung in Deutschland stehe, antwortete der Minister Schmidt:

„Auf die Dauer glaube ich, daß moderne Armeen ohne einen erheblichen Prozentsatz von längerdienden Berufssoldaten nicht auskommen können. Die Waffensysteme werden so kompliziert, daß ich sie weder mit einem 18 Monate dienenden Wehrpflichtigen noch mit einem 16 oder 15 Monate dienenden Wehrpflichtigen, schon gar nicht mit einem neun oder sechs Monate dienenden Wehrpflichtigen vollgültig bedienen kann.“

Er sagt dann weiter unter anderem: „... wobei es mir im Augenblick auf die Dauer gesehen nicht wichtig erscheint, ob 16 oder 15; je kürzer die Wehrpflichtdauer ist, desto mehr Geld muß ich ausgeben für die Längerdienden, für die Berufssoldaten, denn umso mehr Berufssoldaten brauche ich.“

Der Herr Verteidigungsminister Schmidt erklärt nun auf die Frage, ob die Wehrdienstzeitverkürzungsdiskussion auch auf die Ver-

teidigungspolitik der Bundesrepublik einen Einfluß haben werde, wörtlich:

„Bisher können wir noch nicht genau erkennen, wohin die österreichische Debatte führt und welche Konsequenzen tatsächlich gezogen werden, das ist für mich einstweilen noch nicht ganz scharf zu erkennen. Aber ganz sicher ist, daß Veränderungen in der Verteidigungs- konzeption Österreichs, genau wie in der Schweiz oder Schwedens, uns zu sorgfältiger Analyse bewegen müssen, ob damit auch für unsere Verteidigungsvoraussetzung sich etwas ändert, daran habe ich gar keinen Zweifel, daß wir das sehr sorgfältig analysieren müssen.“

Das möchte ich zu den Ausführungen des Kollegen Blecha ebenfalls zitiert haben.

Hohes Haus! Anschließend an das Interview mit dem deutschen Verteidigungsminister, in dem er eben erklärt, daß Geld, Geld und nochmals Geld erforderlich ist, möchte ich feststellen, daß der derzeitige Verteidigungsminister Lütgendorf die Chance für das österreichische Bundesheer nicht genutzt hat — ich glaube, er hätte diese Chance gehabt —, anlässlich der Budgeterstellung für das Jahr 1972 jene Geldmittel aufzubringen oder im Budget sicherzustellen, die er sich immer als Traumgrenze vorgestellt hat.

Der Herr Bundesminister hat immer — nicht hier im Haus, sondern immer bei Interviews und anderen Gelegenheiten — von 7 Milliarden gesprochen, die für das Bundesheer erforderlich wären. Wir stellen fest, Herr Bundesminister, daß wir zwar eine Steigerung im Kapitel Landesverteidigung aufweisen, wir sehen aber ebenso, daß der Anteil des Heeresbudgets am Gesamtbudget von 3,7 Prozent auf 3,6 Prozent gesunken ist.

Nun komme ich zur Wehrreform. Für den uneingeweihten Staatsbürger drängt sich doch der Eindruck auf, daß die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate keine echte Wehrreform darstellt. Der uneingeweihte Staatsbürger hat den Eindruck, daß es lediglich darum gegangen ist, ein sozialistisches Wahlversprechen gegenüber der österreichischen Jugend zu realisieren. Wir sehen ja jetzt aus den Beratungen und aus den verschiedenen Aussagen, daß überhaupt keine Konzeption vorgelegen ist.

Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie persönlich tragen durch Ihr Verhalten ebenfalls nicht dazu bei, daß sich auf diesem Sektor vielleicht eine Beruhigung ergeben würde. Der uneingeweihte Staatsbürger hat das Gefühl, daß mit dieser Verkürzung der Wehrdienstzeit die erste Stufe der Nenning-Doktrin, nämlich Auflösung des Bundesheeres, nun erfüllt sei.

Suppan

Die zweite Stufe besteht in der Demokratisierungswelle. Herr Bundesminister! Ich war erschüttert, als ich Ihre Aussagen im Finanz- und Budgetausschuß gehört habe, wo Sie sich mit dem Schreiben der Jugend, das die Wehrpflichtigen auffordert, Vorkommnisse in der Kaserne zu melden, identifiziert haben.

Herr Bundesminister! Damit haben Sie dem ganzen Bundesheer einen schlechten Dienst erwiesen. Sie fordern die jungen Österreicher auf, Spitzeldienste zu betreiben! Das machen Sie als sogenannter Fachminister, als Angehöriger dieses Ressorts. (Abg. Skritek: Was Sie daherreden!) Ich war, wie gesagt, äußerst erschüttert, als Sie sich damit identifiziert haben. Der Abgeordnete Schieder ist heute nicht anwesend. Der hat dann auch eine derartige Äußerung im Finanz- und Budgetausschuß gemacht.

Herr Bundesminister! Mit dieser Feststellung haben Sie das gesamte Kaderpersonal des Bundesheeres beleidigt. Sie haben den Verdacht zugelassen, daß es sich bei diesen Menschen um die sogenannten Schleifer Platzecks handelt, daß es sich bei diesen Menschen um Rechtsbrecher handelt. Sie hätten sich meiner Meinung nach als Ressortminister und, ich glaube, auch auf Grund der Meinung vieler Österreicher schützend vor Ihr Kaderpersonal stellen sollen. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Skritek.)

Nun zu einer Ankündigung, die in der Öffentlichkeit mit großer Spannung erwartet wurde, zur Offnung Ihres Panzerschrankes. Herr Bundesminister! Ich bin kein militärischer Experte, aber ich bin der Meinung, mit der Offnung Ihres Panzerschrankes hat die Aktion Feierabend für das Bundesheer begonnen. (Beifall bei der ÖVP.) Sie schrecken nicht davor zurück, der Presse gegenüber von einem Verteidigungskonzept zu sprechen, Sie sprechen nach dem Muster „Emmentaler Käse“. Sie sind sich aber gar nicht bewußt, daß Sie die Öffentlichkeit in Österreich mit solchen unqualifizierten Ausdrücken schockieren, daß Sie dieser österreichischen Bevölkerung das Sicherheitsgefühl völlig nehmen, wenn erklärt wird: Wir werden uns nur fallweise verteidigen!, wir werden uns nicht an der Grenze verteidigen!, und so weiter.

Herr Bundesminister! Für weite Teile der österreichischen Bevölkerung ist der § 2 des Wehrgesetzes noch immer gültig, und ich interpretiere diesen § 2 als Auftrag an das Bundesheer. Unter „Zweck des Bundesheeres“ heißt es, daß das Bundesheer zum Schutz der Grenzen der Republik, zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im

Inneren und zur Hilfeleistung bei Elementareignissen bestimmt ist.

Herr Bundesminister! Machen Sie eine Meinungsumfrage in Österreich: Ich bin überzeugt, viele oder der überwiegende Teil der Österreicher wird Ihnen zur Antwort geben, daß eigentlich die Meinung vertreten wird, daß das österreichische Bundesheer zum Schutz der Grenzen vorhanden sei. Sie reden nun ganz etwas anderes, und Sie erwarten von der Öffentlichkeit, daß sie Ihren militärischen Überlegungen folgen soll.

Und nun, Herr Bundesminister — ich möchte mich jedenfalls kurz fassen —, möchte ich zu Ihrem Lieblingsthema kommen. Wir haben schon im Finanz- und Budgetausschuß darüber gesprochen. Ihr Lieblingsthema: das „Spiegel“-Interview vom Juni 1971. Sie wissen schon: Damals haben Sie, obwohl wir gerade in dieser Zeit die Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß durchgeführt haben, wo Sie sich damals ebenfalls durch über großes Schweigen ausgezeichnet haben, dem „Spiegel“ ein Interview gegeben und haben erklärt, Österreich hätte zu viele Generale. Damals haben Sie erklärt — im Juni 1971 —, es werden heuer noch mehr als 50, aber weniger als 100 Generale in den Ruhestand versetzt werden.

Nun, Herr Bundesminister, einem Abgeordneten steht ja nur der Dienstpostenplan zur Verfügung. Von Ihnen persönlich bekommt man ja keine Auskunft. Auch vom Herrn Staatssekretär, der dann im Finanzausschuß den Dienstpostenplan zu vertreten gehabt hat, haben wir keine Auskunft bekommen, weil das anscheinend militärische Geheimnisse sind.

Herr Bundesminister! Wie schaut es mit Ihrem Lieblingsthema Generale tatsächlich aus? Wir haben im Jahre 1971 sechs Militärpersonele der Dienstklasse IX gehabt und haben im Jahre 1972 fünf. Wir haben im Jahre 1971 73 Militärpersonele der Dienstklasse VIII, sprich Brigadiere; wir haben im Jahre 1972 84 solcher Dienstposten. Wir haben im Jahre 1971 284 Posten der Dienstklasse VII, also Oberste, und haben im Jahre 1972 289 solcher Dienstposten.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wo ist Ihre Ankündigung geblieben? Im Finanz- und Budgetausschuß haben Sie erklärt: Zwei werden heuer freiwillig in Pension gehen.

Und wie ist es denn mit der freiwilligen Pensionierung? Sie sind selbst öffentlich Bediensteter. Ich habe Sie gefragt: Wie werden Sie das machen? Sie haben erklärt: Die physische Leistungskraft einiger Herren hat schon sehr nachgelassen, man kann diese Herren nur bitten, in Pension zu gehen. Ja, Herr Bundesminister, ich hoffe nicht, daß Sie hier

Nationalrat XIII. GP — 12. Sitzung — 13. Dezember 1971

847

Suppan

die Bestimmungen der Dienstpragmatik mißachten werden. Ich habe an Sie die Frage gerichtet: Werden Sie diese Herren zum Amtsarzt schicken? Da haben Sie erklärt, Sie würden sich davor hüten.

Das, Herr Bundesminister, ist Ihr Lieblingsthema Generale. Beim Interview haben Sie von 90 Generalen gesprochen, jetzt schreibt der „Kurier“, Sie hätten nur 44 Generale. Ich frage Sie: Wer soll sich hier noch auskennen? Wo kann man sich informieren: Kann man sich bei Ihnen informieren? Soll man sich bei der Presse informieren? Oder soll man sich bei der Frau Wawra informieren, wie viele Dienstposten Sie besetzt haben? (Abg. P a y: Beim ÖVP-Pressedienst!)

Herr Bundesminister! Ich habe ebenfalls im Finanz- und Budgetausschuß aufgezeigt, daß die Zahl der Dienstposten für H 1 vermehrt worden sind. Für H 2 — sprich Truppenoffiziere — haben wir ebenfalls eine Vermehrung. Bei H 3 haben wir bereits eine Verringerung um 42 und bei H 4 eine solche um 706 Dienstposten. So schaut Ihre Reform des Bundesheeres aus. So schaut Ihr verringelter Dienstpostenstand bei den Generalen aus. Sparen tun Sie unten bei den Truppenunteroffizieren und unten bei den Truppenoffizieren.

Herr Bundesminister! Sie haben im Finanzausschuß — auch wieder Ihrer Taktik gemäß — auch über Ihre groß angekündigte Heeresdienstzulage geschwiegen. Ich habe Ihnen damals erklärt: Es wird mir als Gewerkschaffter nicht schwer fallen, diese Unterlagen zu beschaffen. Ich habe sie mir beschafft. Ich muß aber jetzt einen Widerspruch feststellen. Sie haben im Finanzausschuß erklärt, Ihre Variante 3, auf der Sie beharren — über die aber niemand mehr verhandelt, denn das Bundeskanzleramt hat ganz andere Vorschläge —, reicht von 800 bis 1000 S, aber umgekehrt, haben Sie gesagt: Der Kleine bekommt 1000 und der Große 800 S. Ich habe Ihre Vorschläge hier. Herr Bundesminister! Die Realität schaut wieder anders aus. Sie haben uns wieder falsch informiert. Ich weiß nicht, wissentlich falsch, oder ist das einfach Ihre Taktik zu glauben, einen Abgeordneten kann man ja mit irgend etwas abspeisen!

Sie haben sehr groß — und das ist sicherlich eine Taktik — vor der Nationalratswahl angekündigt, daß diese Heeresdienstzulage nun kommen wird. Am 22. September haben Sie das angekündigt. Die Sektion Bundesheer der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten hat aber Ihren Vorschlag sehr schnell einstimmig abgelehnt und hat einen eigenen Vorschlag erstattet. Ich glaube, auf Grund eines Vorschlages der Gewerkschaft und des Bundeskanzleramtes wird jetzt verhandelt.

Wir hoffen nur, daß diese Verhandlungen bald zu einem Abschluß kommen, denn wir waren bereit, schon bei den Parteienverhandlungen, in Kenntnis der Bezugsdiskrepanz, die sich nun auf Grund der Leistungen für die verlängerten ordentlichen Präsenzdienner ergeben wird, innerhalb von drei Monaten so eine Novellierung des Gehaltsgesetzes beziehungsweise des Vertragsbedienstetengesetzes durchzuführen.

Aber diese Vorschläge wurden ja damals bei den Parteienverhandlungen als nicht wichtig erachtet. Darüber würde man dann im Herbst zu reden haben. Inzwischen ist der Herbst vergangen, wir stehen schon an der Jahreswende, und es zeichnet sich noch immer keine besoldungsrechtliche Besserstellung oder, ich möchte sagen, Gleichstellung derer, die den verlängerten ordentlichen Präsenzdienst leisten, mit dem Kaderpersonal ab.

Dasselbe, Herr Bundesminister, ist bei dem eigenen Bezugsschema für Militärpersonen der Fall. Auch das haben Sie groß angekündigt. Ich muß Sie fragen: Wohin gehen Ihre Vorstellungen? Wie werden Ihre Vorschläge ausschauen? Sind Sie bereit, uns Abgeordneten das mitzuteilen?

Herr Bundesminister! Meine Partei hat auf Grund Ihres Verhaltens im Sommer gegen Sie einen Mißtrauensantrag eingebracht. Dieser Mißtrauensantrag hat hier im Haus keine Mehrheit gefunden.

Inzwischen haben Sie sich, glaube ich, durch Ihr persönliches Verhalten nicht nur gegenüber diesem Hohen Haus, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit selbst abqualifiziert. Sie haben als militärischer Oberbefehlshaber den jungen Österreichern, die sich zu diesem Bundesheer bekennen und in diesem Bundesheer dienen, ein schlechtes Beispiel als Demokrat gegeben.

Sie haben sich aber auch, glaube ich, mit Ihrem beharrlichen Schweigen — denn stellen Sie sich vor, ein Gefreiter würde gegenüber dem Brigadier Lütgendörfer so beharrlich schwiegen, wie Sie gegenüber dem Parlament schwiegen; ich weiß nicht, was Sie mit dem tun würden — ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

In der Zwischenzeit ist ja klar geworden, Herr Bundesminister, daß Sie hier nicht Fachminister sind, sondern daß Sie hier volle politische Funktionen auszuüben haben. Wenn man Ihr gesamtes Verhalten analysiert, dann kann man nur zu der Feststellung kommen: Entweder können Sie nicht oder wollen Sie nicht oder dürfen Sie nicht für das österreichische Bundesheer tätig sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wodica.

Abgeordneter **Wodica** (SPO): Meine Damen und Herren! Sie haben angekündigt, Sie wollen eine Nachübung veranstalten. Wir sind bereit, und wir steigen auf Ihre Einladung ein.

Hohes Haus! Wenn man in den letzten Tagen so ein wenig die Budgetsitzung verfolgte, kommt man, auch wenn man sich noch so großer Zurückhaltung befleißigt, zum Schluß zu der Überzeugung, daß dieses Budget einen einzigen Fehler hat: Er besteht darin, daß dieses Budget nicht von einem OVP-Finanzminister stammt. (Abg. Doktor **Withalm**: *Das ist ein großer Fehler!*) Das kann man Ihnen nicht oft genug sagen. Der jetzige Verteidigungsminister Lütgendorf hat nach Ihrer Auffassung den einzigen Fehler (Abg. Dr. **Koren**: *Natürlich ist das ein Fehler!*), daß er sich als Fachmann für militärische Fragen der Regierung Kreisky zur Verfügung gestellt hat. (Zustimmung bei der SPO. — Abg. **Graf**: *Nach Ihrer Auffassung! Nach unserer Auffassung hat er leider mehrere Fehler!* — Präsident Dr. **Malte** übernimmt den Vorsitz.) Kollege Graf! Daß der ein Fachmann ist, scheint auch bei Ihnen nicht unbekannt zu sein. Wie hätte er sich sonst so lange in seiner Funktion, auch unter OVP-Ministern, im Bundesheer bewähren können! (Abg. **Graf**: *Das müssen Sie alles den Herren Blecha und Schieder sagen! Wir haben ja nichts gegen ihn!*)

„Wir liegen im Sterben“ hat sich ein Abgeordneter vor wenigen Tagen zu sagen gestattet. Das sagt ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei, jener Volkspartei, die seit März 1970 aus ihrer Lethargie und ihrer Hilflosigkeit, ihrer Zerissenheit und Zerstrittenheit bis zum heutigen Tage immer noch nicht heraus und zur Besinnung gekommen ist. (Abg. Dr. **Hertha Firnberg**: *Sehr richtig!* — Zustimmung bei der SPO. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Hier beweist sich wieder einmal mehr, daß Sie, meine Herrschaften von der Österreichischen Volkspartei, nicht nur schlechte Gewinner, sondern noch viel schlechtere Verlierer sind. (Neuerliche Zustimmung bei der SPO.) Bei Ihnen herrscht nach wie vor Weltuntergangsstimmung. Denn wie könnte man sich erklären ... (Abg. Doktor **Kohlmayer**: *Genau, wenn man Lütgendorf anschaut!*) Jawohl, genau. Ich danke Ihnen, daß Sie mir das bestätigen. Sie werden es ja wissen. (Abg. Dr. **Kohlmayer**: *Wenn man das Budget anschaut!*)

Aber wie könnten Sie es sich erklären, wo Sie doch wissen, daß jetzt eine Reform, eine längst fällige Reform im Bundesheer begonnen wurde. (Abg. **Graf**: *... ausgebrochen ist!*) Die Wehrgesetznovelle ist ja nur der erste Schritt. (Abg. Dr. **Kohlmayer**: *Der erste Rückschritt!*) Das wissen Sie ganz genau!

Sie verteidigen mit Zähnen und Klauen nur deshalb das Vergangene im Bundesheer, wo so viele Fehlleistungen aufgezeigt wurden, weil Sie doch nicht zugeben können, daß es Fehlleistungen gegeben hat. Man kommt fast zur Überzeugung: Es wird fast aussichtslos sein, mit Ihnen wirklich ernst über diese Probleme reden zu können. (Abg. **Staudinger**: *Bei Ihrer Kooperation?* — Abg. Dr. **Withalm**: *Geben Sie zu, daß es jetzt Fehlleistungen gibt, Herr Kollege Wodica?*) Herr Dr. Withalm! Das ist Ihre alte Taktik: Wenn Sie sich irgendwo angegriffen fühlen, dann reden Sie schnell von etwas anderem. Die Fehler sind, wenn Sie es noch einmal genau wissen wollen, unter Ihrem Minister Prader und seinem Vorgänger passiert. Damit Sie es ja nicht vergessen! (Zustimmung bei der SPO. — Abg. Dr. **Withalm**: *Ich rede von der Jetzzeit!* — Zwischenruf des Abg. Doktor **Kreisky**. — Abg. **Graf**: *Verteidigungsdebatte, Herr Bundeskanzler!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Scheinbar haben Sie an Ihrem sinkenden Schiff, das Sie nochmals ins Trockendock zu ziehen versuchten, festgestellt: An dem Schinakel ist jede Liebesmüh vergebens! (Heiterkeit und Zustimmung bei der SPO. — Abg. **Graf**: *Herr Wodica ...!*) Später dann, Herr Graf! (Abg. **Graf**: *Wir haben festgestellt, daß Sie das Bundesheer torpediert haben!*)

Weil Sie so tun — und das ist ja immer Ihr Bemühen gewesen —, uns immer so hinstellen, wir seien gegen das Bundesheer, haben Sie neuerdings die Walze, die Ihnen niemand abkauft: Wir demonstrieren das Bundesheer! (Abg. **Graf**: *Selbstverständlich!*) Ein Bundesheer, an dem sehr wenig zu demonstrieren war. (Abg. Dr. **Kohlmayer**: *Da schau her! Hört! Hört!*) Aber wenn jetzt jemand etwas an diesem Bundesheer demonstriert, dann sind es Sie mit Ihren Reden in der Art, wie sie heute in diesem Haus über die Bundesheerfrage gehalten wurden! (Zustimmung bei der SPO.)

Ich möchte hier erklären: Das ist Demontage in Reinkultur, meine Herren. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Abg. **DkfM. Gorton**: *Sie wollen von der Opposition gestreichelt werden!*) Sie scheinen sehr vergeblich zu sein. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Nein, ich weiß schon. Sie kennen das. (Abg. **Graf**: *Lesen Sie es nur vor!*) Aber eben wieder unter dem Motto:

Wodica

Reden wir von etwas anderem, vielleicht glaubt es doch einer.

Ich möchte doch einige Sätze mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Doktor Kreisky in Erinnerung rufen.

„Ich habe bei verschiedenen Anlässen erklärt, daß die Widerstandskraft eines Volkes und damit eines Staates nicht nur eine militärische Angelegenheit ist, sondern ebenso eine innen- und außenpolitische, eine wirtschaftliche und eine sozialpolitische, also eine gesellschaftliche schlechthin.“ (Ruf bei der ÖVP: *Das sagt Kreisky!*) Ja, das sagt Kreisky im Regierungsprogramm. Ich rufe es Ihnen gerade in Erinnerung, weil Sie manchesmal sehr vergeßlich sein wollen. (Abg. Doktor Prader: *Das ist etwas völlig Neues! Das ist völlig neu!*)

Gerade aus dem Munde des Selbstverteidigungsministers Prader klingen solche Zwischenrufe absolut nicht überzeugend. (Abg. Dr. Prader: *Das war sehr müde! Sehr müde! Das war nichts!*)

Ich lese weiter:

„Die Menschen müssen wissen, warum sie ihr Land und ihre Lebensbedingungen verteidigen sollen, sonst wird eine noch so gut ausgebildete Armee isoliert sein und im leeren Raum operieren. Die Bundesregierung ist sich auch auf diesem Gebiet ihrer Verantwortung bewußt; sie wird daher auch jene Maßnahmen setzen, welche die verfassungsmäßigen Bestimmungen verlangen.“

Die Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität verlangt im gleichen Ausmaße vom einzelnen Staatsbürger wie vom Staat ein gewisses Maß an Opfern.“

Das aus der Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers Dr. Kreisky. (Abg. Dr. Prader: *Das ist eine Erleuchtung!*) Es wäre gar nicht das Schlechteste, wenn sich diese Erkenntnisse ein bißchen bei Ihnen durchsetzen könnten.

Daß die Verteidigungsbereitschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute nicht kleiner und nicht größer ist als je zuvor, ist eindeutig hier dargelegt worden. Meine sehr Verehrten! Es sei das Ziel der Bundesheerreform, eine Armee zu schaffen, die besser als bisher in der Lage sein muß, den möglichen Formen einer Bedrohung entgegenzutreten, erklärte am Samstag der neue Generaltruppeninspektor Generalmajor Anton Leeb.

Also es scheint an der Vergangenheit im Bundesheer doch einiges reparabel zu sein.

Wenn es um Bundesheerfragen geht, waren und sind Sie nie besonders zaghafte gewesen, uns Sozialisten irgendwie schuldig zu sprechen. Heute versuchen Sie — ich habe das schon einmal gesagt —, uns die Demontage des Bundesheeres vorzuwerfen.

Ich habe schon gesagt: Wenn jemand Demontage am Bundesheer durchführt, dann sind es Sie, zum Teil aber einige Offiziere des Bundesheeres selbst. (Abg. Dkfm. Gorto: *Jetzt geht er auf die Offiziere los!*) Zum Teil einzelne Offiziere, meine Herren, damit sich hier ja keine Legenden bilden. (Abg. Doktor Bauer: *Nennen Sie die Namen!*)

Aber Herr Dr. Bauer! Beruhigen Sie sich. (Abg. Dr. Bauer: *Ich brauche mich gar nicht aufzuregen!*) — Ruf bei der ÖVP: *Nennen Sie Namen!* Ich kann Ihnen alle nennen. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Nur zu!*) Ja, ich kann Sie Ihnen nennen! (Abg. Graf: *Nennen Sie die Namen!*) — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Beruhigen Sie sich: Ja, ich kann sie Ihnen nennen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Sie haben jahrelang zu den Zuständen im Bundesheer und um das Bundesheer geschwiegen. Sie von der ÖVP! Aber auch manche der Herren Offiziere, die damals angeblich keinen Maulkörberlaß hatten, wie Sie es zu nennen beliebten, haben damals überhaupt über das Bundesheer und die Zustände geschwiegen. (Abg. Dr. Withalm: *Sie schweigen über die Namen!*) — Abg. Dr. Bauer: *Nennen Sie die Herren!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Können Sie den Herren etwas Schlechtes nachsagen? Dann beweisen Sie es. (Abg. Doktor Bauer: *Ich frage Sie ja nur!*) Warum erheben Sie dann solche Pauschalverdächtigungen, wobei Sie nicht den Mut haben, sie hier auf den Tisch zu legen?

Daß das Bundesheer selbst — und ich sage: ein Teil seiner Offiziere — seinen Teil ... (Abg. Graf: *Keine Verdächtigungen! Keine Pauschalverdächtigungen!*) — Abg. Doktor Withalm: *Nennen Sie die Namen!* — Abg. Graf: *Sie verdächtigen Teile des Bundesheeres, ohne die Namen zu nennen!*) So warten Sie doch ab, haben Sie nicht eine solche Ungeduld. Ich bin noch nicht zu Ende. Nur langsam. (Abg. Graf: *Das habe ich natürlich noch übersehen! Pardon!*) Na seien Sie! (Abg. Libal: *Ein bißchen Geduld, Herr Graf!*) — Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.) Natürlich, selbstverständlich! Ich bin lange genug Soldat gewesen, den Zauber kenne ich auch.

Ich habe gesagt: Einige Offiziere von Teilen des Bundesheeres tragen wesentlich dazu bei, daß das Bundesheer nicht das Ansehen hat, das es gerne haben möchte. Es ist doch all-

Wodica

gemein bekannt — das wurde heute schon einmal in einem anderen Zusammenhang gesagt —, daß die Begeisterung unter den Präsenzdienern für das Bundesheer vorher bedeutend größer ist als nachher, wenn sie abrüsten, und zwar ist eine sehr unterschiedliche Begeisterung vorhanden: Ich kenne Soldaten, die von Einheiten nach Hause gehen und nach dem Abrüsten vom Bundesheer genauso begeistert sind wie vorher. (Ruf bei der SPÖ zu Abg. Dr. Prader, der hinausgeht: *Bleiben Sie da! Sie werden angesprochen!* — Abg. Graf: *Er kommt ja wieder!* — Weitere Zwischenrufe.) Von anderen Einheiten kommen Präsenzdienner, die die Nase voll haben. (Abg. Graf: *Nennen Sie Namen!*) Das ist es, Herr Abgeordneter Graf: Einzelne Offiziere des Bundesheeres ... (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Die Stunde ist zwar schon etwas fortgeschritten, aber vielleicht können wir uns alle etwas zurückhalten.

Abgeordneter Wodica (fortsetzend): Aber auch bezüglich der Unteroffiziere und des Kaderpersonals, wo man immer die Klagen hört, man hat zuwenig, wird in manchen Garnisonen und Kasernen alles unternommen, um sie vom Bundesheer wegzuwickeln.

Beispiel 1 — hören Sie gut zu —: In einer Kaserne findet eine Wahlversammlung des ÖAAB statt. Der Referent ... (Abg. Doktor Kohlmaier: *Ist das verboten?*) Na ja, ob das gerade in der Kaserne sein muß, ist Geschmacksache. — Der Referent, ein Hauptmann Schleifer, wird von einem Unteroffizier gefragt, ob es richtig ist (Abg. Dr. Bauer: *War das ein Personalvertreter?*), daß das Offizierskasino zu einer Zeit offen ist, wo das Unteroffizierskasino schon geschlossen ist. (Abg. Graf: *Das ist „ungeheuerlich“!*) Die Antwort des Herrn Hauptmannes Schleifer: Das gibt es in ganz Österreich nicht.

Leider irrt der Herr Hauptmann. Ich kenne eine Kaserne in Österreich, wo es so etwas gibt. (Abg. Dr. Wihalm: *Da kann das Bundesheer natürlich zugrunde gehen, wenn so etwas vorkommt!*) Ich weiß, Herr Dr. Wihalm: Sie sind der Meinung, daß das ein Akt ist, wo man zweifellos alles unternimmt, um Unteroffiziere, um mehr Unteroffiziere für das Bundesheer zu bekommen. Aber das ist Ihre Vorstellung. (Abg. Dr. Wihalm: *Sicherlich!*) Wir haben eine andere dazu.

Ein anderes Beispiel: Ein Hauptmann schreit einen Unteroffizier vor Soldaten an: „Verschwinden Sie von hier!“ Als dieser sich

darüber beschwert, wird er mit einem Verweis bestraft.

Dann wundert man sich, wenn man keine Unteroffiziere bekommt. Man wundert sich, daß so mancher Unteroffizier vom Bundesheer weggeht. (Abg. Dr. Bauer: *Was hätte er denn sagen sollen?* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Bitte, wenn Sie das so abtun, so ist das Ihre Sache. (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.) Wir und ich sind aber der Meinung: Der Ton macht die Musik.

Noch ein anderes Beispiel: Zwei Unteroffiziere trinken in einer Unteroffizierskantine um 1/412 Uhr gemeinsam eine Flasche Bier. (Abg. Graf: *Mittag oder abend?*) Um 1/412 Uhr mittag. Sie müssen nur hinhören, ich habe das ja gesagt. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Graf: *Mittag, ja.* (Abg. Anton Schlagel: *12 Uhr 15!*) Nein, Sie irren: Das war um 11 Uhr 15. Schlager, Sie sind halt immer vorlaut. Ich möchte also nur sagen: Die beiden Unteroffiziere wurden mit einem Verweis bestraft. Ein anderer Unteroffizier, der während der Dienstzeit von einem Mechaniker des Bundesheeres seinen Privat-PKW hat reparieren lassen, und zwar mit Bundesheerwerkzeug, hat auch nur einen Verweis bekommen.

Eine solche ungleiche Behandlung trägt zweifellos dazu bei, daß man mehr Unteroffiziere für das Bundesheer bekommt.

Ein anderes Beispiel, das sicherlich auch dazu beiträgt, die Freude am Dienst als Unteroffizier zu heben und mehr Unteroffiziere zu gewinnen: Einem Unteroffizier, dessen Schwiegervater, mit dem er und seine Gattin im gemeinsamen Haushalt lebten, starb, lehnte man die Gewährung von eineinhalb Tagen Freizeit, um am Begräbnis teilzunehmen, ab. Er mußte sich Urlaub nehmen. — Weil Sie von Gewerkschaftssache sprachen: Das ist eine Gewerkschaftsangelegenheit.

Das waren nur einige Beispiele.

Dann versuchen Sie von der ÖVP, uns Sozialisten die Demontage des österreichischen Bundesheeres vorzuwerfen.

Weil heute so viel von der nicht mehr vorhandenen Einsatzbereitschaft geredet wurde, erlauben Sie mir zwei Beispiele aus der Zeit der Tschechenkrise zu bringen. Es sind Kleinigkeiten, meine sehr Verehrten. Aber so hat es um die Landesverteidigung und um die Einsatzbereitschaft wirklich ausgeschaut.

Eine Ari-Abteilung soll anlässlich der Tschechenkrise im Zuge des Marschbereitmachens natürlich auch Munition holen. Als die Muni-

Wodica

Fahrzeuge zum Munitionslager kommen, erklären die dort beschäftigten Zivilarbeiter: „Von uns könnt ihr keine Munition haben, wir haben keinen Befehl.“ Die Muni-Fahrzeuge müssen wieder wegfahren. So gut organisiert war die Einsatzbereitschaft!

Eine andere Batterie stellte fest, als sie endlich im Bereitstellungsraum eingetroffen war, daß sie einen Ersatzteil brauchen würde, der aus dem Garnisonsbereich geholt werden müßte. Ein Fahrer wurde beordert, diesen Ersatzteil mit einem Fahrzeug zu bringen. Als er weg war, wurde festgestellt, daß er auf seinem Fahrzeug die gesamte Infanteriemunition der Batterie einen ganzen Tag lang spazierengefahren hat.

Stellen Sie sich nun vor: Wenn da etwas passiert wäre, dann hätten die Kanoniere wahrscheinlich das Gewehr genommen und hätten „Bum“ gemacht. So ist die Organisation bei der Einsatzbereitschaft nicht mehr vorhanden. (Abg. Skritek: *Das hat man dem Prader gesagt!*)

Noch ein anderes Beispiel, wie gut man heute die Unteroffiziere im allgemeinen behandelt. Wie Sie wissen, gibt es beim Bundesheer ein sogenanntes Weihnachtsgeld, das aufgeteilt wird. Vor zwei Jahren hat die Bedienerin in der Kaserne 300 S bekommen, der Funktionsunteroffizier bekam 150 S. Heute bekommt der Funktionsunteroffizier immerhin schon 250 S bis 300 S.

Meine Damen und Herren! Es wird hoch an der Zeit, daß im Bundesheer mit solchen Dingen sofort Schluß gemacht wird. Hier hilft weder ein Gesundbeten noch ein Krankjamfern.

Eine Sache möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, und zwar, daß es nicht einmal mit der Verpflegung so richtig klappt. (Abg. Graf: *Die Namen!*) Dafür ein Beispiel: Ein Unteroffizier soll eine Außenwache beziehen. Die Wache wird ihm vom Wacheführer vorgestellt, der ihm erklärt: Herr Offiziersstellvertreter! Wir haben einen Hunger, denn wir haben heute noch zuwenig Essen bekommen. Es gab nur 5 dkg Fleisch, das Knödel war nicht zum Fressen, die Suppe hat auch nichts geheißen. Und als Verpflegung für 24 Stunden Wachdienst — Außenwache! — hat man 18 dkg Dürre, 2 Äpfel, 1/2 kg Brot und pro Mann ... (Abg. Dr. Bauer: *Das schreibe ich mir auf: 18 dkg Dürre!* — Abg. Dr. Withalm: *Wann war das?* — Abg. Graf: *Wir haben ein Anrecht darauf, es zu wissen!*) Ja, genau aufschreiben: 18 dkg Dürre, 2 Äpfel, 1/2 kg Brot und 2 Liter Tee. Der Tee war bezeichnenderweise in eine Milchkanne abge-

füllt, und auf dem Wachzimmer, wo die Außenwache ist, gibt es keine Wärmemöglichkeit. Die Leute, die in der Nacht oft naß vom Postenstehen hereinkommen, können sich weder trocknen, noch können sie einen Schluck warmen Tee trinken.

Meine Damen und Herren! Sie werden vielleicht lachen und sagen, daß das Kleinigkeiten sind. (Abg. Dr. Withalm: *Herr Wodica, das müssen Sie dem Herrn Minister sagen!* Da müssen Sie sich beschweren! — Abg. Graf: *Herr Wodica! Wir wollen die Namen der Offiziere, die Sie uns versprochen haben!*) Herr Dr. Withalm! Ich habe die Gewähr und die Überzeugung — diese Fälle sind an den Minister herangetragen worden —, daß sie jetzt einer Erledigung zugeführt werden. (Abg. Dr. Bauer: *Früher doch auch!*)

Man hat den Unteroffizier nicht belobigt, weil er sich darum gekümmert hat, daß die Leute etwas zu essen bekommen haben, sondern man hat ihm geantwortet: Wenn jemandem etwas nicht recht ist, dann soll er sich beschweren. (Abg. Graf: *Nein! Da ich weiß, wie Sie sonst reden, glauben wir es nicht!*) Diesen Fall werde ich dem Herrn Minister übergeben, darauf können Sie sich verlassen. Ich habe den Fall ganz klar auf den Tisch gelegt. (Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.) Ja, ja, so kann man es auch tun, Herr Doktor Withalm, nach Ihrer Art.

Da in der Vergangenheit x solcher Fälle waren und heute ein Mann erklärte, die Beschwerdekommission biete Schutz genug (Abg. Graf: *Beweise!*), so bin ich ganz anderer Meinung: Hier ist noch vieles zu verbessern. Ich habe hier nur einige Beispiele auf den Tisch gelegt. Das sind Dinge, die im Bundesheer einer Reform bedürfen.

Ich kann Ihnen noch sagen, daß es sehr interessant ist, daß der Herr Minister heute doch — entgegen Ihren Vorstellungen natürlich — wesentlich mehr Meldungen für den verlängerten ordentlichen Präsenzdienst auf den Tisch legen konnte. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Sieben Mann bei der Kompanie!*) Herr Ing. Tschida, ich danke Ihnen sehr für diesen Zwischenruf. Wie erklären Sie mir, daß sich von zwei Kompanien bei der einen 50 Prozent für einen verlängerten ordentlichen Präsenzdienst ausgesprochen haben (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Wo ist denn das?*), während sich bei der Kompanie daneben keiner gemeldet hat? Ich sage Ihnen den Grund! (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Wo haben sich 50 Prozent gemeldet? Das möchte ich gerne wissen!*) Herr Ing. Tschida, Sie werden das alles noch ganz genau erfahren. (Abg. Doktor Withalm: *Heute debattieren wir darüber!*)

Wodica

Ich sage Ihnen nur, Herr Ing. Tschida: Hier wird man wahrscheinlich feststellen, daß die Propaganda oder die Aufklärung für den ordentlichen Präsenzdienst — und ich will mich jetzt sehr vorsichtig ausdrücken — noch sehr, sehr unterschiedlich betrieben wird. (Abg. Dr. W i t h a l m: Herr Minister! Solche Ungerechtigkeiten!) Das ist für mich der Beweis, daß man sich darum sehr kümmern wird müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. G r a f: Die Namen der Offiziere, bitte, Herr Wodica! Wir wollen die Namen der Offiziere hören, die sich so schlecht benommen haben!) Ja, das ist eine Tatsache. Sie werden es schon noch erfahren, wo und wann das stattgefunden hat, es ist nicht aus der Luft gegriffen. Diese Fälle werden noch einer Überprüfung unterzogen, und dann werden Sie die Namen bekommen. (Abg. Dipl.-Ing. T s c h i d a: Nächstes Jahr!)

Abschließend möchte ich noch folgendes sagen — und ich übernehme die Worte unseres Herrn Bundeskanzlers —: Zunächst muß man wissen, wofür man Geld ausgibt und ob es auch sinnvoll ausgegeben wird. (Abg. G r a f: Die Namen der Offiziere!) Erst dann kann man daran denken, das Wehrbudget zu erhöhen. — Das erklärte kürzlich unser Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Zirka 4,5 Milliarden Schilling, also jener Betrag, der im Budget 1972 für militärische Zwecke vorgesehen ist, sind das, was wir uns leisten können. Dazu stehen wir Sozialisten voll und ganz und werden aus diesem Grunde dem Wehrbudget unsere Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Eduard Moser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein bewährter militärischer Grundsatz, den geschlagenen Gegner bis in die späten Nachtstunden zu verfolgen. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.) Deshalb habe ich mich aber eigentlich nicht zu Wort gemeldet. (Abg. S k r i t e k: Da müssen Sie sich selbst verfolgen! Der geschlagene Gegner sind Sie! Eine Selbstverfolgung!)

Ich möchte dazu beitragen, daß Geschichtsfälschungen, die bei dieser Debatte in den Raum gestellt wurden, auch wieder in das richtige Licht gerückt werden.

Der Herr Abgeordnete Blecha — ich glaube, daß er nicht im Saale ist — hat hier pathetisch erklärt: 14 Jahre ÖVP-Heeresminister — völ-

lig konzeptlos! Weiters hat er dann gesagt: Endlich, erstmals haben wir einen Minister, der uns ein brauchbares Konzept vorgelegt hat.

Hätte sich der Herr Abgeordnete Blecha der Mühe unterzogen, der Diskussion zu folgen, wäre er sicherlich eines Besseren belehrt worden. Ich nehme jedoch an, daß ihn die Reden der Oppositionsparteien nicht beeindruckt haben. Ich würde ihm daher empfehlen, doch die Österreichische Militärische Zeitschrift — so etwas haben wir nämlich auf wissenschaftlicher Basis —, die Nummer vom Dezember 1971, zur Hand zu nehmen. Ein dickes Heft „10 Jahre umfassende Landesverteidigung“. Dort schreibt der von ihm zitierte Brigadier Heller, daß das Konzept der umfassenden Landesverteidigung in zehn Jahren mühsam entwickelt und bis in die Einzelheiten ausgearbeitet, nach Ansicht Schweizer Fachexperten dem Schweizer Gesamtverteidigungsplan ebenbürtig ist.

Meine Damen und Herren! Sie greifen doch nicht den politischen Gegner an, sondern Sie greifen die Demokratie an, wenn Sie hier behaupten: 10 Jahre ist nichts gemacht worden. — Das stimmt doch nicht! (Abg. G r a t z: Was hat das mit der Demokratie zu tun, wenn gesagt wurde, es wurde nichts gemacht?) Moment! Wenn man in einer Demokratie nicht in der Lage ist, in einem Staat Dinge in Ordnung zu bringen, dann ist die Demokratie nichts wert. Sie muß die Dinge in Ordnung bringen können. (Abg. S k r i t e k: Da war sie nichts wert? — Abg. G r a t z: Dann sind nur die Funktionäre nichts wert! — Weitere Zwischenrufe.) Herr Abgeordneter Gratz! Wenn Sie sich der Mühe unterziehen, diesen Bericht zu lesen, dann werden Sie feststellen, daß in diesem Bericht viele Dinge angedeutet sind. Es gibt für die verschiedensten Krisen- und Konfliktfälle bis ins Detail ausgearbeitete Pläne.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky und sein Team hätten nur weiter arbeiten brauchen. Sie hätten gar nichts Neues erfinden müssen. (Abg. Dr. F i s c h e r: Das hätte Ihnen gepaßt!) Natürlich braucht die Verwirklichung dieser Pläne auch Geld. Aber nun so zu machen, daß man deswegen kein Geld bewilligen kann, weil keine Pläne vorhanden sind — das ist eine arge Täuschung der Bevölkerung!

Warum ist seit 1970 nichts geschehen? (Abg. G r a t z: Weil es zehn Jahre keinen Plan gegeben hat!) Der Herr Abgeordnete Blecha hat hier den Herrn Oberst Strohschneider zitiert. Ich zitiere ihn auch aus seiner neuesten Veröffentlichung vom September 1971. Was schreibt der Herr Oberst Strohschneider?

Dr. Eduard Moser

„Die Stagnation in der umfassenden Landesverteidigung resultiert vor allem aus der Tatsache“ — meine Damen und Herren von der Linken —, „daß in der Regierungserklärung vom 27. April 1970 keine Bestätigung der umfassenden Landesverteidigung beziehungsweise zur Fortführung der Arbeiten am Landesverteidigungsplan enthalten war, und dies als Ausfall der politischen Rückendeckung empfunden wurde.“

So Oberst Strohschneider, der vom Herrn Abgeordneten Blecha hier zitiert wurde, nur hat er nicht weiter gelesen.

Meine Damen und Herren! Eineinhalb Jahre sind Sie nun Regierungspartei. Sie sollten sich endlich einmal abgewöhnen, Ihre militärischen Minderwertigkeitskomplexe an dem Herrn Abgeordneten Prader abzureagieren. (Abg. Erich Hoisstetter: 20 Monate genau! — Weitere Zwischenrufe.)

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky mußte mehrfach an seine Pflichten erinnert werden, und zwar von den Herren Landeshauptleuten, die in ihren Konferenzen immer wieder ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben haben: Was ist mit der Weiterführung der umfassenden Landesverteidigung? (Abg. Dr. Kreisky: Kein Wort wahr! Das wurde nie gesprochen!) Das ist der Grund, warum der Herr Bundeskanzler während seiner ersten Regierungszeit kein Wort dazu sagte, in der neuen Regierungserklärung aber sehr ausführlich über die umfassende Landesverteidigung sprach. (Abg. Pay: Was habt ihr 1966 bis 1970 gemacht?) Er spricht vom Ausbau, er spricht von den nötigen Vorsorgen, von den logistischen Voraussetzungen — nur, meine Damen und Herren, im Budget ist für all diese Vorhaben des Herrn Bundeskanzlers kein Groschen zu finden.

Der Abgeordnete Blecha ist mit dem Konzept zufrieden. Er hat sich wahrscheinlich auch nicht die Rede seines Kollegen, Herrn Abgeordneten Czernetz, angehört. Ich habe diese Rede beim Kapitel Außenpolitik aufmerksam verfolgt. Er hat sich mit der Landesverteidigung in einem Drittel seiner Rede befaßt. (Abg. Dr. Fischer: 35 Prozent!) Er ist sicher in geistvoller Weise eine interessante Mischung — wie er sagte — von Friedensliebe und Abwehrbereitschaft, ein „militanter Pazifist“. Und er hat herausgearbeitet, daß sich Österreich ganz klar zur bewaffneten Neutralität verpflichtet hat. (Abg. Thalhamer: Bravo!)

Meine Damen und Herren! Dann fuhr er fort, daß der Organisationsplan, den der Herr Minister ... (Abg. Dr. Tull: Er ist fortge-

fahren! Er ist in Straßburg!) Ist er schon fortgefahren? — Ja. (Heiterkeit. — Abg. Doktor Fischer: Er ist wirklich fort! Er ist entschuldigt!) Das ist Ihre Sache. Er kann daher leider an der Nachtübung nicht teilnehmen. Vielleicht wird er morgen da sein.

Abgeordneter Czernetz hat dann ergänzt — hören Sie gut zu —, der Organisationsplan des Herrn Ministers Lütgendorf genüge nicht. Damit ich ihn nicht mißverstehe, werde ich ihn — mit Zustimmung des Herrn Präsidenten — wörtlich zitieren (Abg. Dr. Tull: Herr Kollege! Wir glauben es auch so!): „Ich möchte klar und deutlich sagen, Hohes Haus“ — so Czernetz —: „Die Regierungspartei ist sich dessen bewußt, daß die Erstellung eines politischen Landesverteidigungskonzepts eine wichtige und dringende Aufgabe der Gesamtregierung ist. Diese Aufgabe wird erfüllt werden.“ (Demonstrativer Beifall und Bravorufe bei der SPÖ.)

Der aufmerksame Zuhörer ist erstaunt: Anscheinend einmal ein Konzept außerhalb der Panzerschrankreihe. Gibt es vielleicht schon einen Entwurf für ein solches Konzept, den wir wieder nicht kennen? Und wenn es so dringlich ist, wie der Herr Abgeordnete Czernetz hier erwähnt hat — war es vor eineinhalb Jahren nicht dringlich? War es damals nicht dringlich, als Sie im Wahlkampf die sechs Monate verlangt haben?

Wenn es damals nicht notwendig und dringlich war, warum ist es heute dringlich? Die Antwort, Hohes Haus, ist klar: Unsere Wehrpolitik — das ist des breiten hier schon ausdrücklich dargelegt worden — ist völlig verfahren.

Wenn Sie es uns nicht glauben, meine Damen und Herren, dann glauben Sie doch der österreichischen Presse, die nun schon seit Monaten auf diese beschämenden Zustände in unserer Wehrpolitik hinweist.

Verfolgen Sie die ausländische Presse, meine Damen und Herren. Der Abgeordnete Czernetz hat hier gesagt: Es gibt kein Mißtrauen im Ausland gegen die österreichische Verteidigungspolitik. Ich zahle ihm gerne einen höheren Preis für jede ausländische Pressestimme — der Abgeordnete Gratz notiert schon —, die er mir aus den letzten Monaten bringt und die positiv zur derzeitigen Wehrpolitik der Regierung gewertet werden kann. (Abg. Gratz: Das ist eine Auslobung! — Rufe bei der SPÖ: Beweise!) Bitte, ich habe nicht den Ostblock gemeint, ich habe demokratische Staaten gemeint; den Ostblock lassen wir aus. (Abg. Libal: Da müssen Sie sich abfertigen lassen!)

Dr. Eduard Moser

Nach den Worten des Abgeordneten Czernetz ist ein politisches Verteidigungskonzept von der ganzen Regierung zu erarbeiten. Da kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen: Es müßte dann auch der Herr Außenminister mitarbeiten. (Abg. Dr. Fischer: Er gehört auch zur Regierung!) Er hat seit langem — seit langem! — sein Ohr verschlossen bei allen Fragen, die die Landesverteidigung betreffen. Ja sogar meinem sehr beharrlichen Kollegen Dr. Karasek ist es nicht gelungen, ihm auch nur eine sanfte Stellungnahme zur derzeitigen Wehrpolitik zu entlocken. Er ist angeblich nicht kompetent.

Aber er weiß ganz genau, daß die Sicherheitspolitik eines Staates zwei Standbeine haben muß: Das außenpolitische und das militärische. Es darf ihm nicht gleichgültig sein, wenn ein Bein krank ist oder wenn es gar amputiert werden muß. Ich kann den Abgeordneten Czernetz verstehen, wenn er als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses hier äußerst beunruhigt ist und bei der Debatte über die Außenpolitik entgegen der Auffassung seines Ressortministers dieses Kapitel eingehend und ausführlich und äußerst besorgt behandelt.

Ja was ist denn, meine Damen und Herren von der Linken, das politische Landesverteidigungskonzept? Kennt das jemand? Ist es das selbe wie die umfassende Landesverteidigung? Oder ist es vielleicht so etwas wie der Gesamtverteidigungsplan in der Schweiz? Oder denkt er an die geistige Landesverteidigung? Oder gar an irgendein Panzerschranken-geheimnis? Bitte, wir wissen es nicht.

Ich glaube, wir als Oppositionspartei müssen aber hier der Hoffnung Ausdruck geben, daß nicht auch dieses Konzept wieder mit dem Schleier der Transparenz verhüllt bleibt.

Wenn Sie von der Regierungspartei aber nun Verteidigungskonzepte entwickeln, dann müssen Sie eine gesinnungsmäßige Voraussetzung vor das Konzept stellen. Das möchte ich hier einmal ganz offen sagen.

Der Soldat muß auch in einer demokratischen Gesellschaft seinen festen und geachten Platz haben. Das Bundesheer hat die Aufgabe, die Anwendung von Gewalt gegen unsere demokratische Republik zu verhindern und zu helfen, den Frieden zu erhalten. Der Dienst des Soldaten ist daher Friedensdienst, und als solcher hoch zu schätzen und nicht zu diskriminieren. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Freilich mit der Sonderaufgabe, fähig zu werden und bereit zu sein, gegen einen Aggressor wirksam zu kämpfen. Für einen solchen Fall würden von ihm auch heute sicher

nicht weniger Tapferkeit und Disziplin verlangt werden als in vergangenen Zeiten. Die Eigentümlichkeit soldatischen Dienstes, die bestimmten Einschränkungen des individuellen Freiheitsraumes sind funktionsbedingt und deshalb nicht aufhebbar.

Der Herr Abgeordnete Blecha muß halt zur Kenntnis nehmen, daß an diesen Tatsachen alle Demokratisierungsbestrebungen eine natürliche Grenze haben. Das steht in keiner Weise im Gegensatz zu der Forderung, daß auch innerhalb des Bundesheeres diskutiert werden soll, kritisch diskutiert werden soll.

Meine Damen und Herren! Es wurde diskutiert. Etwas anderes ist nicht wahr. Ich denke an die vielen Veranstaltungen in der Erwachsenenbildung, in den Jugendorganisationen und sonstigen Gremien. Es wurde früher eingehend über das Bundesheer diskutiert, weil man gewußt hat: Oben ist ein klares Konzept und unten kann man diskutieren. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)

Aber worüber soll man denn heute diskutieren? Über den Plan? (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ja, ich wiederhole es. Über den Plan, den der Herr Bundeskanzler in den Papierkorb geworfen hat? Über den, den der Herr Minister präsentiert hat? Oder über den kommenden des Herrn Abgeordneten Czernetz? Worüber sollen wir, auch hier im Parlament, diskutieren? Ich weiß es nicht. (Abg. Doktor Fischer: Das merken wir! — Abg. Lanc: Das müssen Sie merken, wann Sie diskutieren!)

Man sollte aber außer Streit stellen — bei allen Parteien —, daß das Bundesheer mit seinen notwendigen Eigentümlichkeiten soldatischen Dienstes ein Teil unserer demokratischen Gesellschaft ist und nicht ihr Gegen teil, meine Damen und Herren!

Wer einen solchen Gegensatz immer wieder konstruiert oder provozieren will, der begibt sich in den Verdacht, wissentlich oder aus Naivität, die Geschäfte fremder Auftraggeber zu besorgen. (Widerspruch bei der SPÖ. — Rufe bei der SPÖ: Was meinen Sie damit? Sagen Sie, was Sie damit meinen! — Abg. Gratz: Das war jetzt eine Beleidigung! — Abg. Suppan: Reden Sie nicht herum!)

Meine Damen und Herren! Die Schwierigkeiten der sogenannten geistigen Landesverteidigung ... (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich weiß nicht: Die wenigen, die hier zwischenrufen, scheinen sich betroffen zu fühlen. Ich weiß es nicht.

Ich habe es klar gesagt. Ich kann es noch einmal wiederholen. (Abg. Horr: Das ist eine

Dr. Eduard Moser

ausgesprochene Dummheit, was Sie sagen!
Das war jetzt ein geistreicher Zwischenruf.

Die Schwierigkeiten in der geistigen Landesverteidigung sind in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entstanden, als damals die weltweite Revolte der Jugend gegen das so genannte Establishment auch Österreich erreicht hat. Die Ziele, die Methoden und die Argumente waren Importware aus den Vereinigten Staaten und sind über die Bundesrepublik zu uns gekommen. (Abg. *Gratz*: *Jetzt hält er wieder eine antiamerikanische Rede!*) Der Prophet dieser Bewegung, Herr Marcuse — ich darf ihn vielleicht hier zitieren (Abg. *Lanc*: *Der hat schon lange abgerüstet!*), weil das zum Bundesheer konkret paßt (Zwischenrufe bei der SPO), ja gut — hat damals gesagt:

„Wenn man an die Stelle eines Gefängnisses ein Wohnhaus bauen will, muß man in der Tat das Gefängnis demolieren, sonst kann man das Wohnhaus nicht einmal zu bauen anfangen“. In diesem Zeitpunkt ist es nicht nötig, schon einen genauen Plan des Wohnhauses zu haben, um anzufangen mit der Demolierung des Gefängnisses.“ (Ruf bei der SPO: *Wo steht das?*)

Einer der führenden Leute des Volksbegehrens gegen das Bundesheer hat am 10. Dezember 1970 in Innsbruck folgendes gesagt — ich zitiere mit Zustimmung des Herrn Präsidenten (Zwischenruf des Abg. *Lanc*) —:

„Das Bundesheer, schwächster Punkt und Eiterbeule des Establishments, ist nur erstes Ziel des Angriffs auf das Establishment. Es geht nicht nur um die Abschaffung dieses ‚repressiven Apparats, es geht um die Gesellschaft‘, also auch um den Staatsapparat, also auch um die Demokratie. (Abg. *Dr. Fischer*: *Das ist ein CVer! Warum gehen Sie so auf ihn los?*)

Man sollte halt auch die Dinge zur Kenntnis nehmen und auch hören. (Zwischenrufe bei der SPO.)

Die Bewegung hat Österreich verspätet und stark abgebremst erreicht und hat nur eine Minorität von Intellektuellen erfaßt, die aber — sicher mit starker Unterstützung der Massenmedien — hier gesehen hat, daß die Stimmzettel demokratie nicht zur Durchsetzung ihrer Ziele ausreicht. Sie hat sich anderer Methoden bemüht. (Rufe bei der SPO: *Welcher?*) Damit wurde eine Welle ausgelöst, meine Damen und Herren, die sich in erster Linie gegen den Wehrdienst und gegen die Glaubhaftigkeit der Verteidigung richtet. Das müssen wir doch anerkennen. Das ist eine weltweite Entwicklung. Das ist nicht nur bei uns

so. Das haben wir in der Bundesrepublik, sogar in der Schweiz, in Frankreich, in Amerika, überall.

Kein Wort vom Leerlauf. Das war lediglich vorgeschriften. Der Unterschied ist nur der: Die anderen Regierungen in den anderen Demokratien haben sich pflichtbewußt energisch gegen diese Stimmungsmache gewendet und sich entgegengestellt.

Was die Regierung Kreisky hingegen gemacht hat, überlasse ich Ihrer eigenen Beurteilung.

Man kann es heute fast beweisen (Abg. *Dr. Kreisky*: „Fast beweisen“? — *Rufe bei der SPO*: „Fast“?) — fast beweisen! —, daß die angeblich als Reform angestrebte Herabsetzung der Wehrdienstzeit lediglich das Ziel hatte, ein Arrangement mit den Kräften einer Neuen Linken zu treffen, um einen Wahlerfolg am 1. März 1970 zu erreichen. Denn sonst hätten Sie ja ein Konzept haben müssen. Sie müssen ja in diesem Konzept die Wehrdienstzeit herabsetzen. (Abg. *Lanc*: *Jetzt gehen Sie aber auf Dr. Withalm los! Er hat das auch verlangt!* — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPO.)

Präsident Dr. **Maleta** (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Eigentlich sollte nur einer reden!

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (fortsetzend): Ja, das bin derzeit ich.

Präsident Dr. **Maleta**: Einer soll reden. Das gilt für alle!

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (fortsetzend): In der Tat: Die Herabsetzung hat sich als Treibladung erwiesen. Unter der Bezeichnung „Reform des Bundesheeres“ geht derzeit etwas vor sich, was man nicht eine Reform nennen kann, sondern die Landesverteidigung wird als ganzes in Frage gestellt.

Damit ist ein Teilziel dieses Volksbegehrens von Dr. Nenning ja fast erreicht. (Abg. *Dr. Fischer*: *Jetzt macht er noch Reklame!*)

Er hat sich nun auf eine neue Sache gestürzt: den Alternativdienst. (Abg. *Lanc*: *Sie kriegen eine Ehrenseite im „Neuen Forum“!*) Er möchte ihn umfunktionieren zu einer Bewegung gegen den Wehrdienst, weil er glaubt, daß er damit eine Lähmung und einen weiteren Substanzverlust des Bundesheeres erreichen kann.

Es gehört — ich sage es noch einmal — zu den schwersten Versäumnissen der Bundesregierung Kreisky, sich nicht energisch und zielbewußt im Rahmen einer geistigen Landesverteidigung gegen diese Bestrebungen und

Dr. Eduard Moser

gegen das Absinken der Wehrgesinnung in unserem Volke gewendet zu haben, obwohl Sie wissen, daß damit die Sicherheit unseres Landes einer argen Belastung ausgesetzt ist, und obwohl die Regierung weiß, daß der überwiegende Teil unseres Volkes das nicht will.

Aber es haben sich — und ich komme nun zum letzten Teil meiner Ausführungen ... (Abg. Dr. Tull: Sie können ruhig Schlüß machen! — Abg. Skritek: Nur nicht hudeln! Nur nicht eilen!) Bitte, es sind das keine sachlichen Zwischenrufe, da kann ich nicht antworten.

Ein Beweis dafür, daß die Regierung nicht jene Initiativen entfaltet hat, ist doch schon die Tatsache, daß sich junge Österreicher aus der Lethargie aufgerafft und zu einer „Aktion Landesverteidigung“ aufgerufen haben, bei der alle Richtungen vertreten sind, meine Damen und Herren, auch Exponenten und bedeutende Leute der Linken dieses Hauses. (Ruf bei der SPÖ: 10. Oktober!) Es ist ihnen gelungen, auf den ersten Anhieb immerhin das Zehnfache von Unterschriften zu erringen, als das bei dem Volksbegehr gegen das Bundesheer möglich war.

Ich glaube, das Hohe Haus müßte, unbeschadet der differenten Auffassungen, diese Initiative doch dankbar zur Kenntnis nehmen.

Ich darf namens meiner Fraktion erklären, daß wir alle Bemühungen tatkräftig unterstützen werden, die dazu dienen, den Willen zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie in unserem Lande zu stärken. Der Aktion Landesverteidigung geht es vor allem darum, den Begriff der „umfassenden Landesverteidigung“ in der österreichischen Verfassung zu verankern, wie dies wiederholt von den Koordinierungsausschüssen und auch von der Bundesheer-Reformkommission verlangt worden ist. Dazu wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der auch den Föderalismus unseres Staates berücksichtigt. Dieser Gesetzentwurf wurde als Petition dem Präsidenten des Nationalrates im Juni überreicht (Abg. Dr. Fischer: Und wieder zurückgezogen!), und durch die Auflösung des Nationalrates kam er nicht mehr zur Behandlung. Er liegt nun gemäß § 77 der Geschäftsordnung bei der Bundesregierung (Abg. Doktor Fischer: Wer hat die Petition zurückgezogen?) „zur geeigneten Verfügung“, wie es dort heißt. — Die Petition ist nicht zurückgezogen. (Abg. Dr. Fischer: Ist nicht zurückgezogen?) Sie ist nicht zurückgezogen.

Wenn ich richtig informiert bin, hat Minister Lütgendorf der Aktion eine Behandlung dieses

Entwurfes in Aussicht gestellt, der ja nicht mehr als eine Initiative sein kann.

Hohes Haus! Wir wären schlecht beraten, wenn wir einerseits die Einrichtung eines Ombudsmans für nötig hielten und uns um eine Verwirklichung dieses Anliegens bemühen, andererseits aber das Petitionsrecht — obwohl es ein sehr schwaches ist —, vor allem dann, wenn es durch 300.000 Unterschriften untermauert ist, hier mißachten würden. Es ist richtig, daß die Geschäftsordnung nicht zur Behandlung einer solchen Eingabe zwingt. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, es soll zuerst ein Volksbegehr durchgeführt werden. Dann erst werden wir es tun.

Ich möchte an das Hohe Haus appellieren, sich zur Behandlung der gesetzlichen Voraussetzungen für die umfassende Landesverteidigung, ein staatspolitisches Ziel erster Ordnung, doch nicht zwingen zu lassen. Ich möchte an den Herrn Bundesminister das Ersuchen richten, die Beratung dieser Materie von sich aus dem zuständigen Ausschuß zuweisen zu lassen. Danke schön. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ermacora. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man neun Stunden aufmerksam hier zugehört hat, so wird deutlich, wie die Positionen stehen. Auf der einen Seite ist es die Regierungspartei, die das Problem verniedlicht. Zu dieser Verniedlichung gehört — das erlaube ich mir zu sagen —, daß der Herr Bundeskanzler, obwohl er so massiv von Herrn Dr. Schleinzer angeprochen wurde, und zwar in mehreren Phasen seiner Verantwortlichkeit, nicht auf der Regierungsbank Platz genommen hat. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Haberl: Er war nicht da, der Schleinzer!)

Zum zweiten möchte ich hervorheben, daß man von der Regierungsseite aus entweder mit verniedlichenden Argumenten oder mit Scheinparolen argumentiert. Und zu diesen Scheinparolen gehört die Argumentation des Herrn Blecha.

Ich möchte hervorheben, daß die Opposition auf der anderen Seite deutlich das Grundsätzliche aufzeigt und hiemit einen entscheidenden Beitrag leistet (Abg. Pötzl: Sie reden einen Blödsinn zusammen! — Heiterkeit bei der SPÖ — anhaltende Zwischenrufe), die Öffentlichkeit über das Grundlegende zu informieren. (Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta: Meine Damen und Herren! Bitte, jetzt spricht der Präsident. Wir sind bereits in einer fortgeschrittenen Stunde. Ich würde jetzt wirklich ersuchen, sich etwas zurückzuhalten.

Für den Ausdruck „Blödsinn“ erteile ich den Ordnungsruf. (Weitere Zwischenrufe.)

Ich verzichte auf Dankesbekundungen und bitte, jetzt etwas aufmerksamer zu sein.

Abgeordneter Dr. Ermacora (fortsetzend): Ich möchte also noch einmal betonen, daß die Opposition damit der Öffentlichkeit einen Dienst erweist. (Beifall bei der ÖVP.) Es geht hier nicht um irgendein Budget und nicht um irgendeinen Verteidigungsminister, sondern es geht um die österreichische Wehrpolitik. Es geht um die Behandlung eines Kapitels in diesem Budget, das die österreichische Sicherheitspolitik betrifft. Diese österreichische Sicherheitspolitik — und das ist ein klarer Beweis — hat sich vom Verteidigungsstandpunkt auf den außenpolitischen Standpunkt verlagert. Aber, meine Damen und Herren, man muß wissen, daß die österreichische Sicherheit nur dann gewährleistet ist, wenn beide Seiten, nämlich die militärische und die außenpolitische Seite, voll gewährleistet sind.

In der Antwort des Herrn Verteidigungsministers sind wohl einige Lücken. Ich hätte geglaubt, daß der Herr Verteidigungsminister zu den Ausführungen des Herrn Blecha, in denen er ganz deutlich eine Position darlegt hat, die das Bundesheer und seine innere Struktur angeht mit der Demokratisierung, mit dem Autoritätsabbau und mit dem Integrationsproblem, deutlich Stellung nimmt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es kann nicht unwidersprochen bleiben, daß Herr Blecha das Haus völlig falsch in bezug auf die Schweizer Verhältnisse informiert hat. Ich möchte hervorheben, daß der Herr Verteidigungsminister ... (Abg. Seckanina: Ihre Weisheiten brauchen wir nicht! Wo haben Sie das gelesen? — Abg. Horri: 1940 — jetzt haben wir 1971! — Abg. Jungwirth: Beweisen Sie das! — Weitere Zwischenrufe bei der SPO. — Gegenrufe bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich jetzt etwas zurückzuhalten.

Abgeordneter Dr. Ermacora (fortsetzend): Ich möchte sagen, daß der Herr Verteidigungsminister ganz genau weiß, wie die schweizerischen Verhältnisse auf dem Gebiete der geistigen Landesverteidigung liegen. Es sei hier zur Information gesagt, daß dort die Organisation, von Heer und Haus und vom SAD getragen — das sind zwei Säulen —, es im Jahre

1940 verhindert hat, daß das schweizerische Volk der faschistischen Aggression etwa defäalistisch gegenübergestanden ist.

Ich möchte den Herrn Verteidigungsminister fragen, ob er der Meinung ist, daß sein sogenannter Maulkorberlaß noch in Geltung steht. Ich glaube, daß auch die Dienstanweisung in Presseangelegenheit diskussionswürdig ist.

Ich möchte ferner hervorheben, daß, obwohl er in diesem Erlaß erklärt, daß nicht gesprochen werden soll, er doch mit seiner Aussage über die sogenannten Offenen Städte zuviel gesagt hat. In einer Situation, wie sie die österreichische ist, ist das Preisgabe eines Staatsgeheimnisses.

Welche Deckung hat der Herr Verteidigungsminister dafür gehabt? Hat er für diese Äußerungen die Deckung der Bundesregierung gehabt? Er muß wissen, daß eine Aussage über die Bundeshauptstadt jedenfalls eine Frage der Bundesregierung ist.

Der Herr Verteidigungsminister ist nicht auf die Frage der 60 Tage eingegangen, die nun durch diese Wehrgesetznovelle festgesetzt wurden und die nach wie vor zweifelhaft sind. Ich mache auf die Widersprüche aufmerksam, die von der Regierungspartei in bezug auf diese 60 Tage geäußert wurden! Der Herr Bundeskanzler hat die Öffentlichkeit in diesem Fernsehdisput auf sich gelenkt und erklärt, daß die Frage mit diesen 60 Tagen doch nicht so ernst gemeint sei, weil eine sogenannte Ermessensbestimmung in dieser gesetzlichen Bestimmung enthalten ist. Ich muß ihm recht geben. Es heißt tatsächlich dort, daß nur eine Obergrenze festgesetzt ist und daß innerhalb dieser Grenze variiert werden kann. Auf der anderen Seite sagt uns Herr Abgeordneter Blecha heute, daß seine Partei an den 60 Tagen festhält.

Diese Unsicherheit ist nur ein Symptom für die Unsicherheit auf dem Sektor der Landesverteidigung schlechthin, und ich glaube, daß der Zeitpunkt kommen muß, wo man in Form einer authentischen Interpretation, die von diesem Hause ausgeht, deutlich macht, und zwar dem Wehrpflichtigen gegenüber deutlich macht, mit wieviel Tagen Truppenübungen er zu rechnen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte schließlich sagen, daß es nicht genügt, in Deklamationen von einer umfassenden Landesverteidigung zu sprechen. Bitte, beachten Sie die Botschaft des Schweizerischen Bundesrates vom Jahre 1969, in der er deutlich gemacht hat, was alles zu einer umfassenden Landesverteidigung gehört. Nach meiner Meinung müßte das Bekennnis zur umfassenden Landesverteidigung in die Bundesverfassung selbst eingebaut werden. Aber auch

Dr. Ermacora

das genügt nicht, sondern man müßte daran gehen, auch die Führungsspitze, die in dieser Bundesverfassung geregelt ist, neu zu ordnen.

Nur wenn es gelingt, auf diesem Gebiete eine echte Neuordnung zu finden, wird man imstande sein, der österreichischen Bevölkerung die Überzeugung zu geben, daß wir es mit einer politischen Führung zu tun haben, die gewillt ist, aus einer uniformierten Organisation wiederum eine Truppe werden zu lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XII beendet.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel mit dem dazugehörigen Konjunktur-

turausgleich-Voranschlag in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Die heute eingebrachten Entschließungsanträge werden geschäftsordnungsgemäß nach der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Dienstag, dem 14. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 und Zu 2 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (80 der Beilagen),

Spezialdebatte über die Beratungsgruppen VI und XIV. Die Beratungsgruppe VI umfaßt Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst und Kapitel 71: Bundestheater. Die Beratungsgruppe XIV umfaßt Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr